

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

113. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 7. Dezember 1978

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung

Beratungsgruppe X: Verkehr

(S. 11323), Bundesminister Lausecker
(S. 11327), Ing. Nedwed (S. 11330) und Hietl
(S. 11332)

Annahme der Beratungsgruppe X (S. 11335)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 11212)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 11212)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die
Regierungsvorlage (1020 d. B.): Bundesfinanzge-
setz für das Jahr 1979 (1100 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht,
Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatte: Heßl (S. 11212)

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft
und Forschung

Spezialberichterstatte: Wuganigg (S. 11213)

Redner: Peter (S. 11214), Dr. Gruber
(S. 11220), Dr. Schnell (S. 11228), Dr. Fri-
schenschlager (S. 11232), Dr. Blenk
(S. 11239), Radinger (S. 11246), Dipl.-Ing.
Hanreich (S. 11250), Edith Dobesberger
(S. 11253), Dr. Kaufmann (S. 11256), Bundes-
minister Dr. Sinowatz (S. 11259), Bundesmi-
nister Dr. Hertha Firnberg (S. 11263 und
S. 11272), Dr. Broesigke (S. 11268), Wille
(S. 11269), Dr. Ermacora (S. 11272), Haas
(S. 11277), Ottilie Rochus (S. 11279), Tonn
(S. 11282), Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth
(S. 11285), Dr. Hilde Hawlicek (S. 11289),
Ing. Amtmann (S. 11293) und Mag. Höchtl
(S. 11296)

Annahme der Beratungsgruppen VI und XIV
(S. 11299)

Beratungsgruppe X: Kapitel 65: Verkehr, Kapi-
tel 78: Post- und Telegraphenverwaltung, Kapi-
tel 79: Österreichische Bundesbahnen

Spezialberichterstatte: Dr. Lenzi (S. 11299)

Redner: Dr. Schmidt (S. 11301), Prectl
(S. 11306), Dkfm. DDr. König (S. 11310),
Alberer (S. 11316), Dr. Stix (S. 11319),
Steinhuber (S. 11321), Ing. Gradinger

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Peter, Dr. Frischenschlager und Genossen an
den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Werbung von Sekten vor Schulen
(2241/J)

Landgraf, Dr. Gruber, Wimmersberger
und Genossen an den Bundesminister für Finan-
zen betreffend Vorsteuerabzug für Kindergärten
(2242/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesmini-
ster für Auswärtige Angelegenheiten betreffend
Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten (2243/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesmini-
ster für Auswärtige Angelegenheiten betreffend
den Bau des österreichischen Kulturinstituts in
Budapest (2244/J)

Dr. Hafner, Suppan und Genossen an den
Bundesminister für Inneres betreffend Führung
einer zentralen Häftlingsevidenz (2245/J)

Dr. Hafner und Genossen an den Bundesminister
für Justiz betreffend unterschiedliche Höhe der
Unterhaltsvorschüsse (2246/J)

Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundeskanz-
ler betreffend Unabhängigkeit des Rundfunks
(2247/J)

Dr. Ermacora und Genossen an den Bundesmini-
ster für Inneres betreffend Ausweise von Terrori-
sten (2248/J)

Dr. Ermacora, Dr. Blenk und Genossen an den
Bundesminister für Inneres betreffend Sektenwe-
sen in Österreich (2249/J)

Dr. Ermacora, Dr. Blenk und Genossen an den
Bundesminister für Unterricht und Kunst betref-
fend Sektenwesen in Österreich (2250/J)

Dr. Feurstein, Hagspiel und Genossen an den
Bundesminister für Landesverteidigung betref-
fend Gebührenpflicht von Schriften und Amts-
handlungen nach dem Wehrgesetz (2251/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und
Genossen (2087/AB zu 2091/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiesinger und
Genossen (Zu 2084/AB zu 2078/J)

11212

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 111. Sitzung vom 5. Dezember 1978 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Glaser und Dr. Leibenfrost.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 2087/AB eingelangt ist sowie im Nachhang zur Anfragebeantwortung 2084/AB eine Ergänzung Zu 2084/AB übermittelt wurde.

Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 133/A der Abgeordneten Pfeifer, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1967 geändert wird (2. Marktordnungsgesetz-Novelle 1978), weise ich dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zu.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebenen Regierungsvorlagen dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Es sind dies:

Bundesgesetz betreffend die bevorzugte Berücksichtigung bestimmter Personengruppen bei der Vergabe von Tabakverschleißgeschäften (Änderung des Tabakmonopolgesetzes 1968, des Opferfürsorgegesetzes, des Kriegsoferversorgungsgesetzes 1957 und des Heeresversorgungsgesetzes) (1096 der Beilagen) und

Bundesgesetz, mit dem das Ausgleichsabgabengesetz geändert wird (1098 der Beilagen).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1020 und Zu 1020 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979 samt Anlagen (1100 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71: Bundestheater

Beratungsgruppe XIV

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1020 und Zu 1020 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979 samt Anlagen (1100 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen VI Unterricht und Kunst sowie XIV Wissenschaft und Forschung des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe VI ist der Herr Abgeordnete Heßl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Heßl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe VI, die Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst und Kapitel 71: Bundestheater betreffend.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 in seiner Sitzung am 21. November 1978 in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1979 ist für das Unterrichts- und Kunstbudget ein Gesamtausgabenrahmen von 25 370 786 000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 7 762 660 000 S und auf den Sachaufwand 17 608 126 000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1978 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 624 737 000 S und im Sachaufwand eine solche von 1 185 781 000 S.

Die Bundestheater, das ist das Kapitel 71, sind mit 1 361 241 000 S präliminiert. Auf den Personalaufwand entfallen 1 066 934 000 S und auf den Sachaufwand 294 307 000 S. Die Steigerung im Personalaufwand beläuft sich auf 73 371 000 S beziehungsweise im Sachaufwand auf 29 220 000 S.

Das Kreditvolumen bei den Bundestheatern – Kapitel 71 – hat sich von bisher 1 258 650 000 S im Jahre 1978 auf 1 361 241 000 S im Jahre 1979 ausgeweitet. Der Personalaufwand erfuhr eine Steigerung auf 1 066 934 000 S, und der Sachaufwand beträgt für das Jahr 1978 294 307 000 S.

Heßl

Die Einnahmen der Kapitel 12 und 13 stiegen von 296 438 000 S im Jahre 1979 auf 329 977 000 S im Bundesvoranschlag-Entwurf 1979.

Die Einnahmen des Kapitels 71 – Bundestheater – betragen für das Jahr 1979 299 226 000 S.

Die beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranschlagten Baukredite der Unterrichtsverwaltung betragen im Jahre 1979 1 780 216 000 S.

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß ein Betrag von 189 400 000 S im Konjunkturbeliebungsprogramm des Konjunkturausgleichs-Voranschlages für die Kapitel 12 und 13 „Unterricht und Kunst“ vorgesehen ist.

Bei der Abstimmung am 23. November 1978 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Den Kapiteln 12: Unterricht, 13: Kunst, und 71: Bundestheater, samt den zu den Kapiteln 12 und 13 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 (1020 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bin ich beauftragt zu beantragen, in die Diskussion einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XIV ist der Herr Abgeordnete Wuganigg. Ich ersuche um den Bericht.

Spezialberichterstatter Wuganigg: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Sandmeier die gegenständlichen Ansätze des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 in seiner Sitzung am 21. November 1978 in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung eingebrachten Bundesvoranschlag für 1979 ist für den Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ein Gesamtausgabenrahmen von 8 161 027 000 S vorgesehen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1978 von 7 530 793 000 S ergibt dies eine Gesamtsteigerung von 630 234 000 S, das sind 8,37 Prozent.

Im einzelnen entfallen auf den Personalaufwand 3 816 300 000 S und auf den Sachaufwand 4 344 727 000 S; gegenüber dem Bundesvoranschlag 1978 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 253 130 000 S, das sind 7,10 Prozent, und im Sachaufwand eine Steigerung von 377 104 000 S, das sind 9,50 Prozent.

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget beträgt 2,83 Prozent, woraus zu ersehen ist, daß das Wissenschafts- und Forschungsbudget im Rahmen des Gesamtbudgets des Bundes seinen Platz behauptet hat.

Der Personalaufwand für das Wissenschaftsressort wurde für 1979 mit 3 816 300 000 S fixiert. Der größte Anteil hievon entfällt mit 3 049 521 000 S auf die Universitäten.

Der Forschungsbereich, das sind die Ansätze 1/1413 bis 1/1419, steigt von 869 111 000 S für das Jahr 1978 um 102 996 000 S auf 972 107 000 S für das Jahr 1979, was trotz restriktiver Budgetrichtlinie einer Steigerung von rund 12 Prozent gleichkommt.

Daß die Energie- und Rohstoffforschung so wie im Jahre 1978 als Forschungsschwerpunkt angesehen wird, kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Aufwendungen für Forschungsaufträge abermals beträchtlich erhöht werden konnten, und zwar um 11 375 000 S auf 63 878 000 S.

Die Förderungsmittel für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung konnten gegenüber 1978 um 5 Prozent von 144 077 000 S auf 150 873 000 S angehoben werden. Eine beträchtliche Aufstockung erfuhr der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, und zwar von 170 415 000 S auf 220 894 000 S, das sind 29,62 Prozent. Die Kredite für die Österreichische Akademie der Wissenschaften wurden um nahezu 10 Millionen Schilling auf 94 121 000 S aufgestockt.

Bei den Aufwendungen für Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation wurde der CERN-Beitrag auf 110 028 000 S erhöht.

Die unmittelbar für die Universitäten im Kapitel 14 ausgewiesenen Ausgaben steigen von 4,494 Milliarden Schilling im Jahre 1978 auf 4,917 Milliarden Schilling im Jahre 1979, was einen Steigerungsprozentsatz von 9,41 Prozent bedeutet.

Der Sachaufwand der Universitäten ist mit 1 867 380 000 S präliminiert und kommt einer Erhöhung um 13,42 Prozent gleich. Bei den Aufwendungen steigen die Unterrichts- und Forschungserfordernisse von 133 200 000 S auf 158 000 000 S, was ein Plus von 24 800 000 S beziehungsweise 18,62 Prozent bedeutet. Für die an den Universitäten installierten Großre-

11214

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Wuganigg

chenanlagen sind im Bundesvoranschlag 1979 insgesamt 98 000 000 S vorgesehen.

Für das Universitätszentrum Wien-Althanstraße ist als weiterer Schwerpunkt des Wissenschaftsbudgets auch im Haushaltsjahr 1979 wieder ein Betrag von 100 000 000 S bei Ansatz 1/14108 vorgesehen.

Im Bereich der wissenschaftlichen Anstalten wurde für den Vollzug des Lagerstättengesetzes im Bundesvoranschlag 1979 wieder ein Betrag von 10 000 000 S veranschlagt.

Der Personalaufwand der Kunsthochschulen stieg von 259 189 000 S auf 272 435 000 S an.

Der Sachaufwand der Kunsthochschulen stieg um 19,1 Prozent auf 187 544 000 S.

Die Gesamtaufwendungen für die Bibliotheken sind von 317 448 000 S auf 337 534 000 S gestiegen.

Der Aufwand im Musealbereich ist von 169 823 000 S auf 199 302 000 S, das sind 17,4 Prozent, gestiegen; das Kreditvolumen für den Sachaufwand 1979 beträgt 76 193 000 S. Besonderes Augenmerk wurde hierbei bei den Anlagen auf die Post „Ausbau der Sammlungen“ gelegt; diese Post konnte um 6 094 000 S auf 14 204 000 S aufgestockt werden.

Ferner darf noch erwähnt werden, daß auch im Jahre 1979 wieder für internationale Großausstellungen, wie zum Beispiel die Eröffnungsausstellung des Museums Moderner Kunst und die Vorbereitung der für 1980 geplanten Maria-Theresien-Ausstellung im Schloß Schönbrunn, ein Betrag von 4 700 000 S bereitgestellt werden konnte.

Der Gesamtaufwand für das Bundesdenkmalamt ist von 105 215 000 S auf 133 566 000 S gestiegen, was einer Erhöhung von 26,95 Prozent gleichkommt.

Die Sachaufwandskredite für den Denkmal-schutz weisen eine Steigerung von 32,63 Prozent auf 99 238 000 S gegenüber dem Bundesvoranschlag 1978 auf. Diese große Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß bei den Förderungsausgaben die Post „Baukostenzuschüsse (IF)“ zur Sanierung erhaltungswürdiger Baudenk-mäler von 36 404 000 S um 53 Prozent auf 55 549 000 S aufgestockt werden konnte.

Schließlich ist für wissenschaftliche Zeitschriften und Publikationen wieder eine Förderungspost bei Ansatz 1/14006 mit einem Betrag von 4 000 000 S veranschlagt.

Die Einnahmenentwicklung im Rahmen des Kapitels 14 weist eine Steigerung von 270 897 000 S im Jahre 1978 auf 292 381 000 S für 1979 auf; dies entspricht einer Steigerung von 8 Prozent.

Schließlich sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag des Kapitels 14 „Wissenschaft und Forschung“ 244 200 000 S im Rahmen der Konjunkturbelebungsquote veranschlagt.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Blenk, Radinger, Dr. Frischenschlager, Dr. Ermacora, Dr. Hilde Hawlicek, Wilhelmine Moser, Wille, Dr. Kaufmann, Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth, Dr. Schnell, Dr. Eduard Moser, Steinbauer, DDr. Maderner.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg beantwortete ausführlich die an sie gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 23. November 1978 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe XIV gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung, samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1979 (1020 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich stelle nunmehr den Antrag, in die Debatte über die Beratungsgruppe XIV einzugehen.

Präsident: Ich danke den Berichterstattern.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kulturkritiker „Der Presse“, Herr Redakteur Franz Endler, hat heute dem Nationalrat unter der Überschrift „Das Hohe Haus braucht selbst Kultur“ folgenden Artikel gewidmet, aus dem ich zitiere:

„Die Abgeordneten nehmen die Debatte über den Kulturbericht ungefähr so ernst wie seinerzeit die Gymnasiasten die höchstens zwei Wochenstunden Musik – sie bereiten sich auf andere Gegenstände vor, machen noch schnell Hausaufgaben oder, auch das ist leider zu erwarten, sie schwänzen diese Stunde einfach.“

Was immer vom Standpunkt der drei im Nationalrat vertretenen Parteien heute zum Thema „Kultur“ gesagt werden wird, es wird den Herrn Redakteur Endler nicht befriedigen.

Ich bin nicht in der Lage, jetzt darauf einzugehen, halte es aber für notwendig, daß wir

Peter

bei nächster Gelegenheit – und das ist meines Erachtens der Kunstbericht – in den Jännersitzungen des Nationalrates aus der Sicht der Freiheitlichen Partei eingehend auf diesen interessanten Endler-Artikel zu sprechen kommen und dazu ausführlich Stellung nehmen werden.

Nun zu den in Verhandlung stehenden Budgetkapiteln.

Der Ruf der Pädagogik nach einer „Schule ohne Angst“ wird trotz Schulreform 1962 von Jahr zu Jahr, ja man könnte beinahe sagen von Monat zu Monat lauter. Es gibt heute ein Bildungsangebot in einer überaus differenzierten Form, wie es in der Geschichte der Zweiten Republik Österreich bislang nicht der Fall war. Trotz Schulreform und trotz vielfältiger Bildungsmöglichkeiten steht die „Schule der Angst“ heute im Mittelpunkt der pädagogischen Diskussion.

Es geht darum, die Ursachen für die „Schule der Angst“ aufzuheben. Wir werden bei der Klärung dieses Problems sicherlich zu verschiedenen Meinungen und zu verschiedenen Standpunkten kommen.

Die Bildungszugänge sind heute offen. Für dieses Offenhalten der Bildungszugänge gibt es vom Standpunkt der einzelnen Fraktionen unterschiedliche Begründungen.

Während sich die Sozialisten für die Chancengleichheit stark machen, vermeiden wir Freiheitlichen diesen Begriff und setzen uns aus Überzeugung für die Wettbewerbsgleichheit ein. Wir glauben, hier eine sehr notwendige Unterscheidung anbringen zu müssen, weil die Chancengleichheit in den letzten Jahren zu sehr in den Bereich der Vermassung geführt und Anlaß zu Gegensätzen gegeben hat.

Die Ergebnisse der Bildungspolitik sind erfreulich und unerfreulich.

Die unerfreulichen Ergebnisse nehmen zu. Sie sind nicht nur eine österreichische Erscheinungsform, sondern manchmal sogar europaweit. Es gibt Parallelen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich. Die Bundesrepublik Deutschland weist etwa eine Zahl von 450 000 Sitzenbleibern pro Jahr aus. Ein Drittel der bundesdeutschen Schulabgänger hat keine abgeschlossene Schulbildung.

Mit der Thematik der Sitzenbleiber, der Schulabgänger, die das Schulziel nicht erreichen, und der Schulangst hat sich der katholische Tiroler Lehrerverein in seiner letzten Jahreshauptversammlung auseinandergesetzt.

Als Hauptreferent war der deutsche Kinder-

arzt und Universitätsprofessor Dr. Hellbrügge geladen, der sich eingehend mit der „Schule der Angst“ auseinandersetzte und eine Schule ohne Angst forderte. Professor Dr. Hellbrügge erklärte, daß an Stelle einer sich ausbreitenden Nächstenliebe heute die Aggression in der Schule eine Dominante einnimmt, wie das bislang nicht der Fall war.

Professor Dr. Hellbrügge meinte weiter, daß Kinder in der Sozialentwicklung heute mehr denn je zurückblieben.

Der katholische Tiroler Lehrerverein stellte fest, daß es zu diesen unerfreulichen Erscheinungsformen in der Bundesrepublik Deutschland eine sehr ausgeprägte Parallele in Österreich gäbe.

Was sind nun die Symptome der „Schule der Angst“? Da zeigt sich meiner Meinung nach folgendes Bild:

Noch nie standen der Jugend so viele verschiedene Bildungseinrichtungen wie heute zur Verfügung, noch nie wurde im Bereich der Bildungspolitik so viel experimentiert wie im letzten Jahrzehnt, und doch geht das Kind nicht mehr angstfrei in jene Bildungsinstitutionen, die nur um seinetwillen geschaffen worden sind.

Dr. Hellbrügge beschäftigte sich in Innsbruck neben den Problemen der Neurose mit einer neuen Erscheinungsform, die er als „Soziose“ bezeichnete, die sich in einer steigenden Aggression und Provokation anderen Menschen gegenüber äußert und die letzten Endes die jungen Menschen in eine soziale Apathie, in eine Gleichgültigkeit, führe, wie das bislang nicht der Fall war.

Weitere Symptome der „Schule der Angst“ sind Schlagzeilen in der Medienlandschaft, die uns außerordentlich beunruhigen.

Wenn in der „Arbeiter-Zeitung“ ein Artikel überschrieben ist mit dem Hinweis „Den Sinn des Lebens nicht gefunden“, dann meinte die Verfasserin damit unter anderem, daß sich die Schüler in den verschiedenen Bildungseinrichtungen nicht mehr zurechtfinden und am Inhalt der Schule selbst keinen Sinn mehr finden können.

Ich glaube, wir sollten uns damit auseinandersetzen, warum die Selbstmordversuche an den berufsbildenden Schulen höher sind als an allgemeinbildenden höheren Schulen.

Zu diesem Thema hat der Leiter des Schulpsychologischen Dienstes des Stadtschulrates von Wien, Hofrat Kraft, eine überaus interessante Meinung vertreten, als er sagte, daß es sich bei den Selbstmordversuchen an berufsbildenden Schulen meist um gescheiterte AHS-Schüler

11216

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Peter

handle, die ihre Situation in der berufsbildenden Schule nunmehr als ausweglos empfinden und dort nicht mehr weiterkönnen.

Hier spielt ein Problem hinein, für das wir keinesfalls die Schule verantwortlich machen können, nämlich nicht selten die Tatsache, daß Eltern unter allen Umständen meinen, ihr Kind müsse in eine AHS und ihr Kind müsse in eine BHS.

Die Chancengleichheit wird manchmal zum Verführer oder zum Veranlasser in eine Richtung, die einfach nicht mehr stimmt. Die Richtung stimmt deswegen nicht, weil heute viele Kinder betroffen sind, die für einen Bildungsweg in der AHS oder in der BHS einfach nicht die veranlagungsmäßigen und begabungsmäßigen Voraussetzungen mitbringen.

Besonders gefährdet sind Kinder, die von den Eltern aus Prestigegründen in eine Schulbahn geführt, vielleicht sogar manchmal gezwungen werden, die sie überfordert. Das verstehe ich unter mißverständener Chancengleichheit. Ob es da jetzt an entsprechender Aufklärung den Eltern gegenüber mangelt oder ob die Ursachen anderer Art sind, müßte man eingehend untersuchen.

Wenn man die Meldungen über Schüler-selbstmorde im Jahre 1978 durchblättert, dann kommt man zu betrüblichen Feststellungen. Die Pressemeldungen lauten etwa: „Angst vor Elternsprechtag: Schülerin beging Selbstmord.“

Oder: „Das Bundesrealgymnasium 22 ist überfüllt. Nach Schülerselbstmord Beschwerden über Mißstände.“

Oder: „Wieder ein Schülerselbstmord. Das ist schon der fünfte Tote! ... innerhalb weniger Wochen.“ – Die Meldung stammt vom 24. Mai dieses Jahres.

„Mädchen starb an Streß vor Matura.“

„12jähriger Bub erhängte sich!“

„Schon wieder Schülerselbstmord: 16jährige warf sich vor Schnellzug.“

Ich gebe niemandem die Schuld. Es geht nicht um die Schuldfrage, sondern es geht ausschließlich um die Frage nach den Ursachen. Es geht darum, wie diese Ursachen so wirksam wie nur möglich mit allen zu Gebot stehenden Mitteln bekämpft werden können.

Herr Bundesminister! Sie haben zu diesem Thema in den letzten Tagen Stellung genommen. Die „Presse“ faßte Ihre Ausführungen in der Überschrift zusammen: „Eltern und Lehrer müssen gegen Schülerselbstmorde ankämpfen.“ Diese Auffassung ist richtig, man muß sie aber ergänzen.

Ich glaube, daß es einfach nicht ausreichend ist, diese Aufgabe Eltern und Lehrern allein zu überantworten. Hier müßte die Aufgabe der Schulverwaltung umfassend definiert werden. Über die Aufgabe der Schulverwaltung in diesem Zusammenhang haben Sie meines Erachtens zu wenig gesagt.

Hier hinein fallen jene freiheitlichen Forderungen, die wir seit Jahren – ungehört allerdings – gegenüber dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst erheben.

Wenn wir von einer Reform der Lehrpläne sprechen, dann meinen wir eine Reduzierung und „Rodung“ jenes Lehrstoffes, auf den man heute verzichten könnte, dann meinen wir weiter, daß heute Tausende Kinder an den allgemeinbildenden höheren Schulen sind, die den dortigen Anforderungen einfach nicht entsprechen. Ich weiß, das wird von der Unterrichtsverwaltung in Abrede gestellt, ist aber eine bis zur Stunde nicht widerlegte Tatsache.

Für mich ergibt sich weiter die Frage, ob die Richtung der heutigen Bildungspolitik stimmt. Ich verneine das, unter anderem deswegen, weil nachweisbar ist, daß die Eltern aus ihrer Schatulle in den letzten Jahren per anno ungefähr 300 Millionen Schilling für privaten Nachhilfeunterricht ausgegeben haben. Die Untersuchungen liegen vor. Sie blieben bis zur Stunde unwidersprochen.

Zu diesen 300 Millionen Schilling pro Jahr, die die Eltern für privaten Nachhilfeunterricht ausgeben, gesellen sich jene Kosten, die der Staat für den staatlichen Nachhilfeunterricht in Form von Förderkursen und Fördermaßnahmen ausgibt. Hier, Herr Bundesminister, werden Sie uns sicher die genauen Ziffern darüber geben können, was der staatliche Nachhilfeunterricht in Form von Fördermaßnahmen pro Jahr kostet.

Wir wissen, daß der staatliche Nachhilfeunterricht seit dem Jahre 1973 verdreifacht werden mußte. Wenn ich von der Tatsache ausgehe, daß die Eltern für privaten Nachhilfeunterricht pro Jahr etwa 300 Millionen Schilling ausgeben müssen, dann ist es naheliegend, daß eine ebenso hohe Summe für den staatlichen Nachhilfeunterricht zu Buche steht. Das bedeutet aber, daß für privaten und staatlichen Nachhilfeunterricht pro Jahr mehr als eine halbe Milliarde Schilling ausgegeben werden muß. Daraus folgert, Herr Bundesminister, daß die Richtung der Bildungspolitik in Österreich einfach nicht mehr stimmen kann.

Ich wundere mich, warum keine Bereitschaft auf Seite der Schulverwaltung besteht, hier Bilanz zu ziehen und den Standort gründlich zu überprüfen.

Peter

Eine weitere Ursache für die „Schule der Angst“ sehe ich in Entwicklungen in unserer Gesellschaft. Der so wertvollen Staatsform der Demokratie fällt es unendlich schwer, nein zu sagen. Das ist nicht nur ein Problem der Schule, nicht nur ein Problem der Eltern und nicht nur ein Problem der Lehrer, das reicht weit darüber hinaus und macht vor der Regierungsbank nicht halt.

Überschauen wir die sozialistische Politik der letzten acht Jahre, dann stellen wir fest, daß sie in vielen Bereichen eine Politik der Gefälligkeit war und daß die sozialistische Alleinregierung das Instrument der Gefälligkeitsdemokratie bis zum Überdruß strapaziert hat. Diese Unfähigkeit oder die mangelnde Bereitschaft zum Nein in der Demokratie hat leider unter anderem auch dazu beigetragen, diese an und für sich so wertvolle Staatsform nicht auf-, sondern da und dort abzuwerten. Ich bedaure dies.

Diese heute nicht mehr vorhandene Kraft und Fähigkeit des Neinsagens geht von der Gesamtpolitik aus, umschließt die gesamte Gesellschaft und macht dann vor den Eltern, den Lehrern und den Schülern nicht halt.

Der Schüler erträgt eben das Nein heute nicht mehr. Der Schüler vermag oft einen Mißerfolg seelisch nicht zu verkraften und setzt dann in so vielen bedauerlichen Fällen eine Kurzschlußhandlung.

Teile der Jugend wieder reagieren auf ein von den Eltern und Lehrern gesetztes Nein mit einer Aggression, wie sie bislang nicht an der Tagesordnung war. Die sich ausbreitende Aggression wird mehr und mehr zur normalen Reaktion, ist aber keine normale Reaktion.

Die Jugend war zu allen Zeiten aggressiv; sie war es in der Vergangenheit, sie ist es in der Gegenwart und sie wird es sicher auch in der Zukunft sein.

Je besser es gelingt, die Jugend, wie man es früher ausdrückte, auf das Leben vorzubereiten, das heißt, mit den Wechselfällen des Lebens fertig zu werden, umso eher gelingt es, daß eine Jugend auch mit Belastungen fertig wird, die morgen stärker werden können, als sie heute sind.

Mehr und mehr nehmen Publikationen überhand, die überschrieben sind mit dem Gedanken: „Wieder nein sagen lernen.“ Wo lehrt denn die Schule heute den jungen Menschen das Neinsagen? Das Gegenteil macht die Bildungspolitik. Eine Einigung der beiden großen Parteien über das Schülervertretungsgesetz hat uns das ja in den letzten Tagen wieder unmißverständlich vor Augen geführt.

Früher lernte der Jugendliche, mit seinem

Triebanspruch fertig zu werden. Es wurde ihm die Fähigkeit vermittelt, ihn zu zähmen. Heute werden dem Jugendlichen jene Grenzen nicht bewußt gemacht, die er im eigenen Interesse und im Interesse der Gesellschaft nicht überschreiten kann und darf. Dafür aber den Jugendlichen verantwortlich zu machen, wäre ein grundlegender Fehler, den wir Freiheitlichen sicher nicht begehen werden.

Schülervertretung, Schülermitverwaltung, Schülermitbestimmung werden durch die Sozialistische Partei und durch die Österreichische Volkspartei in hohem Maße kultiviert. Das Ertragen eines Nein, das seelische Fertigwerden mit einem Nein, also das Neinsagenlernen, wird vom Gesetzgeber ignoriert. Das betrachte ich als einen grundlegenden Fehler der österreichischen Bildungspolitik.

Mit dem Neinsagenlernen sollen sich die Eltern und die Lehrer herumschlagen. – Das, Herr Bundesminister, ist aber meines Erachtens zuwenig.

Ich wiederhole daher: Die Richtung dieser Bildungspolitik, die Richtung dieser Pädagogik stimmt nicht.

Aus der Chancengleichheit hat sich in den letzten Jahren so etwas wie ein De facto-Recht auf die Matura entwickelt. Wir kennen ja auch dazu verschiedene Publikationen unter dem Motto „Ein Recht auf die Matura“. Das betrachte ich als einen grundlegenden Irrtum. Aber sehr wohl bekenne ich mich zu dem Grundsatz: Jedem eine Chance auf die Matura! – Aber nicht selten wird heute die Chance auf die Matura mißverstanden.

Das Recht auf die Chance ist zu einem Gewohnheitsrecht geworden und birgt weitaus mehr Gefahren in sich, als die Unterrichtsverwaltung zugeben will. Sozialprestige und Statussymbol sind heute Leitgedanken für Elternentscheidungen. Das Ergebnis derart verfehelter Entscheidungen besteht in überforderten Lehrern, in überforderten Schülern und in einem Ansteigen der Schülerselbstmorde.

Was bei einer Massenmatura „herauskommt“ oder nicht „herauskommt“, ist heute bereits Gegenstand vielfältiger Auseinandersetzungen in verschiedenen Bildungsbereichen. Mit dieser Thematik wird sich mein Fraktionskollege Dr. Frischenschlager noch auseinandersetzen; ich gehe daher nicht darauf ein.

Viele Schüler an den AHS und an den BHS sind überfordert. Das wird von niemandem in Abrede gestellt. Meiner Meinung nach sind heute Tausende Schüler an den AHS und BHS überfordert, weil ihnen die konstitutionellen, die begabungsmäßigen und veranlagungsmäßigen Voraussetzungen fehlen.

Peter

Aber man kann ja nichts zugeben und man will ja nichts zugeben von Seite jener beiden Parteien, die 1962 gemeinsam die falsche Weichenstellung für diese Bildungspolitik vorgenommen haben.

Ganze Seiten widmen die Tageszeitungen der Überforderung der Schüler, wie etwa hier die „Kleine Zeitung“ unter dem Gedanken „Viele Schüler sind überfordert. – Warum so viele Nachhilfestunden?“. Warum so viele Nachhilfestunden: weil die Lehrer so schlecht, weil die Schüler so unbegabt wären? Das, meine Damen und Herren, stelle ich in Abrede. Deswegen gibt es so viele private und staatliche Nachhilfestunden, weil an der Struktur der österreichischen Bildungspolitik vieles grundlegend falsch ist.

Ein Lehrerjournalist, der Direktor Dr. Sepp Käfer, hat sich mit der Lehrplanreform auseinandergesetzt und stellt in den „Salzburger Nachrichten“ bedauernd fest, daß die Rodung der Lehrpläne noch immer nicht stattgefunden hat.

All diese Entwicklungen haben dazu geführt, daß aus der Massen-AHS die Massen-Universität geworden ist. Das Ergebnis dieser Massentwicklung im bildungspolitischen Bereich besteht darin, daß Schüler und Studenten den Psychiater immer mehr in Anspruch nehmen müssen und daß unter Studenten bedauerlicherweise der Rauschgiftverfall immer mehr Platz greift.

Ein Ergebnis dieser Entwicklung besteht unter anderem auch darin – und das kann von niemandem wegdiskutiert werden –, daß jeder fünfte junge Österreicher heute wehruntauglich ist. Eine der Hauptursachen dieser Untauglichkeit, das stellten die Stellungskommissionen fest, besteht im Drogenmißbrauch und im Alkoholmißbrauch.

Ich klage niemanden an. Ich stelle keine Schuldfrage, sondern ich frage nach den Ursachen, die eben der Aufhellung bedürfen.

So gibt es im grundsätzlichen Bereich wie im Detailbereich heute viele offene Probleme, welche die Verantwortlichen nicht wahrhaben wollen. Sicher ist das Gratisschulbuch eine positive Einführung aus der Zeit der sozialistischen Alleinregierung, aber nicht das Gratiswegwerfeschulbuch, wie es die derzeitige sozialistische Alleinregierung praktiziert.

Auf der einen Seite gibt es Gratisschulbücher, die im wahrsten Sinne Wegwerfbücher sind, weil sie in der Hand des Schülers zerfallen, und auf der anderen Seite nimmt die Aufwendigkeit der Schulbücher erheblich zu. Es wird beklagt, daß die Neuerscheinungen überproportional gewachsen sind, daß eine Verdoppelung bis Verdreifachung des Umfanges der Lehrbücher

stattgefunden hat und daß allmählich Prachtbände herausgegeben werden, die zu einer Verteuerung bis zu 77 Prozent der einzelnen Lehrbücher geführt haben.

Ich werfe auch die Frage auf, inwieweit die Planung des Lehrbedarfes in der Unterrichtsverwaltung hieb- und stichfest ist. Wenn heute an den Pädagogischen Akademien 8 740 junge Menschen in Ausbildung stehen, um als künftige Pflichtschullehrer in Österreich ihre Arbeit zu erfüllen, dann hege ich berechtigte Zweifel, Herr Bundesminister, daß diejenigen, die dann ihr Studium abschließen – und das ist eine große Zahl –, auch in den Pflichtschulen Österreichs untergebracht werden können.

Nun komme ich zu jenem Kompromiß der Schülermitbestimmung, den die beiden großen Parteien in der vergangenen Woche in der Schulreformkommission geschlossen haben und der noch in dieser Gesetzgebungsperiode realisiert werden soll.

Für mich ergibt sich die Frage, ob wir ein Schülermitbestimmungsgesetz, ein Schülervertretungsgesetz brauchen. Ich glaube, diese Frage müßte man sachlich untersuchen. Österreich braucht dann ein Schülervertretungsgesetz, wenn es zu wenig oder wenn es keine Demokratie in den österreichischen Schulen heute gäbe. Daher muß man die Frage aufwerfen: Wieviel Demokratie gibt es an Österreichs Schulen?

Wer das Schulunterrichtsgesetz sorgfältig liest, muß zu dem zwangsläufigen Schluß kommen, daß es heute an Österreichs Schulen außerordentlich viel Demokratie gibt und daß es eigentlich keinen Mangel an Demokratie in Österreichs Schulen zu registrieren gibt.

Das Schulunterrichtsgesetz regelt im § 58 die Schülerrechte. Und wer diesen § 58 liest, kommt zu neun klar statuierten und definierten demokratischen Schülerrechten an und in unseren Schulen. Diese Schülerrechte teilen sich in Mitwirkungs- und in Mitbestimmungsrechte. Sie räumen dem jungen Menschen und damit dem Entscheidungsträger in der Demokratie von morgen schon heute ein überaus weites Betätigungsfeld zum Einüben parlamentarischer Spielregeln ein. Ich darf diese Schülermitwirkungs- und Schülermitbestimmungsrechte in Erinnerung rufen:

Erstens: das Recht auf Anhörung.

Zweitens: das Recht auf Information.

Drittens: das Recht auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen.

Viertens: das Recht auf Teilnahme an einzelnen Punkten von Lehrerkonferenzen.

Peter

Fünftens: das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung des Unterrichtes im Rahmen des Lehrplanes.

Sechstens: das Recht auf Beteiligung an der Wahl der Unterrichtsmittel.

Siebtens: das Recht auf Mitentscheidung bei der Erstellung der Hausordnung. – Hier hat zum Beispiel der Präsident im Nationalrat das alleinige Recht, die Hausordnung zu erlassen. Er hört uns an, selbstverständlich.

Achtens: das Recht auf Mitentscheidung bei der Anwendung von Erziehungsmitteln.

Neuntens: das Recht auf Mitentscheidung bei Antrag auf Ausschluß eines Schülers.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Überzeugung, der österreichische Gesetzgeber hat den Schülerrechten, der Schülermitgestaltung, der Schülermitbestimmung und der Schülermitverantwortung im § 58 des Schulunterrichtsgesetzes einen breiten, zeitgemäßen und modernen Spielraum eingeräumt und gesichert. Ich frage mich daher, warum die Österreichische Volkspartei die sozialistischen Forderungen zu diesem Thema noch überboten hat. Man muß um der Entstehungsgeschichte willen festhalten, daß der Treiber in der Frage des Schülervertretungsgesetzes nicht die Sozialistische Partei, sondern nun einmal die Österreichische Volkspartei ist. Das ist eine Realität, die nicht hinwegdiskutiert werden kann, zumal der § 59 des Schulunterrichtsgesetzes die Wählbarkeit, die Wahl und die Abberufung sowie das Versammlungsrecht der Schüler ebenfalls regelt.

Nun prüfen wir, was die Schüler von diesen geltenden Rechten bisher in Anspruch genommen haben. Eine demoskopische Untersuchung verweist darauf, daß acht von zehn Schülern nicht wissen, wer ihr Klassensprecher ist.

Meine Damen und Herren, so groß ist das Interesse der Schüler am Schülervertretungsgesetz, das der Österreichischen Volkspartei so sehr am Herzen liegt!

Das deckt sich interessanterweise mit einer demoskopischen Untersuchung, die in jüngster Zeit in den VÖEST durchgeführt wurde. Dort interessieren sich 9 Prozent aller befragten VÖESTler für das Mitbestimmungsproblem.

Und nun komme ich zurück zur Initiative der Österreichischen Volkspartei bezüglich des Schülervertretungsgesetzes. Sie wurde am 30. November 1976 von den Abgeordneten Dr. Gruber, Dr. Busek und Höchtel gesetzt. – Ich verstehe, daß der ÖVP-Stürmer und Dränger Pepi Höchtel ein Schülervertretungsgesetz haben will. Weniger verstehe ich das beim gewachsenen

Politiker Dr. Erhard Busek, und ganz und gar verstehe ich das nicht bei dem so erfahrenen Schulsprecher der Österreichischen Volkspartei Dr. Gruber.

Die ÖVP war es, die zwei Jahre hindurch die Sozialisten getrieben hat, bis sie sie endlich in der vergangenen Woche so weit hatte, daß die Sozialisten auch ja zum Schülervertretungsgesetz gesagt haben.

Was liegt Ihnen, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, hinsichtlich des „Rätesystems“ an österreichischen Schulen so sehr am Herzen?

Der Unterrichtsminister ließ sich aber in dieser Frage nicht aufs Glatteis führen. Er hat die ÖVP schön eingebunden in die Schulreformkommission, und dort gab es wieder einmal einen ganz klassischen schwarz-roten Kompromiß. Dort haben sich die beiden großen Parteien zu einem Schulpfusch alter Prägung zusammengefunden, der noch in dieser Gesetzgebungsperiode realisiert werden soll.

Bedenken gab es nur von der Freiheitlichen Partei. Und es sind nachhaltige Bedenken, die ich zu diesem Schülervertretungsgesetz heute anmelde. Wir sind nicht gegen die Schule und schon gar nicht gegen einen guten demokratischen Geist in Österreichs Schulen. Aber wir sind gegen ein Schulsystem, das die Schüler Tag für Tag überfordert.

Mit diesem Schülervertretungsgesetz, meine Damen und Herren, überfordern Sie die Schüler in bezug auf Demokratie. Denn auch unsere Generation hat die Demokratie lernen müssen. Man braucht seine Zeit. Anstatt daß man nach dem § 58 des Schulunterrichtsgesetzes diese demokratischen Erfahrungswerte entwickelt, kommt die ÖVP mit weitaus radikaleren Forderungen zu diesem Thema, als sie jemals von den Sozialisten erhoben wurden.

Seinerzeit hat Bundesparteiohmann Dr. Taus in Villach die Weichen für eine „neue“ Bildungspolitik der Österreichischen Volkspartei gestellt. Zu dieser Taus-Weichenstellung für die neue Bildungspolitik der Österreichischen Volkspartei paßt das Schülervertretungsgesetz Gruber, Busek, Höchtel und Genossen wie die Faust aufs Auge. Daher wird es notwendig sein, daß sich der Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei zu diesem Thema konkret äußert, ob er hinter diesem Schülervertretungsgesetz, das die Abgeordneten Gruber, Busek und Höchtel wollen, steht. Wenn ja, dann ist die „neue Bildungspolitik“ der Österreichischen Volkspartei bereits jetzt Schall und Rauch.

Nun aber zu einem anderen Thema, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei

11220

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Peter

und der Österreichischen Volkspartei. Sie werden also noch in dieser Gesetzgebungsperiode ein Schülervertretungsgesetz beschließen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ und ÖVP, ob Sie bereit sind, in dieser Gesetzgebungsperiode auch noch ein Elternvertretungsgesetz zu beschließen. Dafür sind wir Freiheitlichen ganz und gar. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Verfassung sagt doch, daß wir Bürger mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten sind. Es ist undenkbar, daß Sie den Schülern mehr Rechte geben, als die Eltern und Lehrer zusammen haben. Da stimmt Ihre Rechnung nicht, weder die der Sozialistischen Partei noch die der Österreichischen Volkspartei.

Inwieweit trägt das Schülervertretungsgesetz zur Festigung einer unerläßlich gegebenen Mindestordnung im Schulbereich bei? Das ist eine Frage, die ich von den beiden anderen Parteien beantwortet wissen möchte. Wenn Sie es aber mit mehr Schülerrechten so eilig haben, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei, dann frage ich Sie, warum Sie die Elternrechte und die Lehrerrechte seit Jahren ignorieren.

Sie sind für die Beibehaltung entwürdigender Zustände für vollakademische Lehrer. Ich habe das im Finanzausschuß beim Budgetkapitel Unterricht jüngst ausgeführt. Auf der einen Seite geht heute aus den Pädagogischen Akademien der vollfunktionsfähige Pflichtschullehrer hervor. Er schließt sein Studium an der pädagogischen Akademie als Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer ab und ist bereits in den einzelnen Schulgattungen der Pflichtschule voll funktionsfähig.

Der vollakademische AHS-Lehrer schließt sein akademisches Studium ab, legt seine beiden Lehramtsprüfungen ab, tritt ins Schulleben ein und wird als Probelehrer Praktikant. Er ist der entmündigte Vollakademiker im schulischen Bereich. Warum, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei und von der Österreichischen Volkspartei, haben Sie in diesem Zusammenhang nichts getan? Sie hätten 16 Jahre zur Lösung dieses Problems Zeit gehabt. Die Sozialistische Partei hätte acht Jahre zur Reform der Ausbildung der AHS-Lehrer Zeit gehabt. Geschehen ist in diesen acht Jahren nichts. Und so könnte man Beispiel um Beispiel setzen.

Meine Zeit neigt sich dem Ende zu, und ich komme daher zum Schluß. Wir Freiheitlichen meinen, daß alle Kräfte aufgeboten werden müssen, um die „Schule der Angst“ zu überwinden. Die „Schule der Angst“ ist nach unserer Meinung das Ergebnis jener Bildungs-

politik, für die ÖVP und SPÖ 1962 die Weichen gestellt haben. Wir Freiheitlichen fordern:

Schluß mit der Schule als gesellschaftspolitische Versuchsanstalt: daher weniger Politik und mehr Pädagogik!

Die Schule leidet heute unter Bürokratie und Paragraphenflut: daher weniger Bürokratie und bessere Schule, daher weniger Papier und mehr Zeit in der und für die Schule!

Eine kranke Schule schafft kranke Kinder: daher gerechtere Beurteilungsgrundlagen und weniger Angst, daher weniger Schulangst! Dafür höhere Leistungen!

Jedem Kind die bestmögliche Schule: deshalb Begabungen fördern und Leistungen steigern, deshalb kleinere Klassen und leichteres Lernen, deshalb weniger Lehrstoff und mehr Bildungsertrag!

Die Familie hat Vorrang vor der Schule: daher freiwillige und nicht obligatorische Vorschule, daher kein Zwang zum Besuch von bestimmten Schulformen, wie Gesamtschule oder Ganztagschule!

Die Schule braucht genügend gut ausgebildete Lehrer: deshalb Verbesserung der Lehrerbildung, vor allem Verbesserung der AHS-Lehrerbildung!

Und schließlich: Die Schule ist eine Gemeinschaft von Eltern, Lehrern und Schülern. Daher Förderung der Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule!

Die sozialistische Schulpolitik ist in den acht Jahren der SPÖ-Alleinregierung auch auf diesem Gebiete der österreichischen Öffentlichkeit, den Eltern, den Lehrern und den Schülern vieles schuldig geblieben. Wir Freiheitlichen lehnen das Kapitel Unterricht und Kunst nicht von den Zahlenansätzen her ab, sondern wegen jener Versäumnisse, die in den acht Jahren der sozialistischen Schulpolitik nicht bewältigt worden sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Gruber.

Abgeordneter Dr. **Gruber** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann dem Herrn Abgeordneten Peter in seinem Schlußsatz durchaus folgen. Auch wir lehnen das Kapitel Unterricht ab, auch aus den Gründen, die er angeführt hat, weil die sozialistische Schulpolitik der Öffentlichkeit in diesen acht Jahren viel schuldig geblieben ist.

Wir lehnen dieses Kapitel aber auch deshalb ab, weil auch die Kapitel Unterricht, Kunst und Bundestheater ein Bestandteil eines schlechten Budgets sind, das wir ablehnen.

Dr. Gruber

Wir meinen, daß der Herr Bundesminister auch in seinem Bereich nichts dazu beigetragen hat, eine bessere Budgeterstellung zu gewährleisten. Wenn wir hier sehen, daß gerade bei den Bundestheatern das Defizit weiter ungehemmt steigt, wenn wir sehen, daß der Herr Bundesminister im Bereich der Schulbuchaktion außer kosmetischen Operationen nichts unternehmen will, um der Verschwendung Einhalt zu gebieten, dann trägt auch er seinen Teil dazu bei, daß dieses Budget eben ein Budget ist, das keine Spargesinnung erkennen läßt. Auch aus diesem Grunde müssen wir die vorliegenden Kapitel ablehnen.

Ich möchte doch dem Herrn Abgeordneten Peter zu einigen Punkten eine Antwort geben, weil ich glaube, daß eine Debatte hier im Haus ja nur dann einen Sinn hat, wenn man auf Argumente seines Vorredners wenigstens in einem sehr bescheidenen Umfang eingeht.

Der Herr Abgeordnete Peter hat sich vom Begriff der „Chancengleichheit“ distanziert, weil er glaubt, daß das ein Begriff ist, mit dem man in der Bildungspolitik nicht weiterkommt. Ich habe die Auffassung der Österreichischen Volkspartei zur Chancengleichheit bereits in einer Rede im Frühjahr darstellen können. Ich glaube, daß man sich distanzieren muß von einer falschen Interpretation der Chancengleichheit. Wir können aber nach wie vor ein Ja sagen zu einem freien Zugang aller jungen Menschen zu den vorhandenen Bildungseinrichtungen.

Es ist interessant, daß sich der Abgeordnete Peter heute sehr ausführlich mit der „Schule der Angst“ beschäftigt hat. Er hat in der Schlußphase seiner Rede noch einmal Bezug auf dieses Thema genommen und gemeint, weniger Schulangst, aber mehr Leistung in der Schule. Vielleicht hat er übersehen, daß diese beiden Begriffe miteinander korrelieren, daß es gerade deshalb auch mehr Schulangst gibt, weil manchmal auch eine falsch verstandene Leistungsanforderung in der Schule zu registrieren ist.

Ich bekenne mich sehr wohl zum Begriff der „sozialen Leistungsschule“, und wir möchten die Leistung in unserem Schulgeschehen keineswegs missen, keineswegs verdrängen. Aber daß manchmal eine falsch verstandene Auffassung von Leistung dazu beiträgt, daß wir eine Schule der Angst haben, ist ebenso sicher wie eben andere Gründe, von denen Peter gesprochen hat.

Ich möchte dazu nur sagen, daß es sehr interessant für mich ist, daß sich zur Schule der Gegenwart heute oft nicht so sehr die Pädagogen äußern, sondern Angehörige von Nachbarschaftsdisziplinen. Peter hat Professor Hell-

brügge zitiert. Professor Hellbrügge ist Arzt, er kommt von der Kindermedizin. Man könnte genauso gut einen Psychologen wie Rudolf Affemann zitieren, der sich ausführlich mit den Zielsetzungen der heutigen Schule auseinandersetzt. Ich erinnere an Erich Fromm, der nicht Pädagoge ist, der sich ebenfalls sehr eingehend mit der Schule befaßt. Ich erinnere an Soziologen wie Schelsky und andere. Ich erinnere an Politologen wie Lobkowitz, Maier und sonstige. Es ist sehr interessant, daß die Schule heute nicht ein ausschließliches Feld der Pädagogen ist, vielleicht liegt gerade dort auch eine Schwachstelle, daß sich die Erziehungswissenschaftler, die in erster Linie dazu berufen wären, die heutige Schuldiskussion zu führen, nicht in ausreichendem Maß damit beschäftigen.

Nun, Herr Kollege Peter, Sie haben davon gesprochen, daß sich in der Vorwoche SPÖ und ÖVP in der Frage Schülervertretungsgesetz geeinigt hätten. Sie waren selbst nicht in der Schulreformkommission. Sie haben vielleicht einen unvollständigen Bericht ihres dortigen Vertreters erhalten oder Sie haben vielleicht auch Mitteilungen der Presse in einer solchen Weise – ich möchte sagen – falsch interpretiert.

Worum ist es in der Schulreformkommission vom vergangenen Freitag gegangen? Zu dem Thema „Schülervertretung“ Äußerungen und Stellungnahmen der Schulreformkommission einzuholen. Es ist dort ja nicht darum gegangen, daß die Parteien eine Einigung herbeiführen, sondern daß die Fachleute, die in der Schulreformkommission sitzen, sich zu politischen Vorstellungen, wie sie von Parteien nun einmal präsentiert worden sind, auch äußern können. Es ist dort keine Parteieneinigung entstanden, sondern man hat gesagt, es sollen sich die einzelnen Vertreter zu dem Gedanken äußern.

Nun haben Sie – für mich überraschend, aber doch eigentlich auch positiv zu vermerken – heute ein sehr positives Bekenntnis zum § 58 Schulunterrichtsgesetz abgelegt. Sie haben erklärt, daß die Schülermitverwaltung, die dort verankert ist, von Ihnen als modern, ausreichend und zielführend angesehen wird. Ich muß allerdings sagen, dieser § 58 des Schulunterrichtsgesetzes war eigentlich der Hauptgrund, warum Sie seinerzeit das Schulunterrichtsgesetz hier im Haus abgelehnt haben.

Ich konstatiere diesen Gesinnungswandel, muß aber dazu jetzt noch folgendes sagen: Herr Kollege Peter, warum es eine Diskussion über ein Schülervertretungsgesetz gibt, ist ja doch die Problematik, daß es zwar in der Schule ein Mitwirkungsrecht der Schüler gibt, daß es aber über die Schule hinaus keine Möglichkeit für die Schüler gibt, sich an den Schulproblemen und der Diskussion darüber zu beteiligen.

11222

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Gruber

Wenn Sie jetzt die Sache so auffassen, als wollten wir durch das Schülervertretungsgesetz die Rechte der Schüler in der Schule noch vermehren, dann haben Sie unseren Initiativantrag, aber auch die Piktation des Ministeriums, glaube ich, nicht richtig gelesen und nicht richtig verstanden. Uns geht es darum, auf einer anderen Ebene das gleiche, was wir in der Schule selbst haben, wenigstens in Ansätzen zu realisieren. Das ist die Zielsetzung, und ich muß sagen, wir bekennen uns sehr gern zur Urheberschaft dieser Diskussion über ein Schülervertretungsgesetz, und da freut es mich, daß Sie mir heute so eindrucksvoll bestätigt haben, daß nicht die Sozialisten in diesem Problemkreis initiativ gewesen sind, sondern die Österreichische Volkspartei. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie gesagt haben, Sie würden dem Stürmer und Dränger Höchtel es durchaus zugestehen, in dieser Sache auch initiativ zu werden, aber so alten Hasen wie mir zum Beispiel billigen Sie eine solche Sache nicht mehr zu, da muß ich sagen, Kollege Peter, Sie haben die Zusammensetzung der Schulreformkommission außer acht gelassen, als Sie Kritik geübt haben. In der Schulreformkommission sitzen ja nicht nur die Vertreter der Parteien, die sich dort einigen oder die dort ein Kontra-Votum abgeben, sondern dort sitzen in erster Linie die Vertreter der Schüler, der Eltern, der Lehrer und andere Fachleute.

Wenn Sie gesagt haben, nur die FPÖ wäre dort dagegen gewesen, dann haben Sie indirekt damit zugegeben, daß Sie gegen die Meinung der Eltern und gegen die Meinung der Lehrervertreter und gegen die Meinung der sonstigen Schulfachleute stehen, denn alle diese Gruppen haben sich zum Prinzip Schülervertretung bekannt, und Sie stehen in der Frage jetzt allein da. Sie können sich nicht auf die Eltern berufen, Sie können sich nicht auf die Lehrer berufen, denn die Eltern haben gesagt, sie stimmen durchaus einem Schülervertretungsgesetz zu, beanspruchen für sich aber keineswegs ein ähnliches Gesetz; das ist ja dort ausdrücklich gesagt worden.

Die Lehrervertreter haben gesagt, sie stimmen auch einem Schülervertretungsgesetz zu, sie glauben aber, daß sie durch das Personalvertretungsgesetz ausreichend die Möglichkeit haben, in schulischen Belangen auch ihre Meinung zur Geltung zu bringen. Ich glaube also, daß Sie in der Frage nicht recht gut liegen, und ich muß Ihnen sagen, Sie haben hier eigentlich nur zum Ausdruck gebracht, daß Sie wieder einmal in einer schulischen Angelegenheit sich selbst in die Isolation getrieben haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie noch ein anderes Kapitel urgiert

haben, dann darf ich von meiner Warte aus Ihnen auch eine Antwort geben. Sie haben sich zur Ausbildung der Lehrer geäußert, haben gesagt, Verbesserung der Lehrerbildung. Jawohl, pädagogische Akademien, hier sind einige Dinge noch verbesserungswürdig. Sie haben vor kurzem erst auch auf jenes Symposium Bezug genommen, das an der pädagogischen Akademie der Diözese Linz stattgefunden hat, über Verbesserungen im Bereich der pädagogischen Akademien. Hier gehen wir durchaus konform. Wenn Sie hier für die AHS-Lehrer eine Verbesserung verlangt haben, dann muß ich sagen, jawohl, da hat aber die Österreichische Volkspartei bereits vor Jahren der Neuordnung der Studien für die philosophische, geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtung zugestimmt. Wir haben auch dort eine Verbesserung der pädagogischen Ausbildung für die AHS-Lehrer verlangt, haben es auch beschlossen.

Woran liegt es nun, daß es nicht zu dieser Verbesserung gekommen ist? Weil es der Frau Minister Firnberg bislang nicht gelungen ist, eine Studienordnung für die Lehramtskandidaten zu erstellen, die tatsächlich realisierbar wäre. Und da ist nicht mehr unsere Ingerenz gegeben.

Wir haben unseren Beitrag geleistet. Wenn Sie hier einen Vorwurf anbringen wollen, dann richten Sie ihn ausschließlich an die sozialistische Regierung, und zwar insbesondere an die Frau Minister Firnberg.

Frau Bundesminister! Das Pädagogikum wird bis jetzt noch nicht praktiziert. Ich habe dem Herrn Unterrichtsminister vor einiger Zeit angeboten: Verlängern wir die Übergangsregelung für die Probelehrer doch gleich um mehrere Jahre, weil vom Wissenschaftsministerium nicht zu erwarten ist, daß die Rechtsgrundlage für eine moderne Ausbildung der AHS-Professoren in der nächsten Zeit fertiggestellt wird! Das ist doch eine Tatsache. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun darf ich vielleicht kurz noch einen anderen Aspekt unserer Schuldiskussion beleuchten. Ich habe gemeinsam mit mehreren Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses im Sommer dieses Jahres die Möglichkeit gehabt, die Volksrepublik China zu besuchen. Die Volksrepublik China des Jahres 1978 stellt sich anders dar als wie im Jahre 1973. Damals hat sich Frau Hamm-Brücher, die dem Kollegen Peter ja nicht unbekannt sein dürfte als führende Bildungspolitikerin der FDP, in einem Artikel in der Zeitung „Die Zeit“ noch etwa so geäußert, daß die europäischen und westlichen Bildungssysteme von den Ergebnissen der chinesischen Kulturrevolution einige Denkanstöße bekommen könnten und daß man einige Anregungen

Dr. Gruber

auch für unser Bildungssystem übernehmen könnte.

Ich weiß, Frau Hamm-Brücher gilt als progressiv, aber sie hat sich mit ihrer Progressivität eigentlich nicht durchgesetzt, weder in der FDP noch sonstwo in der deutschen Bildungspolitik. Aber sie kann es nicht lassen, sich immer wieder in einer solchen Richtung zu äußern.

Nebenbei bemerkt, einer ihrer jüngsten Artikel in der Zeitschrift „Europa“ beschäftigt sich mit dem Thema „Überqualifikation oder Unterqualifikation“. Sie bricht dort eine Lanze für die Überqualifikation, sie meint, lieber Überqualifikation als Unterqualifikation. Ich kann dazu nur sagen: Weder das eine noch das andere. Wir bemühen uns, die richtige Qualifikation in unserem Bildungssystem für den Eintritt der jungen Menschen in das Berufsleben zu erreichen. Wir möchten weder eine Unterqualifikation, weil diese, glaube ich, dem wirtschaftlichen Fortschritt hinderlich wäre, noch eine Überqualifikation, die die jungen Menschen letztlich frustrieren und ein Reservoir für revolutionäre Gedankengänge in unserem Land bilden muß. Daher sind wir auch in diesem Punkt mit Frau Hamm-Brücher nicht einverstanden.

Was wir in China feststellen konnten – es sind ja einige Kollegen hier im Haus, die das durchaus auch registriert haben –, ist, daß man dort im Jahr 1978 mit der Liquidierung der Konsequenzen der Kulturrevolution beschäftigt ist, daß man heute sehr deutlich sagt: Die Kulturrevolution der Jahre 1965 bis 1970 hat das chinesische Volk im Bereich der Bildung unendlich weit zurückgeworfen und ein völlig untaugliches System in diesem Bereich eingeführt.

Es ist hoch an der Zeit, so hat uns der stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-ping in einem Gespräch gesagt, daß man nun wieder einen anderen Kurs einschlägt; einen Kurs, den man vielleicht als Pragmatismus bezeichnen kann, obwohl ich Teng nicht für einen reinen Pragmatisten halte. Er ist sicherlich auch Kommunist, er versteht auch etwas von der Ideologie, aber er ist der Meinung, die Ideologie müsse in manchen Fragen einfach zurücktreten. Er hat uns etwa auf einem anderen Gebiet gesagt, es sei ihm lieber, die Züge in China fahren mit einer kapitalistischen Pünktlichkeit als mit einer sozialistischen Verspätung. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Graf: Ein gescheiter Mensch!)*

Ich glaube, daß so etwas auch für den Bereich der Bildungspolitik Geltung haben muß. Man hat dort wieder normalen Unterrichts- und Vorlesungsbetrieb anstelle der unendlichen

Diskussionen, die darüber geführt worden sind: Soll man nun arbeiten, soll man nun studieren oder nicht? Der Leistungsnachweis ist in diesem Bildungssystem wieder zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Das Studium an den Universitäten wird dort heute nicht mehr auf Grund von politischem Wohlverhalten und politischer Empfehlung ermöglicht, sondern lediglich auf Grund einer bestimmten Qualifikation.

Ich muß sagen, das ist immerhin eine beachtliche Wendung des Kurses. Ich verstehe schon, daß sich die Verantwortlichen in der chinesischen Volksrepublik sagen: Kulturrevolution hin, Kulturrevolution her, Mao Tse-tung hat – für ihre Begriffe – gewiß Verdienste, aber auf diesem Gebiet muß man die Folgen der Kulturrevolution möglichst rasch beseitigen.

Nicht ganz so ist es bei uns in Österreich. *(Abg. Graf: Wir haben keinen Mao, das fehlt uns!)* Nein, Mao haben wir keinen, aber wir haben einen Sinowatz. *(Heiterkeit.)* Sinowatz gibt sich nach außen hin auch manchmal als Pragmatiker, aber in Wahrheit ist er auch der Ideologe und der Theoretiker, der hinter sehr vielen Überlegungen steht, die uns in Österreich, ich möchte schon sagen, einen Hauch von Kulturrevolution bescheren möchten.

Ich habe hier ein rotes Büchlein, das ich mir aufgehoben habe, weil es außerordentlich instruktiv ist. *(Rufe bei der ÖVP: Die Mao-Bibel!)* Nein, das ist bitte nicht die Mao-Bibel *(Abg. Dr. Mock: Die „Sino-Bibel“)*, sondern „Der Problemkatalog für das neue Parteiprogramm“. Das neue Parteiprogramm, Herr Bundesminister, ist in manchen Passagen gar nicht so interessant wie das, was hier an Analysen und Zielsetzungen für die sozialistische Bildungspolitik drinnensteht.

Es würde heute sehr verlockend sein, auf einzelne Dinge einzugehen. Es ist immerhin bezeichnend, daß die Worte „Klassen-“ und „Privilegiengesellschaft“ immer wieder auftauchen und die Meinung, daß es das Ziel sozialistischer Bildungspolitik sein müsse, diese Klassen- und Privilegiengesellschaft zu beseitigen. Das sind typisch systemüberwindende, systemverändernde Zielsetzungen.

Das geht sehr ins Detail. Man wirft dem österreichischen Bildungssystem immer wieder vor, daß es eigentlich die jungen Menschen nur an das herrschende Gesellschaftssystem anpaßt, daß man die jungen Menschen einfach in die wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten hineinzwängt und daß man sich in jedem diesem herrschenden System anzupassen hätte. Das wäre zu überwinden, und zwar durch eine Art Kulturrevolution.

Herr Bundesminister! Nun saßen ja hier nicht

11224

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Gruber

die Jusos beisammen – auch wenn solche Jusos schon etwas angegraut sein können –, sondern Leute, die durchaus in Ihrer Bildungspolitik etwas mitzureden haben. Ein Professor einer pädagogischen Akademie, der sogar einmal Direktor dieser Anstalt war und immerhin in Ihren Kreisen etwas gilt, ist dort sehr eifrig am Werk. Man kann ruhig sagen, Sie sind der Mentor der Gruppe, die sich auf diesem Gebiet betätigt hat.

Wenn das realisiert wird, dann haben wir nicht eine Abkehr von den Konsequenzen einer Kulturrevolution, sondern eigentlich erst den Beginn einer solchen Entwicklung. Und das, Herr Minister, wollen wir in Österreich beileibe nicht haben! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir sind der Meinung, daß das österreichische Bildungssystem in manchen Bereichen verbesserungswürdig ist. Daher hat ja Herr Dr. Mock im Jahre 1969 eine Schulreformkommission eingesetzt, die Sie weiterhin brav präsentieren. Aber die eigentlichen Impulse sind ja in diesen ersten Jahren gesetzt worden, und wir bekennen uns heute wie seinerzeit zu diesen Impulsen.

Wir sind aber nicht der Meinung, daß es so weitergehen soll wie in diesem Katalog der Problemstellungen, wo die Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, einfach in Abschaffung, Aufhebung und in anderem, was hier weiter erwähnt wird, gipfeln.

Herr Bundesminister! Ich darf Sie vielleicht in diesem Zusammenhang doch an jene, glaube ich, weltweit bekannte Dreiheit erinnern, die Pestalozzi für das Bildungswesen gefordert hat, nämlich die Dreiheit von Hirn, Herz und Hand. Ich kann verstehen, daß Sie links denken, ich kann verstehen, daß Ihr Herz links schlägt, obwohl es mir lieber wäre, Sie hätten das Herz am rechten Fleck. Das muß ich schon dazu sagen. Ich kann aber nicht mehr ganz verstehen, daß Ihre Handlungen als Minister ausgesprochen linkshändig wirken. Dafür fehlt uns eigentlich das Verständnis. Bezüglich dieser Linkshändigkeit möchte ich Ihnen doch jetzt ein paar Dinge in Erinnerung rufen.

Sie haben vom Unterrichtsministerium her eine Art Handreichung für die AHS ins Leben gerufen, eine Aktion „Souffleurkasten“. Dieser „Souffleurkasten“ – nomen est omen, kann man nur sagen – will den Lehrern etwas einreden, er will ihnen sozusagen einen Text vorsagen, er will den Akteuren auf der Bühne sagen, was sie zu tun und zu sprechen haben. Dieser „Souffleurkasten“ wird von Ihrem Ministerium den Deutschlehrern an den Gymnasien unentgeltlich zur Verfügung gestellt, eben als Handreichung. Darum habe ich gesagt: Linkshändig geht die ganze Geschichte vor sich.

Obwohl zugegeben werden muß, daß die Lehrer die Möglichkeit haben, so etwas zu benützen oder nicht zu benützen, wird allein durch die unentgeltliche Zurverfügungstellung eine gewisse Neigung erzeugt, sich des Materials zu bedienen, das ein hochlöbliches Ministerium ihnen kostenlos zur Verfügung stellt. In diesem „Souffleurkasten“ sind alle linken Autoren vertreten, die in Österreich heute ein bißchen schick und en vogue sind, der Herr Turrini, der Herr Pevny und der Herr Kroetz und wie sie noch alle heißen.

Ich habe gar nichts dagegen, wenn sich gelegentlich auch einmal ein Schüler mit solchen Produkten auseinandersetzt. Ich habe aber etwas dagegen, wenn nur Linke in dem „Souffleurkasten“ enthalten sind, wenn nur Linke an die Schulen hinausgehen und man den Lehrern suggeriert: Beschäftigt euch mit den gesellschaftskritischen und gesellschaftsverändernden Tendenzen, die etwa in der berühmten „Alpensaga“ des Herrn Peter Turrini enthalten sind.

Das ist nicht das einzige, sondern es gibt noch ärgere Beispiele, die in dem „Souffleurkasten“ vorkommen. Ich möchte sie jetzt gar nicht erwähnen, denn manche würden der Würde des Hauses durchaus unangemessen sein.

Herr Minister! Das ist ein Beispiel Ihrer Linkshändigkeit. Ein anderes Beispiel, das ich heute auch erwähnen möchte, war schon Gegenstand einer schriftlichen Anfrage von ÖVP-Abgeordneten, nämlich die Herausgabe eines Schülerkalenders im Bundesland Kärnten durch die Sozialistische Jugend und durch das Landesarbeitsamt gemeinsam.

Ich muß schon sagen, es ist eigenartig, ja höchst bemerkenswert, um nicht den scharfen Ausdruck „skandalös“ zu gebrauchen, daß sich eine staatliche Stelle wie das Landesarbeitsamt dazu hergibt, mit einer Parteiorganisation wie der Sozialistischen Jugend gemeinsam einen Schülerkalender herauszugeben. Dieser ist nicht einfach ein Kalender, sondern auch eine Anweisung, wie man die Schule und die Schulbehörden praktisch unterläuft, wie man gegen Entscheidungen von Lehrern, Direktoren und Schulbehörden remonstriert, demonstriert und letzten Endes auch streikt. Es ist die Aufforderung in diesem Pamphlet enthalten, und zwar die Aufforderung einer staatlichen Stelle wie des Landesarbeitsamtes, gegen eine andere staatliche Behörde wie die Schulverwaltung zu streiken. Ich muß sagen, das ist einmalig! Das war in Österreich noch nicht da! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Bemerkenswert ist auch, daß im Impressum dieses Schülerkalenders, der ja nicht nur vor

Dr. Gruber

Schulen, sondern auch in Schulen verteilt wurde und daher mit den entsprechenden Bestimmungen des Schulunterrichtsgesetzes in einem eklatanten Widerspruch steht, auch Beamte der Schulverwaltung aufscheinen. Ein Landesschulinspektor Dr. Scherbantin ist darunter, ein Professor Schiener ist darunter als Herausgeber, ein Angestellter des schulpsychologischen Dienstes ist darunter, der – den Inhalt deckend, weil er ja für den Inhalt verantwortlich ist – die Schüler auffordert, gegen die Schule und gegen die Schulbehörden zu streiken.

Herr Unterrichtsminister! Wenn Sie von dem Vorfall nicht Kenntnis gehabt haben und erst durch die Anfrage der ÖVP-Abgeordneten davon erfuhren, dann würde ich Sie wirklich bitten, sehr bald nach dem Rechten zu sehen; aber hier nicht nach dem Linken, sondern wirklich nach dem Rechten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine weitere Sache, die ich kurz zur Sprache bringen möchte, weil das das heutige Klima in unserer Schulverwaltung ein bißchen darstellt: Im Burgenland hat ein Volksschuldirektor tatsächlich gewagt, gegen sozialistische Vorstellungen in der Bildungspolitik seine Bedenken anzumelden. Er hat gesagt, er hätte etwas gegen die unreflektierte Wiedergabe von Begriffen wie etwa soziale Integration in der Schule und so weiter. Das ist sein gutes Recht, möchte man meinen. Aber nein, das ist nicht sein gutes Recht, denn vom Landesschulrat wird dem Bezirksschulinspektor aufgetragen, den Herrn Volksschuldirektor zu belehren, daß das gegen die Interessen und gegen die Würde des Lehrerstandes sei und daß er im Rahmen der Lehrerfortbildung verpflichtet wäre, sich die entsprechende Lektüre zu Gemüte zu führen, um bei der nächsten Gelegenheit ja alle sozialistischen Begriffe der Bildungspolitik recht und richtig zu verwenden.

Herr Bundesminister! Sie sind nicht unmittelbar für das verantwortlich, was im Burgenland geschieht, aber Sie sind immerhin der oberste Chef der Schulverwaltung dieses Bundeslandes, und der Landesschulrat ist immerhin eine Bundesbehörde und nicht eine Landesbehörde schlechthin. Ich würde Sie daher bitten, sich in nächster Zeit etwas stärker um die burgenländischen Agenden zu kümmern, vielleicht sogar so stark, daß Sie dann der zuständige Mann sind, daß Sie solche Zustände, wie sie hier deutlich geworden sind, ein für allemal abstellen, daß nicht wieder passiert, daß sich ein Lehrer sozusagen zu verantworten hat, wenn er sich in freier Diskussion zur Bildungspolitik äußert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das erinnert halt doch sehr an andere Vorstellungen von der Demokratie, wie sie von

sozialistischer Seite in jüngster Zeit geäußert wurden. Herr Bundesminister, ich würde schon sehr bitten: Legen Sie Ihre Linkshändigkeit ab, soweit das bei Ihnen noch möglich ist, und greifen Sie mit beiden Händen zu, aber so, daß man das, was Sie tun, auch bejahren kann.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf etwas hinweisen, bei dem es uns gelungen ist, die Dinge wieder ins rechte Lot zu rücken. Wir haben den Grundsatzlerlaß „Politische Bildung“ in diesem Jahr erhalten. Er ist an die Schulbehörde weitergegeben worden, und es wurde auch zugesagt, daß es noch eine Zusendung von Unterrichtsmaterialien gibt. Diese Unterrichtsmaterialien sind etwas später gekommen als der Grundsatzlerlaß. Das allein ist kein Malheur. Wenn man aber in der Zwischenzeit dann liest, wie sich sozialistische Lehrer in der „Sozialistischen Freien Lehrerstimme“ politische Bildung vorstellen, wie man hier Indoktrination schlechthin in der Schule betreiben kann und soll, so muß ich sagen, dann ist es kein Wunder, wenn die Lehrer hellhörig werden und wenn sie sagen: So nicht, meine Herren! Und dieses „so nicht“ würde ich auch Ihnen, Herr Minister, zurufen. „So nicht“, wie sich die „Freie Lehrerstimme“ das vorstellt, sondern wenn Sie auf einen Konsens in dieser Frage Wert legen, dann kann es in der Frage der politischen Bildung auch nur im Inhaltlichen einen Konsens geben, nicht nur beim Grundsatzlerlaß. Es kann nicht nachher jeder sozialistische Lehrer sozusagen tun und lassen, was er will. Da müssen wir ebenfalls den Anfängen wehren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir registrieren in letzter Zeit, wenn wir die Aussagen zur Bildungspolitik betrachten, so etwas wie eine Renaissance der Erziehung. Das heißt, man wendet sich ab von einer Bildungspolitik und von einer Schule, die sonst nichts will, als Wissen vermitteln, als nur Lerntechniken vermitteln. Auch das, glaube ich, wäre zuwenig, wenn wir sagen: Schmeißen wir den ganzen lexikalischen Wissensstoff über Bord, der doch bald veraltet ist, und lehren wir die Schüler einfach nur das Lernen! Auch das, glaube ich, ist zuwenig, Schule muß vielmehr auch weiterhin eine Institution der Erziehung sein. Erziehung – allerdings fragt man sich: wozu? – muß ja auch Erziehungsziele haben. Und hier kommen wir ohne gewisse Wertvorstellungen in der Erziehung nicht aus.

Wir haben im Grundsatzlerlaß über die politische Bildung einige solcher Werte und Wertvorstellungen verankert. Wir haben im Schulorganisationsgesetz, im § 2, ebenfalls solche Werte verankert, zu denen die Schüler im Rahmen des Unterrichtes erzogen werden sollen.

11226

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Gruber

Es wäre daher wünschenswert, wenn wir in dieser Frage auch insofern Klarheit hätten, ob sich auch der Unterrichtsminister des Jahres 1978 noch zur Erziehung zu bestimmten gemeinsamen Wertvorstellungen bekennt oder nicht oder ob er etwa der Auffassung des Herrn Präsidenten Schnell ist, der in einer der ersten Schulreformkommissionssitzungen im Jahre 1969 geäußert hat, diese Wertvorstellungen des § 2 des Schulorganisationsgesetzes seien ja doch bloß Leerformeln, mit denen man in der Praxis nichts anfangen könne, und sie würden seiner Meinung nach daher eliminiert werden müssen.

Ich glaube, daß der Herr Präsident Schnell vielleicht in diesen acht, neun Jahren auch wieder umgedacht hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schnell:*) Herr Präsident Schnell! Diese Äußerungen, diese Diskussionen haben stattgefunden im Rahmen eines Grundsatzreferates des Herrn Professor Heitger (*Abg. Dr. Schnell: Ich werde darauf zurückkommen!*), und darüber besteht ja ein ausführliches Protokoll (*Abg. Dr. Mock: Richtig!*), in das wir dann noch Einsicht nehmen können, wenn Sie das wünschen. (*Abg. Dr. Schnell: Jawohl!*)

Nun wird es in jüngster Zeit immer mehr Mode, Institutionen zu errichten, die der primären Erziehungsinstitution sozusagen den Rang ablaufen oder die als Ersatzinstitutionen eingeführt werden sollen. Ich meine, daß man die Familie nicht mehr als das Primäre anerkennt, sondern daß man glaubt, man müsse bei Versagen der Familie einfach gleich nach einer Ersatzinstitution rufen.

Ich habe mich immer wieder mit Vehemenz gegen solche Forderungen gewandt, wenngleich ich nicht in Abrede stellen möchte: Dort, wo die Familie tatsächlich nicht in der Lage ist, oder dort, wo sie tatsächlich versagt, soll natürlich eine Institution da sein, die als Ersatz zur Verfügung steht.

Aber viel wichtiger als der Ruf nach dem Kindergarten, der Ruf nach der Vorschulklasse, der Ruf nach der Ganztagschule, auch nach der Tagesheimschule, möchte ich dazu sagen, ist der Ruf, die Familie endlich wieder in ihre Erziehungsfunktion einzusetzen und sie wieder zu befähigen, ihrer Funktion, ihrer primären Erziehungsfunktion gerecht zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es war daher für mich sehr interessant, daß auch bei uns in Österreich in den letzten Tagen diesbezüglich Mitteilungen in der Presse zu lesen waren – ich habe hier die „Oberösterreichischen Nachrichten“; dasselbe stand in anderen Zeitungen –: „Familie kann nicht ersetzt werden.“

Eine Untersuchung der Gesamthochschule

Essen hat ergeben, daß die Familie „für die Entwicklung eines Kindes durch nichts ersetzt werden“ kann. „Zu diesem Ergebnis kam jetzt eine Forschergruppe der Gesamthochschule Essen unter Leitung von Professor Walter Twellmann. Entscheidend sei – etwa für die Schulkarriere – die Familie. Schon bei fünfjährigen Kindern zeigten sich nach Angaben Twellmanns Unterschiede in Sprache, Intelligenz und Umgang mit Menschen, die vorwiegend auf den Einfluß der Familie zurückzuführen seien.“

Weder Kindergarten noch Vorklasse oder Grundschule könnten diese Differenzen ausgleichen, meinte der Pädagoge. Kinder, die einen Kindergarten oder eine Vorklasse besucht hätten, seien in der Grundschule nicht erfolgreicher als gleichaltrige, die ausschließlich durch die Familie erzogen wurden.“

Das ist eine eindeutige Aussage zugunsten der Familie. Wir freuen uns darüber, weil wir immer den Standpunkt vertreten haben, daß die Familie der eigentliche Mittelpunkt der Erziehung unserer jungen Menschen sein soll.

Vielleicht versteht man aber dann auch manche Tendenzen, die auf Abwertung und auf Unterlaufung der Familie hinzielen, um ja diesen Faktor in seiner Wirkung etwas abzuschwächen, um die staatlichen Institutionen stärker in den Vordergrund rücken zu können. Daher sind wir dagegen, daß dieses Feindbild Familie, wie es eine Artikelserie zu Beginn dieses Jahres in einer großen deutschen Zeitung gegeben hat, weiterhin aufrechtbleibt. Sondern umgekehrt: Wir müssen wieder zu einem familienfreundlicheren Denken kommen. Und da scheint uns, daß eben die Politik der sozialistischen Bundesregierung in diesem Punkt eklatant versagt hat (*Zustimmung bei der ÖVP*) und daß all diese materiellen Vorteile, die man für die Familie ins Treffen führt, in Wahrheit nicht einmal eine materielle Besserstellung der Familie in den letzten Jahren gebracht haben, geschweige denn eine moralische Stützung der Familie bewirken.

Wenn wir heute feststellen, daß Österreich zu den kinderärmsten Ländern der Welt zählt, dann muß das doch irgendwo eine Ursache haben. – Weil es kein familienfreundliches, weil es kein kinderfreundliches Klima in diesem Land gibt!

Dafür mache ich nicht den Unterrichtsminister verantwortlich. Aber wenn schon immer wieder so viel verlangt wird, was in der Erziehung an Positivwerten auch mit eingebracht werden soll, dann, Herr Unterrichtsminister, muß ich sagen: Viel wichtiger als viele andere Dinge, die ich gar nicht bagatellisieren möchte, viel wichtiger als Verkehrserziehung oder selbst viel wichtiger

Dr. Gruber

als politische Erziehung ist letzten Endes die Erziehung zu einer familien- und kinderfreundlichen Grundeinstellung in diesem Lande.

Nun noch einige Punkte zu Ihrer Politik in der letzten Zeit. In der Regierungserklärung 1975 heißt es, Sie wollten in erster Linie wieder eine Beruhigung in unserem Schulbereich herbeiführen, die Schulversuche hätten hier eine gewisse Belastung für das Schulwesen gebracht, und das sollte anders werden.

Herr Minister! Ich muß sagen, ich bin sehr für diesen Punkt, daß wieder Beruhigung in unserem Schulwesen einkehrt. Aber wer war es denn, der ständig mit neuen Erklärungen diese Unruhe hervorgerufen hat? Ein Thema, das in keiner Regierungserklärung einen Niederschlag gefunden hat, etwa die Frage der Fünftage-Woche, hat Sie dazu gebracht, bald die eine Erklärung, bald die andere Erklärung abzugeben, daß in Österreich bald niemand mehr gewußt hat, was soll den eigentlich geschehen. Und nur dank unserer konsequenten Politik ist es dazu gekommen, ein Gesetz zu beschließen, wo es den Ländern und letzten Endes auch den Erziehungsberechtigten ermöglicht wird, in dieser Frage selbst zu entscheiden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben sich dann, Gott sei Dank, unserem Standpunkt angeschlossen, und damit ist die Frage endlich aus dieser Diskussion herausgenommen.

Oder in der Frage Leistungsbeurteilung. Auch darüber findet sich nichts in einer Regierungserklärung. Immer wieder wurde von sozialistischer Seite bald dort, bald da erklärt, Leistungsbeurteilung weg, Leistungsbeurteilung einschränken, da einmal aufheben, dort einmal die Noten abschaffen. Herr Schnell! Sie sind ja nicht ganz unschuldig an dieser Diskussion. Ja wer hat hier die Unruhe in unser Schulwesen hineingetragen? Ich glaube, es war auch hier die Österreichische Volkspartei, die dazu beigetragen hat, daß in dieser Frage Ruhe da ist, daß man sagt, so lang es nicht etwas Besseres gibt, so lange müssen wir uns wohl mit dieser Form der Leistungsbeurteilung auch abfinden. Ich weiß nicht, wie der gestrige Fernsehfilm gelaufen ist, ich konnte ihn nicht sehen. Aber hier ist ja wieder in die selbe Richtung ein Vorstoß unternommen worden.

Daher, Herr Bundesminister, sollten wir uns darüber einig sein, daß in dieser Legislaturperiode nur mehr jene Maßnahmen gesetzt werden, die eine ruhige Weiterentwicklung unseres Schulwesens möglich machen. Alle anderen Dinge, die zu einer Unruhe oder zu einer weiteren Unruhe Anlaß geben, sollten wir weglassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich meine, daß aber zwei Punkte auf eine

Lösung hindrängen. Das eine ist die Frage der Neustrukturierung unserer Hauptschule.

Herr Bundesminister, Sie haben einen Studienauftrag gegeben: „Schule im Spannungsfeld“. Dort ist herausgekommen, daß die Eltern, die Erziehungsberechtigten, den höchsten Zufriedenheitsgrad mit der AHS zum Ausdruck gebracht haben; den geringsten Zufriedenheitsgrad mit der Hauptschule. Daher fordere ich Sie auf: Hände weg von der AHS, auch von ihrer Unterstufe, lassen Sie das Gerede endlich und bleiben wir bei der AHS in ihrer Langform. Zweitens, wenn schon der geringste Zufriedenheitsgrad mit der Hauptschule, insbesondere mit dem zweiten Klassenzug, dann heraus mit der neuen Hauptschule, Herr Minister. Wir haben Ihnen ganz genau unsere Vorstellungen präsentiert, es steht gar nichts im Weg, daß wir darüber die Gespräche beginnen, um möglichst rasch zu einer Einigung zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das zweite Problem: Die beste Schulreform, die wir derzeit machen können, ist, kleinere Klassen zu schaffen, die Klassenschülerhöchstzahl zu senken, den Erziehungsertrag damit zu verbessern. Schließen Sie sich unserer Forderung auf Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen endlich an, schließen Sie sich der Forderung an, vielleicht nicht der der ÖVP, sondern der Gewerkschaft der Pflichtschullehrer, der Gewerkschaft der Lehrer an höheren Schulen, wenn es Ihnen so lieber ist. Senkung der Klassenschülerzahlen, das ist ein einstimmiger Beschluß in der Gewerkschaft der Pflichtschullehrer. Wo sind die Herren Gewerkschaftsvertreter aus diesem Bereich, Herr Rimplbauer, Frau Dobesberger, usw? Ja Sie betätigen sich sonst ja immer so sehr im gewerkschaftlichen Bereich der Lehrer. Stehen Sie zu dem Beschluß, den Ihre Vertreter mitgefaßt haben, dann können wir noch in dieser Legislaturperiode zu einer echten reformatorischen Lösung eines ganz wichtigen Problems kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie haben gesagt, es werden alle Lehrer angestellt, die die Prüfung haben. Ich werde mir auf Grund dieser Aussage, die Sie im Finanzausschuß gemacht haben, erlauben, alle die Lehrer zu schicken, die trotz Prüfung keine Anstellung bekommen haben. Dann werden Sie einiges zu tun haben auf diesem Gebiet. Sie haben da so großartige Erklärungen – auch im Sommer noch – herausgegeben, es gibt keine Schwierigkeiten. Ihr Sektionschef März hat eine detaillierte Aufstellung gegeben, in welchen Bundesländern schon heuer und schon im Vorjahr keine Volksschullehrer mehr angestellt werden konnten. Ja bitte, einigen Sie sich darauf, Herr Minister, wer von Ihrem Ministerium kompe-

Dr. Gruber

tente Aussagen macht. Ich halte in dieser Frage, entschuldigen Sie, wenn ich das so hart sage, den Herrn Sektionschef fast für kompetenter als Sie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister, Sie sind in der letzten Zeit immer mehr ins Schußfeld der Kritik geraten, wundern Sie sich nicht darüber. Sie haben sich das selbst zuzuschreiben. Es ist einfach eine Folge, wenn man immer nur sozusagen mit der linken Hand die Schulpolitik dort zu machen versucht, wo man freie Hand hat. Ein Zeichen, Herr Bundesminister, wenn Sie nun daran gehen, Ihre persönlichen Mitarbeiter im Ministerium so abzusichern, auch materiell so abzusichern, daß sie nach dem Herbst 1979 sozusagen nichts zu befürchten hätten, weil sie auf einem Abteilungsleiterposten sitzen, dann kann ich das nur als Vorbereitung für den Abflug Ihrerseits werten, für einen Abflug vielleicht in südlichere, in wärmere Gefilde. Sowie sich auch die Zugvögel schon rechtzeitig zusammentun, so machen auch Sie bereits rechtzeitig Ihre Vorbereitungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Ich kann das nur als einen Beweis dafür werten, daß auch Sie einen Wechsel am Minoritenplatz für überfällig ansehen. Herr Minister! Wir werden Sie nicht aufhalten, wir sind sogar sehr daran interessiert, daß dort wieder ein Mann Platz nimmt, der kein Linkshänder ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schnell.

Abgeordneter Dr. **Schnell** (SPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Peter hat gemeint, nicht die Zahlen des Budgets sind entscheidend, sondern die Tatsache, daß die Schulpolitik der Öffentlichkeit viel schuldig geblieben sei, veranlasse ihn, diesem Kapitel nicht zuzustimmen. Und der Herr Abgeordnete Gruber hat sich dieser Auffassung angeschlossen.

Ich möchte sagen, es ist für uns interessant und es wird auch für die Schulgeschichte Österreichs interessant sein, daß die beiden Oppositionsparteien, die beiden konservativen Parteien dem Budget nicht zugestimmt haben, in einer Periode der österreichischen Bildungsgeschichte *(Abg. Graf: Haben Sie als Opposition jemals zugestimmt?)*, die dadurch ausgezeichnet ist, daß keine Periode, kein Jahrzehnt früher in einem solchen Ausmaß so viele Bildungseinrichtungen geschaffen hat, wie in diesem Jahrzehnt in Österreich entstanden sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denken Sie einmal zurück!

Es ist interessant, daß Sie die Bildungskrise des Jahres 1969 mit den lehrerlosen Klassen, mit

den Klassen mit einem Schülerstand von 50 und mehr Schülern, mit einem unerhörten Schulraummangel, eine Zeit, in der mehr als tausend Schüler am Schulanfang von den Schulen abgewiesen werden mußten, weil kein Schulraum und weil keine Lehrer zur Verfügung standen, daß Sie diese Zeit vergessen haben, daß in diesen Jahren Schulden im Sachaufwand von 10 und 15 Millionen Schilling allein beim Stadtschulrat für Wien bestanden, die nicht bezahlt werden konnten, weil das Geld fehlte. Diese Bildungskrise endete letzten Endes damit, daß der damalige Unterrichtsminister Piffli-Perčević zurücktrat.

Jetzt, zehn Jahre später, besitzen wir ein Schulentwicklungsprogramm. Mit diesem Schulentwicklungsprogramm sind nicht weniger als 150 große Schulzentren mit mehr als 70 000 Schülerplätzen geschaffen worden. Es ist uns gelungen, den Lehrermangel völlig zu überwinden. Sicherlich ist in den letzten Jahren der Rückgang der Schülerzahl dazugekommen. Aber vergessen Sie doch nicht, daß wir gleichzeitig nicht nur den Lehrermangel überwunden haben, sondern daß auch in einem beträchtlichen Ausmaß eine qualitative Steigerung in der Ausbildung eingetreten ist: bei den Hauptschullehrern, bei den Sonderschullehrern, bei den Lehrern für die Polytechnischen Lehrgänge; dies nicht zuletzt durch die Errichtung der Berufspädagogischen Akademien. Es ist uns so gelungen, bessere Lehrer heranzubilden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn der Abgeordnete Gruber heute meinte, der Antrag der Österreichischen Volkspartei auf Herabsetzung der Klassenschülerzahl liege noch im Haus, dann muß ich ihn doch daran erinnern, daß wir die Klassenschülerzahlen schon beträchtlich in der Tat herabgesetzt haben. *(Abg. Dr. Gruber: Sie haben sie nicht herabgesetzt, sondern sie sind gesunken! Das ist ein Unterschied!)* Während die Klassenschülerzahlen im Durchschnitt im Jahre 1968 an der Pflichtschule 32 betragen haben, liegen sie heuer unter 26. Und während im Jahre 1968 auf einen Lehrer im Pflichtschulwesen 28 Schüler entfallen sind, sind es heuer nur noch 15 Schüler. Um mehr als 40 Prozent konnten wir das Lehrer-Schüler-Verhältnis verbessern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn dies keine Leistung ist, wo liegen dann die Leistungen, nachdem vorher solche Maßnahmen überhaupt nie erzielt werden konnten?

Ich darf dazu noch sagen: Es gibt, wenn man in die Geschichte zurücksieht und den Raum der österreichischen Republik berücksichtigt, auch in der Zeit der Monarchie keine Periode, in der 87 000 Lehrer, wie das jetzt der Fall ist, an den Schulen dieses Landes unterrichtet haben. Es

Dr. Schnell

waren nie mehr als 60 000 bis 65 000 Lehrer. Das heißt, die Regierung hat die materiellen Voraussetzungen geschaffen, die Lehrer eingestellt, die Lehrerbildung verbessert und damit sehr wesentlich dazu beigetragen, daß die Bildungssituation in diesem Land verbessert wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie, meine Damen und Herren, heute darüber diskutieren – die Freiheitliche Partei mit der Österreichischen Volkspartei –, wer sich für die überregionale Schülervertretung maßgebend eingesetzt hat, dann möchte ich darauf hinweisen, daß die Sozialistische Partei hinsichtlich des Schulunterrichtsgesetzes den Konsens gesucht hat – alles richtig –, aber doch die entsprechende Regierungsvorlage dafür eingebracht hat und auf Grund der Initiative der Sozialistischen Partei die Schülermitverwaltung geschaffen wurde. *(Abg. Dr. Gruber: Aber nicht der Schulgemeinschaftsausschuß!)*

Ich habe mir heute gedacht: Es ist doch interessant, daß einige Jahre später, wenn die Institutionen bestehen, es soviel Konsens über die Institutionen gibt, daß aber in dem Zeitpunkt, in dem eine Institution neu geschaffen werden soll, konservative Politiker – und jetzt muß ich sagen: der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei – mit sehr viel Vorbehalt gegen Neueinrichtungen zu Felde ziehen.

Es haben auch schon die überregionale Schülermitverwaltung und die Schülervertretung bestanden, denn das Gesetz der Österreichischen Volkspartei ist ja nichts anderes als eine gesetzliche Fixierung einer Einrichtung, die wir in Österreich seit mehreren Jahren mit größter Zufriedenheit praktizieren. *(Abg. Dr. Gruber: Warum haben Sie es dann im Unterausschuß abgelehnt?)* Weil wir ein besseres Gesetz haben wollten. Die Punktation, die Ihnen das Ministerium gegeben hat, hat ja bewiesen, daß diese Punktation zu einem besseren Gesetz führt als das Abschreiben des gegenwärtigen Gesetzentwurfes der Österreichischen Volkspartei. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte daran erinnern, daß wir in dieser Periode die Schülerbeihilfe, die freien Schulbücher, die freie Schulfahrt eingerichtet haben, daß das Unterrichtsbudget in einem Ausmaß gestiegen ist wie nie zuvor, nämlich um das Dreifache, und daß es uns in dieser Periode auch gelungen ist, die Bildungsexplosion zu bewältigen, da doppelt so viele Schüler weiterführende Schulen besuchen, als das früher der Fall war. Wenn dies in der österreichischen Schulgeschichte nicht eine Dekade darstellt, die weit über die bisherigen Erfolge im österreichischen Schulgeschehen hinausgeht, dann bitte zeigen Sie mir ein Jahrzehnt in der Monarchie oder in

der Republik und vor allem ein Jahrzehnt in der Periode, in der die Österreichische Volkspartei den Unterrichtsminister gestellt hat. In dieser Periode hat es eine Reihe von Krisen gegeben, nur das Jahr 1962 war eine glückliche Situation, in der es uns gelungen ist, zu einem Schulgesetz zu kommen. Aber die tragenden Ideen bei diesem Schulgesetz, die selbständige Oberstufe, die akademische Lehrerbildung waren Ideen, die dem sozialistischen Schulprogramm entstammen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Auch da zeigt sich ganz deutlich, daß 16 Jahre später diese Gesetze sich selbstverständlich bewährt haben.

Nun darf ich zu zwei Punkten Stellung nehmen, von denen ich annehme, daß sie das Interesse des Hauses finden und tatsächlich außerordentlich wichtig sind.

Erstens zu der Frage, ob wir einen Konsens in der Schulpolitik im Hinblick auf die Grundwerte besitzen.

Wir haben diesen Konsens, Herr Abgeordneter Gruber, nie bestritten. Unsere gesamte Schulpolitik, sowohl die von Minister Gratz als auch die von Unterrichtsminister Sinowatz gemachte, zeigt, daß dieser Konsens gesucht wurde. Zunächst der Konsens mit der Kirche: Es ist der Sozialistischen Partei in diesem Staat vorbehalten, daß sie die hundertprozentige Subventionierung der Privatschulen der Kirche gebracht hat. Nicht die Österreichische Volkspartei hat diesen Gesetzesantrag gestellt. *(Abg. Dr. Gruber: Unsere Insistenz hat es gebracht. Sie hätten es nämlich abgelehnt! Antrag Zankl und Genossen!)* Durchaus nicht.

Zweitens: Dem Unterrichtsminister ist es gelungen, alle Gesetze mit dem Konsens der Österreichischen Volkspartei – sicher nach langen Verhandlungen, aber ich glaube, daß sich diese langen Verhandlungen bewährt haben – zur Abstimmung ins Haus zu bringen, und es ist ihm auch gelungen, mit den Landesschulräten die notwendigen Verhandlungen durchzuführen, denn es ginge ja in Österreich gar nicht anders, als einen Konsens mit allen beteiligten Institutionen und mit den Ländern herbeizuführen.

Erst vor wenigen Tagen fiel mir ein Artikel im „Oberösterreichischen Volksblatt“ in die Hände. Da drückt dem Unterrichtsminister Sinowatz der oberösterreichische Landeshauptmann Ratzenböck den Dank aus für die gute Zusammenarbeit bei der Planung des österreichischen Schulwesens. Nicht nur ihm, sondern auch den Herren des Bundesministeriums für Unterricht. – Na, wo wollen Sie noch mehr Konsens, als gerade darin zum Ausdruck kommt? *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr.*

11230

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Schnell

Gruber: Die Oberösterreicher sind kultivierte Leute! – Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Herr Kollege Gruber! Damit kein weiteres Märchen entsteht, möchte ich sehr deutlich Ihre Anschuldigung zurückweisen, daß der Begriff der Leerformel in der Schulreformkommission von mir stammt. Aber ich war in diesen Sitzungen anwesend und weiß ganz genau, von wem er stammt, und kann Ihnen das heute sagen. Der Begriff der Leerformel in der Diskussion der österreichischen Schulreformkommission stammt von Herrn Universitätsprofessor Heitger, den ein ÖVP-Unterrichtsminister in dieses Land berufen hat. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

Ich kann Ihnen noch mehr dazusagen. *(Abg. Dr. Gruber: Aber nicht im Hinblick auf den ...!)* Zwei Begriffe hat er damals geprägt: Der Zielparagraph ist eine Leerformel, und zweitens: Seine Aufgabe wäre es, diese Leerformeln zu hinterfragen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)*

Der Herr Professor Heitger hat seit dieser Zeit einen großen Wandel in seinen Auffassungen mitgemacht. *(Abg. Dr. Gruber: Ich hoffe, auch Sie!)* Ich habe ihm das das letzte Mal, als ich ihn getroffen habe, gesagt. Aber ich darf hier feststellen, daß ich damals die Auffassung vertreten habe, daß eine Leerformel nur dann entsteht, wenn in dem Bewußtsein der beteiligten Menschen nicht die Bereitschaft vorhanden ist, sich zu einem Gesetz oder zu einer Formel zu bekennen. Wir, die Sozialisten, haben uns immer zu dem Zielparagraphen des Schulorganisationsgesetzes bekannt. Es war uns eine Selbstverständlichkeit, diese Basis der Weiterentwicklung nicht zu vernachlässigen, sondern auf dieser Basis weiterzubauen, und ich möchte diesen Vorwurf, den Sie heute an mich gerichtet haben, mit aller Entschiedenheit zurückweisen, weil er falsch ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und damit komme ich zu einem weiteren Punkt, den der Herr Kollege Peter angesprochen hat, zu dem auch Sie Stellung genommen haben und den ich etwas weiter fassen möchte.

Ich habe den Eindruck, daß sowohl die Österreichische Volkspartei als auch die Freiheitliche Partei den Sinn der Schulversuche nicht verstehen oder nicht zur Kenntnis nehmen möchten.

Der Herr Kollege Peter hat heute von der Schulangst gesprochen. Sie haben heute gemeint, daß die Untersuchung in Essen darauf hinweist, daß die Familie das vorschulpflichtige Kind außerordentlich wirkungsvoll fördern kann und daß aus diesem Grund Vorschuleinrichtungen nicht notwendig seien *(Abg. Dr. Gruber:*

Das habe ich nicht gesagt!) – oder nicht in dem Ausmaß notwendig seien. Der Herr Abgeordnete Scrinzi hat uns gestern in der Gesundheitsdebatte den Vorwurf gemacht, daß die Sozialistische Partei dogmatisch-doktrinaire Zielsetzungen verfolge, indem sie ein egalitäres Menschenbild an die Spitze stelle und dabei die Bedürfnisse des Kindes und des jungen Menschen vernachlässige.

Ich darf Ihnen sagen: Sie verfolgen anscheinend nicht die internationale Literatur und die internationale Diskussion über diese Problematik.

Warum sind wir überhaupt zu den Schulversuchen gekommen? Was sind die Gründe dafür?

Wir haben festgestellt, empirisch – nicht nur in Österreich –, daß es in der Schulentwicklung und im Schulablauf mehrere Perioden gibt, in denen die Schüler sehr stark in Schwierigkeiten geraten. Eine solche Periode sind der Schuleintritt und die beiden ersten Jahre. Im Laufe des Schuleintritts und in den ersten beiden Jahren der Volksschule kommen im österreichischen Durchschnitt zwischen 15 und 20 Prozent der Schulanfänger unter die Räder.

Die zweite Periode ist der Übertritt von der Volksschule in ein vertikal gegliedertes Schulsystem.

Der dritte Schulabschnitt ist die Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schule.

Genau dort haben wir unsere Schulversuche angesetzt, und zwar mit dem Ziel, daß die Schule sich der individuellen Lage des Kindes mehr bewußt wird, daß nicht das Kind sich der Schule, sondern daß die Schulstruktur sich stärker dem Kind anpassen soll.

Und wie soll das geschehen? – Erstens im Bereich der Vorschulklasse. Wir haben eine Fülle von Vorschuleinrichtungen mit einem flexiblen Übertritt vom Kindergarten in die Vorschulklasse geschaffen. Daß uns die Österreichische Volkspartei dabei unterstellt hat, daß wir die Kinder verschulen wollen, daß wir eine längere Schulzeit einrichten wollen – was alles nicht stimmt –, ist eine andere Frage. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Uns geht es ausschließlich darum, daß wir diese 15 bis 20 Prozent der Schüler, die nicht immer unintelligent sind, sondern die auf dem einen oder auf dem anderen Sektor in ihrer psychischen Entwicklung nicht das Normprofil erlangt haben, besser fördern können. Die Frage, die heute der Herr Abgeordnete Gruber angeschnitten hat, kann nicht heißen: Mehr Förderung der Familie und weniger Förderung der Vorschulklasse!, oder: Mehr Förderung der Vorschulklasse und weniger Förderung der Familie!, sondern die Antwort

Dr. Schnell

kann nur lauten: Förderung der Familie und Förderung des Kindes in der Vorschulklasse! *(Beifall bei der SPÖ.)* Von beiden Seiten her ist es notwendig, diese Kinder zu fördern.

Und jetzt zur Frage der Gesamtschule und zur Schulangst.

Nicht nur in Österreich, sondern international – in England, in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik, in Frankreich – ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß das vertikal gegliederte System die hohen Repetenzahlen verursacht.

Meine Damen und Herren! Die gegenwärtige Struktur geht doch von der Auffassung aus, daß wir eine Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen im Sinne der allgemeinbildenden höheren Schule für das begabte Kind besitzen, eine Hauptschule – Erster Klassenzug für das noch begabte, aber vielleicht nicht höchstbegabte Kind, eine Hauptschule – Zweiter Klassenzug für das weniger begabte Kind und anschließend eine Sonderschule.

Und nehmen Sie jetzt das breite Spektrum der Zehn- bis Vierzehnjährigen, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, daß nach acht Jahren von 100 Schülern, die in die erste Klasse der Volksschule eingetreten sind, nur noch 60 mit einem positiven Zeugnis in die neunte Schulstufe übertreten. Das heißt: Wir haben ein vertikal gegliedertes System, aber in diesem vertikal gegliederten System 40 Prozent Repetenten, und dies nicht seit gestern und seit vorgestern. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg waren es 50 Prozent, und merkwürdigerweise ist die Zahl der Repetenten in den Bundesländern stärker als in Wien.

Jetzt darf ich gleich dazusagen: Natürlich denkt niemand daran oder glaubt niemand, daß das Nichtübertreten ein Beweis dafür ist, daß die Schule das Kind stärker fördern konnte oder daß das Kind gescheitert geworden ist, sondern es ist ein Hinweis darauf, daß die Schule sich der Fassungskraft und dem Leistungspotential des Kindes besser anpassen konnte.

Und jetzt darf ich noch dazusagen: In all diesen Ländern ist man aus diesem Grund zur Gesamtschule übergegangen, weil man genau weiß, daß vom ersten Schuljahr an bis zum vierten Schuljahr die Prognose, in welche Schule diese Kinder am besten übertreten, nicht erstellt werden kann.

Ich gebe dem Herrn Kollegen Scrinzi nicht unrecht, wenn er der Auffassung ist, daß auch genetische Momente für die Begabung eine Rolle spielen, obwohl ich überzeugt bin: nicht nur genetische Momente. Ich gebe aber auch den Umwelttheoretikern nicht unrecht, wenn sie

sagen, daß Begabung sehr stark durch die Umwelt zum Reifen gebracht wird. Nur eines: Die Schule und die Psychologie werden uns kein Modell geben können, nach dem wir zum Zeitpunkt, in dem das Kind zehn Jahre alt ist, feststellen, in welche Schule dieses zehnjährige Kind am besten eingeschult werden kann.

Und deshalb sind wir der Überzeugung, daß eine integrierte Gesamtschule, eine Gesamtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, einzig und allein in der Lage ist, Schulstreß, Schulangst und hohe Selbstmordquoten und natürlich auch das Repetentenproblem zu verhindern, und die Erfolge, die in der integrierten Gesamtschule bisher erzielt wurden, beweisen ja sehr deutlich, daß es uns gelungen ist, die Repetenzahl zu senken, daß die Schulangst an den Gesamtschulen weitgehend nicht oder überhaupt nicht zu finden ist, während sie an den Unterstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen sehr wohl vorhanden ist, und daß im Grunde genommen von der Schulstruktur her die Lösung angesetzt werden soll, wenn wir ein besseres Schulwesen einrichten wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier wird es notwendig sein, die Auffassung zu korrigieren, daß wir mit der Gesamtschule eine Vermassung und eine Nivellierung hervorrufen, denn allein die Gesamtschule bietet die Voraussetzung dafür, daß eine Individualisierung des Unterrichtes, eine Anpassung der Schule an das Leistungspotential und an das Leistungsvermögen der Schüler erzielt werden kann und daß nach der Gesamtschule der Übergang in die allgemeinbildenden höheren Schulen und in die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen besser durchgeführt werden kann, als dies zurzeit der Fall ist.

Der dritte Punkt bezieht sich auf die Schulversuche an den allgemeinbildenden höheren Schulen. In diesem Fall kommt es darauf an, daß wir von der unseligen europäischen Bildungstradition wegkommen, die annimmt, daß eine Schultype vorhanden ist, also etwa das altsprachliche, das neusprachliche oder das realistische Gymnasium – es gibt bereits zehn Typen –, und wir beim Kind nur feststellen müssen, welches Kind einer bestimmten Schultype adäquat ist, und wir dann das Kind in die entsprechende Type einschulen.

Hier liegt einer der entscheidenden Gründe, warum wir an der Typenvielfalt zugrunde gehen. Die Kinder scheitern, weil sie nicht die Möglichkeit haben, von ihrem Interesse her in einem viel stärkeren Ausmaß selbst relativ obligate Wahlgegenstände zu bestimmen. Die Schulversuche, die wir an der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schule führen,

11232

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Schnell

zeigen ja sehr deutlich, daß wir auch dort großen Erfolg haben.

Herr Kollege Gruber, zu Ihrer Frage, ob der Sozialistische Lehrerverein das Recht hat (*Abg. Dr. Gruber: Das habe ich nicht gesagt!*), zur politischen Bildung Vorschläge zu erstellen, und ob man damit eine Indoktrination begeht, darf ich Ihnen folgendes antworten (*Abg. Dr. Gruber: Diese Frage würde ich nie so formulieren!*): Ich wehre mich gegen jede Indoktrination!

Aber wenn ich die Aussendungen sehe, die die Sparkassenverbände, die Handelskammer an die Schulen schicken mit all dem Bildungsangebot und mit der Bildungsauswahl, die die Lehrer in den Schulen behandeln sollen, so muß ich sagen: Es liegt dort ein Interessensangebot vor, das nahe an eine Indoktrination herankommt.

Der Sozialistische Lehrerverein tut sehr gut daran, wenn er die Lehrer aufmerksam macht, daß solche Aussendungen der Interessensverbände sehr kritisch geprüft werden sollen und daß auch andere Standpunkte als der Interessensstandpunkt der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, der Standpunkt einer bestimmten Sparkasse in bezug auf die Wirtschaftserziehung und die politische Bildung herangezogen werden sollen.

Das ist fruchtbar, das ist großartig, und es sollten Lehrer und Schüler viel stärker auf die Interessenslage – alle diese Publikationen in der „Freien Lehrerstimme“ haben dies zum Ziel – derer aufmerksam machen, die diese Publikationen herausgeben. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann heute leider nicht – meine Stimme erlaubt es nicht – auf alle Probleme eingehen. Ich möchte nur sagen: Wir haben nicht alle Probleme gelöst, aber wir haben viel mehr Probleme in einer viel kürzeren Zeit gelöst, als das bei früheren ÖVP-Regierungen oder ÖVP-Unterrichtsministern der Fall war. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Da noch so viele Probleme offen sind, Probleme, die in der Weiterentwicklung des österreichischen Schulwesens nur von einem SPÖ-Minister gelöst werden können – etwa die stärkere Berücksichtigung der Allgemeinbildung bei den Berufsschülern, eine stärkere Koordinierung der Allgemeinbildung und der betrieblichen Ausbildung ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Weil sie mit ihren Kammern nicht die Stunden kriegen – das ist sehr einfach –, sie kriegen ja von den Kammern nicht die Stunden, die dazu notwendig sind! (*Beifall bei der SPÖ.*) Und weil es notwendig ist, daß wir die

Lehrerbildung verbessern, die Reform an den allgemeinbildenden höheren Schulen und nicht zuletzt die Gesamtschule durchführen – denn das, was der ÖVP-Vorschlag für die Hauptschule ist, ist ja im Kern aus dem sozialistischen Programm der Leistungsgruppendifferenzierung übernommen, allein das zeigt, daß ein ÖVP-Unterrichtsminister dies nicht leisten könnte (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber*) –, brauchen wir auch in der nächsten Periode einen SPÖ-Unterrichtsminister. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Frischenschlager. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gehört zur lieben Gewohnheit vor allem eines Oppositionspolitikers, daß er vor allen in Bereichen wie Bildung, Kultur und Wissenschaft die Ablehnung eines Budgetkapitels mit zu wenig Geld begründet.

Wenn wir uns im Vergleich zu diesem Budget die Zahlen des Vorjahres ansehen, müssen wir feststellen: Im Vorjahr ist das Wissenschaftsbudget im Vergleich zur Steigerung des Gesamtbudgets unterproportional gewachsen, während heuer eine minimale überproportionale Anhebung Tatsache ist. Da kann man jetzt natürlich sagen, das sei ein Erfolg, man könnte aber zugleich auch darüber ätzen, daß der Anteil des gesamten Wissenschaftsbudgets halt von ganzen 2,82 Prozent auf ganze 2,83 Prozent, also um ein Hundertstel Prozent, angestiegen ist.

Im wesentlichen kann man sagen, es ist alles beim Alten geblieben. Deshalb auch die Kritik – auch die Kritik, die im vorigen Jahr anzubringen war, ist im wesentlichen heuer zu wiederholen.

Die Steigerungen werden im wesentlichen im Budget eingesetzt, um die automatisch steigenden Fixkosten abzudecken.

Professor Andreae hat im Vorjahr aufgezeigt, daß alles das, was an Zuwachs im Budget enthalten war, von den Personalkosten aufgefressen wird, und zwar von der Dynamisierung der Automatik bei den Beförderungen und derlei mehr, ohne daß sich in der Personalstruktur etwas geändert hätte.

Zugleich hat Professor Andreae im Vorjahr festgestellt, daß der Anteil der Sach- und Förderungsmittel am Wissenschaftsbudget dementsprechend gesunken ist. Eine äußerst unangenehme Kostenschere.

Unter diesem Gesichtspunkt stellen wir für das heurige Budget fest, daß diese Abwärtsentwicklung gestoppt ist, aber keine Wende zum Positiven eingetreten ist.

Dr. Frischenschlager

Weiters wäre es nun ein leichtes, dieses Budgetkapitel damit abzulehnen, indem man eine Anzahl von reichlich vorhandenen Beispielen aufzählt, wo es an den Hochschulen gebricht und wo das seine Ursache im mangelnden Geld hat.

Es ist ja unbestritten die sozialistische Wirtschaft- und Finanzpolitik, die einen sehr engen Rahmen auch für das Wissenschaftsbudget überhaupt abgibt.

Aber wir sollten uns nicht in den Sack lügen und so tun, als ob es in absehbarer Zeit in der Grundstruktur des Budgets, des Kapitels Wissenschaft und Forschung, grundsätzliche Änderungen geben wird.

Wir müssen uns auf Jahre hinaus darauf einstellen, daß dieser Rahmen nicht wesentlich übersteigbar ist; im Gegenteil, es besteht die Gefahr, daß, wenn die finanziellen Verhältnisse noch trister werden, eine wesentliche Verschärfung eintreten wird.

Und das aus mehreren Gründen: Zum einen geht die Schere Budgetwachstum und automatische Bindung von Mitteln natürlich weiter auf. Wenn es dazu noch – wovon zwar nicht viel zu merken ist, aber wozu es irgendwann einmal kommen wird müssen – zur Budgetsanierung durch Schuldentrückzahlung kommen wird, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß das keine Rückwirkungen auf sämtliche Kapitel des Budgets haben wird.

Zudem müssen wir feststellen, daß die Belastungen der Hochschulen und der ganzen Wissenschaft und Forschung – denken wir nur an die Höhrerzahlen – im Wachsen begriffen sind.

Schließlich müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, daß die Bereitschaft der Öffentlichkeit, Steuern zu zahlen, merklich an Grenzen stößt und Bereiche wie Kultur und Wissenschaft bisher, wenn die Gefahr von Budgetkürzungen bestand, relativ ungeschoren davorkamen, weil das Ansehen dieser Bereiche selbst eine sozialistische Regierung davon zurückschrecken hat lassen, Kürzungen vorzunehmen. Aber wenn das Ansehen der Wissenschaft einmal stärker sinken sollte – ich denke jetzt an die Ereignisse um die Volksabstimmung am 5. November, die Zwentendorf-Abstimmung, ich denke daran, was da so an Vorwürfen gegenüber der Wissenschaft erhoben wurde, wie sich da eine breite Öffentlichkeit darüber beschwert hat, daß selbst Wissenschaftler streiten, wobei es doch an sich das Wesen der Wissenschaft ist, daß gegensätzliche Standpunkte einander gegenübergestellt werden, ich denke an den Volksmund, der sich da über die Wissenschaftler mokiert hat –, dann, glaube ich, müssen wir

erkennen, daß sich diese positive Grundeinstellung zur Wissenschaft – man könnte dasselbe jetzt im Hinblick auf die Kultur sagen – ändern könnte und daß dann natürlich ein wesentlicher politischer Faktor für das Nichtkürzen dieser Bereiche wegfielen.

Aber wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen. Faktum bleibt jedenfalls: Der finanzielle Rahmen wird auch für die Hochschulen und für die Wissenschaft in den nächsten Jahren bestenfalls gleich bleiben, die Aufgaben werden wachsen, mehr Geld wird es nicht geben.

Es fragt sich nur, welche Konsequenz daraus zu ziehen ist, und zwar für alle, für die Wissenschaftspolitik, für die Hochschulen wie auch für uns Parlamentarier: Die ganz klare Konsequenz aus dieser finanziellen Situation wird sein, daß wir uns überlegen müssen, wie wir die vorhandenen Mittel besser einsetzen, wie wir mit den vorhandenen Geldern mehr herausholen. Das ist das hochschulpolitische Gebot der nächsten Jahre.

Es wird das Kostenbewußtsein, es wird das Budgetbewußtsein steigen müssen, und zwar wiederum bei allen. Es wird nicht gehen, daß sich der eine auf den anderen ausredet, und da wird man sich einiges einfallen lassen müssen.

Ein kleines Detail möchte ich anschneiden, weil es mich besonders stört. In den letzten Wochen jedes Jahres spielt sich folgendes ab: Es ist Geld übrig, und auf einmal heißt es: Braucht ihr nicht noch dieses oder jenes? Wir haben noch etwas übrig. Wir müssen das ausgeben, denn dann, wenn wir das heuer nicht ausgeben, werden wir womöglich nächstes Jahr gekürzt, und derlei mehr.

Das spielt sich überall im Hochschulbereich – das weiß ich aus Erfahrung – ab.

Ich sage nicht, daß diese Restgelder verplempt werden. Aber ich frage mich manchmal, ob diese Mittel wirklich so eingesetzt werden, wie es sinnvoll wäre.

Ich bin sicher, daß sich das gleiche Phänomen in sämtlichen Verwaltungsbereichen abspielt.

Man könnte all das zusammenzählen. Ich weiß nicht, wieviel es ist, aber ich vermute, daß es ein ganz schönes Sümmchen ist, das auf diese Art und Weise eigentlich nicht sehr zielgerecht eingesetzt wird. Ich frage mich, ob es da nicht eine Lösung gibt, diesem, ich will nicht sagen Unfug, aber jedenfalls diesem verbesserungswürdigen Tatbestand abzuhelpen.

Das Grundproblem bleibt: Verbesserung der Effizienz unserer Hochschulen. Das wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein, wenn man nicht einen anderen Weg geht, nämlich nach

11234

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Frischenschlager

neuen Finanzierungswegen Ausschau zu halten, wie es der Finanzminister Androsch tut, was ja bei ihm eine liebe Gewohnheit ist, und sich dabei das in Hochschulkreisen berüchtigt gewordene „Androsch-Pönale“ für Bummelstudenten ausgedacht hat.

Diese Idee ist, so wie sie Androsch gebracht hat, tatsächlich schlecht, weil sie nichts bringt. Denn wo sollen wir ansetzen? Wann ist jemand überständig? Wenn wir die Studienerfolgsstatistiken anschauen, dann sehen wir, daß die Semesteranzahl ja beträchtlich überzogen wird, und ich bin mir nicht ganz sicher, ob daran wirklich die Studenten allein schuld sind oder ob da nicht andere Ursachen hinzukommen. Man wird schwerlich gerechte Grenzen ziehen können.

Zudem schlägt sich das ja auch mit einem Ziel, das die Frau Bundesminister Firnberg verfolgt, mit der „offenen Hochschule“, wo sich jeder mehr oder weniger nach Lust und Liebe das eine oder andere aussucht und da und dort ein bißchen teilnimmt und studiert. Das läßt sich nicht mit dem Androsch-Plan vereinen.

Trotzdem sehe ich an sich wiederum nicht ein, warum nicht derjenige, der tatsächlich finanziell dazu in der Lage ist, für das, was er auf der Hochschule an Berufsvorbildung und damit an späteren materiellen Möglichkeiten mitbekommt, derjenige, der es sich – ich betone das – leisten kann, nicht einen Beitrag leisten soll.

Das ist eine grundsätzliche Frage, und man sollte sie nicht von Haus aus beiseiteschieben.

Rein von der Praxis her ist die Sache gar nicht so schwer durchführbar. Man wird natürlich nicht das alte Hochschultaxengesetz aufleben lassen, wo nach Schillingen bemessene Einzeltaxen berechnet wurden. Ich könnte mir einen Pauschalbetrag vorstellen, und dort, wo die soziale Bedürftigkeit gegeben ist, könnte man zum Beispiel die Studienbeihilfe entsprechend anheben. Also möglich ist es.

Wenn diese Mittel, die da hereinkommen, zugleich zweckgebunden werden, zum Beispiel für den Studentenwohnheimbau, wo – das muß man sagen – in den vergangenen Jahren einiges geschehen ist, aber mehr geschehen hätte können, wenn mehr Geld da gewesen wäre, wenn die Mittel, die ich auf diese Art und Weise hereinbekomme, ganz zweckgerichtet in den Studentenwohnheimbau gesteckt werden, dann wird ein Effekt erzielt, der letzten Endes den bedürftigen Studenten sehr zugute kommt.

Das ist aber nur eine Nebenfrage. Auf der Einnahmenseite wird sicherlich eine drohende Finanzkrise nicht abgewendet werden können. Grundpostulat muß sein, durch innere Reformen

die Effizienz unserer Hochschulen im personellen, im gesamten Studien- und natürlich im Verwaltungsbereich, sowie in der Raumfrage zu steigern. Darin sehe ich die Hauptaufgabe.

Und das ist der Punkt, wo die Kritik an der Wissenschaftspolitik des Ministeriums einsetzen muß.

Ich weiß nicht, ob dieses Budget das letzte Budget dieser Regierung ist, es ist jedenfalls das letzte dieser Legislaturperiode. Ich weiß nicht, ob es das letzte der Frau Bundesminister Firnberg ist. Jedenfalls habe ich den Eindruck, daß eine wichtige hochschulpolitische Phase im Auslaufen ist. Wenn wir da versuchen, ein Resümee zu ziehen, so möchte ich dabei nicht in den Fehler verfallen zu sagen: Alles, was geschehen ist, ist schlecht, und die Opposition hat immer recht gehabt. Im Gegenteil, ich möchte sagen, es ist sehr, sehr viel geschehen, wenn wir die Anzahl der Aktivitäten sehen, wenn wir die Anzahl der Gesetze sehen.

Ein Vorwurf ist aber insofern am Platz, als an der Qualität dieser riesigen legislatischen Arbeitsbewältigung Kritik sehr wohl angebracht ist.

Wenn wir die positiven und die negativen Seiten ganz grob einander gegenüberstellen, dann glaube ich, daß wir auf dem Positiv-Konto des Ministeriums Firnberg, das es schon fast ein Jahrzehnt lang gibt, vermerken können, daß auf der Personalseite der Hochschulen eine große Ausdehnung erfolgt ist. Wir wissen, daß auch in der Ausstattung, im Neubaubereich viel geschehen ist. Es sind die Neugründungen, die zwar zum Großteil im Jahrzehnt davor eingeleitet wurden, weiter ausgebaut worden.

Wir müssen feststellen, daß die Forschungspolitik neue Schwerpunkte bekommen hat und daß – allerdings muß man das mit großen Abstrichen sagen – die Studienreform zumindest weitergeführt wurde, wenn auch zum Teil mit Ergebnissen, die absolut nicht zufriedenstellend sind.

Auf der Negativseite scheint mir ein Gesetz hervorzustechen: das ist das Universitäts-Organisationsgesetz. Es bleibt das Gesetz der verpaßten Chance einer wirklichen Hochschulorganisationsreform. Das UOG bleibt ein Unglücksgesetz. Das zeigt die Praxis bis in die letzten Tage hinein.

Dies ist der eine Vorwurf, den man erheben muß, die eine Kritik, und die zweite bezieht sich auf die Auswirkungen der sozialistischen quantitativen Bildungspolitik. Ich meine das möglichst weite Öffnen sämtlicher Bildungsinstitutionen, was an sich ja etwas Positives ist. Aber es ist ein durchgehendes Erscheinungsbild sozialistischer Bildungspolitik, daß sie zwar die Tore öffnet, jedoch das weitere Schicksal derjenigen,

Dr. Frischenschlager

die diese Bildungsinstitutionen durchlaufen, die weiteren Folgen, die sich daraus ergeben, völlig ausklammert. Das läßt sich hinsichtlich der Schulpolitik und genauso hinsichtlich der Hochschulpolitik sagen. Betrachten wir nur die kommende Berufsproblematik der Hochschulabsolventen. Oder, ein Pendant zum positiven Beispiel der Vermehrung des Hochschulpersonals, das Schicksal der nun zahlenmäßig stark vermehrten Assistenten, die ebenfalls vor einer Berufsproblematik stehen.

Das ist der zweite Vorwurf, daß die Folgen der quantitativen Bildungspolitik von der sozialistischen Bildungspolitik nicht mitbedacht und vor allem auch keine Abhilfen mitgegeben werden.

Als Grundvorwurf muß daher bleiben: Es ist zwar viel geschehen, es ist manches geglückt, manches wurde verfehlt. Die Chance, mit dieser Unzahl von Gesetzen eine in die Tiefe gehende Reform des Studienbetriebs, der Hochschulorganisation und auch der Forschungspolitik zu erreichen, ist allerdings nicht erreicht worden, und das ist der Hauptvorwurf, den man machen muß. Es wurden im Prinzip die vorhandenen Strukturen der Hochschulorganisation als auch des Studienbetriebes fortgeschrieben, und jetzt, in einer Phase, in der die finanzielle Situation sich von Jahr zu Jahr verschärft, fällt uns dieser Reformmangel im Hochschulbereich natürlich auf den Kopf, weil die Kostenschere auseinandergeht und das Gebot der größtmöglichen Effizienz der vorhandenen Mittel kaum oder sehr schwer nachzuholen sein wird.

Ich weiß natürlich von der Schwierigkeit der ganzen hochschulpolitischen Teilbereiche. Ich habe jetzt 15 Jahre Hochschulpolitik auf meinem noch relativ jungen Buckel; ich habe sie von der studentischen Seite her als ÖH-Mandatar kennengelernt, ich war Assistentenvertreter, ich war Personalvertreter, und nun habe ich hier als Wissenschaftssprecher der FPÖ die Möglichkeit, weiter Hochschulpolitik zu betreiben.

Ich weiß also, wie schwierig das ist, wie schwierig die Dinge zu koordinieren sind, wie viele Interessen, widerstrebende Interessen, da hineinspielen, aber es ist ein Faktum: Alle großen Reformansätze sind letzten Endes in vielen Punkten hängengeblieben, was sich anhand des Universitätsorganisationsgesetzes, mancher Studiengesetze und letzten Endes auch an Hand des Entwurfes des Forschungsorganisationsgesetzes nachweisen läßt.

Zunächst zum UOG. Wir haben sowohl bei der Gesetzeswerdung des UOG als auch bei der Novelle unsere Kritik und Alternativen formuliert. Unser Hauptvorwurf ist, daß die wesentlichen Aufgaben der Hochschule: Lehre, Forschung und Verwaltung, nach wie vor ineinander-

derfließen, daß es keine entsprechenden organisatorischen, personellen Strukturen gibt, die diese Aufgabenstellung der Hochschulen etwas gliedern.

Dadurch wird die Möglichkeit eröffnet, daß man Mängel in einem Bereich auf Überlastung durch andere begründet, und das ist ja eine gängige Formel, die man auf den Hochschulen überall hört – zum Teil zu Recht, oft auch zu Unrecht: Ich lehre so viel, deswegen komme ich nicht zum Forschen: Oder: die Verwaltung ist so lästig, man kommt kaum zu etwas anderem. – Da gibt es die berühmten Prozentrechnungen, wie sehr die einzelnen Hochschulpersonalzweige mit der einen oder anderen Aufgabe belastet sind. Faktum ist: Es gibt keine funktionale Gliederung dieser Bereiche, und daher auch diese Möglichkeit des Ständig-auf-den-andere-Bereich-Ausredens, wenn es in einem nicht stimmt.

Das ist der Grundvorwurf, den man dem UOG machen muß, daß er hierin keine Besserung brachte. Ich sehe durchaus ein, daß es sehr schwierig ist, auf Grund des Grundsatzes der Einheit von Forschung und Lehre, der ja ein richtiger ist, und auf Grund der Tatsache, daß wir ja im Hochschulpersonal einen Einheitstypus haben, diesen theoretisch traumwandlerischen Werdegang des Wissenschaftlers vom Vertragsassistenten bis zum ordentlichen Professor. Dies erschwert natürlich eine Aufgliederung, eine Strukturierung der Aufgabenerledigung an der Hochschule.

Der FPÖ-Entwurf zeigt, ohne diese Grundsätze im Prinzip in Frage zu stellen, Möglichkeiten auf. Wir haben als Grundstruktur den Fachbereich vorgeschlagen, der im wesentlichen einen Studiengang umfassen sollte, und innerhalb dieses Fachbereiches zwei funktionale, nicht institutionell getrennte Einheiten, einen Bereich für die Forschung, einen Bereich für die Lehre. Das hätte zur Folge gehabt, daß tatsächlich klare Verantwortlichkeiten geschaffen worden wären, daß tatsächlich klar gewesen wäre, wessen Aufgabe was ist. Und man hätte auch klarstellen können, was ist für die Erfüllung zum Beispiel der Lehre tatsächlich notwendig an Personal, an Raum, an Geld.

Das wäre auf dieser Grundlage möglich gewesen. Aber wir sind sowohl seinerzeit bei der Schaffung des UOG als auch bei unserem Versuch, bei der Novellierung des UOG von diesem Grundgedanken etwas einzubringen, auf Ablehnung gestoßen.

In Zukunft wird aber gerade dieser Bereich, diese innere Reform, die Fortsetzung der Hochschulorganisationsreform eine dringend notwendige Aufgabe sein, denn das, was sich

11236

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Frischenschlager

heute ununterbrochen abspielt, der Hinweis auf zu geringes Personal, auf zu geringe Mittel ist so lange nicht rational klärbar, solange nicht diese Aufgabenzuteilung und die entsprechenden Strukturen geklärt sind. Solange wird es immer das gegenseitige Ausreden im guten und im schlechten Sinne geben, man wird nicht auseinanderhalten können, ob zum Beispiel eh genug oder „zu wenig“ Personal vorhanden ist.

Frau Bundesminister! Sie waren, soviel ich weiß, unlängst in Zürich und haben sich die dortige ETH angesehen. Sie haben da sicherlich auch Unterlagen bekommen, aus denen eines hervorgeht: daß das, was wir beim UOG vorgeschlagen haben, nämlich diese funktionale, nicht institutionelle Trennung von Lehrabteilungen und Forschungseinheiten, dort verwirklicht wird und dieses Modell durchaus zu besseren Ergebnissen führt.

Daher ist mein Anliegen, daß trotz des UOG, trotz der beschlossenen Novelle in dieser Richtung weiter innere organisatorische Reformen ins Auge gefaßt werden.

Ein paar Worte noch zur Frage Hochschulpersonal. Frau Bundesminister! Wir stehen mitten in der Debatte um das Hochschullehrer-Dienstrechtsgesetz. Ich weiß, daß das vom Dienstrechtlichen her nicht Ihre Aufgabe ist. Trotzdem ist die Frage Hochschullehrer-Dienstrecht nicht nur eine Sache des Dienstrechtes allein, sondern durch das Hochschullehrer-Dienstrechtsgesetz wird sehr maßgeblich die Personalstruktur auf den Hochschulen mitbeeinflusst. Und da gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten. Einmal die berufliche Perspektive des derzeitigen Mittelbaues, der zweite Problemkreis, welches Hochschulpersonal mit welcher dienstrechtlichen Ordnung braucht die Hochschule.

Wir hatten bei der UOG-Debatte vorgebracht, daß es nicht möglich ist, weiterhin vom Phantom von der prinzipiell reibungslosen Entwicklung des wissenschaftlichen Personals vom Assistenten zum Professor auszugehen. Das ist auf Grund der Zahlenverhältnisse von 1:4 zwischen Professoren und Assistenten nicht möglich.

Es wird daher eine Lösung des Berufsproblems geben müssen, aber in Deckung mit den Erfordernissen der Universitäten.

Es wäre aber eine Sackgasse, wenn man nun den derzeitigen Stand des Hochschulpersonals durch Pragmatisierung verewigt. Das wäre zwar dienstrechtlich und vom sozialen Gesichtspunkt her für die entsprechende Personengruppe natürlich etwas Angenehmes, meines Erachtens würde es aber eine gesunde Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses fast verhindern.

Auf der anderen Seite sehe ich aber doch Möglichkeiten, dieses Berufsproblem zu lösen, und zwar in Einklang mit den Zielen der Hochschule. Es gibt an den Hochschulen einen Bedarf an ständigem Lehrpersonal, an Forschungspersonal. Es kann nur ein Teil des Mittelbaues eine berufliche Absicherung erhalten. Für den anderen Teil müssen zugleich mit der Tätigkeit als Universitätsassistent, als Angehöriger des Mittelbaues, entsprechende Berufsaufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden. Das heißt nichts anderes, als es muß dem Assistenten die Möglichkeit gegeben werden, während seiner Assistententätigkeit zugleich eine Berufsausbildung zu erfahren. In diese Richtung muß meines Erachtens die Entwicklung gehen und mein Appell an Sie, Frau Bundesminister, daß Sie bei den Debatten um das Hochschullehrer-Dienstrechtsgesetz von der Position der Wissenschaftsministerin aus, die verantwortlich ist für die Hochschulen und deren Funktionieren, in diese Debatte miteinsteigen und die Interessen der Hochschulen wahren und nicht zulassen, daß die Gesichtspunkte der Funktionalität der Hochschulen außer acht gelassen werden.

Frau Bundesminister! Ich möchte beim Thema Effizienz-Mitteleinsatz bleiben. Ich weiß, eine weitere wesentliche Schwierigkeit ist die, daß man im Hochschulbereich, wie in allen anderen, damit zu kämpfen hat, daß von der Position des Besitzstandes ausgegangen wird. Das ist eine weitere wesentliche Schwierigkeit der Hochschulpolitik, zum Beispiel in der Raum- und in der Personalfrage. Es zeigt sich, daß die Reformbereitschaft innerhalb der Hochschule unter diesem Gesichtspunkt leidet, obwohl es ohne weiteres vom Prinzip her möglich sein müßte, dort, wo zum Beispiel Personal nicht mehr in dem Ausmaß notwendig ist, wie es einmal war, zum Beispiel auf Grund gesunkener Studentenzahlen, Veränderungen vorzunehmen. So aber ist es heute kaum möglich, Umstrukturierungen vorzunehmen.

Dasselbe gilt für die Raumfrage. Es gibt genug Beispiele, daß Studienrichtungen oder Institute, die bei ihrem Raumbedarf nicht mehr die selben Ausmaße notwendig hätten, natürlich auf ihrem Besitzstand bleiben und andererseits Studienrichtungen, die aus den Nähten platzen, auf dem viel zu geringen Raum bleiben müssen. Das ist wieder eine wesentliche Aufgabe primär an den Hochschulen selbst. Es muß die Hochschule selbst in der Lage und Willens sein, derartige Dinge durchzuführen. Von außen ist das weniger zu machen, hier kommt es ganz wesentlich auf die Mitarbeit innerhalb der Universität an. Das ist deswegen sehr schwer geworden – und das ist ein abschließender Vorwurf gegenüber dem UOG –: durch das Universitäts-Organisationsgesetz haben wir den

Dr. Frischenschlager

Typus der Gruppenuniversität bekommen und wir dürfen uns daher gar nicht wundern, wenn nun weniger die Institution Hochschule als solche bei Auseinandersetzungen die Grundlage und das Ziel der hochschulpolitischen Entscheidungen abgibt, sondern zum Beispiel viel eher die Frage, welcher Gruppe nützt denn diese oder jene Entscheidung? Es geht oft nicht um die Sache selbst, sondern sehr oft darum, wie, wem nützt sie. Und dieser Verfall der Argumentation ist eine greifbare Sache.

Es wäre nachweisbar, daß die Identifikation der Hochschule mit der Einrichtung der Hochschule selbst stark nachgelassen hat. Und das hätte nicht sein müssen, weil es an sich kein Problem der Mitbestimmung ist. Es ist nur das Abstellen auf die Gruppenuniversität, die letzten Endes die vernünftige Weiterentwicklung der Hochschulen zumindest wesentlich erschwert, weil es eben zugleich die Verantwortungsflucht gibt; denn ich kann mich ja immer wieder darauf zurückziehen: das UOG ist ein schlechtes Gesetz, schuld sind vor allem die anderen Gruppen, es geht daher nichts weiter. Und daher ist die Möglichkeit der Selbstreform, des inneren Beitrages der Hochschulen zu einer Reform stark herabgesetzt. Das ist nicht nur eine stilistische Frage innerhalb der Hochschulpolitik, es ist eine Grundsatzfrage, die bei der Gruppenuniversität letzten Endes nicht lösbar ist. Und das ist ein Vorwurf, den man dem UOG machen muß.

Im Bereich der Studiengesetzgebung kann ich mich kurz fassen. Die meisten Studiengesetze sind draußen, auch die meisten Studienordnungen. Frau Bundesminister, was aber geradezu zu Grotesken führt, ist der Bereich der Studienpläne, ohne die ja eine Studienreform nicht durchführbar ist. Ich kann Ihnen als Beispiel die Zustände auf der Psychologie an der Uni Salzburg darstellen, wo meines Erachtens das Universitäts-Organisationsgesetz mit dem Ergebnis der Gruppenuniversität sich selbst aus den Angeln hebt, und zwar auf völlig legalem Weg: Das Allgemeine Hochschulstudiengesetz stammt aus der Mitte der sechziger Jahre, Mitte der siebziger Jahre kam das Universitäts-Organisationsgesetz, die Studiengesetze für die Philosophen sind etliche Jahre alt, auch die Studienordnungen. Und was ist in Salzburg passiert? Weil die Studenten innerhalb der Studienkommission Psychologie die Studienordnung des Ministeriums ablehnen, verweigern sie die Beschlußfassung über eine Studienplanung. Sie legen ihr Gruppenveto ein, daher kommt es zu keinem Studienplan. Darüber verging viel Zeit; und jetzt kommt das Lustige. Da hat ein Angehöriger der Studienkommission innerhalb der Studienkommission den Antrag gestellt, die Studienkommission sei überhaupt

bereit, einen Studienplan auf Grundlage der ministeriellen Studienordnung zu beschließen. Was war die Folge? Gruppenveto, und die Studienkommission hat praktisch sich selbst der ihr vom Gesetz vorgeschriebenen Aufgabe entledigt.

Im weiteren ist dann eine Versäumnisschwerde an die Fakultät gegangen. Die hat dann eine Frist gesetzt, die ist auch nicht eingehalten worden. Und das ist der Stand der Dinge.

Frau Bundesminister! Im Bereich der Studienpläne hängt die Studienreform, und ich möchte wissen, in wie vielen Studienrichtungen. Ich weiß es von meiner, der Politikwissenschaft, auch, wo durch Jahre hindurch, ich glaube, es sind jetzt vier Jahre, die Studienreform nicht durchführbar ist, weil es keine Studienpläne gibt. Und warum gibt es keine Studienpläne? Weil man damals das Gruppenveto eingebaut hat.

Ein typisches Beispiel für die Gruppenuniversität, die letzten Endes die Studienreform in vielen Bereichen zum Zusammenbruch führen muß.

Damit komme ich zu einem letzten Punkt im Bereich unseres Studienbetriebes. Frau Bundesminister! Wir haben in der gestrigen Fragestunde bereits eine Hochschulstatistikdebatte geführt und wir haben ja auf Grund der Hochschulstatistik gesehen, daß bei uns die Studienerfolgsquote, das heißt, die Zahl der Absolventen gegenüber den Hörerzahlen, ein sehr mißliches Verhältnis offenbart. Wir haben zusätzlich das Phänomen der international sehr beachtlichen Abbrecherquote, der Studienwechslerquote und wir haben vor allem das Phänomen der langen Studiendauer.

Nun haben Sie – und meines Erachtens zu Recht – gesagt, daß ja das, was wir an Hörerzahlen oder Inskriptionszahlen bekommen, nicht sehr aussagekräftig ist. Ich gebe das gerne zu, aber irgend etwas stimmt dann auf jeden Fall nicht. Entweder ist die Tatsache, daß eine Menge von Leuten einfach inskribieren, aus irgendwelchen Gründen, etwas, was man überlegen müßte, auch im Hinblick auf die Kosteneffizienz der Hochschulen. Wenn es das nicht ist, gibt es eine zweite Frage: Funktioniert unser Studienbetrieb nicht? Das wäre eine Frage, die an die Effektivität der Studiengesetze zu stellen ist. Und eine dritte Frage ist, die sich damit ergibt: Haben wir zuwenig Personal, Raum und so weiter? Ich glaube, daß alle diese Fragen so lange nicht zu klären sind, solange wir uns nicht zur statistischen Wahrheit durchringen. Es ist meines Erachtens völlig illusorisch, Hochschulpolitik betreiben zu wollen auf der Grundlage von Inskriptionsstatistiken.

11238

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Frischenschlager

So unangenehm oder so heilsam es für diese oder jene Seite sein mag: Reale Grundlage kann im Bereich der Hörerzahlen nur der tatsächliche Besuch von Lehrveranstaltungen und so weiter sein, und der muß erhoben werden. Das ist eine Riesenarbeit – ist mir klar –, aber das ist die einzige, reale Grundlage einer vernünftigen Hochschulpolitik. Ich weiß nicht, ob es derartige Untersuchungen gibt, ich glaube eher nicht, aber wir brauchen sie.

Weil – das muß man auch ganz offen sagen – es eine Realität ist, und zwar eine häufige, daß ich zwar Inskriptionslisten bekomme, die vom Computer meterweise ausgestoßen werden mit Hunderten Leuten, aber es sitzen in der Lehrveranstaltung bloß 20 Leute drinnen; dann hat das ja nicht die geringste Aussagekraft über Personalbedarf, über Raumbedarf und so weiter.

Hier muß die Hochschulstatistik neue, und zwar wahre Zahlen auf den Tisch legen. Dann wird es möglich sein, daß diese dauernde Streiterei über die große Hörerzahl, da zu wenig Personal auf eine reale Basis gestellt wird. Dann kann ich genau beurteilen, was wird gebraucht, was ist unbedingt notwendig, und das muß dann auch zur Verfügung gestellt werden. Und es gibt kein Roßtäuschen mehr und keine Ausreden auf eigentlich nicht vorhandene Studenten.

Wir dürfen dabei allerdings eines nicht übersehen, und das ist wiederum eine wesentliche Frage zur Studieneffizienz unserer Hochschulen. Wenn wir diese Untersuchung haben und zum Beispiel feststellen – wie man es ja bei verschiedenen Studienrichtungen weiß –, daß nur ein minimaler Prozentsatz der Leute die entsprechenden Lehrveranstaltungen besucht, dann haben wir uns natürlich die nächste Frage zu stellen, nämlich: Warum gehen die Leute dort nicht hin? Stimmt denn da etwas nicht mit unserer Hochschuldidaktik? Das ist ebenfalls ein weites Feld, wo wir Anstrengungen unternehmen müssen, und zwar mehr als bisher.

Ist das, was wir an Lehrmethoden an den Hochschulen seit Jahrzehnten mehr oder weniger unverändert verwenden, tatsächlich effizient? Das ist eine Forschungsaufgabe. Es gibt Ansätze, selbst im UOG haben wir die Hochschuldidaktikzentren, viel geworden ist bisher nicht daraus, aber sie sind notwendig, nicht nur im Interesse der Studierenden und der sie Auszubildenden, sondern auch von der Kostenfrage her.

Damit zum letzten Punkt, zur Forschung. Es ist unbestritten, daß der Bedarf an Forschung – das haben gerade die letzten Wochen wieder sehr deutlich gezeigt – immens im Wachsen ist. Der Bedarf an Forschung wird also stark steigen. In diesem Bereich ist tatsächlich in den letzten

Jahren einiges geschehen, aber trotzdem ist auch hier die Frage zu stellen, ob mit den vorhandenen Ressourcen – personeller und organisatorischer Art – nicht wesentlich mehr erreicht werden könnte.

Hier kann ich wieder an einen Vorschlag anknüpfen, den wir im Rahmen der UOG-Debatte gemacht haben. Derzeit funktioniert die Forschungsförderung im Rahmen der Universitäten so, daß über die außerordentlichen Dotationen nach Kriterien, die nicht ganz klar sind, die Mittel an die Institute vergeben werden. Warum nimmt man nicht die Hochschulen und die Universitäten bei ihrer Verantwortlichkeit, indem man ihnen eine globale Summe zuweist und dann innerhalb ihrer eigenen Hochschule Forschungsschwerpunkte setzt. Ich glaube, das würde der Forschungspolitik guttun, es würde der Hochschulautonomie guttun und es würde der Forschung, die in diesem Falle projektbezogen vorgenommen werden müßte, auch sehr guttun.

Frau Bundesminister! Das letzte Gesetz, dem meines Erachtens zu Recht vorgeworfen werden muß, daß ein hoher legislativer Anflug unternommen wird, aber das Ergebnis zu wünschen übrig läßt, ist das Forschungsorganisationsgesetz. Ich möchte darauf im Detail jetzt auf Grund der vorgeschrittenen Zeit nicht eingehen.

Frau Bundesminister! Wenn die Zeit auch drängt und wenn die Legislaturperiode auch im Auslaufen ist, das, was bisher an Entwürfen da ist, ist dessen nicht wert, was an Arbeit in dieses Gesetz, und zwar an ausgezeichneter Arbeit, hineingesteckt wurde. Es ist ein sehr wohl vorbereitetes Gesetz, es sind etliche Enqueten veranstaltet worden, eine Fülle von Ideen auf den Tisch gekommen, aber unserer Meinung nach ist ein eher schwacher Entwurf herausgekommen.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder man nimmt den sehr verdünnten Entwurf her und verabschiedet ihn, auf die Gefahr hin, daß damit die Forschungspolitik auf Jahre hinaus stagniert. Oder – das müßte man in Kauf nehmen –, da kein vernünftiges Gesetz jetzt mehr zu machen ist, machen wir es eben in dieser Legislaturperiode nicht mehr und nehmen wir die Arbeit in der nächsten Legislaturperiode wieder auf.

Aber eines, glaube ich, geht nicht, daß man jetzt noch unter dem Anschein der Notwendigkeit und Lösbarkeit rasch eine legislative Maßnahme setzt, die letzten Endes nicht zu brauchbaren Ergebnissen führt. Die Forschung ist von derart großer Bedeutung für die Zukunftschancen dieses Landes, daß es schade wäre, wenn jetzt ein schlechtes Gesetz diesen Bereich in Hinkunft regeln würde.

Dr. Frischenschlager

Daher meine dringende Bitte, Frau Bundesminister: Wenn es nicht mehr geht, dann eben Schluß und Fortsetzung der Arbeit nach dieser Legislaturperiode. Denn die Forschung ist maßgeblich dafür, wie die Zukunft dieses Landes aussehen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erwarte eigentlich das Verständnis der Frau Minister und des Hohen Hauses dafür, daß ich mich nicht in so netten Betrachtungen des universitären Alltagslebens ergehe, sondern daß ich die Gelegenheit heute, Frau Bundesminister, dazu benutze, doch am Ende einer Legislaturperiode einmal Bilanz zu ziehen über das, was in diesen letzten vier Jahren im Bereiche der Wissenschaft und der Forschung, die Sie zu vertreten haben, geschehen ist.

Der Herr Berichterstatter hat in seinem Bericht erwähnt, daß mit den 2,83 Prozent, die das Wissenschaftsbudget am Gesamtbudget ausmache, dieses seinen Platz behalten habe. Frau Bundesminister! Sie haben dieselbe Meinung ja in der jüngsten Ausgabe der „Hochschulzeitung“ ebenfalls lobend vermerkt. Ich möchte meinen, Frau Bundesminister, daß wir, wenn wir diese letzten vier Jahre betrachten, davon ausgehen, daß – das ist eine alte Binsenweisheit – das Budget den Spiegel der Regierungspolitik und dieses Wissenschaftsbudget damit auch den Spiegel der Aktivitäten des Erreichten im Wissenschaftsressort darstellt.

Frau Bundesminister! Sie haben dieses Budget gelobt. Wenn ich es nun nur vergleiche mit dem letzten Jahr, habe ich sogar Verständnis dafür, daß man sagt – das hat mein Herr Vorredner ja angedeutet –, es sind gewisse Leistungen erbracht, gewisse Steigerungen erzielt worden. Sie haben sogar gemeint: überdurchschnittliche Gesamtsteigerungen am Gesamthaushalt.

Sie haben das seit Jahren ja immer getan, auch in den vorhergegangenen Jahren; wir haben das immer kritisiert. Ich habe hier von dieser Stelle aus seit Jahren auch immer wieder Daten gebracht, Zahlen gebracht, die das Gegenteil bewiesen haben, die zwar nie widerlegt wurden, aber die man einfach mit Worten aus der Welt zu schaffen versuchte.

Frau Bundesminister! Zur Behauptung, das Budget habe seinen Platz behalten mit 2,83 Prozent, eine Zahl dagegen. Im Budget 1976 – am Beginn dieser Legislaturperiode, einer Legislaturperiode, die wiederum Wissenschaft

und Forschung als Schwerpunkt bezeichnete – hat dieser Anteil 3,1 Prozent am Gesamtbudget betragen, das heißt, in dieser Periode ist Ihr Budget um sage und schreibe rund 10 Prozent im Rahmen des Gesamtbudgets gesunken.

Konkret schaut das so aus: In diesen letzten vier Jahren ist das gesamte Bundesbudget um fast 34 Prozent gestiegen. Haben Sie sich ausrechnen lassen, wieviel das bei Ihrem Spezialkapitel ausmacht? – Ganze 21,6 Prozent. Anders gesagt, im Jahresdurchschnitt steht einer Steigerung von 8,5 Prozent beim Bundesbudget eine solche von, sage und schreibe, 5,4 Prozent im Wissenschaftsbudget gegenüber.

Mich wundert es nicht, Frau Bundesminister, daß Sie so stiefmütterlich abgeschnitten haben bei der Verteilung des Kuchens, den der Finanzminister jahreweise und, ich möchte sagen, mit gigantischen Schulden für die Gesamtbevölkerung verteilt hat, denn Sie waren wahrscheinlich die einzige oder zumindest eine der wenigen, die immer mit allem zufrieden war, was sie bekommen hat.

Frau Bundesminister, ich habe nie ein Jahr erlebt, wo Sie einmal gesagt hätten, hier hätte man mehr tun, hier hätte man mehr brauchen können. Sie waren immer zufrieden. Selbst in den Jahren, in denen die Stagnation und damit der reale Rückschritt entscheidender Kapitel unwiderlegbar waren, waren Sie immer mit allem zufrieden.

Sie haben im Hochschulbericht 1975 erklärt und es wiederholt, wir haben den Nachholbedarf im Bereich etwa der Hochschulen erfüllt, wir haben, anders gesagt, keinerlei Probleme mehr, die wir etwa noch lösen müßten. Frau Bundesminister, das wäre ein schlechter Finanzminister, er wäre noch schlechter, als er eh ist, wenn er nicht sagen würde, na bitte, Wissenschaft, da brauche ich wirklich nichts zu tun, da ist ja eh alles zum besten. Wie oft haben wir – und auch ich persönlich – Sie, Frau Bundesminister, von dieser Stelle aus aufgefordert, die Probleme offen darzulegen, sie einzugestehen, die Mängel zuzugeben, die im Sachbereich, im Personalbereich, die auch bei aller Anerkennung diesbezüglich beachtlicher Leistungen im Baubereich bestehen, die unzureichenden Dotierungen mit uns zu bedauern.

Sie haben das praktisch immer abgelehnt, und Ihre Darstellung, Frau Bundesminister, in der Hochschulzeitung, bedarf schon einer sehr kurzfristigen Schau, wenn Sie etwa herausheben, was gerade der wundeste Punkt oder einer der großen wunden Punkte Ihrer ganzen Budgetgestaltung der letzten Jahre ist.

Sie schreiben etwa: „Besonders erhöht wurden die Unterrichts- und die Forschungsfor-

Dr. Blenk

dernisse." Frau Bundesminister, in den ganzen Jahren der Stagnation sind Ihre Sprecher und auch Sie persönlich immer hergegangen und haben gesagt: Ja, man kann ein Budget nicht mit dem Vorjahr vergleichen, wir vergleichen es mit dem Jahre Null, das ist jenes Jahr, in dem Kreisky in die politische Geschichte eintrat.

Ja, Frau Bundesminister, wir stehen heute am Ende einer Periode, die wir einfach zu betrachten haben, und da gehen Sie her und sagen: Besonders erhöht wurden Unterrichts- und Forschungserfordernisse. Wissen Sie, wie das aussieht? Es ist zwar richtig, daß vom vergangenen Jahr auf heuer diese Forschungserfordernisse um 15 Prozent zugenommen haben, aber wenn Sie Ihre ganze Periode betrachten, nämlich 1976-1979, da kommen wir - und nun frage ich die Herren der Regierungspartei, wieso sie sagen, es ist alles zum besten bestellt -, da kommen wir zu folgendem: In vier Jahren haben die Unterrichts- und Forschungserfordernisse für die Hochschule um 5,4 Prozent abgenommen, nicht zugenommen, Frau Bundesminister, abgenommen!

Wenn Sie die Positionen von Ihren Herren vergleichen lassen, die Positionen der Unterrichts- und Forschungserfordernisse in den Anlagen und Aufwendungen, dann kommen Sie zu folgendem: Im Budget 1976 hatten wir 226,25 Millionen Schilling, im Budget 1979 214 Millionen Schilling. Frau Bundesminister, so sehen die besonderen Erhöhungen der entscheidendsten Bereiche der Hochschulen aus. Also 12 Millionen weniger in einer Phase, Frau Bundesminister, in der das Budget des Bundes um sage und schreibe 75 Milliarden Schilling zugenommen hat. Da gehe einer her und sage - Frau Bundesminister, Sie haben es leider getan -, diese Mittel haben eine besondere Erhöhung erfahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe eines zu, Frau Bundesminister, einige Positionen haben - ich würde meinen, im Hinblick auf diese kommende Wahl, so nehme ich es an - beträchtliche Erhöhungen erfahren. Ich wage allerdings zu sagen, daß das zum Teil Augenauswischereien sind. Es sind nämlich vor allem jene Positionen gestiegen, auch etwa im Lauf der letzten vier Jahre recht beträchtlich gestiegen, die einfach zweckgebunden waren. Zur selben Zeit, in der die Hochschulforschungserfordernisse und Unterrichtserfordernisse abgenommen haben, real abgenommen haben um rund 30 Prozent, Frau Bundesminister, weil sie nominell zurückgegangen sind, im selben Jahr hat etwa die zweckgebundene Gebarung der Hochschulen eine Erhöhung von fast 50 Prozent erfahren. Diese Dinge gehen an sich durch, nur zeigen sie eben, daß dort, wo Sie auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen nicht

anders konnten, diese Erhöhung einfach zwangsläufig kam, dort aber, wo Sie einsparen mußten - ich hoffe, nicht wollten -, wir zu Stagnation und Rückschritt kamen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Frau Bundesminister, vor allem für den Forschungsbereich zutiefst bedauerlich. Und das ist nicht nur bedauerlich, weil man damit jetzt versteht, warum die Hochschulen nicht so - wie etwa mein Vorredner so etwas lieblich dargestellt hat - einfach nicht immer zufrieden sind, sondern weil sie echt die untragbaren Zustände beklagen.

Nicht nur deswegen, Frau Minister, möchte ich das anprangern, sondern weil es auch gegen die gesetzliche Verpflichtung ist. Das UOG sagt in seinem § 1, daß die Universitäten berufen seien, die wissenschaftliche Forschung und Lehre zu fördern und ihr zu dienen. Die Forschung steht an der Spitze, und diese Hochschulforschung, Frau Bundesminister, auf deren Aushungerung wir seit Jahren hinweisen, diese Hochschulforschung haben Sie echt zu kurz kommen lassen.

Das ist also, meine ich, eine sehr bedenkliche Mißachtung der Forschungsfunktion der Hochschulen. Denn diese Hochschulen vertreten ja im wesentlichen die Grundlagenforschung und sind damit nicht etwa nur dazu berufen, reine Wissenschaft zu betreiben, sondern sie sind die wesentlichen Investitionen in einer langfristigen Strukturpolitik unserer Gesellschaft.

Ich halte also fest, Frau Bundesminister: Im Gegensatz zu Ihren jahrelangen Behauptungen sind die Probleme der österreichischen Hochschulen, auch so weit sie sich im Budget niederschlagen, nicht gelöst. Sie sind praktisch in allen Bereichen noch akuter geworden. Es wird noch Gelegenheit sein, darauf hinzuweisen. Wir kennen diese überfüllten Hörsäle, wir kennen die Probleme, die sich ergeben, wir kennen die Kritiken, die sich in allen Schulen ergeben, wir kennen auch die Probleme, mit denen Sie das ganze manchmal etwas vordergründig überdecken. Von den Dilemmas, möchte ich sagen, um Rektorswahlen bis zu den oft sehr politischen, von mir auch schon aufgezeigten Praktiken verschiedener Berufungen. Die Probleme im Sachbereich, im Aufwandsbereich, im Studienbetrieb, also im inneren und äußeren Universitätsbetrieb, sind geblieben, ja sind stärker geworden.

Das sagen nicht nur wir, Frau Bundesminister, Sie wissen das. Die OECD hat das hinreichend und wenig erhebend für Sie kritisiert. Sie hat die zu hohen Studienabbruchquoten releviert, sie hat sie beklagt. Sie hat die hohe und zunehmende Überschreitung der Mindeststudienzeiten als eine negative Seite herausgestellt. Zurückgehend auf Enttäuschungen, wie sie

Dr. Blenk

meint, über die ganzen Studiengänge, über die inneren und äußeren Verhältnisse an den Universitäten, über außeruniversitäre Belastungen usw. Frau Bundesminister, Sie haben dem immer wieder entgegengehalten, die OECD ist nicht ganz zuständig oder überhaupt nicht zuständig, weil wir zwei Dinge haben:

Erstens sind wir nicht vergleichbar, weil wir mit Abstand die besten, wenn nicht die einzigen Statistiken haben über solche Fälle von allen Ländern, und das

zweite ist, weil wir so viele Scheinstudenten haben, sodaß die Studentenzahlen etwa beim Vergleich Studenten - Lehrkräfte gar nicht von Interesse, weil nicht echt sind.

Nun möchte ich eines sagen: Die OECD hat sich offenbar die Statistiken sehr genau angesehen und scheint sie vergleichen zu können. Sonst würde sie etwa nicht feststellen, daß beispielsweise wesentliche Aussagemomente in diesen Statistiken einfach nicht zum Tragen kommen. Das sind etwa die Fragen der ganzen außeruniversitären Belastungen, die Fragen der Innenmotivation und so weiter, die in den Statistiken nicht zum Tragen kommen. Wenn sie so unzuständig wäre, hätte sie von vornherein gesagt: keine Vergleichsmöglichkeit.

Wenn Sie sagen, Frau Bundesminister, wir haben so viele Scheinstudenten, daher kann man die Zahl der Studenten auch nicht als entscheidend ansehen, die Zahl der Inskribenten: Ja, Frau Bundesminister, das ist sicherlich kein Novum. Diese Tatsache hat es immer gegeben, aber wenn es ein Novum wäre oder wenn es seit einiger Zeit erst der Fall wäre, dann hätte ich schon längst an Ihrer Stelle eine der zahlreichen Projektgruppen oder Kommissionen damit beauftragt, einmal zu untersuchen, wie groß nun tatsächlich der Anteil dieser sogenannten Scheinstudenten ist, aus welchen Gründen sich dieser Anteil ergibt. Das haben Sie nicht getan. Ich weiß nicht, warum, Frau Bundesminister, vielleicht auch deswegen, weil damit natürlich ein Argument in der Diskussion wegfallen würde, mit dem Sie allen Einwänden bisher, wie Sie meinten, erfolgreich begegnet sind.

Statt Lösungsvorschlägen, Frau Bundesminister, die Sie mangels hinreichender finanzieller Dotierungen nicht bieten können, haben Sie im jüngsten Artikel der Hochschulzeitung einen sehr interessanten Beitrag für die Behebung dieser Mängel beigesteuert, der es wert ist, vorgelesen zu werden. Sie sagen in dieser Betrachtung zum Hochschulbudget 1979:

„Angesichts geburtenstarker Jahrgänge, die ihre Bildungschance nützen wollen, ist es Gebot solidarischen Selbstverständnisses mit Alters-

kollegen“ - gemeint ist die Solidarität der Studenten mit ihren nicht studierenden Kollegen -, „unter Umständen vorübergehend auch kleine Unbequemlichkeiten im Studium auf sich zu nehmen.“

Frau Bundesminister! Das also ist Ihre Patentlösung für die offensichtlich auch von Ihnen erkannte völlige Unzulänglichkeit der Mittel, der Räume, der Verhältnisse zwischen Lehrern und Studenten auf Hochschulboden. Das ist, muß ich sagen, ein Appell, der ein Eingeständnis eines weitgehenden Scheiterns all Ihrer Zielsetzungen darstellt. Das heißt nichts anderes als: Nehmt diese Mängel hin, meine Herren Studenten, akzeptiert die überfüllten Hörsäle und die mangelnde Studienbetreuung, denn andere können nicht einmal studieren! Seid mit jenen solidarisch! Frau Bundesminister, ich meine, das ist ein trauriges Geständnis am Ende einer Ministerschaft.

Sie haben allerdings eine Einsicht bewiesen; eine Einsicht, die ich dem neuesten Hochschulbericht entnehme. Wir haben seit Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß das Studium ja letztlich und nebenbei auch nach der Verfassung in erster Linie der Berufsvorbereitung zu dienen habe. Wir sind uns darüber nie ganz einig geworden. Sie haben immer gesagt, das Studium sei eine ästhetische Disziplin, wenn einer ein paar Semester studiere, ob sinnvoll oder nicht, dann habe er immerhin einen Persönlichkeitszuwachs erreicht, und so weiter. Das waren jahrelang Ihre Entgegnungen auf unsere Forderung nach einer gestraffteren Berufsberatung, nach einer gestraffteren Information der Studenten über die Möglichkeiten der beruflichen Fortentwicklung.

Nun lese ich in diesem Hochschulbericht 1978 - das ist eine bemerkenswerte Umkehr auf unsere Linie, die Sie offenbar unter dem Druck der Ereignisse vollzogen haben -: „Es darf nicht übersehen werden“ - so sagen Sie -, „daß die veränderte Zielsetzung der Universitäten - die Vorbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte zu schaffen - noch nicht in allen Bereichen ausreichend realisiert ist.“

Frau Bundesminister! Wenn Sie sich das schon vor acht Jahren zu eigen gemacht oder wenn Sie sich nur unsere jahrelangen Kritiken zu Herzen genommen hätten, dann wäre das nicht eine so kurzfristig neue Zielsetzung. Aber ich möchte gerne zugeben: Wir begrüßen sie.

Jetzt komme ich zu einem anderen Problem, das mir ganz entscheidend zu sein scheint, nämlich zum allgemeinen Forschungsbereich. Diese Forschung - das wurde in den Regierungserklärungen der Jahre 1971 und 1975 sehr klar herausgestellt - soll ein Schwerpunkt der

11242

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Blenk

ganzen Budget- und damit auch der ganzen Regierungspolitik sein. In der Regierungserklärung des Jahres 1971 hat der Bundeskanzler gemeint, es werde in der laufenden Dekade – Frau Bundesminister, sie geht schon zu Ende! – angestrebt, den Anteil für Wissenschaft und Forschung am Bruttonationalprodukt auf 1,5 bis 2 Prozent zu erhöhen.

Frau Bundesminister! Wenn ich Ihren jüngsten Forschungsbericht ansehe, dann stelle ich fest, daß wir derzeit bei 1,27 Prozent – ich nehme das jetzt einmal so, wie es dort steht – gelandet sind. Was heißt das, Frau Bundesminister? – Zur Gesamtzielsetzung der seinerzeitigen Regierungserklärung, die Sie im Jahre 1975 wiederholt haben, fehlen immer noch runde 50 Prozent auf den Anteil, der ein Schwerpunkt Ihrer ganzen Regierungspolitik sein soll! Für mich ist das kein Wunder, wenn ich die letzten Jahre betrachte.

Frau Bundesminister, ich komme wieder auf Ihren Satz zurück: Wir haben unseren Platz behaupten können. Und der Herr Berichterstatler hat gemeint, der Forschungsbereich habe eine respektable Erhöhung erfahren. – In allen Hauptbereichen, die die Forschung dieses Landes repräsentieren, haben wir nach Ihrem Budget, Frau Bundesminister, im Laufe der letzten Jahre, im Laufe der zu Ende gehenden Gesetzgebungsperiode Stagnation bis Rückschritt erlebt!

Für den Hochschulbereich habe ich Ihnen die Zahlen schon gesagt: nomineller Rückschritt von 5,4 Prozent, real von rund 30 Prozent. Ein Rückschritt! Ich beginne mit der Akademie der Wissenschaften. Sie weisen für das letzte Jahr eine Steigerung von 11,6 Prozent aus. Wissen Sie, wie es in den Jahren vorher ausgesehen hat? – In den Jahren vorher ist dieses Budget praktisch plus, minus Null stehengeblieben. Wir haben insgesamt, wenn wir die letzte Regierungsphase betrachten, 4,6 Prozent Steigerung. Frau Bundesminister, das ist die Hälfte der Steigerung des Gesamtbudgets, und das in einem Bereich, von dem wir alle meinen – und ich hoffe, Sie auch –, daß er für die ganze Entwicklung unserer kulturellen und geistigen Tradition, aber vor allem der wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten ein tragendes Element ist.

Frau Bundesminister! Wie trostlos, muß ich sagen, die Verhältnisse in dieser Akademie der Wissenschaften, der traditionsreichsten und, wie ich meine, leistungstärksten Forschungsstätte dieses Landes, im Laufe Ihrer Regierungstätigkeit geworden sind, entnehme ich einem Schreiben des Betriebsratsobmannes der gesamten Akademie, das Sie sicher auch kennen. Er schreibt: Es ist betrüblich, welche Stagnation eingetreten ist. Unser Budget ist um ein Drittel

gekürzt worden. Das „führte in zunehmendem Maße dazu, daß einerseits die Forschungsprogramme als solche darunter leiden, andererseits daß die Unzufriedenheit der“ wissenschaftlichen „Mitarbeiter ständig zunimmt“.

Frau Bundesminister, ich zitiere wörtlich: „Wenn Sie bedenken, daß Akademiemitarbeitern seit mehr als fünf Jahren keine Gehaltserhöhung zugebilligt wurde“, dann können Sie sich vorstellen, wie sich die Stimmung in diesem großen, traditionellen Forschungsbereich darstellt. „Nichtersetzen von Abgängen hochqualifizierter Mitarbeiter, begrenzter Budgetrahmen“, und selbst Abgänge konnten nicht ersetzt werden, weil die dadurch freigewordenen Mittel zur Durchführung der Regierungsforschungsschwerpunkte, also für neue Projekte verwendet werden mußten. Das ist „eine Entwicklung“ – so schreibt er –, „die dazu führt, daß die legitimen Interessen der Mitarbeiter unberücksichtigt bleiben“.

Wenn Sie schon die Forschung nicht interessiert, dann müßten Sie als Vizevorsitzende der Sozialistischen Partei zumindest die Interessen der Mitarbeiter interessieren, die auch unberücksichtigt blieben. Die Qualität der Forschungsarbeit muß darunter leiden. Der Betriebsrat und auch die anderen können diese Entwicklung nicht mehr hinnehmen.

Frau Bundesminister! So sieht es aus in der Akademie der Wissenschaften. Ich habe vor kurzem ein Gespräch mit den Verantwortlichen eines ganz renommierten, international anerkannten Institutes dieser Akademie der Wissenschaften, nämlich dem Institut für Hochenergiephysik, gehabt. Wissen Sie, wie es dort ausschaut? Die Leute haben 50 qualifizierte wissenschaftliche Mitarbeiter. Seit fünf Jahren gab es keine wie immer geartete reale Lohnerhöhung, keine Gehaltserhöhung, keine langfristige Budgetierungsmöglichkeit. Das Institut arbeitet etwa mit dem CERN in Genf zusammen. Qualifizierteste Spitzenkräfte müssen bis zu fünfmal jährlich und noch öfter nach Genf 2. Klasse fahren, weil einfach die Mittel für die primitivsten äußeren Erfordernisse nicht vorhanden sind.

Frau Bundesminister! Die Finanzierung ist völlig ungesichert. Bei Projekten, wo man nur langfristig disponieren könnte, fehlt jede Basisfinanzierung. Es fehlt jede Projektfinanzierung. Die Arbeit, so wird mir von diesen Wissenschaftlern versichert, ist schlechthin unmöglich. Abgehendes Personal kann nicht ersetzt werden. Die Stimmung ist auf dem Nullpunkt. Und da sagen Sie in den Berichten, es sei alles in Ordnung! Es ist tragisch, wie die Forschung in diesem Lande vernachlässigt wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dr. Blenk

Ich gebe zu, es gibt eine Ausnahme. Es ist interessant, wenn ich die Erhöhungen 1978/79 in allen Bereichen mit denen in den vergangenen Jahren vergleiche. Heuer wurden erhöht – das haben wir gehört –, allerdings mit einem minimalen Durchschnittswert, die Budgets der Akademie der Wissenschaften und der Forschungsförderungsfonds. Darauf komme ich noch kurz zu sprechen. Nicht erhöht wurden heuer die Mittel für das Boltzmann-Institut. Sehr schön. Wir haben hier jahrelang moniert, daß die Erhöhungen für das Boltzmann-Institut überdurchschnittlich seien.

Wissen Sie, wie die Relationen ausschauen, wenn wir die letzten vier Jahre vergleichen? – Das Boltzmann-Institut steht heuer bei Null, aber allein in der Periode dieser Gesetzgebung gab es eine Erhöhung um 57,8 Prozent, also jährlich um 14,5 Prozent. Die Akademie der Wissenschaften steht nur bei 4 Prozent. Es kommt nicht von ungefähr, Frau Bundesminister, daß der Betriebsrat der Akademie der Wissenschaften, ich möchte sagen, mit Bitterkeit darauf hinweist: Anders ist es natürlich bei der Boltzmann-Gesellschaft, die in den letzten Jahren weit über die Inflationsabgeltung hinausgehende Steigerungen erhalten konnte.

Frau Bundesminister! Das ist Forschungspolitik auf gesellschafts-, nein, ich muß sagen, auf parteipolitischen Basis ohne Verständnis für die forschungspolitischen Grundnotwendigkeiten! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung hat heuer eine Erhöhung um 4,7 Prozent bekommen. Die Hälfte der Steigerung des Gesamtbudgets, nota bene! Aber wenn ich wieder die letzten vier Jahre – Ihre letzte Gesetzgebungsperiode – hernehme, dann komme ich zu einer jährlichen Durchschnittssteigerung – nominell, nota bene! – von 1,3 Prozent bei einer Gesamtsteigerung des Budgets von – ich wiederhole es – 34 Prozent.

Ich sage Ihnen jetzt noch einmal: Es ist ungeheuerlich, mit welchen realen Rückschritten diese ganze Wissenschaftsentwicklung behaftet ist. Der Fonds beklagt auch in seinem Bericht, der Ihnen ja zugänglich ist, der ja Teil Ihres Forschungsförderungsberichtes ist, die Tatsache, daß er seit Jahren erfolg- und aussichtslos versuche, die Mittel wenigstens annähernd auf dem gleichen Stand zu halten, de facto sei seit Jahren eine Verkürzung eingetreten. Etwa ein Drittel der gesamten förderungswürdigen Ansuchen kann gar nicht berücksichtigt werden, nur weil die Mittel zu gering sind, das steht drinnen in dem Bericht, der Teil Ihres Regierungsberichtes ist.

Der Fonds sieht die zunehmende Gefahr, daß

die stagnierenden Mittel und die gleichzeitig verbundene Auflage, für die Forschungsschwerpunkte der Regierung tätig zu werden, in allen anderen Bereichen zu einer Vernachlässigung der Wissenschaft und damit zu einem Verlieren des Anschlusses an die internationale Entwicklung führt.

Frau Bundesminister! Das sind die nicht widerlegbaren, von Ihnen selbst hier vorgelegten Aussagen der Führung dieses wissenschaftlichen Forschungsfonds.

Ich nehme an, Sie müßten ja wissen, Frau Bundesminister, daß es nicht nur, wie schon mehrfach gesagt wurde, für den ganzen geistigen und kulturellen Standard dieses Landes, für die Erhaltung und Fortentwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in diesem Lande einfach unabdingbar ist, die Forschung zu fördern, sondern daß einfach auch aus wissenschaftlichen Gründen eine flexible, eine breit gefächerte, eine leistungsstarke Forschung, die auf einer soliden Grundlagenwissenschaft aufzubauen hat, in unserem Land für die Bewältigung der Zukunft unabdingbar ist.

Frau Bundesminister! Forschungsfonds der gewerblichen Wirtschaft: 29 Prozent weisen Sie heuer aus. Ich brauche hier nicht zu wiederholen, wie das in anderen Fällen ist. 29 Prozent ist spektakulär, von 170 auf 220 Millionen Schilling. Ich nehme wieder Ihre Regierungsperiode her. Wissen Sie, wie es da aussieht? – Im Schnitt 7,5 Prozent – nein; wenn ich die letzten fünf Jahre hernehme –, 6 Prozent Steigerung. Das ist nicht einmal der Ausgleich der Teuerung in dieser Zeit. Hier möchte ich noch einmal sagen: Auch in diesem einzigen Renommierforschungsbereich blieben die Steigerungen unter den Erhöhungen des Gesamtbudgets.

Dabei wird uns bei allen Debatten immer wieder gesagt: Die Wirtschaft, die Wirtschaftsförderung, der Anteil, den die Wirtschaft selbst erbringt, bleibt ja weit hinter den Erwartungen zurück. – Ich erinnere mich, daß der Abgeordnete Blecha bei jeder Debatte über Forschungsförderungsmittel auf die angeblich völlig unverständige und zukunftslose – möchte ich sagen – Haltung der Wirtschaft hinwies.

Sie haben sicher den Bericht des gewerblichen Forschungsförderungsfonds gelesen. Frau Bundesminister! In derselben Zeit, in der Ihre Fondsmittel für den gewerblichen Forschungsförderungsfonds um rund 6 Prozent gestiegen sind, sind die Zuwachsraten der von der privaten Wirtschaft ausgeworfenen Mittel für Entwicklung und Forschung zwischen 15 und 20 Prozent jährlich gestiegen. Also dort wird es erkannt. Nur das Ministerium mit seiner von mir aufgezeigten Mißhaltung zum ganzen Forschungsgeschehen kann dem nicht folgen.

11244

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Blenk

Ich komme zu einem konkreten Punkt, Frau Bundesminister, der schon vorgestern Gegenstand einer Anfrage war und der, wie mir scheint, das ganze Dilemma dieser Regierungspolitik im Forschungsbereich wie kein anderer aufzeigt, nämlich zur Energieforschung. In ihrer letzten Regierungserklärung hat die Regierung die Energie- und auch die Rohstoffforschung zu einer vorrangigen Forschung erhoben. In der Tat: Der Herr Berichterstatter hat etwa für das heurige Jahr eine sehr respektable Erhöhung der Ausgaben für Energieforschung bemerkt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte dazu folgendes – und ich werde das gleich an Hand einiger Unterlagen beweisen – fragen: Wann wird denn für diese als so entscheidend angegebene Energieforschung eine längerfristige Konzeption vorgelegt? Wann werden wirkliche Forschungsschwerpunkte erarbeitet?

Das ist kein in die Luft gesagter Vorwurf. Wir haben das vor zwei Tagen hier diskutiert. Die Frau Bundesminister hat wohlweislich einige der kritischen Bemerkungen, die die OECD dazu gemacht hat, vorwegnehmen wollen. Ich muß sie hier wiederholen, weil sie so deprimierend sind, Frau Bundesminister, daß ich nur fragen kann: Wann wird hier wirklich etwas geschehen? Ich meine: Das, was die OECD sagte, ist einfach nicht anders zu sehen als ein Attest für eine völlige Fehlplanung, als ein Beweis dafür, daß man manchmal oft nicht in der Lage ist, die ganzen Dinge so anzugehen, wie man sie angehen sollte, um konkrete Anliegen durchzuziehen. Im einzelnen:

Die Forschungspolitik ist zu allgemein formuliert. Sie hat keine hinreichenden Festlegungen und Ziele und Prioritäten bei den einzelnen Energietechnologien. – Das sind die konkreten Vorwürfe der OECD in einem Prüfungsbericht. – Es bestehen sichtbar keinerlei Ansätze für eine zeitliche Energieplanentwicklung. Es sind keine erkennbaren Koordinierungen vorhanden zwischen der staatlichen Forschungspolitik und der Energieforschungspolitik. – Und schließlich: Aus allen zugänglichen Informationen sei nicht feststellbar gewesen, ob – ob! – die derzeit in Österreich durchgeführten Programme mit der Energieforschungspolitik übereinstimmen. – Es ist nicht einmal feststellbar gewesen, ob das der Fall sei und ob sie auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes abgestellt seien.

Frau Bundesminister! Nun könnte man sagen: Vielleicht ist das ein Kompliment für die Energieforschungspolitik, wenn sie nicht mit der Energiepolitik konform geht, denn die Kritik an der Energiepolitik dieses Landes haben wir ja hinreichend kennengelernt. – Aber mitnichten. Es geht nämlich noch weiter.

Frau Bundesminister! Nun muß ich Ihnen sagen, warum ich meine, daß das eine sehr betrübliche – wie soll ich sagen? – Dokumentation für die ministerielle interne Gestion, für das Verhalten ist.

Ich habe bei der mündlichen Anfrage gesagt, es sei unter anderem der Vorwurf enthalten, vom angegebenen Energieforschungsbudget, von dem von Ihrer Regierung ausgewiesenen Energieforschungsbudget, sei dieser OECD-Untersuchungskommission nur rund ein Drittel einsichtig gewesen – ich habe gesagt: kategorisierbar gewesen –, nur ein Drittel zuzuordnen gewesen. Sie haben mir darauf geantwortet: Das stimmt nicht, das habe ich nie gesehen.

Frau Bundesminister! Ich muß eines sagen: Mir scheint zunehmend – und ich komme gleich auf einen zweiten Fall –, daß Sie sich entweder – ich nehme das nicht an – für den ganzen Gang der Dinge nicht interessieren oder aber daß Sie von Ihren maßgeblichen Verantwortlichen im Ministerium glatt im Stich gelassen werden. Ich habe, Frau Bundesminister, das Ihnen nicht bekannte Elaborat, das allerdings – das gebe ich zu – dann nachher korrigiert wurde und das dann als die offizielle Version, als die von der österreichischen Bundesregierung approbierte Kritikversion aufgelegt wurde. Aber ich gebe Ihnen hier den vertraulichen Bericht des Committee on energy research and development, also des Komitees für Forschung und Entwicklung der OECD. Ich habe hier den englischen Originaltext. Ich habe Ihnen unten die deutsche Übersetzung hingeschrieben, die wie folgt lautet:

„Es war jedoch für die Zwecke des vorliegenden Berichtes nur möglich, einen Teil, und zwar 3,732 Millionen Dollar dieser insgesamt 11,2 Millionen Dollar Ausgaben jenen technologischen Bereichen zuzuordnen, die Gegenstand des gesamten Untersuchungsvorganges sind.“

Frau Bundesminister! Das habe ich gesagt. Ich möchte Ihnen das überreichen. (*Der Redner überreicht diesen Bericht an Bundesminister Dr. Hertha Firnberg.*) Ich muß annehmen, daß Sie es nicht hatten. Denn ich lese in der gestrigen „Presse“ – das paßt hier leider Gottes etwas betrüblich mit dazu – von diesem Schildbürgerstreich, von diesem Schildbürgerakt mit dem Erlaß, wonach das Staatswappen für die Institute nicht zugelassen sein soll.

In der gestrigen „Presse“ steht ein recht interessanter Artikel, daß Sie von diesem Erlaß angeblich überhaupt nichts gewußt hätten, genausowenig wie Ihr Herr Ministerialrat Dr. Frühauf, und daß Sie höchst erstaunt und überrascht waren. Denn es heißt in dem Artikel, daß solche Dinge selbstverständlich immer über

Dr. Blenk

den Tisch der Frau Bundesminister gehen. Der letzte Satz lautet: Es erhebt sich „die Frage, ob die Glaubwürdigkeit von Politikern (und ihren Sekretären) deswegen unbestreitbar ist, weil Beamte zu einer Loyalität verpflichtet sind, die nicht auf Gegenseitigkeit zu beruhen braucht“.

Frau Bundesminister, das heißt nichts anderes, als daß Sie auch hier offenbar etwas in Abrede gestellt haben, was nach dem allgemeinen bekannten Aktengang eindeutig von Ihnen approbiert, wenn nicht unterschrieben wurde, jedenfalls über Ihren Schreibtisch gegangen ist. Sie werden hier, Frau Bundesminister – ich nehme hier jetzt die allerpositivste Form –, offenbar schlecht informiert; das ist eine sehr wohlwollende Interpretation.

Frau Bundesminister, ich habe also hier die ganzen Vorwürfe der OECD kurz skizziert. Diese OECD macht dann noch eine weitere Erfahrung, auf die wir bei der Behandlung verschiedenster Forschungs- und Wissenschaftsbereiche seit Jahren hinweisen, nämlich jene kritische Erfahrung einer zunehmenden Intransparenz, einer zunehmenden Undurchschaubarkeit der ganzen Vorgänge in Ihrem Ministerium! Wenn etwa die OECD sagt, es sei so, daß man nicht feststellen könne, ob die ganze forschungspolitische Struktur Ihres Ministeriums überhaupt wirksam zu funktionieren vermöge. Und warum? – Weil – so die OECD – es keine gesamtverantwortliche Verwaltungsstelle etwa für die Umsetzung und Anwendung der Energieforschungsprogramme gibt und weil es zu viele ad-hoc-Komitees gäbe, die mit Einzelaufgaben befaßt seien, durch die kaum durchzusehen sei.

Frau Bundesminister, denselben Vorwurf erheben wir von dieser Stelle her zu fast allen Problemen, vor denen wir mehr oder weniger hilflos stehen, weil sie nämlich nicht durchschaubar sind. Die OECD bestätigt ihn in sehr betrüblicher Weise.

Abgesehen von diesen Vorwürfen, Frau Bundesminister, wird auch darauf verwiesen, daß etwa der Forschungsbericht Ihres Ministeriums deswegen unzureichend sei, weil er weite Bereiche – auch das haben wir schon hervorgehoben – einfach nicht berücksichtigt, etwa die ganze Universitätsforschung beiseite lasse, auch die ganzen Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Privatwirtschaft. Und im Lichte aller dieser Dinge kommt nun die OECD zu dem Schluß, es sei unvorstellbar und unwahrscheinlich – Frau Bundesminister, am Ende einer Legislaturperiode und vielleicht einer Ministerzeit –, daß die verfügbaren Informationen für eine optimale Planung und Analyse in der Forschungspolitik überhaupt hinreichen.

Frau Bundesminister, Sie haben hier vor zwei

Tagen gesagt, der Bericht ist zwar kritisch, aber nicht negativ. In meiner Frage habe ich nur gesagt: Was sagen Sie zu diesem kritischen Bericht? Aber wenn Sie es schon anführen, kann ich nur sagen, der Bericht ist so negativ, daß es deprimierend nicht nur für Sie, sondern für das ganze Land, zumindest für dieses Hohe Haus und alle, die mit Forschungspolitik zu tun haben, ist. Danke. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Radinger: Seit wann wird Beifall geklatscht von der Galerie?)* Das habe nicht ich zu verantworten, Herr Abgeordneter Radinger. Ich habe es weder bestellt, noch habe ich es zu verantworten.

Ich komme zum Schluß, Herr Abgeordneter Radinger, damit Sie dann nunmehr mit Ihrer Replik beginnen können.

Ich stelle also fest: Am Ende einer Gesetzgebungsperiode zeigen uns diese von mir aufgezeigten unwiderlegbaren Zahlen und Darstellungen, daß jene seinerzeit mit so viel Pomp und mit so viel Hoffnung verkündete Regierungsthese, daß Wissenschaft und Forschung ein Schwerpunkt seien, zunehmend verblaßte, ja daß sie, zumindest im Laufe der letzten Periode, ins Gegenteil verkehrt wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und darüber können noch so souveräne Gesten – ich möchte das jetzt ganz allgemein so sagen – und noch so elegante Führungspraktiken nicht hinwegtäuschen, daß zunehmende Durchsetzungsschwächen – das ist jetzt eine positive Interpretation – kennzeichnend sind für diese letzte Periode, daß wahrscheinlich auch – und ich habe mir einige Dinge ausgespart, die noch kommen werden von meinem Kollegen – diese ungeheure Priorität, diese Verlagerung der ganzen Wissenschafts- und Forschungspolitik auf die Erfüllung primär gesellschafts- und damit parteipolitischer Zielsetzungen den Blick für die Notwendigkeiten in der Sache verdeckt hat *(Beifall bei der ÖVP)*, daß wahrscheinlich – und auch das muß ich gerade am Beispiel etwa der Energiepolitik annehmen – schlechte Beratungen und schlechte Informationen, Frau Bundesminister, Sie manchmal das Ausmaß dieser Fehlentwicklungen gar nicht richtig überschauen lassen, sodaß wir heute feststellen müssen: Die Hochschulpolitik, Hohes Haus, konnte die anstehenden Probleme, die inneren und die äußeren, nicht nur nicht lösen, sie hat sie verschärft in den letzten Jahren. Die Forschungspolitik ist jahrelang zum Stiefkind einer Gesellschaft degradiert worden, die ihrer für die ganze Entwicklung der künftigen unsicheren Jahre so dringend bedürfte.

Die selbstgesetzten Forschungsschwerpunkte, Frau Bundesminister – und als Beispiel habe ich die Energiepolitik zitiert –, sind selbst im Lichte

11246

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Blenk

der internationalen objektiven Bewertung einer vernichtenden Kritik anheimgefallen. Wir haben seit Jahren diese Mängel aufgezeigt, Frau Bundesminister. Wir haben Ihnen Vorschläge unterbreitet. Sie haben sie bisher konsequent ignoriert. Hohes Haus! Für Österreich, für seine hohen Schulen, für seine traditionsreiche Wissenschaft und für seine international Gott sei Dank immer noch so hoch anerkannte Forschung ist es, so meine ich, hoch an der Zeit, daß auch im Bereiche der Wissenschafts- und Forschungspolitik ein Kurswechsel eintritt in diesem Lande. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist hoch an der Zeit, daß anstelle der ideellen und der budgetmäßigen Stagnation neue Wege beschritten werden. Wir haben sie, Hohes Haus und Frau Bundesminister, in unseren Programmen vorgezeichnet. Ich hoffe, daß das nächste Jahr diesen Kurswechsel und diese neuen Wege uns allen und damit Österreich beschenken wird. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Radinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Radinger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! *(Zwischenrufe bei der SPÖ. - Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Am Wort ist der Herr Abgeordnete!

Abgeordneter **Radinger** *(fortsetzend)*: Nach diesem Lamento furioso, möchte ich sagen, meines Vorredners Dr. Blenk möchte ich doch wiederum zur Sachlichkeit zurückkehren und möchte darauf hinweisen, daß dieses Budgetkapitel XIV: Wissenschaft und Forschung – das ist in Zahlen nachweisbar – auch heuer wiederum die Gewähr dafür bietet, daß Wissenschaft und Forschung eine bevorzugte Stellung einnehmen werden.

Es ist keineswegs so, wie der Herr Dr. Blenk ja schon im Ausschuß behauptet hat, daß dieses Kapitel keine Empfehlung für den Stellenwert von Wissenschaft und Forschung darstellt, sondern bei aller anerkennenswerten Steigerung, so sagte er damals, nur einen Nachholbedarf decken soll. – Na ja, wenn Nachholbedarf, meine Damen und Herren, dann stammt dieser Nachholbedarf, das muß man sagen, aus dem Jahre 1970, aus der ÖVP-Zeit, denn die ÖVP hat jahrzehntelang überhaupt nichts getan auf diesem Gebiet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte da dem sehr verehrten Herrn Dr. Mock gar nicht einmal die Hauptschuld geben, der war zu kurze Zeit Minister. Jedenfalls ist in dieser Zeit viel zu wenig geschehen.

Die Aufgaben, die an dieses Ministerium nun gestellt waren, waren zweifellos gigantisch, und es ist gelungen, diesen Nachholbedarf auf jeden Fall zu decken, so wie es in der Regierungserklärung von Dr. Kreisky 1970 angekündigt wurde. Es hieß damals, die Bundesregierung sei fest entschlossen die Wissenschaftspolitik zu einem ihrer zentralen Anliegen zu machen und auf dem Gebiete der Forschungsförderung die bis dahin praktizierte Politik der kleinen Schritte durch energische, planvolle und großzügige Maßnahmen zu ersetzen. *(Abg. Dr. Haider: Sie hat gesagt, „fest“ entschlossen! Sie war aber nur „fast“ entschlossen!)*

Sehr verehrter Herr Kollege Haider! Darf ich Ihnen ein paar Zahlen nennen, damit Sie sehen, daß das auch stimmt.

Im Jahre 1965 hatte das Wissenschaftsbudget 1,3 Milliarden Schilling, Anteil am Gesamtbudget 1,9 Prozent, im Jahre 1970 2,3 Milliarden, Anteil am gesamten 2,3 Prozent und im Jahre 1979 8,1 Milliarden, also 2,83 Prozent.

Das heißt, die Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung haben sich gegenüber 1970 um mehr als das Dreieinhalbfache erhöht. Und das nennen Sie nichts! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Haider: Und der Erfolg?)* Vielleicht ist das der Nachholbedarf seit 1970. Es ist wirklich aufgeräumt worden mit der jahrzehntelangen Vernachlässigung von Wissenschaft und Forschung in der Zeit vor 1970.

Das Wissenschafts- und Forschungsbudget wird also 1979 erstmals die 8 Milliarden-Schilling-Grenze überschreiten mit einem gegenüber 1978 um 630 Millionen Schilling oder 8,4 Prozent vermehrten Gesamtausgabenrahmen von 8,1 Milliarden Schilling.

Im einzelnen, damit auch hier der Wahrheit die Ehre gegeben wird, entfallen auf den Personalaufwand im Bereich von Wissenschaft und Forschung für 1979 3,8 Milliarden mit einer Steigerung gegenüber dem laufenden Jahr von 7,1 Prozent; der größte Anteil entfällt mit etwas über 3 Milliarden auf die Universitäten.

Der Sachaufwand ist insgesamt mit 4,3 Milliarden Schilling veranschlagt, was einer Steigerung von 9,5 Prozent entspricht. Auch das ist nach Ihrer Version nichts oder unterdurchschnittlich.

Die besonderen Schwerpunkte des Bundesvoranschlages 1979 sind in den Hochschulaufwendungen zu erkennen. Das Hochschulbudget einschließlich Bauausgaben und hochschulrelevanter Förderung von Wissenschaft und Forschung wird von 7,3 Milliarden Schilling um 600 Millionen Schilling auf 7,9 Milliarden Schilling steigen. Das ist ein Wachstum von mehr als

Radinger

9 Prozent und bringt damit diese Aufwendungen an die 8 Milliarden-Schilling-Grenze heran. Ich muß das noch einmal sagen: Die unmittelbar für die Universitäten im Kapitel 14 ausgewiesenen Ausgaben erfahren eine Ausweitung von 4,4 Milliarden Schilling im Jahre 1978 auf 4,9 Milliarden Schilling im Jahre 1979. Das ist ein Steigerungsprozentsatz von 9,4 Prozent.

Der Sachaufwand der Universitäten ist um 13,4 Prozent erhöht worden. Noch einmal – zum wiederholten Male –, besonders erhöht wurden die „Unterrichts- und Forschungserfordernisse“. Diese Aufwendungen steigen nämlich im einzelnen von 133 Millionen auf 158 Millionen Schilling. Das bedeutet ein Plus von 18,6 Prozent.

Auch beim Betriebsaufwand der Universitäten ergibt sich eine wesentliche Steigerung auf 494 Millionen, also auf fast 500 Millionen Schilling.

Auch auf dem Personalsektor, wenn ich hier auf das Jahr 1970 zurückgreife, ist auf den Universitäten und Hochschulen soviel geleistet worden wie kaum je zuvor. Der Zuwachs an Planstellen beträgt mehr als 3 600, die Zahl der Professoren ist um mehr als 840 vermehrt worden, die der Assistenten, des wissenschaftlichen Personals um 1 600 und die des nichtwissenschaftlichen Personals um 1 200. Und das alles ist überhaupt keine Leistung!

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß heute die Hochschulausgaben, die Forschungsförderungsmittel, die Sach- und Raumausstattung und vor allem das gegenwärtige Hochschulbauvolumen absolut zufriedenstellend sind.

Wenn wir vielleicht auf dem Personalsektor nicht ganz zufrieden sind, so möchte ich, weil ich nicht kritiklos ein Budget hinnehme, sagen, wir könnten uns vorstellen, daß auch auf dem Personalsektor noch mehr geschehen könnte. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP-Seite, Sie sind doch diejenigen, die immer wieder auf die Beamtenexplosion, auf die Vermehrung der Personalausgaben, auf zuviel Beamte, auf zuviel Schreibtische und so weiter hinweisen, und Sie sind doch mit daran schuld, daß hier undifferenziert ein Lehrberuf, ein Beamter, der lehrt, der unterrichtet, der forscht, gleichgesetzt wird mit einem Schreibtischbeamten, und Sie diskriminieren hier sehr häufig diese Beamtenentwicklung. Sie sind mit daran schuld, wenn wir auf dem Personalsektor nicht so weit sind, wie wir vielleicht sein könnten, worauf auch die Frau Bundesminister immer wieder hinweist. *(Abg. Dr. Haider: Es gibt manches zu kritisieren, Herr Abgeordneter!)* Das ist sicher bei Ihnen auch der Fall.

Darf ich darauf hinweisen, daß seit 1970 auf dem Bausektor ganz Gigantisches geleistet wurde. Es wurden mehr als 260 000 m² Hochschulraum geschaffen, unseren Hochschulen also zur Verfügung gestellt. Das bedeutet eine Erhöhung von mehr als 50 Prozent in der Zeit dieser Regierung, in der Zeit dieser Ressortleiterin. Das ist auch zugleich ein Beweis dafür, daß in diesen Jahren mehr für die Hochschulen gebaut wurde als in den Jahren 1945 bis 1970. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir sind uns natürlich dessen bewußt, daß alle diese Leistungen, Erhöhungen und Steigerungen in Relation zur Steigerung der Zahl der Studierenden zu setzen sind. Aber ich bin überzeugt, es wird nicht schwer sein – es war nie schwer –, an der Universität Wien zum Beispiel zu Beginn des Wintersemesters einen Hörsaal zu finden, in dem die Studenten gedrängt sind. Das ist aber derzeit bei einer Verdoppelung der Zahl der seit 1970 Inskribierten umso verständlicher.

Daß alles unternommen wird, um auch weitere Verbesserungen und Erleichterungen auf dem Raumsektor zu schaffen, beweist die Tatsache, daß gegenwärtig noch immer Hochschulbauten mit einem Geldvolumen von rund 5 Milliarden Schilling in Bau sind und für rund 3 Milliarden Schilling in Planung sind.

Im übrigen bin auch ich überzeugt, daß die Studierenden diese Leistungen anerkennen werden. Sollten sie tatsächlich vorübergehend – ich wiederhole das, was die Frau Bundesminister sagte, ich bin der gleichen Meinung wie Sie – gewisse Erschwernisse auf sich nehmen müssen, so sollten sie sich, glaube ich, mit jenen vielen Neuen solidarisieren, die, so wie sie selbst, eben auch einen Studienplatz beanspruchen.

Nicht zu übersehen sind die großartigen Steigerungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege, die Mittel, die für die Restaurierung erhaltungswürdiger Baudenkmäler zur Verfügung gestellt werden, aber auch die Mittel für die Forschung, über die meine Fraktionskollegen noch reden werden.

Im übrigen wäre ich, weil so viel Kritik an diesem Budget geübt worden ist, sehr dankbar, wenn die Frau Bundesminister uns vielleicht doch sagen könnte, welche Haltung die Rektorenkonferenz zum Hochschulbudget einnimmt und ob es richtig ist, daß auch andere von diesem Budget betroffene, aber sehr kompetente Seiten sich sehr positiv zu diesem Budget geäußert haben.

Es ist immer wieder zu hören, meine Damen und Herren, daß die Zahl der Inskribierten in gewissen Zirkeln mit Skepsis und abschätziger

11248

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Radlinger

Kritik betrachtet wird. Man spricht von Vermasung an den Hochschulen, von Fehlleitungen, von Informationsmängeln, von Mängeln der Bildungs- und Berufsberatung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine außerordentlich interessante Publikation hinweisen, auf eine Studie, herausgegeben vom österreichischen Institut für Bildung und Wirtschaft, von Dr. Elsa Hackl über die „Möglichkeiten und Grenzen von Prognosen“.

Die Frage, die sich uns stellt, ist ungefähr folgende: Kann man die Wirtschaftsentwicklung, die Arbeitsmarktgegebenheiten, vielleicht auch die Konsumgewohnheiten für die nächsten fünf bis zehn Jahre voraussagen, kann man die Bildungsinvestitionen einer solch prognostizierten Wirtschaftssituation anpassen und gibt es tatsächlich Möglichkeiten der Bildungs- und Berufsberatung, die garantieren, daß zur richtigen Zeit die entsprechend qualifizierten Menschen zur Verfügung stehen, denen ein entsprechendes Einkommen mit einer entsprechend hohen Position in der Wertskala der jeweiligen Gesellschaft garantiert wird?

Die Studie von Dr. Elsa Hackl, die ich erwähnt habe, legt, wie sie selbst in ihrer Einleitung sagt, in einer kritischen Analyse die Unzulänglichkeiten von statistischem Material und Methoden offen.

Seit Mitte der siebziger Jahre haben ja Ölchock, Rezession, Inflation und Arbeitslosigkeit im internationalen Ausmaß die Problemstellung, wie Sie wissen, in den meisten Industrieländern des Westens komplett geändert, ja umgekehrt. Wenn es vorher die Fragestellung war: Woher nehmen wir genügend qualifizierte Menschen für unsere Arbeitsplätze?, so heißt es nun in der Rezession, die Arbeitsplätze für die Menschen zu beschaffen.

Es tritt hier die These von der „Überqualifikation“ auf. Dieser These und der von ihr abgeleiteten Forderung nach einem Stopp der Bildungsexpansion wird von Dr. Elsa Hackl entgegengehalten, daß Unterqualifizierte langfristig teurer kämen als Überqualifizierte, die nicht ausbildungsadäquat eingesetzt seien.

Darüber hinaus teile ich die Auffassung, die in dieser Studie als eine Möglichkeit angeführt wird, daß „Bildung im Bewußtsein der Bevölkerung nicht mehr ausschließlich als ökonomische Investition angesehen wird, sondern immer mehr den Charakter eines auch außerhalb des Berufes verwendbaren Gutes annimmt“. Ich würde sagen, daß mehr Bildung zweifellos auch mehr Lebensqualität bedeutet.

Und ich bin darüber hinaus der festen Überzeugung, daß mehr Bildung auch die

Voraussetzung für mehr Mobilität bildet und damit auch einen größeren Schutz vor dem Verlust der beruflichen Existenz.

Zweifellos wird es unter den Hochschulabsolventen immer wieder sogenannte Frustrierte geben. Das sind also jene, die eine andere Qualifikation von vornherein als eine bessere ansehen und die ihre Leistung nicht in eine vernünftige Relation zu der Leistung ihrer Mitmenschen in Fabrikshallen oder meinetwegen auf einer Baustelle oder auch hinter dem Pflug bringen können.

Lassen Sie mich noch, weil auch das hier heute in der Diskussion angezogen wurde, ein paar Worte zum UOG sagen.

Dieses Gesetz, das unserer Meinung nach einen höchst notwendigen Beginn der Demokratisierung und Mitbestimmung an unseren Universitäten brachte (*Abg. Dr. Gruber: Notwendig, nicht aber verfehlt!*) – ich werde gleich darauf zurückkommen – und dazu beigetragen hat, das Geschehen an den hohen Schulen transparent zu machen, wurde bekanntlich besonders von der großen Opposition abgelehnt, obwohl wir in jahrelangen geduldigen Verhandlungen vielen von Ihrer Seite vorgebrachten Änderungswünschen und Vorschlägen Rechnung getragen haben.

Die konservative Seite verfolgt nun dieses Gesetz seit seinem Inkrafttreten mit einem gewissen Haß, möchte ich sagen, und sie hat auch bisher mit 24 Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof versucht, dieses Gesetz zu unterminieren und zu Fall zu bringen. Nur in einem einzigen Fall übrigens wurde den Beschwerdeführern Rechnung getragen.

Aber andererseits, meine Damen und Herren, möchte ich doch darauf hinweisen, daß eine heuer durchgeführte Umfrage ein überaus positives Ergebnis über dieses UOG erbracht hat. Darf ich dazu folgende Zahlen sagen:

Von 70 Vorsitzenden der Mittelbaukurien waren 83 Prozent der Ansicht, daß die vom UOG verwirklichte Mitbestimmung positiv sei.

73 Prozent sind der Meinung, daß die UOG-Mitbestimmung echte Mitwirkungs- und Mitverantwortungsmöglichkeiten eröffnet.

70 Prozent sind aus Erfahrungen der Ansicht, daß die Arbeit der UOG-Berufungs- und Habilitationskommissionen positiv zu beurteilen ist.

Also ich glaube, das ist eine eindeutig positive Stellungnahme zu diesem UOG. (*Abg. Dr. Frühwirth: 70 Prozent von einem Drittel! Sie müssen die Basis dazusagen!*)

Ich darf sagen, daß nicht nur dieser Mittelbau,

Radinger

sondern darüber hinaus auch eine ganze Reihe von anderen Menschen, die auf dem Hochschulboden arbeiten, sich positiv zu diesem UOG verhalten, daß zum Beispiel Herr Rektor Fliri von der Universität Innsbruck unlängst sich sehr positiv dazu geäußert hat (*Zustimmung des Abg. Dr. Fischer*) und daß vor allem Chaos und Verfassungswidrigkeit bisher nicht eingetreten sind.

Und was die UOG-Novelle betrifft, mein sehr geehrter Herr Kollege von der Freiheitlichen Partei mit Ihren Vorschlägen, so muß ich Ihnen sagen: Sie haben Ihre Vorschläge leider sehr, sehr spät eingebracht, als wir ja praktisch am Ende unserer Beratung waren. Aber ich meine, daß dieses Gesetz sicherlich bei einer anderen Gelegenheit noch die Möglichkeit bieten wird, auf Ihre Vorstellungen einzugehen, und wir jedenfalls haben immer Bereitschaft gezeigt, über Probleme zu diskutieren, und zwar allen Ernstes.

Aber bisher sehen wir als Erfolg dieses UOG auch größere Offenheit und Transparenz und eine langsame Strukturänderung zur Demokratie. Das zeigt sich auch an der Öffnung der Universitäten nach außen hin, an der Bereitschaft, bei gesellschaftlichen Anliegen mitzuwirken (*Abg. Dr. Ermacora: Als wenn es die nie gegeben hätte!*): Ich verweise auf die Vorbereitungslehrgänge für Studienberechtigungsprüfungen, auf das Fernstudium, Seniorenstudium, die Erwachsenenbildung und auf die Bereitschaft, mit der Industrie zusammenzuarbeiten.

Alle diese Entwicklungen sind meiner Ansicht nach zu begrüßen. Sie werden das Gewicht der Universitäten als einer gesellschaftlich wichtigen und in die Gesellschaft integrierten Institution nur verstärken.

Zur Studienreform möchte ich sagen, daß hier die erste Runde abgeschlossen ist und daß es heuer nach langer Diskussion, nach langen Verhandlungen gelungen ist, das Gesetz über die rechtswissenschaftlichen Studien zum Abschluß zu bringen, was ich ebenfalls für einen Erfolg halte.

Aber für einen ganz besonderen Erfolg, den wir immer wieder mit Stolz und Freude, glaube ich, hervorheben können, für einen ganz besonderen Erfolg halte ich die Tatsache, daß es gelungen ist, jede Art von Numerus clausus, jede Art von Zulassungsbeschränkungen zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Bevor ich zum Abschluß komme, gestatten Sie mir einen Seitenblick zur ÖVP. Diese ÖVP hat sich ja in der letzten Zeit sehr viel mit Angelegenheiten der SPÖ beschäftigt, da sei es mir gestattet, mich

auch einmal nur am Rande mit einer Angelegenheit dieser Partei zu befassen.

Der Herr Dr. Busek ist seit Anfang November nicht mehr Mitglied des Nationalrates, er ist wohlbestallter Vizebürgermeister der Stadt Wien. Die Glückwünsche dazu sind ihm ja von unserer Seite in gebührender Weise ausgedrückt worden.

Aber interessant ist, daß Herr Dr. Busek nach wie vor Wissenschaftssprecher Ihrer Partei ist, während die Arbeiten, die in diesem Hause gemacht werden, von anderen Leuten geleistet werden. (*Abg. Dr. Mock: Das ist kein Radinger-Niveau!*) Nein.

Ich möchte dazu sagen: Möglicherweise hat er sich gedacht, na wenn der Herr Dr. Götz den Versuch macht, von Graz aus die gesamte Bundespolitik mit starker Hand und starken Worten zu leiten – mittlerweile, glaube ich, hat er es sich überlegt –, vielleicht kann man dann auch die Wissenschaftspolitik vom Wiener Rathaus aus leiten; das ist ja noch näher.

Ich habe nur Bedenken: Wenn das so weitergeht, dann führt das zu einer – entschuldigen Sie – Verrathauselung der bundespolitischen Aktivitäten der Opposition. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mock: So einen Angriff auf das Wiener Rathaus habe ich von den Sozialisten noch nie gehört!*)

Im übrigen, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Wir werden – es werden ja Redner meiner Fraktion noch über andere Gebiete des Wissenschaftsbudgets zu Wort kommen – selbstverständlich einem Budget unsere Zustimmung geben, das in so gigantischer Weise aufzeigt, wie sehr wir diesem Problem wirklich Priorität zuweisen.

Und ich möchte so wie immer, da die Frau Bundesminister ja besonders vom Herrn Dr. Blenk in einer Art und Weise angegriffen wird, die sicherlich einer Opposition zusteht, klarerweise ... (*Abg. Dr. Gruber: Immer freundlich!*) Na ja, also sehr freundlich ist der Herr Dr. Blenk ja nicht gerade ... (*Abg. Dr. Gruber: Es schwingt immer Sympathie mit!*) So? Na also ... (*Zwischenruf des Abg. Ing. Hobl. – Abg. Dr. Fischer: Du mußt das tiefenpsychologisch ansehen!*) Tiefenpsychologisch ist das wieder etwas anderes.

Ich möchte also sagen, daß wir selbstverständlich auf diese Frau Minister stolz sind, die in allen diesen Jahren mit Energie, mit Sachkenntnis, mit Ausdauer, mit Zivilcourage alles getan hat, die Belange von Wissenschaft und Forschung zu fördern (*Beifall bei der SPÖ*), und die das auch in einer Zeit tut, in der international gesehen wirtschaftlich die Schwierigkeiten sehr

11250

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Radinger

groß sind. Es ist ihr ja auch jetzt wieder gelungen, hier beachtliche Erfolge für ihr Kapitel zu erzielen. Wir werden also, wie gesagt, diesem Kapitel unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner hat zu Beginn seiner Ausführungen einen „Zahlenfriedhof“ dargelegt, mit dem er die Erfolge der Regierungspolitik der letzten Zeit begründen wollte, er hat aber geflissentlich verschwiegen, daß auf diesem Friedhof auch zahlreiche sachliche und inhaltliche Leichen liegen, die Ausdruck der Tatsache sind, daß manches zwar gut gemeint war, aber letztlich nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen ist.

Wenn er stolz gemeint hat, ein Numerus clausus bestehe an den Universitäten in keiner Form, dann widerspricht dem letztlich die Tatsache der oft unnötig langen Studiendauer, die sich in vielen Fällen daraus ergibt, daß eben in der Ausstattung selbst ein Engpaß, eine Begrenzung ist, die nicht überwunden werden konnte und die dann auf dem Umweg über hohe Abbrecherzahlen und verlängerte Studiendauer letztlich doch zu einer, wenn auch sehr teuren Form von Numerus clausus führt. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Die Art der Debatte, daß wir über zwei Kapitel heute unter einem diskutieren, führt dazu, daß ich einen ressortübergreifenden Sprung auf die Vorredner, Abg. Gruber und Abg. Schnell, machen muß: vor allem deswegen, weil ich glaube, daß in ihren Darlegungen etwas angeklungen ist, was mir sehr bemerkenswert erscheint. Es sind Beiträge gewesen, die ganz in das Grundsätzliche der Schulpolitik und der Zielsetzung der gesamten Schulpolitik reichen. Es ist von Dr. Gruber der Hinweis auf die Renaissance der Erziehung gekommen, mit dem er klargestellt hat, daß man in den letzten Jahren erkannte, daß die von der Gemeinschaft zur Verfügung gestellte Alternative, die vom Staat gebotene Erziehungsmöglichkeit nicht imstande ist, die erzieherische Funktion der Familie zu ersetzen.

Um diese Tatsache richtig zu erkennen, ist es, glaube ich, notwendig, sich deutlich vor Augen zu führen, daß die Politik von gestern, möglichst viele Erziehungsmöglichkeiten außerhalb der Familie zu bieten, nicht ohne Rückwirkungen auf die Familie von heute bleiben konnte und daß auch das angestiegene Informationsniveau innerhalb der Familie, insbesondere durch das

Fernsehen, ebenfalls nicht ohne Rückwirkung auf die Erziehungssituation in der Familie bleibt. Ich glaube also, daß ein Wechselschritt festgestellt werden muß zwischen der ursprünglich zweifellos richtigen Tatsache, daß viele Familien aus ihrer ursprünglichen sozialen Situation heraus nicht in der Lage waren, eine Erziehungsaufgabe voll zu erfüllen, die den Kindern dann Aufstiegschancen im wünschenswerten Umfang zugeteilt haben, daß aber die Situation in der Gesamtheit sich doch deutlich verändert hat; verändert in der Richtung, daß es heute einer wesentlich größeren Zahl von Familien möglich ist, in der Erziehung Leistungen zu vollbringen, die an sich innerhalb der Familie am besten erbracht werden können.

So stellt sich die Frage, ob sich Schwerpunkte des außerfamiliären Erziehungsbereiches nicht doch allmählich zugunsten einer Intensivierung in der Familie verschieben müßten. Dabei erscheint es mir bemerkenswert, daß auch das Ziel, das Ergebnis unserer ganzen Bildungsbestrebungen überdacht und vielleicht auch gänzlich neu gefaßt werden muß.

Ich möchte nur auf die Veränderung der sozialen Struktur als Ursache für diese notwendige Verschiebung hinweisen. Während es früher weitgehend selbstverständlich war, Arbeiten in einem Haushalt, – gerade in den Haushalten, die zur sogenannten bürgerlichen Struktur, die ja der Ausgangspunkt unserer Überlegungen war – zu delegieren, von Hilfsarbeiterinnen, Helferinnen durchführen zu lassen, ist eine deutliche Änderung erkennbar. Es ist selbst für gut verdienende Familienmitglieder, wo beide berufstätig sind, nicht mehr möglich, die Hilfsleistungen zu bezahlen, weil in sehr vielen Fällen erstens die Löhne zu hoch geworden sind und zweitens sich eben niemand mehr findet, der bereit ist, diese Aufgaben zu übernehmen.

Daher glaube ich, daß auch in unserem Bildungswesen wesentlich deutlicher zum Ausdruck kommen müßte, daß heute von dem Einzelnen in seinem sozialen Verhalten, in der Bewältigung des täglichen Lebens eine viel größere innere Spannkraft und Fähigkeit, Rollendifferenzen zu überbrücken, verlangt wird, als das früher der Fall war, wo man die Einordnung als Hauptzielsetzung betrachtet hat, wogegen mit Recht in sehr vielen Fällen remonstriert worden ist.

Es geht doch jetzt immer deutlicher darum, daß die Schule eine Hilfestellung zur Bewältigung dieser viel differenzierter gewordenen Lebenssituation des einzelnen bieten muß, und ich habe nicht den Eindruck, daß sie hier schon das erfüllt, was man von ihr erwartet. Ich denke nur an die nach wie vor zu stark fixierten

Dipl.-Ing. Hanreich

Rollenbilder Frau und Mann, die durch die Realitäten in Richtung Emanzipation der Frau, partnerschaftliche Haushaltsführung und so weiter längst überholt werden, ohne daß das schon einen fruchtbaren Niederschlag in der Unterrichtstätigkeit selbst findet.

Dies müßten Ansätze sein, um unsere Bildungsüberlegungen zu korrigieren. Da hinein spielt auch die Tatsache, daß wir in zunehmendem Maß – und auch das ist angeklungen – vor der Frage stehen, ob wir nicht eine Überqualifikation zeugen. Es sind mehrfach Zitate zu dieser Frage gebracht worden, die sich damit auseinandersetzen, ob die Überqualifikation das Bessere sei oder die Unterqualifikation.

Der Abgeordnete Gruber hat, wie ich den Eindruck gehabt habe, in fast überheblicher Weise gemeint, wir würden die exakt adäquate Einstellung auf ein bestimmtes Bildungsniveau erreichen. Ich habe den Eindruck, daß dort tatsächlich noch eines der Hauptprobleme unserer gesamten Bildungspolitik liegt. Denn es wird immer deutlicher, daß sehr wohl und noch spürbarer unterschieden werden muß zwischen dem Prozeß der Bildung des einzelnen im Sinne von Persönlichkeitsbildung, Persönlichkeitsentfaltung und der Berufsvorbereitung auf der anderen Seite.

Wenn wir uns ansehen, wie etwa viele Akademiker nicht oft auch in adäquaten Berufen tätig sind, in Berufen, deren Schwerpunkt ihre eigene Ausbildung war, dann stellt sich die Frage, ob die Ausbildung in einem solchen Spezialberuf, der dann nachher in der Praxis nicht voll umgesetzt werden kann, tatsächlich eine Bildungsleistung oder hier nicht sehr vieles eigentlich eine Fehlentwicklung war, weil es der Institution selbst nicht rasch genug gelingt, die Umstellung auf die verschiedenartigen Anforderungen zu erzielen.

Ich möchte hier als Beispiel darlegen, wie schwierig es zu sein scheint, daß sich staatliche Unternehmungen, staatliche Bildungspolitik an die Realitäten anpaßt.

Noch im vorigen Jahr hat man eifrig an Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen gebaut, neu gebaut – ein Prozeß, der sich mit allen seinen Folgewirkungen über Jahre hin erstreckt. Gleichzeitig war man aber nicht mehr imstande, die ausgebildeten Kindergärtnerinnen unterzubringen. Man hat alles mögliche überlegt, diesem Mißstand abzuweichen, und man hat letztlich sogar den Bau von Bundesbildungsanstalten für Kindergärtnerinnen einstellen beziehungsweise die Bauten umfunktionieren müssen.

Hier bleibt die Frage offen, ob das staatliche Ausbildungssystem in der gegebenen Form

tatsächlich so rasch auf die Veränderung des Bedarfs reagieren kann, wie das wünschenswert ist, und ob nicht die vielen außerhalb der staatlichen Strukturen vorhandenen Bildungseinrichtungen oft wirkungsvoller, rascher und unbürokratischer reagieren, um Ausbildungsprobleme, Berufsvorbereitungsprobleme zu lösen.

Die allzu intensive Hinwendung auf berufsvorbereitende staatliche Schulen, wie sie sich in der Schwerpunktbildung bei der BHS abzeichnet, entspricht zwar offensichtlich einem Bedürfnis der Gesamtvorbereitung auf einen Beruf, geht aber in Wirklichkeit am Bildungsziel über weite Strecken insofern vorbei, als der Bildungsauftrag – unabhängig von der Berufsvorbereitung – das primäre Ziel unserer Bildungspolitik sein sollte.

Es sollte hier mehr ein in den verschiedenen Graden der Ausbildung vorhandenes Höherwachsen der Gesamtbildung geben als die sich immer stärker differenzierende Entwicklung auf ein ganz bestimmtes Berufsbild hin.

Angesichts der Tatsache, daß doch sehr viele Akademiker in Berufsbereichen tätig werden, die nicht ihrer Ausbildung entsprechen, erhebt sich doch die Frage, ob wir uns an den Hochschulen, an den Universitäten die Freizügigkeit des Zugangs zu einem Studium auf die Dauer leisten können. Denn wir setzen hier Vorbereitungsmaßnahmen, die dadurch begründet sind, daß man sagt, man benötige Spezialisten in bestimmten Bereichen, und man hohe Aufwendungen tätigt, während das Ergebnis in keinem Verhältnis zu dem steht, was man sich als Ziel auf die Besetzung ganz bestimmter Posten vorgestellt hat.

Ich glaube, daß das Prestigedenken, das sich nach wie vor mit dem Hochschulstudium verbindet, und das Gefühl, man erhalte mit Sicherheit einen Platz mit angemessener Bezahlung, mit einer der Hauptursachen dafür ist, daß der Zustrom an die Hochschulen nach wie vor in diesem Ausmaß anhält. Ich glaube auch, daß es gerade durch eine stärkere Hinwendung auf den bildungspolitischen Aspekt möglich wäre, diese zu großen Enttäuschungen führende Fehleinschätzung bei den Studenten abzubauen.

Ich möchte auch noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, der vom Herrn Abgeordneten Schnell angeschnitten worden ist. Das waren seine Bemerkungen über den Sinn der Schulversuche.

Er hat uns vorgeworfen, wir wären nicht in der Lage und nicht bereit zu verstehen, was denn der Sinn der Schulversuche sei, und er hat zu erklären versucht, daß das Bestreben der Schulversuche darin besteht, dem Schüler in den

11252

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dipl.-Ing. Hanreich

– wie er es dargelegt hat – drei schwierigen Phasen bestmöglich zu helfen, und man versuche, das Schulsystem an die Bedürfnisse des Schülers möglichst günstig anzupassen.

Herr Präsident Schnell! Gerade diese Vorstellung ist es, die uns mit Ihnen in Widerspruch bringt, denn die Anpassung... *(Abg. Dr. Schnell: Sie müssen sich bei der FDP in Deutschland erkundigen, die sind nämlich in dieser Linie mit uns! Die sind nicht uninteressant!)*

Herr Präsident Schnell! Wir beurteilen Maßnahmen und Aktionen, die von der Sozialistischen Partei gesetzt werden, nicht danach, ob sich irgendwelche mit der Freiheitlichen Partei parallelen Organisationen international diesen Vorstellungen anschließen. Wir beten nicht nach, wir haben auch keine freiheitliche Internationale, deren Beschlüsse dann für die Freiheitliche Partei Gültigkeit hätten. Wir werden uns nicht nur als Partei, sondern es wird sich auch jeder einzelne als Abgeordneter nach wie vor das Recht herausnehmen, die Dinge säuberlichst zu untersuchen und unsere kritische oder zustimmende Meinung dazu zu äußern.

Herr Präsident, Sie haben gesagt, daß es der Sinn der Schulversuche sei, das System an den Schüler anzupassen. Ich halte das für ein völlig hoffnungsloses Bemühen und glaube, daß die von Ihnen angeführte Begründung, es müsse doch das Heranführen von nahezu 100 Prozent der Schüler an das Normprofil – wie Sie es genannt haben – durch systemverändernde Maßnahmen möglich sein, für absolut falsch. Es ist das falsch, weil das System als solches nie flexibel genug sein kann, um auf die individuelle Differenziertheit der Schüler einzugehen. Es ist das nicht primär ein Problem des Systems – so wichtig das System als solches in gesamtheitlicher Betrachtung sein kann –, sondern es ist primär ein Problem des einzelnen Lehrers und seiner Möglichkeit, sich mit der Individualität des Schülers in den verschiedenen Stufen auseinanderzusetzen.

Was mich mit solchem Unbehagen bei den ganzen Bestrebungen der letzten Jahre erfüllt, ist, daß man sich... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Das betrifft ja lediglich die Wissensvermittlung. Der Lehrplan kann doch nicht... *(Abg. Dr. Schnell: Es geht ja um die Leistung!)* Es geht einerseits um die Leistung, natürlich, andererseits aber ganz wesentlich um die Frage der Bildung des jungen Menschen als Persönlichkeit. Und im zunehmenden Maß wird ja deutlich, daß die schematisierte Vermittlung von Lehrstoffen als System bei weitem nicht ausreichend ist, sondern daß die persönliche Hinwendung des Lehrers zum einzelnen Schüler und

damit die Berücksichtigung seiner individuellen Situation immer deutlicher zur Forderung werden muß. *(Ruf bei der SPÖ: Das ergibt sich alles als selbstverständlich!)* So selbstverständlich ist das nicht, sonst hätten Sie nicht diese Schwierigkeiten. *(Abg. Dr. Schnell: Da kommen Sie jetzt darauf? Da waren wir schon vor 50 Jahren!)*

Das weiß ich schon, daß Sie vor 50 Jahren schon dort gewesen sind. Das klingt auch sehr schön. Nur zeigt die Praxis, daß Sie in den letzten 50 Jahren von diesen damaligen sehr richtigen Erkenntnissen weit weggekommen sind! Sie haben in der Zwischenzeit ein solches Vertrauen zum System gewonnen, daß Sie glauben, mit dem System allein die Probleme lösen zu können. Das ist eben keineswegs der Fall. Wir glauben, daß das System überwertet wird. Gerade die Maßnahmen, die in den letzten Jahren gesetzt worden sind, haben deutlich gezeigt, daß man zwar ein System falsch konzipieren kann – das führt uns ja das UOG deutlich vor Augen –, daß man aber andererseits sehr schnell Dinge über Bord wirft, die dann durch ein geändertes System nicht ersetzt werden können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist für mich immer noch ein echtes Anliegen, daß die Möglichkeit geschaffen wird, den Schülern eine ihrer individuellen Situation optimal angemessene Ausbildung zu bieten. Da spielt natürlich die Beratung eine ganz wesentliche Rolle, um den Schülern die Möglichkeit spezialisierter Ausbildungen zu bieten.

Aber genauso klar sind wir uns darüber, daß gerade in den Bereichen Volksschule, Hauptschule und Mittelschule die Differenzierung noch nicht so weit gehen kann, daß sie durch die Struktur getragen wird, weil das ja zu einem Phänomen führt, das ich selbst hier von diesem Pult schon mehrfach kritisiert habe, nämlich dem, daß man Großschulzentren baut, die auf dem Land draußen die Konsequenz haben, daß die Kinder viele Kilometer durch die Gegend fahren, während solche Konzentrationsbemühungen die Möglichkeit der stärkeren Betonung der individuellen Betreuung durch den Lehrer durch kleinere Klassen, also niedrigere Klassenschülerhöchstzahlen illusorisch machen.

Es zeigt sich immer wieder, daß die sozialistische Schulpolitik leider zu sehr von den Umständen in der Bundeshauptstadt und in den anderen Großstädten geprägt ist und die Problematik auf dem Land draußen wirklich zuwenig berücksichtigt, wo die Herausforderung für den einzelnen Lehrer natürlich eine wesentlich größere ist und sein muß. Man hat sich durch diese Konzentrationen in einer Art und Weise über die Schüler hinweggesetzt, daß diese – man sehe sich doch die Fahrzeiten mancher Schüler an; die Schülerfreifahrten

Dipl.-Ing. Hanreich

stellen nur eine finanzielle Entlastung dar – ungeheuer viel Zeit aufbringen müssen, um eine einigermaßen gleiche Bildungschance zu erfahren. Sie sind dadurch belastet und... (*Abg. Wille: Das ist nicht nur eine finanzielle Entlastung!*) Das ist ausschließlich eine finanzielle Entlastung. (*Abg. Wille: Rechnen Sie nach, wie lange die Kinder in ländlichen Gebieten früher gefahren sind und wie lange sie heute fahren! – Ruf bei der SPÖ: Viele konnten überhaupt nicht fahren!*)

Die Zeiten sind nicht wesentlich reduziert worden. Sie müssen sich bitte vor Augen führen, daß ja selbst ein privater Schulbusunternehmer natürlich nicht in der Lage ist, seine Route so zu wählen, daß er mit einer einzigen Fahrt sämtliche Schüler aus seinem Umkreis zur Schule bringt, sondern er macht drei und vier Fahrten, mit der Konsequenz, daß Kinder, die um ½8 in der Schule beginnen, um ¾7 in der Schule sitzen, teilweise unbeaufsichtigt, teilweise nicht einmal in den Schulräumen, weil sie dort noch nicht hinein dürfen, während der zweite Schub dann 10 Minuten vor ½8 Uhr eintrifft. Derlei Dinge gibt es zu Dutzenden. Sie brauchen sich das ja nur anzuschauen. Das ist die konkrete Praxis. Dort, wo die Kinder früher eine Stunde gegangen sind, was sicher sehr gesund und ebenso mühsam ist, sind die Kinder jetzt fünf Viertelstunden unterwegs, von denen sie drei Viertelstunden vor dem Unterricht verbringen in der Schule und dort eigentlich nicht recht wissen, was sie tun sollen.

Ich glaube, daß man mit dieser Zentralisierung ganz sicher auch unter dem Blickwinkel der Raumordnung keine wirklich erfolgreiche Verbesserung erreicht hat und daß die Ziffern, die darüber Auskunft geben, was man alles an Neubauten und so weiter gemacht hat, sehr schön klingen, daß aber dahinter nicht immer eine wirklich optimale Lösung für die Schüler steckt. Man muß vieles doch mehr unter dem Prestige Gesichtspunkt der Regierung als unter dem der tatsächlichen Lösung des Problems sehen.

Ich möchte jetzt noch auf etwas eingehen, was einen Bestandteil der immer wieder angeführten Schwierigkeit mit dem Lehrermangel bedeutet und Gegenstand der Diskussion über den Lehrerüberfluß, die Lehrerschwemme, ist. Es ist für mich absolut unvorstellbar, daß es bei immer geringer werdenden Anstellungschancen für den Lehrer ständig steigende Ausbildungszahlen bei den Lehrern gibt, gar nicht zu reden von Perspektiven, die uns ins Haus stehen, wenn die geburtenstärksten Jahrgänge als ausgebildete Lehrer in die Praxis eintreten werden und gleichzeitig die bis jetzt geburtenschwächsten Jahrgänge die Schülerzahlen bestimmen wer-

den, zumal wir schon heute Lehrer haben, die keinen Arbeitsplatz finden, während an den AHS nach wie vor 37 800 Überstunden gemacht worden sind, was etwa 1 900 Dienstposten entsprechen würde.

Daher stellt sich die Frage, ob hier wirklich alles unternommen wird, was man tun muß, um die Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich durch eine Reduzierung der Überstunden ergeben würden. Wir glauben jedenfalls, daß es notwendig wäre, neben der Verbesserung, die sich hinsichtlich der Anstellungsmöglichkeiten durch die Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahlen ergeben würde, dringend einen Abbau der Überstunden und Mehrdienstleistungen in Angriff zu nehmen, um zu verhindern, daß diejenigen jungen Menschen, die im Vertrauen auf eine expansive Entwicklung des Bildungswesens den Beruf des Lehrers erwählt haben, zu einer bitteren Enttäuschung kommen und sich ihre Ausbildung als Verschwendung von öffentlichen Mitteln, Steuern des Staatsbürgers, herausstellt. Wir glauben, daß man dieser Problematik erhöhte Bedeutung beimessen muß.

Das Nichtlösen dieses Problems ist signifikant dafür, daß die sozialistische Regierung in ihrer Bildungspolitik versagt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Edith Dobesberger.

Abgeordnete Edith **Dobesberger** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Hanreich, hat über verschiedene Schulprobleme gesprochen. Ich möchte daher, bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, doch ein paar Sätze dazu sagen.

Eines dürfen wir nicht übersehen: Sie sagen von den Schulkindern, daß sie nach wie vor weite Schulwege haben. Aber fragen wir uns doch, welche Kinder heute Schulwege zurücklegen müssen. Die kommen doch heute vom Land herein in die höheren Schulen, weil wir ihnen bei den höheren Schulen entgegengekommen sind. Früher wäre es doch einem Kind zum Beispiel aus dem Mühlviertel nie möglich gewesen, eine weiterführende Schule zu besuchen. Früher war ein solches Kind in der niederorganisierten Schule. Heute besuchen alle Kinder die Hauptschule und sehr viele eine weiterführende Schule. Da müssen sie dann Schulwege in Kauf nehmen. Wir können in Österreich nicht einfach alle Bewohner in den Landeshauptstädten zusammenführen. Daher sind diese Schulwege einfach nötig. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es ist heute immer wieder von der Familie und davon die Rede gewesen, daß wir nur für die

11254

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Edith Dobesberger

materiellen Dinge der Familie sorgen, während Sie für andere Dinge sind.

Herr Abgeordneter Hanreich! Sie haben heute etwas gesagt, was mir die Zweideutigkeit Ihrer Einstellung gezeigt hat. Sie haben davon gesprochen, was die bürgerliche Familie alles geleistet hat. Sie haben ganz offen zugegeben, daß die bürgerliche Familie „unqualifizierte Hilfskräfte“ zur Verfügung gehabt hat, und ich muß sagen, mich interessieren vor allem diese unqualifizierten Hilfskräfte der bürgerlichen Familie. Wer waren denn die, welche Rechte haben denn die gehabt? Aus diesen unqualifizierten Hilfskräften der Familie sind heute die Lehrer, die Kindergärtnerinnen und die Hortner geworden, die sehr wohl qualifiziert sind. Und da sagen wir Sozialisten ja dazu. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Hanreich: Was soll das, Frau Kollegin? Sie haben meine Argumentation falsch ausgelegt. Ich habe gesagt, daß die Leute, die früher in dieser Situation gewesen sind, heute weitgehend eine Selbständigkeit aufweisen...! – Abg. Egg: Kommen Sie heraus, halten Sie von Ihrem Platz aus kein Referat!)*

Das ist es eben. Für mich sind diese unqualifizierten Kräfte wesentlich, weil sie heute die Chance haben, eine Qualifikation zu bekommen. Und darum geht es! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun zu meinem eigentlichen Thema, obwohl das doch eine Einleitung war, die dazupaßt.

Unser Minister Sinowatz spricht immer davon, daß die Kulturpolitik eine sinnvolle Fortsetzung der Sozialpolitik ist. Ich glaube, das ist einer der wesentlichsten und markantesten Punkte, die man nie übersehen darf.

Gestern wurde in der Sozialdebatte versucht, uns mit einer Kaltschnäuzigkeit abzufertigen, damit, daß wir Sozialisten früher verschiedene sozialpolitische Verbesserungen erreicht und durchgesetzt haben, das aber heute nicht mehr der Fall sei. *(Zwischenrufe.)* Das nenne ich Kaltschnäuzigkeit, wenn man die Tatsachen umbiegt und verdreht.

Wenn Minister Weißenberg gemeint hat, daß die österreichische sozialistische Regierung dafür gesorgt hat, daß wir eine geringere Arbeitslosigkeit haben, und Herr Dr. Halder entgegenhielt, das sei ein Verdienst des besseren österreichischen Unternehmers, dann frage ich mich wirklich: Was war mit den „besseren österreichischen Unternehmern“ in der Zeit von 1966 bis 1970? Denn da gab es keine weltweite Krise, da gab es nur eine Rezession, und trotzdem waren wir bei den Arbeitslosenzahlen über dem europäischen Durchschnitt, während

wir heute wesentlich besser liegen als die Welt draußen.

Die Arbeiterbewegung ist als Bildungsbewegung angetreten, sie hat begonnen, die Arbeiter weiterzubilden. Man ist sehr bald daraufgekommen, daß das Sprichwort, das man uns immer wieder vorhält, ein voller Bauch studiere nicht gerne und ein Genie setze sich selbst durch, schöne Worte sind, aber eben nur das. Denn es ist die Sozialpolitik notwendig, daß man überhaupt kulturpolitisch weiter arbeiten kann. Als nächstes ist natürlich eine Bildungspolitik wichtig, mit der man viele Menschen befähigt mitzutun und mitzureden.

Es ist heute auch schon davon gesprochen worden, was diesen Sozialisten alles einfällt. Sie wollen, daß die Schüler mitreden, obwohl die Leute in der VÖEST sagen, das Mitreden ist nicht so wichtig. Ja, aber das ist es ja eben, daß wir es erst lernen müssen.

Herr Abgeordneter Peter hat gesagt, wir haben auch erst Demokratie lernen müssen. Können wir wirklich so überzeugt sein, daß wir die Demokratie schon so großartig beherrschen? Wäre es nicht besser, wenn unsere Kinder das schon von klein auf lernen könnten, damit es ihnen selbstverständlich wird.

Was die sozialistische Bildungspolitik betrifft: Erinnern Sie sich doch, als in der Ersten Republik sozialistische Bürgermeister draußen am Land, wie das rote Wien begonnen hat, Pflichtschulen zu bauen, wie das damals von Ihnen angegriffen wurde, wie sich das aber in der Zweiten Republik geändert hat. Auch die ÖVP-Bürgermeister draußen am Land kommen schon seit langem nicht mehr drum herum, auch wunderschöne Schulen zu bauen *(Abg. Graf: Na glauben Sie, die wollen das nicht?)*, weil das Bewußtsein der Bevölkerung heute so weit ist, daß sie gar nicht mehr anders können. In der Ersten Republik war das nicht so. Da hätten sie die Möglichkeit gehabt, das auch zu tun. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kraft: Hören Sie auf mit den Schulen, Sie stehen ja völlig daneben!)*

Ihnen ist immer alles selbstverständlich, wenn zehn oder zwanzig Jahre darüber vergangen sind. Vorher ist ihnen immer alles verkehrt und falsch vorgekommen, was wir wollen. Nur nachher, dann sind wir die, die das nur so hinredeten. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Bei den Pflichtschulen halten Sie uns heute schon vor, daß das immer so war. Die Bundesschulen sind heute noch voll in Diskussion: Das sind noch „Schulburgen“, die sind zu weit draußen, da wird noch zu aufwendig gebaut und was weiß ich, was noch alles!

Ich will gar nicht darüber reden, um wieviel

Edith Dobesberger

Lehrer wir mehr haben. Ich will nur noch sagen, daß wir die Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen verdoppelt haben. Sie werfen uns immer wieder vor, daß das eine Nivellierung ist, daß das eine Gleichmacherei ist, daß das nicht zählt.

Da möchte ich jetzt wirklich einmal fragen, ob Sie glauben, daß unsere Schulen, unsere Lehrer so schlecht sind, daß die Schüler, die länger in die Schule gehen, nicht etwas profitieren. Denn mit Ihren Argumenten sagen Sie eigentlich praktisch, das ist verlorene Zeit, das ist ja nichts, das hat keinen Sinn. *(Abg. Dipl.-Ing. Hanreich: ... durch das System geknebelt!)*

Ich gebe Ihnen zum Teil recht. Daher sind wir dafür, daß wir beginnen, auch das System zu ändern. Aber da hindern Sie uns ja wieder daran, da lassen Sie uns ja nicht hin, um damit zu beginnen.

Auch noch ein Wort zu den Schulversuchen, und zwar von einem anderen Gesichtspunkt her.

Ist dieser Schulversuch, an dem Tausende Lehrer mitwirken, nicht auch eine Arbeit, die Menschen aktiviert? Tausende Lehrer müssen immer wieder neue Wege gehen, werden vor neue Probleme gestellt. Ich weiß, wie rasch man im Schulalltag, in der Routine stecken bleibt. Nichts gegen die Routine, aber man steckt dann drinnen und kommt nicht heraus. Dieser Schulversuch ist für die Lehrer eine ständige Herausforderung, und diese Herausforderung allein ist für mich ein Positivum dieser Schulversuche. *(Zwischenruf des Abg. Graf.)*

Bitte mißverstehen Sie mich nicht, Herr Abgeordneter Graf. Wenn es das allein wäre, dann würde es wahrscheinlich zuwenig sein. Aber das ist ja nur ein Nebenaspekt, den ich eben auch erwähnen möchte, weil wir sehr selten davon reden.

Der Abgeordnete Lanner hat uns bei der Sicherheitsdebatte den Herrn Tandler in Erinnerung gerufen, der gesagt hat: Baut Kindergärten, und ihr erspart euch Gefängnisse! Ein toter Sozialist – natürlich ein guter Sozialist. *(Abg. Graf: Frau Kollegin, ich erkläre Sie taxfrei als gute Sozialistin, obwohl Sie leben. Beruhigen Sie sich!)* Ich weiß, daß Ihre Haltung Frauen gegenüber oft sehr gönnerhaft ist. Da sind Sie jetzt sehr lieb zu mir und wollen mir Freude machen. Auf Sie warte ich schon! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Das war in bester Absicht!)*

Der Abgeordnete Lanner hat unseren Wohnbau als falsch bezeichnet, die Wohnungen seien zu klein, es gäbe zu wenig Räume, in denen sich die Menschen treffen können. Da erinnerte ich mich an eine Diskussion, in der mir ein ÖVP-Besucher einer Versammlung gesagt hat:

Ihre Wohnbauten, die Sie als Kulturleistung hinstellen, das sind die Slums der nächsten Jahrzehnte! Er war ein bißchen verwundert, als ich ihm antwortete: Ich gebe Ihnen recht. Es werden wahrscheinlich abgewohnte Häuser sein, wenn ihre Zeit vorbei ist. Aber bei einem müssen Sie mir recht geben: Diese Wohnbauten werden nicht die Slums sein, die wir übernommen haben. Ein Arbeiterdichter, der zwanzig oder dreißig Jahre später leben wird, wird nicht mehr so wie Petzold sagen müssen: „Dreißig lichterhohle Fenster, eng aneinander gereiht, und aus jedem die Not und die Armut schreit.“ Dafür werden Sozialisten garantieren, daß das nicht so ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Kulturaufgabe ist eine Herausforderung an uns alle, es selber mitzugestalten.

Und nun ist das Mitgestalten in der Kultur nicht leichter als das Mittun in der Sozialpolitik. Darf ich nur ein Beispiel anführen, wie ich das meine.

Wenn die deutschen Metallarbeiter heute streiken, um die 35 Stunden-Woche zu erreichen, dann ist das etwas, was die Menschen verstehen, wo sie bereit sind, Opfer zu bringen. Wenn wir aber sagen würden, wir streiken, um mehr Anteil an der Kultur für alle zu erreichen, dann würde uns das wahrscheinlich heute noch nicht möglich sein. Daher ist diese Arbeit erst ein Beginn. *(Abg. Kraft: Wollen Sie auf alle Fälle streiken?)*

Es muß mit allen begonnen werden. Es mußte ein sozialistischer Minister kommen, der auf diesem Gebiet einmal eine Bestandsaufnahme durchführen mußte.

Ein Kunstbericht ist doch eigentlich etwas sehr Einfaches, und man müßte meinen, etwas sehr Naheliegendes. Es hätte doch auch Ministern vor ihm schon einfallen können, daß das notwendig wäre. Ein Bundestheaterbericht – ja, warum fiel das nicht schon lange jemandem ein, daß so etwas gemacht werden muß?

Eine IFES-Umfrage wurde gestartet, um zu ergründen, welchen Stand unsere Bevölkerung auf dem kulturellen Gebiet hat. Es sind keine großartigen Neuigkeiten bekannt geworden, aber man weiß es jetzt konkret, und man agiert nicht mehr im luftleeren Raum.

Und wieder muß ich sagen, warum ich vorher auf die Schülerzahlen an den höheren Schulen so großes Gewicht gelegt habe. Wenn man im IFES-Bericht liest, daß nur drei Prozent der Pflichtschüler sich mit künstlerischen Aktivitäten beschäftigen, aber mehr als ein Viertel der Maturanten und der Akademiker, dann zeigt uns auch das die Notwendigkeit, daß wir uns mit kulturellen Dingen mehr beschäftigen müssen.

11256

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Edith Dobesberger

Sie reden immer wieder vom Bundesstaat, von den Aufgaben der Länder. Aber es ist keinem Ihrer Minister je einmal eingefallen, man könnte eine Koordinierungsstelle der Länder ins Leben rufen, die Länder, die ja eigentlich die Träger der kulturellen Aufgaben sind, um untereinander ihre Aktionen abzustimmen und zu besprechen. Das mußte wieder erst einem sozialistischen Minister einfallen.

Wenn Sie immer wieder sagen, wir rücken nur die materiellen Dinge in den Vordergrund, dann muß ich Ihnen antworten: Ohne Geld geht es halt nicht. Daher haben wir Schwerpunkte für die Jungen gesetzt, wo für das „Theater der Jugend“, für den guten Film, für den Buchklub, für die Schülerbibliotheken wesentlich mehr Geld zur Verfügung gestellt wird als früher.

Bundestheater waren früher nur in Wien, aber sonst nirgends. Heute kommen die Bundestheater in die Länder hinaus. Unsere Bevölkerung hat das begrüßt und hat regen Anteil an den Veranstaltungen, die mit der Arbeiterkammer zusammen durchgeführt worden sind, genommen.

Warum ist es nicht Ihnen eingefallen, Opern durch den ORF zu übertragen? Warum geht das erst jetzt? Warum ist das erst jetzt möglich?

So kann man eine ganze Reihe von Dingen aufzählen, die jetzt in Schwung gekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte jetzt zum Schluß noch ein Beispiel aus Linz erzählen, weil ich glaube, daß man die Schwierigkeiten, die es gerade auf dem kulturellen Sektor gibt, nicht unterschätzen darf.

Auch wenn Sie nicht Linzer sind, haben Sie sicher im vergangenen Jahr in den Zeitungen von unserer Diskussion um die Nike gelesen. Das Forum Metall hat stattgefunden und man hat die griechische Göttin am Finanzgebäude West festgenagelt.

Ich muß dazu sagen, mir hat die Nike auch nicht gefallen, mir gefällt sie noch immer nicht. Mir hat nur eines imponiert: Die Künstler haben etwas gemacht, daß eine ganze Stadt, die sich noch nie wirklich bis zum letzten Mann und zur letzten Frau mit kulturellen Dingen beschäftigt hatte, aufgestanden ist und über diese Dinge diskutiert hat: Sie sind auf den Hauptplatz gegangen und haben sich die Nike angeschaut, sie sind zum Donauufer hinuntergegangen und haben sich die Plastiken angeschaut. Und dann haben sie geurteilt: Das ist ein Blödsinn! oder: Das ist kein Blödsinn! Das war für mich wirklich ein Beispiel, wie man Menschen aktiviert.

Ich habe mich immer vor die Künstler gestellt. Dann kam es zu einer Diskussion, und da war ich auf einmal wieder auf Seite der Menschen *(Abg.)*

Gruber: *Also sind Künstler keine Menschen?*

– bitte, auf Seite der Bevölkerung von Linz –, denn da haben die Künstler, die das in die Wege geleitet haben, ganz empört darüber gesprochen, was die Leute sich einbilden und verurteilen, die doch gar nichts von Kunst verstehen. Und da habe ich gemeint: Menschen, die diese Kunstwerke bezahlen, haben sehr wohl ein Recht, darüber zu reden. Sie haben auch ein Recht, daß die, die das verstehen, sie aufklären und weiterbilden, damit sie es eben auch verstehen lernen. Das, glaube ich, ist eine große Aufgabe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Gruber heute vormittag den Minister Sinowatz mit Mao verglichen hat und mit der Kulturrevolution, dann kommt es darauf an, was man unter Revolution versteht. Es muß bei einer Revolution nicht Mord und Totschlag geben. Das, was Minister Sinowatz auf dem Gebiet der Kultur eingeleitet hat, kann sehr wohl eine sehr große Revolution werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Als nächster kommt zum Wort der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann.

Abgeordneter Dr. **Kaufmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Abgeordnete Dobesberger, meine Vorrednerin, hat behauptet, daß sozialistische Kulturpolitik die Fortsetzung der Sozialpolitik sei, und hat versucht, diese Entwicklung darzustellen und sehr zu loben.

Frau Abgeordnete Dobesberger! Ich möchte dazu feststellen, daß wir heute von diesem Ihren Traum weiter denn je entfernt sind, mehr noch, daß selbst diese sogenannte sozialistische Kulturpolitik ein Hoffnungsposten geblieben ist, der sich nach acht Jahren sozialistischer Regierung nicht erfüllt hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich werde das auch an einigen konkreten Beispielen zu beweisen versuchen.

Wenn man zurückdenkt, mit welchen Sprüchen, Erklärungen und Versprechungen die gegenwärtige Regierungspartei gerade in diesem Bereich angetreten ist, und wenn man sich dann anschaut, was aus diesen Versprechungen und Erklärungen geworden ist, dann ist das Dilemma offenbar, in das diese sozialistische Kulturpolitik geraten ist. Man hat nämlich diese Sprüche und Erklärungen nicht nur zu einem guten Teil nicht eingehalten, sondern mitunter sogar in das Gegenteil verkehrt.

Erstaunlich ist nur, daß es gelungen ist, die Öffentlichkeit so lange hinzuhalten und die Leute immer wieder glauben zu machen, was alles Großartiges geschehen ist.

Natürlich, Frau Abgeordnete Dobesberger, ist

Dr. Kaufmann

in diesen Jahren auch viel Gutes geschehen. Ich will hier gar nicht schwarz-weiß-malen. Sicherlich hat der Bundesminister einen Kunstbericht vorgelegt, den wir auch gelobt haben. Er hat versucht, Schwerpunkte zu setzen, und er hat versucht, neue Wege zu gehen. Aber an den Kardinalproblemen, die man seinerzeit zu lösen versprochen hat, ist er vorbeigegangen beziehungsweise hat sie nicht zu lösen vermocht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Bundestheaterdefizit hat während Ihrer Ministerschaft, Herr Bundesminister, die Grenze von einer Milliarde Schilling überschritten. Dabei hat der Herr Bundeskanzler seinerzeit bei heute sehr bescheiden anmutenden 300 Millionen ganz große Einsparungen versprochen. Ich will jetzt alle diese Äußerungen gar nicht zitieren, die der Herr Bundeskanzler seinerzeit von sich gegeben hat. Aber wenn man seinerzeit so große Worte gemacht hat, wenn man die ÖVP-Minister in diesem Ressort so heruntergemacht hat, dann müssen Sie es sich heute auch gefallen lassen, daß wir Sie immer wieder daran erinnern und Ihnen vorwerfen, daß die sogenannte sozialistische Kulturpolitik hier gescheitert ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt bis heute kein Bundestheatergesetz, und es wird auch, Herr Bundesminister, nach Ihren Worten, in nächster Zeit keines geben. Ein Bundestheatergesetz ist gewiß nicht der Stein der Weisen, wir haben das wiederholt festgestellt. Aber es hätte ein taugliches Instrument werden können zur Schaffung einer besseren Basis. Und außerdem wurde es uns wiederholt versprochen. Sie haben seinerzeit sogar eine eigene Regierungsvorlage ausarbeiten lassen, und wir sind schon im Unterausschuß zusammengesessen und haben beraten, und dann plötzlich haben Sie sich besonnen und gemeint, eine neue Dienstinstruktion würde das auch tun und man könne Erfahrungen sammeln. Und jetzt liegt dieses Bundestheatergesetz auf dem Eis – und es werden Erfahrungen gesammelt! Ich frage mich nur, wie lange noch.

Ein weiteres trauriges Kapitel dieser sogenannten sozialistischen Kulturpolitik ist auch die Filmförderung; wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen. Auch ein Filmförderungsgesetz wurde uns vor acht Jahren feierlich versprochen, mit dem Erfolg, daß wir heute nicht nur kein solches Gesetz besitzen, sondern daß der österreichische Film praktisch aufgehört hat, überhaupt zu bestehen. Ich weiß schon, wir haben das auch wiederholt gesagt, daß nicht Sie dafür zuständig sind, sondern der Handelsminister. Aber Sie, Herr Bundesminister, haben sich nicht einmal entschließen können, zumindest ein kleines Gesetz in Ihrem Bereich zu machen, ein kleines Gesetz zur Förderung des kulturell

wertvollen Films. Auch das wurde uns versprochen. – Allerdings habe ich heute gehört, daß nun in aller Eile noch vor Weihnachten doch ein solcher Entwurf, eine solche Regierungsvorlage zusammengebastelt werden soll. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dazu eine Äußerung tun könnten.

Und ein Kernstück der sozialistischen Kulturpolitik waren dann die Bemühungen um eine Verbesserung des kulturellen Verhaltens. Ich gestehe Ihnen zu, Herr Bundesminister, daß Ihnen das wirklich ein Anliegen war. Aber der Fortgang und die Art und Weise, wie man dann den Problemen zu Leibe gegangen ist beziehungsweise wie man den Problemen zu Leibe gehen wollte, waren schlichtweg enttäuschend, umständlich, um nicht zu sagen dilettantisch.

Beginnen wir nur mit dem Anfang. Sie wollten 1973 eine Erhebung über das kulturelle Verhalten der Österreicher machen und haben auch einen entsprechenden Auftrag gegeben. Da ist das erste Versäumnis passiert. Denn was herausgekommen ist, war eigentlich nicht mehr als ein Aufguß des damals ohnehin bereits bestehenden Mikrozensus des Statistischen Zentralamtes und eine Bestätigung von Wahrheiten, die wir alle gewußt haben. Es ist schade darum, denn es hätte mit entsprechenden Motivenberichten weit über den Mikrozensus hinausreichen und unsere ohnehin – wie Sie wissen – sehr mangelhafte Kulturforschung weiterbringen können. Auf der Basis dieser nicht gerade sehr sensationellen neuen Erfahrungen dieses Berichtes haben Sie dann einen Maßnahmenkatalog herausgebracht, der die praktische Verbesserung des kulturellen Verhaltens der Österreicher zum Ziel hatte. Und hier beginnen nun die eigentlichen Versäumnisse und Fehler.

Sie wissen, Herr Bundesminister, wir haben vom Anfang an vor der Verbürokratisierung und vor der Schwerfälligkeit der zentralistischen Maßnahmen gewarnt und auch unser Mißtrauen angemeldet. Und alles, was wir damals befürchtet haben, ist eigentlich eingetroffen oder trifft ein.

Was ist übriggeblieben? Nach vier Jahren Maßnahmenkatalog sind einige Blätter Papier, viele Besprechungen, Beratungen, Kontakte, noch mehr Ankündigungen und Versprechungen und als konkreter Kern ein sogenannter Kulturservice übergeblieben, über den zurzeit die Fachleute eigentlich nur lächeln und die Künstler schimpfen und die Menschen nicht das bekommen, was sie nicht schon längst schneller, besser und wahrscheinlich auch billiger bekommen haben.

Aufgabe dieses Kulturservices sollte es ja

11258

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Kaufmann

sein, Kontakte zwischen Künstlern und kulturellen Institutionen herzustellen. Weil man nicht gleich so großartig beginnen wollte, hat man sich zunächst entschlossen, nur mit der Vermittlung von Künstlern in Schulen zu beginnen. Es haben auch, wie Sie uns in einer Anfragebeantwortung mitgeteilt haben, bereits mehrere Modellveranstaltungen stattgefunden. Und man ist offenbar dabei, zu lernen und Erfahrungen zu machen.

Aber das, und ich wiederhole das, was sich dieser Kulturservice abmüht zu leisten, das leisten eigentlich die Kulturreferate der Länder und andere kulturelle Institutionen seit langem.

Und wenn man dann gute Miene zum Spiel macht und mittun will, geschieht folgendes: Die Steiermark hat das Angebot des Kulturservices aufgegriffen und Künstler zur Vermittlung an Schulen angeboten. Das war vor einem halben Jahr. Herr Bundesminister! Bis heute hat die Steiermark auf dieses Angebot nicht einmal eine Antwort bekommen. Das alles, Herr Bundesminister, nach vier Jahren Maßnahmenkatalog. Sie werden, glaube ich, nicht erwarten, daß man Ihnen für dieses Stück sozialistischer Kulturpolitik ein Kompliment macht! *(Abg. Dr. Gruber: Erwarten tut er es schon!)*

Herr Bundesminister! Sie haben im Ausschuß auch gesagt, daß dieser Kulturservice 12 Millionen Schilling auf der hohen Kante hat; 12 Millionen Schilling! Wie viele kulturelle Institutionen in Österreich wären glücklich, wenn sie für ihre Aktivitäten mit ähnlichen Zielen einen solchen Betrag zur Verfügung hätten! *(Beifall bei der ÖVP.)* Herr Bundesminister! Ich würde sagen, geben Sie diese 12 Millionen an diese Institutionen weiter, dezentralisieren Sie, und das Geld – ich garantiere es Ihnen – ist bestens angelegt.

Jetzt noch ein paar Worte zu den Bundestheatern. Ich weiß, daß es in jedem Theater sogenannte Fixkosten gibt, die so bei 80 Prozent liegen und wo man nichts einsparen kann. Ich weiß auch, daß man in den vergangenen Jahren bei den bekannt hohen Inflationsraten nicht ausgerechnet die Theaterkosten hätte stabil halten können. Aber dann zu sagen, es sei nun ohnehin alles getan und jetzt könne man beim besten Willen nichts mehr einsparen, und das angesichts der letzten Rechnungshofberichte und anderer Entwicklungen, dem möchte ich mich nicht anschließen.

Ich möchte auch nicht kritiklos zur Kenntnis nehmen, wenn einem von seiten des Theaters immer wieder eingeredet wird: Nur die schrankenlose Autonomie der Theaterleute und nur das große Budget garantiere auch den künstlerischen

Erfolg! Das stimmt nämlich nicht. Beispiele aus der Vergangenheit beweisen, daß es auch anders geht. Ich glaube, das ist ein Thema, über das wir einmal diskutieren sollten.

Ich weiß schon, es gibt da jene ganz bestimmte Summe, die man bei der Dotierung der Theater nicht unterschreiten darf, sonst ist der künstlerische Effekt nämlich wirklich dahin und auch die sparsamste Summe ist dann noch immer zuviel. Aber man darf es sich, glaube ich, bei dieser Grenzziehung nicht zu leicht machen.

Es muß auch einmal gesagt werden, daß sich im Zeitalter der Dirigenten, der Regisseure, der Ausstatter und der Personalvertretungen Gepflogenheiten breitgemacht haben, die nicht unbedingt mit dem künstlerischen Gehalt zu tun haben, die aber auch den sparwilligsten Direktor in eine Zwickmühle bringen. Erfüllt dieser nämlich alle Forderungen, wird er sehr schnell zum Verschwender gestempelt, erfüllt er sie nicht, läuft er Gefahr, den von Presse und Publikum begehrten Mann oder das entsprechende Stück zu verlieren beziehungsweise zu bekommen, was ihm dann wieder vom Publikum und von der Presse vorgehalten wird.

Herr Bundesminister, hier sollten Sie sich einschalten. Hier, glaube ich, kann und soll man den Leuten den Rücken stärken und auch einmal sagen: Hier ist es genug! Dafür gäbe es die monatlichen persönlichen Koordinationsgespräche mit den Direktoren, die Sie seinerzeit vorgesehen haben, von denen ich aber höre, daß sie nicht stattfinden.

Das Beispiel, das ich jetzt bringen will, ist zwar anekdotenhaft und sicher geringfügig, aber es hat eine gewisse Symbolkraft. So, wenn man zum Beispiel hört, daß man für einen bedeutenden Regisseur, nur weil er während der Probe nicht aufs Rauchen verzichten will, einen eigenen Feuerwehrmann bezahlen muß. Oder was soll man davon halten, wenn man hört, daß etwa bei der Staatsoper im Spieljahr 1977/78 eine Überkapazität bei den Solosängern und Dirigenten bestanden hat, die Mehraufwendungen in der Höhe von über 30 Millionen Schilling erforderten. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Bundesminister, wenn Sie darüber Auskunft geben würden, ob diese Zahlen stimmen und zutreffen.

Andere Zahlen: Man hört, daß für 269 Opernabende im Jahr Sopranistinnen für 1 146 Vorstellungen, Baritone für 732 Vorstellungen und Bässe für 514 Vorstellungen und Tenöre für 816 Vorstellungen engagiert waren! Auch wenn man einkalkuliert, daß an einem Abend sicher nicht nur eine Sopranistin und nicht nur ein Bariton engagiert beziehungsweise beschäftigt sein werden, ergibt sich auf jeden Fall daraus, daß es sich hier um eine Überkapazität handelt.

Dr. Kaufmann

Was soll man als Staatsbürger davon halten, wenn man hört, daß für die neue „Carmen“-Inszenierung 197 Statisten, 80 Choristen, 60 Zusatzchoristen, 30 Sängerknaben, 15 Ballettkinder, 6 Pferde, 5 Bereiter, 4 Stallburschen, 24 Ballettleute vorgesehen sind. Herr Bundesminister! Als Abgeordneter eines Bundeslandes, dessen Theater jeden Tag fürchten muß, daß die Heizung zusammenbricht, und als Abgeordneter eines Bundeslandes, dessen Theater über Werkstätten verfügt, die vorsintflutlich sind, und auch als Beteiligter eines Festivals, das eine Gesamtsumme für seinen Betrieb hat, die etwa einer einzigen Staatsopernszenierung gleichkommt, als Abgeordneter eines solchen Bundeslandes stelle ich eine Frage, die wir ohne Emotion diskutieren sollten: Ist wirklich der künstlerische Effekt und ist wirklich die künstlerische Qualität einer Aufführung auch im Rahmen einer Spitzeninstitution, wie es die Staatsoper ist, von einem solchen Aufwand abhängig? *(Beifall bei der ÖVP.)* Oder wäre auch künstlerisch hier manchmal ein Weniger mehr?

Das, Herr Bundesminister, sind Fragen – ich wiederhole es –, die wir diskutieren sollten, ohne Emotion, ohne Hintergründe, sachbezogen, und zwar nicht nur aus Gründen der Sparsamkeit selbst – das möchte ich auch im diesem Zusammenhang sagen –, sondern auch aus Gründen der Solidarität mit den anderen österreichischen Theatern und den Menschen in den Bundesländern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man schon immer wieder auf die künstlerische Notwendigkeit verweist, dann möchte ich in diesem Zusammenhang auch eine andere Frage stellen. Was geschieht in diesen Theatern eigentlich für den künstlerischen Nachwuchs, für die Talentpflege und für die Talentsuche? Was geschieht zur Förderung und Pflege des modernen und zeitgenössischen Musiktheaters?

Die großen Werke, meine Damen und Herren, finden leider nicht in der Bundeshauptstadt statt. Ein Ligeti muß nach Stockholm gehen, ein Penderecki nach Chicago, um nur zwei Beispiele zu nennen. Wiederholt haben wir angeregt, daß zu solchen oder ähnlichen Zwecken ein Opernstudio reaktiviert werden soll. Man hat auch darüber diskutiert, aber nach meinen Informationen – und vielleicht belehren Sie mich eines besseren – scheint ein Studio übergeblieben zu sein, das unscheinbar neben dem Theaterbetrieb einherläuft und mit dem eigentlich niemand so recht zufrieden ist und von dem auch niemand etwas weiß.

Zum Abschluß, Hohes Haus, meine Damen und Herren, möchte ich ein Zitat aus dem Vorwort zum jüngsten Bundestheaterbericht bringen. Hier heißt es: „Nur gesetzliche Ände-

rungen, die ausschließlich im Parlament beschlossen werden können, könnten kulturpolitisch vertretbare strukturelle Veränderungen bei den Bundestheatern herbeiführen. Eine sachbezogene Diskussion über solche Veränderungen sollte von der Politik längst geführt werden. Dies könnte meiner Meinung nach jedoch nur im Rahmen einer Wiener Theaterlösung und eines gesamtösterreichischen Theater-, Festspiel- und Orchesterkonzepts geschehen.“

Herr Bundesminister! In diesen Zeilen sind Forderungen, denen wir uns anschließen können, und die, wenn Sie sich recht erinnern, wir schon vor Jahren erhoben haben, auch von diesem Pult aus.

Wenn Sie damals, Herr Bundesminister, auf uns gehört hätten und wenn Sie einiges von diesen Dingen eingeleitet hätten, was Ihnen da in Ihrem eigenen Theaterbericht vorgehalten wird, wären wir heute schon viel weiter, und Sie hätten sich diese Kritik nicht anhören müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Sinowatz.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur einige Sätze über das Problem der Zusammenarbeit in der Bildungspolitik sprechen. Aber gestatten Sie mir, daß ich vorher einiges zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kaufmann sage.

Herr Abgeordneter Kaufmann! Ich weiß um Ihre Kenntnis über die Probleme, ich schätze Sie, wie Sie wissen, als Gesprächspartner auf diesem Gebiet, und umso mehr möchte ich feststellen, daß dabei zwei Fragen nur ganz kurz klargestellt werden müssen.

Es ist, glaube ich, auch von Ihnen zuzustimmen, daß aus vielen Gründen die siebziger Jahre tatsächlich jene Jahre wurden, in denen man eben nicht nur mehr über Kunstförderung gesprochen hat, sondern über Kulturpolitik, nicht nur von der Regierung her, sondern auch in den Parteien, in den Interessenvertretungen, überall, weil Kulturpolitik eben, wie ich gerne formulierte, als eine sinnvolle Fortsetzung der Sozialpolitik immer stärker in das Bewußtsein der Menschen getreten ist.

Nun gebe ich gerne zu, daß wir, was die Konsequenzen aus dieser Diskussion betrifft, in den wenigen Jahren nicht Umstürzendes erreichen konnten. Aber eine sinnvolle Vorgangsweise können Sie nicht abstreiten, nämlich daß wir mit dem Kunstbericht die Diskussion ins Parlament gebracht haben, daß wir mit den sozialwissenschaftlichen Untersuchungen Tat-

Bundesminister Dr. Sinowatz

bestände, die da sind, die wahr sind, der Öffentlichkeit gezeigt haben und daß wir mit dem kulturpolitischen Maßnahmenkatalog erste Ansätze schufen, um auf diesem Gebiet neue Wege gehen zu können.

Natürlich sind wir am Anfang. Aber eines möchte ich sagen: Das ist gar kein Zufall. Eines ist nämlich dabei besonders zu vermerken: Es handelt sich nicht um eine Maßnahme im Sinne eines Zentralismus, sondern es war – gerade im Hinblick auf die Bundesländer – das, was im Zuge dieser Kulturpolitik geschehen ist, ausgerichtet auf die Bundesländer Österreichs. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es war vom Kulturservice her bis zu der Möglichkeit, die heute besteht, erstmals, daß alle Bundesländer mit dem Bund jährlich einigemal zusammenkommen, um gemeinsame Projekte zu besprechen, gemeinsame Vorhaben zu überlegen. All das ist ein Zeichen dafür, wohin diese Politik führt.

Und zum zweiten, zu den Bundestheatern. Abgesehen davon, daß der Anteil der Kosten der Bundestheater am Budget gegenüber 1969 gesunken ist, abgesehen davon, daß in der Zeit unendlich viel, allein vom Bauzustand her für die Häuser im Gegensatz zu früher, geschehen ist, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß das mit dem Feuerwehrmann nicht stimmt, daß das mit den Überkapazitäten nicht stimmt. Denen, die Ihnen das gesagt haben, wurde von uns sehr ausführlich bereits mitgeteilt, daß das nicht stimmt, und sie haben auch schon die entsprechenden Informationen.

„Carmen“ ist eine aufwendige Inszenierung. Aber die Kosten für „Carmen“ sind nicht höher als für aufwendige Opern am Beginn der siebziger Jahre, etwa wie die „Meistersinger“ oder für „Aida“. Nur mit dem Unterschied, meine Damen und Herren, daß diese Oper morgen oder übermorgen Millionen Österreichern bei der Premiere ins Haus gebracht wird. Das ist tatsächlich eine kulturpolitische Revolution, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und noch eines: Ich empfinde es sehr wohl als eine Besonderheit, daß die Bundestheater zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte nicht nur in Wien zu sehen sind, sondern wir haben seit 1976 immerhin 75 Vorstellungen der Bundestheater, und zwar des Burgtheaters, der Volksoper und der Staatsoper, trotz ungeheurer technischer Schwierigkeiten in 45 Städten Österreichs abgehalten: in Berndorf, in Ischl, in Wels, in Hollabrunn, in Feldkirch, in Judenburg, in Enns, in Donawitz, in Liezen, in Fürstenfeld, in Voitsberg, in Villach, in Lienz, in Mittersill, in Schwaz, in Reutte, in Dornbirn, in Hallein, in St. Johann im Pongau, in Ried, in Gmunden, in Kirchdorf, in Krems, in Wiener Neustadt, in

Bruck, in Gastein, in Braunau, in Perg, in Steyr, in Güssing, Bruck an der Mur, Weiz, Spittal, Wolfsberg, Mistelbach, Mürzzuschlag, Mattersburg, Knittelfeld, Fronleiten, Neunkirchen, Waidhofen, Lenzing, Althofen. – Na, ist das nicht eine Politik für die Bundesländer, meine Damen und Herren? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dazu kamen zum ersten Mal Fernsehaufzeichnungen aus der Staatsoper live, dazu viele Aufzeichnungen aus dem Burgtheater.

Haben wir diese Bundestheater nicht geöffnet, meine Damen und Herren, weitaus mehr als das jemals in der Geschichte dieser Theater der Fall gewesen ist? *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun einige Worte zur Frage der Zusammenarbeit im Bildungsbereich, eine Frage, die mich als Bildungspolitiker, seitdem ich diese Funktion ausübe, immer sehr bewegt hat.

Es wäre, glaube ich, falsch, diese Frage nur vordergründig zu behandeln, etwa wie es beim Schülervertretungsgesetz geschehen ist, wer was getan hat und wer wann etwas zuerst gesagt hat oder wer daran schuld ist, daß es das Gesetz geben wird, und wer nicht schuld ist, daß es noch nicht so weit ist.

Tatsache ist, daß wir gerade beim Schülervertretungsgesetz wieder sehr konsequent vorgegangen sind und wir immer dabei eines feststellen: Zuerst sammeln wir Erfahrungen, wir haben den Schülerbeirat berufen und haben Erfahrungen gesammelt, einige Jahre lang. Dann: Wir werden nur ein Gesetz beschließen, das dem Gedanken und der Idee der Partnerschaft in der Schule entspricht, und in der Schulreformkommission haben die Vertreter der Elternvereine, der Herr Abgeordnete Moser zum Beispiel, deutlich gesagt: Jawohl, die Elternverbände sind für das Gesetz, und sie brauchen keineswegs ein eigenes Elternvertretungsgesetz, weil sie ihre Intentionen vertreten sehen im jetzigen Elternbeirat.

Und das dritte: Wir haben gesagt, wir werden nur ein Gesetz beschließen, das pädagogisch vertretbar ist, das in die Gedankengänge und die Zielsetzungen der Schule hineinpaßt, ein funktionierendes Gesetz und ein Gesetz, das die Schüler nicht überfordern wird, ein realistisches Gesetz. – Ein Beispiel dafür, daß wir Schulreform eben als Prozeß in kontrollierten Schritten auffassen.

Und nur zur Klarstellung: Dieses Schülervertretungsgesetz soll die Schülermitbestimmung im Schulunterrichtsgesetz weder erweitern noch ersetzen, sondern ergänzen, weil es sich ja hier um eine überschulische Schülervertretung handelt.

Bundesminister Dr. Sinowatz

Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß wir sehr wohl zu dieser Zusammenarbeit im Schulbereich nach wie vor stehen sollen.

Nur eines, Herr Abgeordneter Gruber: Ich denke allerdings, daß eine wirkliche Konsenspolitik auch eine klare Stellungnahme erfordert und daß es die Toleranz geben muß, daß man die eigene Meinung sehr akzentuiert ausdrückt. Ich verstehe daher nicht, warum schon Analysen, die ausgearbeitet werden, angegriffen werden. Ich verstehe nicht, warum eine Parteizeitung nicht eine Parteimeinung zu einem Problem veröffentlichen soll, und ich verstehe auch nicht, warum Sie etwas dagegen haben, daß man über Fragen der Leistungsbeurteilung in der Öffentlichkeit diskutiert. Ganz im Gegenteil, eine Konsenspolitik erfordert, daß alle Teile ihre Meinung klar und offen sagen, sich zusammensetzen und sich bemühen, jene Bereiche, in denen sie eine gemeinsame Meinung finden, herauszuheben und in diesen Bereichen eine Realisierung von Vorhaben vorzunehmen.

Das Gefährlichste für die Konsenspolitik auch im schulischen Bereich scheint mir zu sein, wenn man eine unvollständige Information zum Anlaß von Erklärungen nimmt oder wenn man bei einer völligen Uninformiertheit dazu Stellung nimmt. Ich muß zu Letzterem sagen, daß dies in der letzten Zeit wiederholt beim Bundesparteiobermann Taus der Fall gewesen ist, und ich halte das für nicht ungefährlich.

Man kann nicht von „ausufernden“ und „überbordenden“ Schulversuchen reden, wenn man sie gemeinsam beschlossen hat und wenn es keinen einzigen Schulversuch in Österreich gibt, der nicht auch von den Landesschulräten gutgeheißen wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man kann nicht von einer Unsicherheit durch ungeheure Lehrplanarbeiten reden, wenn gleichzeitig der Abgeordnete Gruber sagt, daß wir zu wenig Lehrplanarbeiten durchführen, wenn man nicht überhaupt auf diese Lehrpläne und auf die Art, wie sie zustande kommen und wie sie eben ausgearbeitet werden, eingeht.

Und das dritte: Man sollte auch ein bißchen vorsichtig sein und dem Unterrichtsminister nicht so leichtfertig vorwerfen, daß er Expertengutachten von Gutachterkommissionen nicht bekanntgibt – wenn es so stimmt, daß ist ja alles so unbestimmt gesagt, daß man sich nicht auskennt – oder daß der Unterrichtsminister als einziger entscheidet, welche Schulbücher in der Schule verwendet werden. Der Unterrichtsminister hat kein einziges Mal verhindert, daß ein Expertengutachten in der Gutachterkommission vorgelegt wurde, wie überhaupt bei diesen 66 Kommissionen, die sehr pluralistisch zusammengesetzt sind, in 99 Prozent der Fälle einstim-

mige Beschlüsse gefaßt wurden. Der Unterrichtsminister kann auch gar nicht bestimmen, welches Schulbuch in der Schule verwendet wird, denn das ist ein langer Weg über die Gutachterkommissionen, und erst dann, wenn das im Profil der Schulbücher drinnen ist, entscheidet die Lehrerkonferenz und der Lehrer und dann wieder die erste Instanz unserer Schulbehörde, welches Schulbuch verwendet wird, und nicht der Minister. Das möchte ich mit Nachdruck sagen!

Nur eines: Die Schulbuchaktion hat erstmals in Österreich eines ermöglicht: die volle Methodenfreiheit des Lehrers, die volle Freiheit zu bestimmen, welches Schulbuch er verwendet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich denke also, daß wir diese gemeinsame Schulpolitik, von der ich wirklich glaube, daß sie erfolgreich gewesen ist, fortsetzen sollen. Wir haben eben die Notwendigkeit, für Schulorganisationsgesetze eine Zweidrittelmehrheit zu finden. Die Kompetenzlage – der Herr Abgeordnete Dr. Schnell hat es schon gesagt – in Österreich ist so gestaltet, daß eben Bund und Länder ständig zusammenarbeiten und auch hier ständig eine gewisse Übereinstimmung suchen müssen. Wir haben überhaupt in der Schule einen sensiblen Bereich, in dem wir möglichst alle Beteiligten in die Entscheidungsfindung einbinden möchten.

Wir haben hier in der Schule auch eine Kontinuität, die durchaus gewahrt und beachtet werden soll und muß, und wir haben dabei den Zielparagraphen, der nach wie vor für uns eine Aufforderung darstellt und für uns keine Leerformel ist, wie für manche, die sehr gerne bei schulischen Angelegenheiten in „Leerformeln“ sprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben uns Instrumente geschaffen – auch gemeinsam –, um eine solche Konsenspolitik in Österreich erreichen zu können: die Schulreformkommission, die Beiräte, viele Kommissionen, Arbeitsgemeinschaften, auch im Parlament den Unterausschuß des Unterrichtsausschusses, wo wir dieses große Schulunterrichtsgesetz gemeinsam verhandelt haben, und die vielen Bund-Länder-Gespräche, die es bei uns gibt, ungeheuer viele Bund-Länder-Gespräche, ununterbrochen im schulischen Bereich, und das Schulversuchswerk!

Beispiele für die Effizienz dieser Jahre – eben das Schulunterrichtsgesetz, am Anfang so umstritten und heute schon ein selbstverständliches Instrument des schulischen Lebens der Gegenwart; die 4. und die 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle und jetzt die 6., die wir im Hause im Frühjahr beschließen werden; viele Bereiche der Schule wurden hier abgedeckt; die Schul-

11262

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Bundesminister Dr. Sinowatz

zeitgesetz-Novelle; der Erlass „Politische Bildung“; das Schülervertretungsgesetz und die Lehrpläne sind Hinweise auf diese gemeinsame Politik, denn auch bei den Lehrplänen ist es so, daß wir sie nicht nur zur Begutachtung aussenden, sondern sehr wohl auch diese Begutachtung ernst nehmen, Gespräche führen, bis wir endgültig den Lehrplan mit Verordnung hinausgeben.

Diese gemeinsame Politik ist nur möglich, wenn die Bereitschaft der beteiligten Bildungspolitiker besteht, sachliche Gespräche zu führen und Uninformierte nicht in diese Bildungspolitik eingreifen zu lassen, wenn die Interessen der Länder gewahrt bleiben im Zusammenhang mit dem Bund und wenn es uns gelingt, möglichst viele Beteiligte, Eltern, Lehrer, Schüler, in die Willensbildung und in die Entscheidungsfindung einzubinden. Sie ist nur möglich, weil es uns gelungen ist – das muß ich schon sagen –, die materiellen Probleme zu bewältigen.

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesen siebziger Jahren diese ungeheure Schülerexplosion bewältigt. Tausende Klassen mußten wir eröffnen, um diese starken Jahrgänge und dieses neue Bildungsbedürfnis wirklich bewältigen zu können.

Wir sprechen heute davon, daß es unter Umständen nicht gelingt, in den nächsten Jahren alle Lehrer anzustellen. Erinnern Sie sich nicht mehr, daß wir am Beginn der siebziger Jahre fast nur davon gesprochen haben, einen ungeheuren Lehrermangel beseitigen zu müssen? Und das haben wir getan, in kürzester Zeit ist es uns gelungen, den Lehrermangel in Österreich zu beseitigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben im Schulbau, im höheren Schulwesen – und Sie alle waren bei vielen Eröffnungen dabei – seit 1970 130 bis 140 neue Gymnasien, höhere technische Lehranstalten, Handelsakademien fertiggestellt und haben weitere 90 oder 100 zurzeit im Bau. In der Zeit der Ersten Republik ist ein Gymnasium in Österreich fertiggestellt worden. Man kann sich vorstellen, was das für Ziffern sind: 210, 220 neue höhere Schulen in Österreich!

Zu den sozioökonomischen Maßnahmen stehe ich sehr wohl: zu den Schülerfreifahrten, zu den kostenlosen Schulbüchern, zur Schüler- und Heimbeihilfe, zur Schülerversicherung, denn das ist zweifellos ein riesiger Fortschritt und ermöglicht in sozialer Hinsicht die Chancengleichheit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auch die Chancengleichheit bedarf einer behutsamen Betrachtung. Das Schulversuchswerk ist mit einer Möglichkeit, schrittweise mehr Chancengleichheit im österreichischen Schulwesen herbeizuführen. Gerade die Schulversu-

che sind typisch für ein Instrument, das den Gegebenheiten im bildungspolitischen Bereich Österreichs entspricht. Wir haben die Möglichkeit, die Lehrerschaft mitarbeiten zu lassen. Wir können die Wissenschaftler einbeziehen, das Interesse der Eltern zu wecken. Wir können Kontrollen durchführen, Vergleiche, Diskussionen abführen. Wir können Mißtrauen abbauen. Wir haben Zeit zur Überprüfung, wir können ökonomische Notwendigkeiten feststellen, die eben unabdingbar sind, um Schulversuche zu realisieren, und wir haben eine wesentliche politische Entscheidungshilfe. Ich stehe also zur Chancengleichheit.

Ich denke nur daran, was auf gesellschaftlichem Gebiet möglich gewesen ist durch diese ungeheure ständige Forderung nach mehr Chancengleichheit. Ich gebe gerne zu, daß der Begriff der Chancengleichheit morgen und übermorgen anders sein wird als heute, daß damit neue Ziele verbunden sein werden, andere als jene, die gestern vielleicht darunter verstanden worden sind.

Aber diese ungeheure Motivation, diese ungeheure politische Motivation für alle Beteiligten hat ja dazu geführt, daß heute alle Zehnbis Vierzehnjährigen entweder eine Hauptschule oder die Unterstufe einer AHS besuchen, daß es fast eine Verdoppelung gegeben hat bei jenen Schülern, die nach dem Pflichtschulalter entweder eine Berufsschule oder eine höhere Schule oder eine Fachschule besuchen, und daß sich der Anteil der Mädchen an den höheren Schulen ungeheuer erhöht hat, ja daß wir in der Oberstufe der AHS so viele Mädchen haben, wie es dem Populationsanteil der Mädchen entspricht.

Es ist uns gelungen – das ist wieder ein Hinweis auf unsere bundesländerfreundliche Politik –, daß es heute in Österreich 90 Prozent der Bevölkerung möglich ist, innerhalb von 30 Minuten mit einem Motorfahrzeug eine höhere Schule zu erreichen. Das ist auch eine kleine, aber wesentliche Revolution! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weil ich zu diesem Postulat Chancengleichheit stehe, aber auch gleichzeitig die Kontinuität unseres Schulwesens beachten will, weil es notwendig ist, die vielen, vielen Aufgaben – der Abgeordnete Schnell hat das ja auch gesagt –, die noch vor uns stehen, tatsächlich zu überprüfen, zu durchleuchten und zu kontrollieren, glaube ich, daß wir an einer gemeinsamen Schulpolitik festhalten sollten. Aber ich bitte dann auch, an der gemeinsamen Vertretung und am gemeinsamen Bekenntnis zu dieser Politik festzuhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg**: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1979 ist das Kapitel Wissenschaft und Forschung mit 630 Millionen Schilling höher bedacht als im Vorjahr. Das bedeutet eine Vermehrung um über acht Prozent bei einem Gesamtausgabenrahmen von 8 161 000 000 S. Erstmals haben wir die 8 Milliarden-Grenze überschritten. Das ist, gemessen am Gesamtwachstum des Bundesbudgets, eine überdurchschnittliche Steigerung. Daran ändern auch alle Querelen nichts, Herr Abgeordneter Dr. **Blenk**! (*Abg. Dr. Blenk: Meine Darstellungen, aber nicht Querelen!*) Nein, das sind Querelen. Diese ändern aber daran nichts, daß dies ein Erfolg ist. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Sie werden keine Zahlen widerlegen können! Sie sollen nicht polemisieren, sondern antworten!*)

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Frischenschlager meint, daß 630 Millionen Schilling nicht sehr viel seien, dann kann ich nur sagen: Das ist keine Kleinigkeit! Der Sachaufwand, Herr Dr. Frischenschlager, ist stärker gestiegen als der Personalaufwand. Ihre Meinung, daß die Personalaufwendungen den Sachaufwand auffressen würden, trifft nicht zu.

Herrn Abgeordneten Dr. **Blenk** möchte ich eines sagen: Er ist der einzige Redner gewesen, der gar nichts, überhaupt nichts Positives an der ganzen Entwicklung für Wissenschaft und Forschung gefunden hat. Und er ist der einzige Redner gewesen - ich glaube, das ist mir in meinem Leben noch nicht passiert -, der behauptete, daß ich mich überhaupt nicht durchsetzen kann, weder beim Finanzminister noch sonstwo. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ihre Meinung, Herr Dr. **Blenk**, wird von anderen Institutionen nicht geteilt. (*Abg. Dr. Blenk: Lassen Sie doch die Zahlen nachprüfen!*) Ich brauche die Zahlen nicht nachprüfen zu lassen, denn ich kenne sie sehr gut. (*Abg. Dr. Blenk: So sollte man nicht reden, wenn man repliziert!*) Herr Abgeordneter Dr. **Blenk**, ich möchte doch sehr gebeten haben!

Die Österreichische Rektorenkonferenz schreibt mir am 27. Oktober, daß „sie in ihrer ersten Plenarsitzung des Studienjahres 1978/79 in Klagenfurt mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen hat, daß im Bundesvoranschlag 1979 gegenüber dem Vorjahr eine sehr beträchtliche Steigerung des den Universitäten für Zwecke der Forschung und Lehre zur Verfügung zu stellenden Anteiles am Budget vorgesehen ist. Sie schrieb weiter, daß sie meine

Bemühungen für die Erreichung dieses gerade von der Rektorenkonferenz immer wieder als vordringlich bezeichneten Zieles sehr schätzt“. Dies ist der Dank der Rektorenkonferenz. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Aber das habe ich nicht bestritten!*)

Der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften schreibt mir: „Nach der offiziellen Bekanntgabe der Budgetziffern für 1979 drängt es mich, Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesminister, meinen aufrichtigen Dank dafür auszusprechen, daß Sie, unseren wiederholten Bitten entsprechend, der Akademie der Wissenschaften diesmal eine vor allem im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Institutionen fühlbare Erhöhung des Budgets gewährt haben.“ (*Abg. Dr. Blenk: Nach jahrelanger Stagnation, Frau Minister!*) „Wir wissen, daß es hierfür nicht nur eines Federstrichs, sondern gegenüber dem Finanzminister gerade Ihres persönlichen Einsatzes bedurfte.“ - So geht das weiter. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe hier Dankschreiben von allen Seiten über das weitaus verbesserte Budget. Sie sind der einzige in dieser Runde, Herr Dr. **Blenk**, der findet, es sei nichts, gar nichts geschehen. (*Abg. Dr. Blenk: Dann haben Sie schlechte Beamte, die diese Zahlen nicht kennen! Sie kennen die Zahlen nicht, Frau Minister!*)

Der Herr Betriebsrat der Akademie der Wissenschaften hat Ihnen also einen Brief geschrieben, Herr Abgeordneter. (*Abg. Dr. Blenk: Es ist traurig, daß Sie nicht darüber Bescheid wissen, was im Ministerium vorgeht!*) Dr. **Blenk**, ich verbiete mir solche Aussagen! (*Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Dr. Blenk: Wenn Sie meine Zahlen bestreiten, kennen Sie sie nicht!*) Wie können Sie mir sagen, ich kenne diese Zahlen nicht?

Der Betriebsrat der Akademie der Wissenschaften hat Ihnen einen Brief geschrieben, aber er hat auch mir einen Brief geschrieben. Er hat diesen Brief ohne Wissen und gegen den Willen der Leitung der Akademie geschrieben. Das darf ich auch hinzufügen. (*Abg. Dr. Blenk: Das ist nicht vorgesehen gewesen, daß man offen redet! - Ruf bei der SPÖ: Sei doch einmal ruhig, Blenk!*) Wenn Sie schon über die Gehälter der Akademieangestellten sprechen, so würde ich Ihnen raten, diese einmal mit Gehältern, die anderswo gezahlt werden, zu vergleichen.

Wenn Sie darüber Klage führen, daß auch die Boltzmann-Gesellschaft in den letzten Jahren aufgestockt wurde, so sage ich Ihnen: Dazu bekenne ich mich. Die Boltzmann-Gesellschaft hat seither eine sehr segensreiche und sehr erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt. Ich habe dies getan zum Unterschied von ÖVP-Politikern, die

11264

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

der Boltzmann-Gesellschaft überhaupt nichts gegeben haben; sie war undotiert. Ich bekenne mich zur pluralistischen Forschungsförderung und damit auch zur Förderung der Boltzmann-Gesellschaft. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Sehr pluralistisch! – Abg. Dr. Blenk: Weil Sie die Zahlen nicht widerlegen können, Frau Minister!)*

Herr Dr. Blenk, das ist keine Zahlenspielerei, Sie müssen nur die Augen aufmachen, dann werden Sie sehen, was in den letzten Jahren geschehen ist. Was die gegenwärtigen Planungsvorhaben betrifft, so sind sie umfangreich wie nie zuvor.

Zum Hochschulbereich: Die Hochschuleausgaben sind seit 1970 von 2,3 Milliarden Schilling auf 7,9 Milliarden Schilling gestiegen. Das ist eine Steigerung von zirka 250 Prozent. Wenn Sie finden, daß das auch nichts sei, dann kann man Ihnen nicht helfen. Es ist Ihnen keine Zahlenspielerei zu schlecht, Herr Dr. Blenk, um das abzuwerten. *(Abg. Dr. Blenk: Frau Minister! Ich verbiete mir das Wort „Spielerei“! Sie haben noch keine Zahl widerlegt!)* Ich habe widerlegt, daß Ihre Behauptungen zutreffen, es sei nichts geschehen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich sage Ihnen noch einmal: Sie nützen alle Zahlenspielereien, um das abzuwerten, was geschehen ist. *(Abg. Dr. Blenk: Querulieren Sie nicht von der Ministerbank, Frau Minister!)* Sie behaupten, daß die Ausgaben für Unterricht und Forschung in den letzten Jahren nicht zu-, sondern abgenommen haben. *(Abg. Dr. Blenk: Das stimmt leider!)* Das stimmt nicht! Das habe ich Ihnen schon im Vorjahr sehr genau erläutert. *(Abg. Dr. Blenk: Lassen Sie sie durchrechnen durch Ihre Herren!)* Ich brauche sie nicht von meinen Herren durchrechnen zu lassen, denn ich bin selbst Statistikerin. Ich habe sie mir selber durchgerechnet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich kann Ihnen dazu sagen, daß die Zahlen täuschen, wenn Sie sie so nehmen, wie sie jetzt im Heft stehen, weil ja eine gewaltige Umschichtung stattgefunden hat. Ich habe das ausführlichst erläutert. Die Ausgaben für Bibliotheken der Institute sind von dieser Post weggenommen und zu den Bibliotheksausgaben dazugegeben worden. *(Abg. Dr. Blenk: Ich rede vom Gesamtbudget Frau Minister! Das Gesamtbudget hat abgenommen!)* Wenn Sie die dazuzählen, dann kommen Sie keineswegs zu einer Abnahme, sondern zu einer Steigerung zwischen 1975 und 1979 von nicht weniger als 72,8 Millionen Schilling oder 46,7 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)* Im Vergleich zum Zeitraum von 1966 bis 1970, wo die ganze Steigerung 31 Millionen Schilling war. *(Abg. Dr. Blenk: In den letzten vier Jahren von*

3,8 Prozent auf 2,1 Prozent, also geringer! Mehr habe ich nicht gesagt!)

Um zu zeigen, daß das früher anders war, darf ich Ihnen sagen, daß zum Beispiel im Anlagenbereich in dem Zeitraum von 1966 bis 1970 eine Abnahme von 40 Millionen Schilling auf 28 Millionen Schilling festzustellen war. *(Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Blenk, melden Sie sich zu Wort. Sie können ja zweimal reden. Machen Sie nicht dauernd Zwischenrufe und unterbrechen Sie nicht dauernd die Rednerin. Sie haben ja auch reden dürfen. *(Abg. Dr. Blenk: Wenn man so polemisiert!)*

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg** *(fortsetzend)*: Ich nenne ganz kalte Zahlen. Das kann doch noch keine Polemik sein. *(Abg. Dr. Gruber: Seit wann sind Zwischenrufe verboten? – Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk.)*

Präsident **Probst** *(wiederholt das Glockenzeichen gebend)*: Ich habe keine Zwischenrufe verboten. Ich verwahre mich gegen so etwas. *(Abg. Dr. Blenk: Gegen was? Gegen den Minister? – Abg. Dr. Gruber: Gegen den Minister! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. – Präsident Probst gibt neuerlich wiederholt das Glockenzeichen.)* Keine solche Bemerkung, Herr Abgeordneter Dr. Gruber!

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg** *(fortsetzend)*: Zwischen 1966 und 1970 ist die Post „Anlagen“ von 40 Millionen Schilling auf 28 Millionen Schilling verringert worden, während sie jetzt 77,5 Millionen Schilling beträgt. Dazu kommen 68 Millionen Schilling für Großvorhaben, für Einrichtungen. Es sind also insgesamt 145,5 Millionen Schilling. Das ist der Unterschied. *(Abg. Dr. Blenk: Habe ich das bestritten?)*

Der Zuwachs an Planstellen – das ist schon gesagt worden –: Insgesamt 3 659 seit 1970, allein 846 Professoren.

Wenn der Herr Bundesminister Dr. Sinowatz auf das großartige Bauvolumen hingewiesen hat, das in diesen Jahren auf dem Gebiet der Schulen geleistet wurde, so kann ich nicht weniger stolz sagen: Auch auf dem Gebiet der Hochschulbauten ist so viel geschehen wie nie zuvor. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir haben den Hochschulraum von 400 000 Quadratmetern auf 650 000 Quadratmeter erhöht. Das ist ein Zuwachs von 250 000 Quadratmetern, also um mehr als die Hälfte. Es sind Großbauten fertiggestellt worden, wie wir sie in den

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

vergangenen Jahrzehnten nie gefunden haben: Ich erinnere an Klagenfurt, an den TNF-Turm in Linz, an das Borromeum in Salzburg und an die Bauten für die naturwissenschaftlichen Institute in Graz. Ich erinnere an die medizinischen Bauten und ich erinnere daran, das, was jetzt in Bau ist, wie das Juristenhaus in Wien oder die Bauten für die geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universität Innsbruck oder die Bauten für die Technische Universität in Wien, zusätzlich zu denen, wie das Großbauvorhaben „Universitätszentrum Althanstraße“ (*Abg. Dr. Eduard Moser: Außerhalb des Budgets!*) Außerhalb des Baubudgets des Bundes, aber nichtsdestoweniger wird es vom Bund finanziert, und es wird gebaut und es wird in Kürze fertig sein. Wir haben für die „Zoologie“ die Dachgleiche in diesem Jahr feiern können und werden im nächsten Jahr die Dachgleiche für die Wirtschaftsuniversität feiern können. Wir haben auch in vielen kleineren Bereichen nicht weniger getan.

Wir haben 1 030 Lehrbeauftragte im Jahre 1970 gehabt und haben jetzt 3 080 Lehrbeauftragte. Die Lehrauftragsstundenzahl ist von 4 900 auf 11 400 gestiegen. Ich könnte Ihnen ähnliches aufzeigen für die apparative Ausstattung und für die Bibliotheken.

Was die Forschung betrifft, von der Sie, Herr Abgeordneter Dr. Blenk, erklärt haben, daß überhaupt nichts geschehen ist, darf ich sagen: Auch hier sprechen die Zahlen für sich selbst! Wir haben durch den fühlbaren Auftrieb dieser letzten Jahre das Niveau der anderen Länder erreicht, während wir vor wenigen Jahren bekanntlich noch auf dem Stand eines Entwicklungslandes waren.

Es wurden für Forschung und Entwicklung vom Bund 1,3 Milliarden Schilling im Jahre 1970 ausgegeben, und es sind jetzt 4 595 Millionen Schilling. Es sind für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung 45 Millionen Schilling im Jahre 1970 aufgewendet worden, es sind jetzt 150,8 Millionen Schilling. Es sind für den Fonds zur Förderung der gewerblichen Forschung im Jahre 1970 49 Millionen Schilling ausgegeben worden, und es sind nunmehr 220,8 Millionen Schilling für 1979 vorgesehen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Es hat die Akademie der Wissenschaften im Jahre 1970 ein Budget von 21,8 Millionen Schilling gehabt, und es ist jetzt auf 94,1 Millionen Schilling aufgestockt worden. Herr Dr. Blenk, Sie können nicht sagen, daß die Akademie dadurch benachteiligt ist. (*Ruf bei der SPÖ: Das begreift er nicht!*)

Was den Anteil am Bruttonationalprodukt betrifft, so war er im Jahre 1970 mit 0,94 Prozent zu beziffern und hat jetzt 1,33 Prozent erreicht,

also die Zahl, die angepeilt war bei der Planung. Und wir werden das Ziel: 1,5 Prozent im Jahre 1980, sicherlich erreichen können. (*Abg. Steinbauer: Unter einer ÖVP-Regierung!*) Das ist unter einer SPÖ-Regierung gelungen, Herr Abgeordneter. Das alles ist einer SPÖ-Regierung gelungen! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Steinbauer: Ich habe „1980“ gesagt!*) Aber es ist darüber hinaus weit mehr gelungen, nämlich die Koordination der sehr pluralistischen Forschungsaktivitäten und der Forschungsförderungsaktionen. Es ist gelungen, was vorher nie möglich war, nämlich gemeinsame Schwerpunkte festzustellen, zu finden und zu fördern, zwischen den Fonds und dem Ministerium etwa oder zwischen Akademie und Ministerium oder zwischen Industrie und den wissenschaftlichen Institutionen. Wir haben dafür gesorgt, daß der Informationsfluß im Forschungsgeschehen verstärkt wird.

Meine Herren! Sprechen Sie mit Professoren oder mit der Industrie oder mit den Bundesländern oder mit den Fondsvertretern: Sie können sprechen mit allen, mit denen wir zusammenwirken, mit denen wir Schwerpunkte in Projektteams erarbeiten – oder Sie können mit Ausländern sprechen, mit denen wir zusammenarbeiten –, Sie werden zweifellos nur auf positive Reaktionen stoßen, was die Zusammenarbeit mit dem Ministerium betrifft. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte ganz ohne Eigenlob sagen: Es hat das Gebiet der Forschung in den letzten Jahren eine erfreuliche Entwicklung genommen, vor allem auch unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Ich möchte nicht verschweigen, daß ich der Auffassung bin, daß auch die Arbeiten am Forschungsorganisationsgesetz, die vielen Diskussionen, Auseinandersetzungen und Enqueten, die über die Lage und die Bedürfnisse der Forschung im Zuge dieses Unternehmens vorgenommen wurden, das Forschungsbewußtsein in Österreich gestärkt, aber auch eine sehr stark koordinative Funktion ausgeübt haben.

Nun zu der Frage Energieforschung: Ich möchte nicht alles wiederholen, nicht alle Argumente, die ich kürzlich in der Fragestunde angeführt habe. Es war eine kritische Anmerkung der OECD in ihrem Prüfungsbericht über die Energieforschung in Österreich, aber keinesfalls, wie Sie heute gesagt haben, eine vernichtende. Ich kann dies deshalb sagen, weil ich selbst mit den Herren gesprochen habe und weil es denen nicht im Traum eingefallen wäre, von einer „vernichtenden“ Kritik zu sprechen. Sie waren ja hier, um zu kritisieren. Aber darüber will ich jetzt nicht noch einmal sprechen.

11266

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Ich möchte auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. König zu sprechen kommen, auf die Sie, Herr Dr. Blenk, sich heute bezogen haben. Es wurde gesagt, daß rund ein Drittel der vom Bund verausgabten Mittel für Energieforschung und -entwicklung in bestimmte Verwendungskategorien nicht einzugliedern war. Tatsache ist – und auch darauf habe ich in der letzten Fragestunde hingewiesen –, daß die Aufsplitterung in einzelne Bereiche zum Zeitpunkt der Prüfung nicht möglich war, weil nicht alle Unterlagen für die Energieausgaben bei dieser ersten Prüfung vorgelegen sind. Es konnte diese Aufsplitterung für die einzelnen Bereiche eben nur für das Budget des Ressorts und für die beiden Forschungsförderungsfonds durchgeführt werden, nicht aber etwa für die Bundesländer. Deshalb ist ein gewisser Betrag den einzelnen Kategorien nicht zugeordnet. Aber die Meinung, die auch geäußert wurde, daß die Mittel möglicherweise nicht zweckgerecht verwendet wurden, ist in dieser Kritik in keiner Weise enthalten.

Der Herr Abgeordnete Dr. Blenk hat heute auch einen Artikel aus der „Presse“ vom 6. Dezember über diese Affäre „Erlaß betreffend das Recht für Universitätsinstitute, das Staatswappen zu führen“ angeführt. Ich habe in diesem Sinn übrigens an den Herrn Chefredakteur der „Presse“ schon geschrieben. Es scheint mir beschämend zu sein für die, die damit in die Öffentlichkeit gehen.

Der Sachverhalt war der, daß ich auf einer Party (*Abg. Dr. Eduard Moser: Gehen Sie?*) – ja, gehe ich; ich gestatte mir, gelegentlich zu einer Party zu gehen – mit einem Glas Sherry in der Hand vom Herrn Professor Wandruszka in der Angelegenheit „Hat ein Institut das Recht, das Staatswappen zu führen, oder nicht“ angesprochen wurde.

Ich hatte die wichtige Frage dieses Erlasses, ob ein Institut das Staatswappen führen darf oder nicht, nicht in Erinnerung, und die Akten hatte ich nicht zur Hand. Ich habe ihm daher gesagt: Ich weiß darüber nichts. Hätte der Herr Professor Wandruszka offiziell angefragt, hätte er sicher die genaue aktenmäßige Auskunft erhalten.

Aber diese Tatsache, daß man nicht jeden Ministerakt – es war nicht einmal ein Ministerakt, sondern nur ein abgezeichneter Akt –, daß man nicht jeden Akt bei einer Party im Kopf hat, erschüttert doch noch lange nicht die Glaubwürdigkeit des Ministers. Da darf ich schon bitten! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mock: Da sagt man nichts, wenn man nichts weiß!*)

Nun zur Tatsache selbst, also zum Faktum:

Auf Grund des Wappengesetzes 1945 sind die staatlichen Ämter zur Führung des Staatssiegels berechtigt. Wir haben seinerzeit im Jahre 1974 schon auf Grund einer Anfrage einer Universität im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium auf diesen Umstand hingewiesen.

Auf Grund einer neuerlichen Anfrage wurde mit Datum vom 13. September 1978 mit der genannten Zahl nunmehr neuerlich erlaßmäßig auf diese Rechtslage hingewiesen, nämlich, daß unter „staatlichen Ämtern“ Verwaltungsbehörden im Sinne des Art. VI Abs. 1 EGVG 1950 zu verstehen sind und daß gemäß dem damals geltenden Hochschul-Organisationsgesetz nur die Professorenkollegien, die Dekane, der Akademische Senat und der Rektor Akademische Behörden sind. Institute und Lehranstalten sind ausschließlich Lehr- und Forschungseinrichtungen, ihnen fehlt dieser Behördencharakter. Darauf haben wir hingewiesen, und mit dem Erlaß wurde dies bekanntgegeben.

Ich habe im übrigen Herrn Professor Wandruszka versichert, daß ich, wenn den Instituten so viel daran liegt, aus welchen Gründen immer, das Wappen führen zu können, Überlegungen anstellen werde, ob ihnen das ermöglicht werden kann. Und das werden wir auch tun.

Meine Damen und Herren! Ich bin die letzte, die glaubt, daß alles perfekt ist, was den Hochschulbereich oder einen Forschungsbereich betrifft. Wir haben sehr viele Wünsche offen, und wir wissen nur zu genau, wieviel noch zu tun ist auf diesem Gebiet.

Aber ich möchte doch anmerken, daß Fortschritte überall zu verzeichnen sind, echte Fortschritte, und auch Erfolge.

Und ich halte noch immer die Ablehnung und Vermeidung des „Numerus clausus“ für den größten Erfolg unserer Hochschulpolitik, was immer Sie denken. (*Beifall bei der SPÖ.*) Daß kein „Numerus clausus“ besteht. (*Abg. Dr. Gruber: Eben! – Abg. Dr. Blenk: Fehlleistung!*) Unsere Stellungnahme zum „Numerus clausus“ halte ich für den größten Erfolg.

Ich werde immer für eine offene Universität eintreten, wer immer sich dagegen äußert, und ich halte daher auch, Herr Kollege Frischenschlager, nicht allzuviel von der Abschaffung der kostenlosen Universitätsausbildung. Erstens würde es dem Grundsatz der „Chancengleichheit“ widersprechen, und ich halte es hier genauso wie der Herr Minister Sinowatz.

Zum anderen aber noch aus einem anderen, pragmatischen Grund: Verlangen wir viel für die Teilnahme an Universitätsstudien, machen wir eine Aussperrung und kommen zu einer

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Situation, wie wir sie in Amerika finden, daß nämlich nur Begüterte studieren können. Verlangen wir wenig, haben wir nur den Verwaltungsaufwand ohne echten Effekt.

Aber ich gebe Ihnen recht, was die Effizienz der Universitäten betrifft. Unsere Bemühung geht in die Richtung, die Sie angedeutet haben, nämlich die Effizienz zu verstärken.

Gerade das UOG aber ist eines der Mittel, die Effizienz der Universitäten zu verstärken. Und ich kann Ihre schlechte Beurteilung des UOG mit vielen anderen nicht teilen. Es ist schon stark spürbar – und wir hören das von allen Seiten – die Klimaänderung, die sich an unseren Universitäten vollzieht. Es ist auch hier die Demokratie geräumiger geworden.

Nur muß man große Reformen mit Vorsicht durchführen. Und das UOG ist erst drei Jahre in Kraft. Es kann nicht alles schon leisten, was wir fordern und was wir verlangen.

Nichts von alledem, Herr Kollege Frischenschlager, was Sie dem UOG zuschreiben, kritisch zuschreiben, ist wirklich Schuld des UOG. Es hat immer Gruppenkonflikte gegeben, Interessenkonflikte an den Universitäten. Aber bisher konnten eben nur die Professoren ihre Interessen durchsetzen. Jetzt können es die anderen Gruppen auch. Das ist aber nicht Schuld des UOG, sondern es ist ein echtes Verdienst des UOG, daß das heute möglich ist.

Was die Studienpläne betrifft, so darf ich sagen: Hier gebührt der Ruhm keineswegs dem UOG. Die Einführung, daß Studienkommissionen die Studienpläne machen – und das Veto der Studenten ist seinerzeit der erste Ansatz einer Demokratisierung der Universitäten gewesen –, ist nicht das ausschließliche Verdienst der Sozialisten, sondern es war unter einer ÖVP-Regierung, als das eingeführt wurde.

Daß wir uns heute zum Teil darüber ärgern müssen, daß es nicht immer erfreulich ist, wenn es ein Gruppenveto gibt, daran (*Abg. Dr. Gruber: ... ist auch die ÖVP schuld!*) – mag sein – ist auch die Universität schuld. Auf jeden Fall aber, bitte sehr, ist das UOG davon freizusprechen.

Ich glaube auch, daß Ihre Kritik des Entwurfes des Forschungsorganisationsgesetzes ein wenig zu hart ist. Natürlich ist der Vorschlag, der gemacht wurde, nach langer und intensiver Arbeit keineswegs noch perfekt. Er wird erst nach der Begutachtung noch einmal umgearbeitet werden. Ich möchte Sie jetzt schon sehr herzlich einladen, Ihre Vorstellungen zu konkretisieren. Bei der Erarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes ist alles noch einzubauen, was an positiven Vorschlägen kommt.

Und ich darf, weil davon gar nicht gesprochen wurde, doch noch ein einziges Wort sagen: Es gibt auch auf den anderen Gebieten beträchtliche Fortschritte. Ein besonderer Schwerpunkt des kommenden Jahres ist die Erhöhung der Förderungsmittel für den Denkmalschutz auf 65 Millionen Schilling. Wenn ich hier ablese, Herr Abgeordneter Dr. Blenk, daß im Jahr 1970 die Mittel 18 Millionen Schilling betrugen, und jetzt sind es 65 Millionen Schilling, so scheint mir dies schon ein sehr beträchtlicher Fortschritt zu sein.

Und ein zweites Gebiet, auf dem gleichfalls ein sehr deutlicher Fortschritt zu sehen ist, ist doch zweifellos das Musealwesen, das in den letzten Jahren in jeder Beziehung einen Aufschwung genommen hat wie in keinem Jahr vorher. Das kommt in vielen Tatsachen zum Ausdruck, von der Belegung der Museen angefangen bis zum Ausbau der Sammlungen und der Einrichtung neuer Museen. Man darf schon darauf hinweisen, daß in diesem Jahr etwa das Ambrosi-Museum eröffnet wurde, die Anthropologische Sammlung im Naturhistorischen Museum und auch die Edelsteinsammlung neu gestaltet wurden.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir in wenigen Tagen das Ephesus-Museum eröffnen werden, das eigentlich ein Wunsch der Österreicher war seit der Zeit Kaiser Franz Josephs, ein uralter Wunsch. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Sie fühlen sich als Testamentsvollstrecker des Kaisers?*) In manchen Dingen sicher. Damit will ich nur sagen, daß es sehr lange dauert, bis manche Wünsche erfüllt werden, daß erst Sozialisten kommen mußten, damit das erfüllt wird, was man in der Monarchie schon gewünscht hat. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Vielleicht darf ich noch darauf hinweisen, daß wir auch für die Bibliotheken, insbesondere für die Nationalbibliothek, und für die Museen eine sehr reiche Erwerbstätigkeit feststellen können. Der Schratt-Nachlaß, die Hofmannsthal-Manuskripte, ein Wittgenstein-Manuskript – das einzige, das wir haben werden –, Nachlässe von Petzold und Neumann sind im vergangenen Jahr erworben worden und werden im nächsten Jahr noch mit der Restsumme ausbezahlt werden.

Wir haben die George Grosz-Zeichnungssammlung angekauft, und von George Grosz über besonders wertvolle Objekte des Ferlacher Büchsenmachers bis zur Mumie eines Hohepriesters ist ein weites Feld unserer Ankäufe für die Museen und Sammlungen des Bundes. (*Präsident Benya übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf zum Schluß noch sagen, daß wir das Museum für moderne Kunst vorbereiten – ein

11268

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

großes Projekt, das uns noch viele Hindernisse in den Weg legen wird, das viele Überlegungen notwendig machen und viele Kritiken eintragen wird.

Ich glaube, daß ich sagen darf: Vieles ist noch zu tun. Ich bin die letzte, die behaupten würde, daß alles perfekt und in Ordnung ist. Aber es entbehrt jeder objektiven Beurteilung – das möchte ich auch sagen –, wenn hier so gesprochen wird, als ob diese ganzen Jahre hindurch ein Leerlauf gewesen wäre, als ob diese vielen Jahre sozialistischer Regierung nichts gebracht hätten.

Das, was das Ergebnis dieser Jahre ist, ist auf jeden Fall, daß die Bevölkerung unseres Landes mehr sieht als Sie, meine Herren, und daß die Bevölkerung dieses Landes sehr wohl erkannt hat, daß auch auf diesem Gebiet so viel getan wurde, wie in vielen Jahren vorher nicht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zwei Anmerkungen zu den Ausführungen des Herrn Bundesministers für Unterricht. Er hat hervorgehoben, daß es ihm gelungen sei, den Lehrermangel zu beseitigen, und er hat dafür auch den pflichtschuldigen Beifall seiner Fraktion bekommen.

Aber ist es nun wirklich so, daß es Verdienst der Bundesregierung beziehungsweise des Unterrichtsministeriums ist, daß dieser Lehrermangel beseitigt wurde? Oder rühmen Sie sich da nicht einer Sache, die sich von Natur her so ergeben hat? War es nicht so, daß die geburtenstarken Jahrgänge der frühen fünfziger Jahre in dieser Zeit ihre Ausbildung als Lehrer abgeschlossen haben, während andernteils geburtenschwächere Jahrgänge als Pflichtschüler in den Schulen zu unterrichten waren, sodaß Ihnen eine bevölkerungsmäßige Entwicklung ein größeres Lehrerpotential zur Verfügung gestellt hat? Ich würde also doch sagen, daß man etwas, was sich von selbst entwickelt, nicht unbedingt als Verdienst der Bundesregierung ausgeben kann. *(Abg. Dr. Gruber: Die Schülerzahlen sind gesunken, aber sie wurden nicht gesenkt!)* Ja, die Schülerzahl ist gesunken, Herr Kollege Dr. Gruber, nicht gesenkt worden, und auf der anderen Seite sind die Lehrer ja nicht künstlich vermehrt worden, sondern es sind geburtenstärkere Jahrgänge mit ihrer Ausbildung fertig geworden.

Sie sind Ihnen zur Verfügung gestanden, und die haben Sie natürlich angestellt. *(Bundesminister Dr. Sinowatz: Aber einstellen mußten wir*

sie!) Ich würde behaupten, jeder Minister hätte sie angestellt, welcher Couleur immer. *(Bundesminister Dr. Sinowatz: Das weiß ich nicht!)* Ich will ja nur die Frage, welche Dinge auf ein aktives Eingreifen zurückzuführen sind und welche Dinge sich eben so im Laufe der Zeit ergeben haben, doch ins rechte Licht rücken.

Nicht viel anders ist es mit der Fernsehübertragung aus der Oper. Wenn ich der Frau Kollegin Dobesberger zugehört habe und Ihnen, Herr Unterrichtsminister, so hätte die Bundesregierung das erfunden. In Wirklichkeit weiß ich als langjähriger Funktionär des Österreichischen Rundfunks, daß schon vor zehn Jahren immer wieder diese Frage geprüft und versucht wurde *(Zwischenrufe bei der SPÖ)* – geprüft und versucht, habe ich gesagt – und es nur daran gescheitert ist, daß es nicht gelang, mit dem künstlerischen und mit dem technischen Personal der Oper zu Rande zu kommen. Also es ist keine Neuerfindung, es ist auch kein technisches Problem im wesentlichen, sondern es ist ein finanzielles Problem. *(Bundesminister Dr. Sinowatz: Ein technisches Problem!)*

Ich räume Ihnen aber sofort ein, daß es mich freut, daß es jetzt endlich im Fall der „Carmen“ gelungen ist, und ich würde doch hoffen, daß auch bei künftigen Gelegenheiten die hier vorhandenen Verhandlungspartner – auf der einen Seite der Österreichische Rundfunk und auf der anderen Seite das künstlerische und technische Personal – eben mehr Konzilianz an den Tag legen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Der Zweck meiner Wortmeldung war aber ein anderer. Ich wollte die Frau Bundesminister zu einem ganz konkreten Problem fragen, das sie ja stichwortartig auch jetzt erwähnt hat, das ist das Projekt „Modernes Museum“.

Wir haben den Zeitungen entnommen, daß mit dem Aachener Industriellen Peter Ludwig eine Vereinbarung unterzeichnet worden ist, kraft der er seine Sammlung auf die Dauer von fünf Jahren leihweise zur Verfügung stellt. Soweit das Faktum, das nach den Zeitungsmeldungen zu bestehen scheint. Alles andere bewegt sich eher im Raume der Gerüchte.

Die erste Frage ist, ob dieses Museum eine selbständige Einheit darstellen soll mit einem eigenen Leiter oder ob es, wie es etwa mit der Neuen Galerie in der Stallburg der Fall ist, eine Dependence eines anderen Museums, also hier notwendigerweise des Museums des 20. Jahrhunderts bilden soll. Ich werde sicher nicht über die Person des Leiters fragen, denn darüber war in der Fragestunde unlängst die Rede, aber mich interessiert das Projekt an sich. Ist geplant, es nur vorübergehend im Liechtensteinpalais

Dr. Broestigke

unterzubringen, oder soll das eine Dauerlösung sein? Das letztere würde ich für sehr unglücklich halten, weil ja die Exponate dieses Museums in keinerlei wie immer geartetem Zusammenhang zu dem Milieu des Liechtensteinpalais stehen. Es wäre das etwa so, wie wenn, um mit dem Wiener Volksmund zu sprechen, die Zweierlinie durch den Kursalon fahren würde, wenn Sie das dort untergebracht haben auf die Dauer.

Die viel interessantere Frage ist aber, welchen Umfang dieses Museum haben soll. Soll es mit 1 800 beginnen? Soll es mit Delacroix beginnen? Soll es mit Cézanne beginnen, wie nach Zeitungsmeldungen die Frau Bundesminister einmal gesagt hat? Soll es die Zeit ab dem Blauen Reiter, also den engeren Bereich der modernen Kunst umfassen oder nur Dinge, die nach dem zweiten Weltkrieg geschaffen wurden? Darüber ist bisher nichts Konkretes bekannt. Aber ich würde keinen Grund sehen, warum hier eine sonderliche Geheimhaltung erforderlich wäre. Wenn ein solches neues Projekt verwirklicht wird, so hat natürlich die Öffentlichkeit ein Interesse daran, genaueres darüber zu erfahren, was geplant ist.

Wenn diese Sammlung des Herrn Ludwig um weitere Ausstellungsstücke angereichert werden soll, so ist auch die Frage, nach welchen Gesichtspunkten das erfolgt. Es wären ja wohl andere Museen Österreichs davon betroffen. Es ist das die schon erwähnte Neue Galerie, aber auch das Österreichische Museum im Belvedere, die Albertina und natürlich das Museum des 20. Jahrhunderts.

Wie soll das also dann gemacht werden? Beabsichtigen Sie, den verschiedenen Museen, die derzeit bestehen, aufzuerlegen, bestimmte Sammlungsstücke in das neue zu übertragen? Die derzeitigen Wiener Museen bilden ja Ausstellungseinheiten, sodaß es nicht so einfach ist, etwas irgendwo dauernd wegzunehmen und an eine andere Stelle zu bringen.

Schließlich stellt sich die Frage: Wie stehen nun zur Gestaltung und zu dem Gesamtkonzept die Leiter der bestehenden Museen? Sind Sie hier befragt worden, und welche Stellungnahmen haben Sie dazu abgegeben? Oder beabsichtigt man, sie vor vollendete Tatsachen zu stellen? Das ist eine Reihe von Fragen, die zum wesentlichen Teil ja schon in den Zeitungen erörtert wurden und die natürlich die an diesem Projekt interessierte Öffentlichkeit beschäftigen.

Es wäre also, glaube ich, Frau Bundesminister, gut, daß Sie, wenn Sie gerade bei diesem Projekt, das ja eine in der Öffentlichkeit sicher zum Teil kritisierte, aber doch eher positiv beurteilte Angelegenheit darstellt, genau darüber Aufschluß geben würden, was Sie mit

diesem Museum, das augenblicklich unter dem Arbeitstitel „Modernes Museum“ läuft, beabsichtigen.

Ich würde Sie bitten, im Rahmen dieser Budgetdebatte dem Hohen Haus darüber Auskunft zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wille.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Zurück zur Forschungspolitik. Während einer Budgetdebatte sind zweifellos Zahlen durch nichts zu ersetzen. Ich erlaube mir aber dennoch einleitend die Feststellung, daß Wissenschaft und damit Lehre und Forschung wohl eine der faszinierendsten Aufgaben innerhalb der Gesellschaft sind. Ich bin sehr gerne bereit, der Frau Bundesminister und Ihrem Ressort zu bestätigen, daß dieses Ressort diese acht Jahre hindurch auch faszinierend geführt und geleitet worden ist. *(Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: Das ist aber wirklich lieb, Herr Wille!)* Ich fühle mich geradezu zu Dank verpflichtet gegenüber der Frau Bundesminister und allen Ihren Mitarbeitern.

Etwas weiteres: Wenn wir sagen, daß diese faszinierende Aufgabe faszinierend bewältigt worden ist, dann soll damit ja nicht gesagt werden, daß die Universitäten, die außeruniversitären Institute oder die Wissenschaft insgesamt nicht in einem kritischen Raume stünden. So wie sich die Gesellschaft in einem Umbruch befindet, befindet sich auch die Universität und die Wissenschaft insgesamt in einem Umbruch, und das ist dabei zu berücksichtigen.

Wie stark diese Krise auch die Wissenschaft erfaßt hat, ist gerade in den letzten Monaten so deutlich sichtbar geworden, während wir die vielleicht größte industrielle Veränderung im Lande, nämlich das Problem Kernenergie, in einer so widersprüchlichen Weise auch von der Wissenschaft her beleuchtet gesehen haben.

Nun zu einigen Zahlen: Ich habe hier eine Broschüre der Bundeswirtschaftskammer. In dieser Broschüre heißt es „Forschung und Entwicklung: Europa fällt wieder zurück“. Es wird geschildert, daß in den Jahren vor der Krise die Ausgaben für Forschung und Entwicklung jährlich – gemessen am Brutto sozialprodukt – zugenommen haben und daß seit der Krise der Staatsanteil in den europäischen Industriestaaten ständig zurückgegangen ist, obwohl wir alle immer gemeint haben, daß Forschungsinvestitionen für Konjunkturpolitik ungeeignet wären.

Es wird überhaupt wenig Bereiche in der Gesellschaft geben, bei denen man zu sagen bereit wäre, die Ausgaben seien für Konjunktur-

11270

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Wille

politik geeignet. Dazu möchte ich noch festhalten, daß nicht nur die Ausgaben zurückgegangen sind, sondern sehr wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang auch, daß die Ausgaben des Staates und der Länder in Österreich in diesen Jahren nach wie vor zugenommen haben.

Überlegen wir uns: Während in Österreich die Formel gilt, alle Forschungsaufwendungen sollte zu etwa 50 Prozent die öffentliche Hand und zu 50 Prozent die Wirtschaft finanzieren, hat die Wirtschaft in Österreich jetzt nur rund 43 Prozent bestritten. In Deutschland sind es 53 Prozent, in Schweden sogar 57 Prozent und in Japan 65 Prozent. Das heißt, daß in Österreich der Staat für Forschung und Entwicklung ungleich mehr ausgibt als in den anderen Industriestaaten. *(Abg. Dr. Halder: Der Staat kassiert auch mehr Steuern! Vergessen Sie das nicht!)*

Kollege Halder, auch darüber wissen Sie wenig zu sagen, denn die Staatsquote ist in diesen Staaten annähernd dieselbe. Wenn Sie etwas anderes dazu wissen, bitte belegen Sie das.

Was sagt Kollege Blenk? Er kommt zwar von der Wirtschaft, findet aber dazu kein Wort der Erwähnung, in welchem Verhältnis der Staat Wissenschaft und Forschung finanziert, sondern er kritisiert langatmig die „triste Situation“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften *(Abg. Dr. Blenk: Ich habe Zahlen gebracht!)*, ohne darauf hinzuweisen, wie sich die Ausgaben für diese Akademie entwickelt haben. Das waren nämlich 1970, Herr Kollege Blenk, nur 21 Millionen, und es sind im Budget 1979 100 Millionen. Nach Adam Riese ist das eine Verfünfachung und das in acht Jahren! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Ich fürchte, Sie werden in die Budgetgeschichte als „Wolfgang der Maßlose“, eingehen. *(Heiterkeit bei der SPÖ. – Abg. Dr. Blenk: Das ist zwar literarisch recht lustig, was Sie sagen, aber sachlich geht es daneben!)* Nein, nein, das ist sachlich sehr wohl begründet, Herr Kollege Blenk. Die Regierung zu kritisieren, das ist nicht nur für uns verständlich *(Abg. Dr. Blenk: Keine einzige Aussage meiner Kritik ist widerlegbar!)*, das ist auch für Sie eine logische Aufgabe, aber Sie hätten wissen müssen: Wer selbst die größten Erfolge so verteuft wie Sie, der kann damit nur in die Irre gehen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Einige Jahre hatten wir ja die größten Schwierigkeiten, mit dem Kollegen Blenk zu konkurrieren, denn er war da voller Anerkennung. Nur in den letzten Jahren hat er diesen Stil nicht mehr durchzuhalten vermocht, obwohl er eigentlich allen Grund dazu hätte.

Nun also zu den zentralen Ausgaben insge-

samt, Staat und Wirtschaft. 1970 wurden rund 3,5 Milliarden Schilling für Forschung und Entwicklung in Österreich ausgegeben, es sind sage und schreibe, voraussichtlich 1979 – weil der industrielle Anteil nur prognostiziert werden kann – rund 12 Milliarden Schilling. Von 3,5 Milliarden Schilling stiegen die Forschungsausgaben in diesem relativ kurzen Zeitraum auf 12 Milliarden Schilling! Da sollte man doch tatsächlich voller Anerkennung sein.

Wachstumsraten: 14, 18, 27, 45, 21 Prozent! Jahr für Jahr, nur ein Jahr hatten wir keinen Zuwachs. Aber bereits 1978 wieder 12 Prozent. Während die Ausgaben insgesamt im Budget im kommenden Jahr vielleicht 5,5 Prozent zunehmen werden, steigen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung voraussichtlich über 9 Prozent! Das heißt mehr als ein Drittel stärker als die gesamten Ausgaben des Staates. Das sollte doch anerkannt werden.

Zur wirtschaftsbezogenen Forschung einige Leistungsbeispiele: Das Budget 1979 sieht vor, daß für die wirtschaftsbezogene Forschung rund 620 Millionen Schilling ausgegeben werden. Der Förderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft wird 221 Millionen erhalten und das größte österreichische Forschungsinstitut, Seibersdorf, 214 Millionen Schilling.

Wir alle wissen, daß der Forschungsförderungsfonds mit Hilfe der Auftragsforschung im Rahmen der Energieforschung vielleicht das spektakulärste Projekt fördern konnte, nämlich die Entwicklung eines österreichischen Leichtdieselmotors durch die Anstalt für Verbrennungsmotoren List in Graz. Es ist anzunehmen, daß in wenigen Jahren dieser Motor in Serienproduktion mit BMW zu nachhaltigen Impulsen in der Fahrzeugproduktion führen wird. Wesentliche Einsparungen im Kraftstoffverbrauch und eine wesentliche Reduktion der Umweltbelastung sind die positiven Folgen dieser Entwicklung.

Die Energieforschung insgesamt ist aber ein sehr großes Feld. Projekte über die konventionellen und über die nichtkonventionellen Energieträger, die 1978 zum mittelfristigen Schwerpunktprogramm geführt worden sind, zeigen eine ganze Serie von Forschungsprojekten auf.

Die Energieforschung ist aber kosten- und personalintensiv und bedarf aus diesem Grunde einer optimalen Förderung der Koordination; dem wird ja auch in hohem Umfange entsprochen. Wenn die Internationale Energieagentur sehr kritisch dazu Stellung nimmt – und das möchte ich auch dem Herrn Kollegen Blenk sagen –, dann tut sie es – ich möchte darauf nicht näher eingehen, weil die Frau Bundesminister das Wesentliche dazu schon gesagt hat – wie die

Wille

Internationale Energieagentur sagt, in einem ersten Versuch einer Kritik. Es kann natürlich nicht mehr sein. Wer aber alle diese Projekte kennt, der weiß, wie schwierig es ist, sie alle mit der Energiepolitik abzustimmen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Zum größten Forschungsinstitut, der Studiengesellschaft für Atomenergie, Seibersdorf. Da tritt natürlich die Frage auf: Wie soll es weitergehen, nachdem es in Österreich zu einer so drastischen Änderung der Energiepolitik gekommen ist?

Dazu ist in sehr positiver Weise zu sagen: Seibersdorf war nie im engeren Sinn ein Atominstitut, sondern immer ein Forschungsinstitut im weiteren Sinn. Wir hatten von Anfang an ein Institut für Biologie, für Landwirtschaft oder beispielsweise für Elektronik. Ich möchte dazu sagen, daß das Institut für Reaktorsicherheit zweifellos auch weiterhin eine sehr dringende Aufgabe wird erfüllen müssen, weil Kernenergie, selbst wenn wir sie nicht nützen wollen, einfach dadurch eine Realität für uns wird, weil alle unsere Nachbarn Kernkraftwerke betreiben. Und wollen wir die Sicherheitsbedingungen annähernd abschätzen, souverän, autonom abschätzen, dann brauchen wir ein eigenes Institut für Reaktorsicherheit, und dabei sollte es bleiben. Nichts wäre so unverständlich wie die Vorgangsweise einiger Eigentümer aus den Bundesländern, die sich gleich von Seibersdorf ebenso verabschieden wollten wie vom Kernkraftwerk Zwentendorf. Hier bedarf es ruhiger sachlicher Überlegungen.

Neben den Sicherheitsfragen gibt es natürlich eine Reihe anderer Fragen, die für uns nach wie vor hochaktuell sind und mit denen die Studiengesellschaft Seibersdorf fertigwerden muß, nämlich das im Grunde ungelöste Problem der schwachaktiven Abfälle. Hier ist es notwendig, daß wir zu einer zentralen Erfassung kommen, zu einer zentralen Verarbeitung und Lagerung. Zudem ist es notwendig, daß Universitätsinstitute und Industrien nach wie vor mit Isotopen und radiographischen Quellen versorgt werden.

In Österreich sind heute 10 000 Menschen beruflich strahlenbelastet, sodaß auch das Institut für Strahlenschutz in Seibersdorf eine natürliche Aufgabe für uns sein muß und bleiben muß und bleiben wird.

Daß Seibersdorf zudem eine Stätte der Ausbildung ist, daß Jahr für Jahr eine beträchtliche Anzahl von Studenten in Seibersdorf ausgebildet werden, ist ja auch bekannt. Jedenfalls: Von Sonnenkollektoren über ein Kleinkraftwerk bis hin zu einer Untersuchung über Sonnenkraftwerke, von Wärmepumpen

über Windturbinen bis zum Dieselmotor, von der Verwertung der Biomasse bis zur Erzeugung von Wasserstoff aus Sonnenenergie und eine ganze Reihe von Untersuchungen über Energiesparmaßnahmen besteht hier ein sehr großes Aufgabengebiet, und alle diese Aufgabengebiete sind bereits in einem Energieforschungskonzept zusammengefaßt worden. Und wenn sie auch heute noch nicht in der Industrie tragend sind, werden sie, wenn diese Forschungsvorhaben heute oder morgen verwirklicht werden, zu einer ganz beträchtlichen Veränderung auch der Industriestruktur führen müssen.

Aber darüber hinaus möchte ich noch sagen: Energie allein ist nicht Wohlstand, und ich begrüße aus diesem Grunde eine Reihe von gesellschaftsbezogenen Forschungsprojekten. Ob es die Arbeiterbewegung betrifft, das Parlamentsverständnis oder die soziale Ungleichheit in unserem Staate, es sind Forschungsvorhaben, die im Grunde genommen gleichwertig neben der Energieforschung stehen, auch wenn Kollege Blenk meint, das wäre eine unnütze Politisierung. Es wird aber natürlich auch ein sehr weiter Weg sein, von diesen Untersuchungen beispielsweise über die soziale Ungleichheit durch die Sozial- und Gewerkschaftspolitik zu konkreten sozialen Veränderungen zu kommen. Zweifellos ein weiter Weg.

Ähnliches ist von der Ökosystemforschung zu sagen. Die gegenwärtigen Tendenzen verändern die Lebensbedingungen auf der Erde ständig. Immer mehr wird die Biosphäre zerstört, die Verstädterung nimmt ständig zu, wodurch der zivilisierte Mensch immer weniger Beziehung zu seiner natürlichen Umwelt hat, und dadurch werden die Schäden verstärkt. Die Fragen sind einfach großer Untersuchungen wert.

In einem eigenen Rahmenkonzept „Ökosystemforschung“ bauen nun eine Reihe von Forschungsprogrammen auf, um einer ganz konkreten Bedarfssituation zu entsprechen. Das beginnt beispielsweise bei der Lawinenforschung, geht über die Wildtier-, die Fisch- und Pflanzenforschung hin zu einer Zustandsdarstellung, wie sie für unser Leben, für das Leben der Menschen wichtig ist.

Ich meine also, daß Wissenschaft insgesamt eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft ist. Aber es genügt nicht die methodische Erfassung von Erkenntnissen und die methodische Durchleuchtung von Fragen. Die Höchstform der Wissenschaft ist zweifellos das Wissenschaftssystem, und deswegen ist es so erfreulich, daß wir in Österreich nun seit einigen Jahren das Internationale Institut für angewandte Systemanalyse in Laxenburg haben, das einen beträcht-

11272

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Wille

lichen Einfluß auch auf das wissenschaftliche Leben unseres Landes ausübt. Ob es die Akademie der Wissenschaften ist oder ob es die Universitäten sind – der Austausch der wissenschaftlichen Erfahrung wird dadurch beträchtlich gesteigert.

Und so versuche ich, zum Schluß zu kommen und auch die Frage anzuschneiden, ob denn die Wege der Wissenschaft von der Wissenschaft allein zu klären sind. Ich glaube, daß die Wissenschaft, so gut sie organisiert ist und so gut ihre Persönlichkeiten sind, auch der Ideologie, der politischen Ideologie und der menschlichen Grundsätze bedarf und damit insgesamt der Weisheit.

Der gestirnte Himmel über mir und das moralische Sittengesetz in mir – sagte Kant – sind die Dinge, die mich immer wieder aufs neue zum Staunen bringen.

Und abschließend möchte ich sagen: „Stauen“ wird auch in der Zukunft trotz Wissenschaft erlaubt sein. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Firnberg. *(Abg. Peter: Frau Minister, ich passe auf, er kommt gleich herunter!)*

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg:** Ich wollte dem Herrn Abgeordneten Broesigke ganz rasch auf seine Anfragen antworten. Sie betreffen ja ausschließlich das Museum für Moderne Kunst.

Wir haben in Österreich Museen ganz herrlicher Bestände älterer Kunst, aber wir haben nichts Entsprechendes aus der modernen Kunstszene. Wir haben empfindliche Lücken betreffend den Ausgang des 19. Jahrhunderts und das 20. Jahrhundert, die wir nicht aufzuholen vermögen. Wir müssen also neu beginnen.

Nun war die Leihgabe des Mäzens Herrn Professor Ludwig die Möglichkeit, einen Ansatz zu machen. Wir haben den Vertrag auf fünf Jahre, aber bereits die Zusage auf eine Verlängerung.

Das neue Museum soll eine Einheit mit dem Museum des 20. Jahrhunderts bilden. Es ist sicherlich für die nächsten Jahre nicht an eine Übersiedlung aus dem Palais Liechtenstein zu denken. Das ist aber keine unglückliche Sache.

Ich hatte eben jetzt drei Experten der internationalen Kunst- und Museumsszene gebeten, mir ein Urteil abzugeben. Es war dies der Direktor des Kunstmuseums Basel, eines der berühmtesten Museen, es war dies ferner der Direktor und Stifter der Stiftung Luisiana in Kopenhagen, einer sehr berühmten Sammlung

moderner Kunst, und es war dies der Generaldirektor der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Sie waren vor zwei Tagen in Wien, haben alle Museen, die in Frage kamen, zur Beurteilung der Situation aufgesucht und haben sich sehr eingehend mit Liechtenstein beschäftigt. Der Geschmack ist sehr verschieden, Herr Dr. Broesigke: Sie, die genannten Museumsexperten, waren ganz begeistert, sie finden, daß es keine schönere Möglichkeit gäbe, hier ein Museum moderner Kunst einzurichten, als im Palais Liechtenstein.

Was den Umfang betrifft, habe ich auch hier die Experten angehört. Ich teile ihre Meinung beziehungsweise sie bestätigten meine ursprüngliche Meinung: Es ist nicht möglich, die Lücken zu schließen. Man soll das auch gar nicht versuchen, weil es nicht zu bewältigen ist. Man muß sich auf das Machbare begrenzen, und daher wird man sich sicherlich auf einen sehr engen Teil modernster Kunst beschränken müssen. Eine volle Abklärung und die wirkliche Programmgestaltung muß man natürlich dem künftigen Direktor überlassen.

Ich habe auch, was die Bestände der anderen Museen betrifft, soweit sie unter Umständen für ein Museum moderner Kunst herangezogen werden sollten, die Meinung der Experten eingeholt. Ihre Meinung ist, daß man keine wesentliche Änderung durchführen sollte. Man soll also nicht etwa die neue Galerie mit etwas anderem zusammenlegen, sondern die Musealstruktur soll grundsätzlich so bleiben, wie sie ist, obwohl man sehr oft schon andere Anforderungen hörte; man soll allerhöchstens einzelne Objekte als Leihgabe anfordern.

Es wird aber zusätzlich zu den Beständen, die zustande kommen, auch noch eine Auswahl aus dem Kunstförderungsbestand des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst anfallen. Auch hier gibt es ja eine große Reihe von Objekten, die einzupassen sind.

Und ich hoffe außerdem außer auf aus dem Ankaufsbudget, das sicherlich zu klein ist, zu erwerbende Kunstwerke auch noch auf die Leihgaben privater Mäzene. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Bundesminister! Sie haben in ruhiger Weise dem Herrn Abgeordneten Broesigke geantwortet, aber Sie sind der nach meiner Meinung harten, aber sachlichen Kritik meines Klubkollegen und des Erstsprechers der großen Oppositionspartei,

Dr. Ermacora

einer Kritik, die er durch errechnete Prozentzahlen erhärtet hat, in einer doch emotionalisierten Weise begegnet. Sie haben seine Ausführungen als Querelen bezeichnet. Sie werden es daher hinnehmen müssen, Frau Bundesminister, wenn ich Ihre Ausführungen als *gouvernantenhaft* bezeichne. *(Beifall bei der ÖVP. – Rufe bei der SPÖ: Aber geh! Hör auf! – Abg. Dr. Gruber: Wie man in den Wald hineinruft, so tönt es zurück! – Abg. Heinz: Die schlechten Manieren des Dr. Blenk brauchen Sie nicht zu verteidigen hier! – Gegenrufe des Abg. Dr. Blenk.)*

Frau Bundesminister! Die harte Kritik des Herrn Abgeordneten Blenk basierte auf einer Berechnung der Prozentzahlen. Im Jahre 1976 hat das Wissenschaftsbudget 3,1 Prozent, gemessen an der Gesamtprozentzahl, ausgemacht, und derzeit ist es 2,8 Prozent. Das ist errechnet und nicht widerlegbar, Frau Bundesminister.

Wir haben uns die Dinge angesehen, und es wurde auch von den Vorrednern nicht widerlegt. Es wurde nicht widerlegt, und daher ist es einfach falsch, bei einem Rückgang von 10 Prozent zu sagen: Wir haben den Platz gehalten!

Frau Bundesminister! Auf diese Prozentzahlen hat Blenk abgestellt, und diese wurden nicht widerlegt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Ich stehe nicht an zu sagen, daß wir eine bedeutende Nominalsteigerung des Wissenschaftsbudgets hatten, aber hier müssen Sie auch das Verhältnis der Nominalsteigerungen zur Realsteigerung einkalkulieren. Und diese Realsteigerung hängt eng mit der Preisentwicklung in Österreich zusammen, sie hängt eng mit Faktoren zusammen, die bei der Nominalsteigerung nicht berücksichtigt werden.

Frau Bundesminister! Ich glaube, nur wenn man diese Balance hält, wird man auch eine ausgewogene Beurteilung des Budgets herbeiführen können. Und diese wurden von Ihren Sprechern, aber auch von Ihnen, Frau Bundesminister, nicht herausgestellt.

Ich möchte, Frau Bundesminister, sagen – und das wurde in der heutigen Debatte noch nicht deutlich genug gemacht –: Sie haben im Laufe der Jahre sicherlich einen Nachholbedarf erfüllt, Sie haben unbestreitbaren Bedürfnissen im Rahmen der allgemeinen Forschungspolitik geholfen, aber Sie haben auch unbestreitbare Bedürfnisse partikularer Natur, das heißt einer solchen Art, die eng mit den Zielsetzungen der Regierungspartei, und zwar den politischen und ideologischen Zielsetzungen der Regierungspartei, zusammenhängt, zu gestalten versucht.

Sie haben von Staats wegen auch Forschungsbedürfnisse erfüllt, die Sie von Partei wegen

über Jahrzehnte hindurch nicht erfüllen konnten, weil Ihnen die Mittel dazu fehlten. Das, Frau Bundesminister, ist mit ein Element in der Steigerung des Budgets. Und das muß herausgestellt werden.

Und wenn Sie, Frau Bundesminister, gesagt haben: Ja wir brauchen doch den Pluralismus!, dann identifizieren Sie das Pluralismusproblem mit der Behauptung, daß die Universität und die Akademie der Wissenschaften ÖVP-gestaltete Einrichtungen seien. Das können Sie aber bei gutem Wissen, gutem Glauben und gutem Gewissen doch nicht behaupten.

Und wenn Sie das nicht behaupten können, Frau Bundesminister, dann ist Ihrer Behauptung, daß Sie mit diesen Budgetmitteln der pluralistischen Forschung dienen, doch ein großes Fragezeichen entgegengestellt, weil doch die Frage auftaucht, ob Sie eine zum Teil auch ideologisch orientierte Forschungspolitik in gesellschaftswissenschaftlichen Fragen nicht besser am Renner-Institut gestalten konnten als an den Einrichtungen, die Sie mit Staatsgeldern gefördert haben.

Bitte, das ist meine Frage, die ich bei Ihrer Argumentation in den Raum stelle. Ich würde behaupten, daß die Steuergelder zu einem gewissen Teil partikular, das heißt sozialistischen Forschungsinstituten und ebensolchem Forschungspersonal für ebensolche Forschungsprojekte, hin zugewendet wurden. Es reicht nicht aus, das im einzelnen zu belegen, aber soviel:

Die Projektkataloge, die auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaften im Arbeitsbericht der Boltzmann-Gesellschaft aufscheinen, zeigen ganz deutlich – etwa das Studium der Arbeiterbewegung oder die Fragen, die damit zusammenhängen –, daß das auch ohneweiters woanders hätte gefördert werden können, für diese Frage brauche ich keine Staatsförderung.

Oder wenn man den Bericht über die Forschungsaufträge durchgeht, so stößt man immer und immer wieder, Frau Bundesminister, auf Aufträge, auf Gegenstände, die nicht notwendigerweise von allgemeinwissenschaftlicher Bedeutung sind.

Oder denken Sie an die geförderten Einrichtungen, das Boltzmann-Institut, das einen Nachholbedarf erfüllt erhielt, so daß das Boltzmann-Institut heute durchaus auf der gleichen finanziellen Ebene steht wie andere Organisationen. Das IFES-Institut, das zu gründende Institut für die Internationale Politik, Frau Bundesminister, auch wenn die Österreichische Volkspartei möglicherweise hier mitwirken wird, so ist es für mich sicher, daß dieses Institut nicht notwendig gewesen ist. Wir haben die Gesellschaft für

11274

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Ermacora

Außenpolitik, die geradezu jahrzehntelang mit ganz geringen Forschungsbeträgen auskommen mußte. Oft reichten sie nicht über die 20 000 S hinaus. Und nun haben Sie die Bereitschaft gezeigt, ein Institut mit 4 Millionen Schilling zu fördern, und haben erklärt, daß es dieses Institut ist, das die Beratungsfunktion für das österreichische Außenministerium erfüllen will, wo der Außenminister für Jahre hindurch, gleichgültig, ob das Kirchschräger, ob das Bielka oder Pahr gewesen ist, nicht einen Forschungsförderungs-auftrag erteilt haben.

Frau Bundesminister! Das sind Widersprüche für die Entwicklung dieser Forschungspolitik, noch dazu ein schwedischer Professor an der Spitze dieses Instituts, als ob wir nicht genug österreichischen Professoren hätten, die dieses Institut werden tragen können.

Frau Bundesminister! Nicht nur Projektkataloge, aus denen man die Tendenzen erkennt, nicht nur die geförderten Einrichtungen, sondern auch Persönlichkeiten, die zum Teil immer und immer wieder in den Listen derjenigen aufscheinen, die eine Forschungsförderung erhalten. Es wird das Ministerium Firnberg sein, dem man sagen muß, daß es die Gewerkschaftsnähe herausgestellt hat oder zumindest vehement sucht. Natürlich in der Boltzmann-Gesellschaft, natürlich im Akademischen Rat des UOG und natürlich in der beabsichtigten Forschungsorganisation. Das ist ein Hang zu einem sozialistisch dominierten Unternehmen, und besonders merkwürdig mutet es an, wenn Sie auf die Lektüre des Briefes, die der Herr Abgeordnete Blenk uns gegeben hat, der von einem Gewerkschaftsfunktionär in der Akademie der Wissenschaften geschrieben wurde, erklären, daß er keine Erlaubnis zu diesem Brief hatte.

Frau Bundesminister! Ist das Ihre Einstellung zur Gewerkschaftsfreiheit, wenn jemand die Erlaubnis bekommen muß, um einen Brief zu schreiben? Ich glaube, das ist doch eine sehr merkwürdige Tendenz, die Sie in Ihrer Äußerung anklingen ließen, und eine noch viel merkwürdigere Tendenz für die Gewerkschaftsnähe, die Sie durch Ihre Forschungspolitik in die Wege leiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Auch Herr Abgeordneter Wille hat das ja durchaus anerkannt. Die Universitäten sind zur Stätte des potentiellen Gruppenkonfliktes geworden. Der Abgeordnete Wille meinte, es waren früher nur die Universitätsprofessoren, die ihre Interessen vertreten hätten, heute seien es andere Gruppen. Ich sage, nur dort werden Konflikte vermieden – und das ist mein Einblick und meine Erkenntnis in diese Situation –, wo die Gruppen selbst politisch homogen sind. Aber dort, wo die Gruppen nicht

politisch homogen sind, dort kommt es zu einem latenten Konflikt auf dem Boden der Universität. Ich erinnere nur an die Verhältnisse an der integrationswissenschaftlichen Fakultät, aus deren Vertreterreihen einer Gruppe einmal die Palmers-Entführer kamen. Das wurde ja sehr deutlich in Flugblättern und Diskussionen an der Universität zum Ausdruck gebracht.

Frau Bundesminister! Ich möchte Sie auf etwas aufmerksam machen, was in Ihrem UOG nicht berücksichtigt ist, von Ihrem UOG nicht eingeplant ist und das sich schon die Vertreter der Regierungspartei, die für das UOG hier die Lanzen gebrochen haben, doch einmal vor Augen halten müßten: Das Modell der Selbstverwaltung, das Sie hier entwickelt haben, ist ein Modell der Hoheitsverwaltung und das übertragen Sie auf ganz anderen Gesetzen gestaltete Einrichtungen, das sind die Universitäten.

Ich möchte Ihnen eine Erfahrung herausstellen, die aus dem Universitätsbereich kommt; die Selbstverwaltung löst sich allmählich von unten her auf, und zwar deshalb, weil durch die Überzahl der Gremien die Studierenden nicht imstande sind, diese Gruppen ordnungsgemäß laufend zu besetzen. Das ist die Tendenz, der wir auf allen größeren Fakultäten begegnen. Aber nicht nur auf allen größeren Fakultäten, sondern auch auf Fakultäten, wie der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck, die nicht in eine Größenordnung mit der Wiener Fakultät gestellt werden kann. Die Auflösung der Selbstverwaltungsstruktur und des Selbstverwaltungsmodells des UOG von unten her, das mögen Sie bitte beachten, wenn Sie von der Güte des UOG sprechen.

Was Ihre Politik bewirkt hat, das gebe ich durchaus zu, ist eine größere Quantität, wissenschaftlicher Output und ein größeres Lehrangebot, das durch finanzielle Anreize geschaffen wurde, um die Zielsetzungen des UOG zu erreichen. Aber, Frau Bundesminister, es ist Ihnen in diesen acht Jahren nicht gelungen, dem Mittelbau eine echte Laufbahn zu geben. Die Assistenten sind noch immer Tagelöhner der Wissenschaft. Frau Bundesminister! Wenn Ihnen etwas so Bedeutendes, Personalpolitisches, Sozialpolitisches in acht Jahren nicht gelingt, dann ist doch das ein Zeichen dafür, daß Sie sich gegenüber anderen Einrichtungen nicht entsprechend durchsetzen konnten. Sie waren nicht stark genug, das so dringend geforderte Dienstrecht durchzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Ihre Politik hat auch erhebliche Unsicherheiten in die Strukturen getragen. Sie werden mir jetzt sagen, drei Jahre UOG bedürfen eines gewissen Experimentierens und bedürfen eines gewissen Sicheinspie-

Dr. Ermacora

lens, aber hier haben Sie in einer oft josephinistisch anmutenden bürokratischen Haltung und einem Zentralismus ohne Vergleich vorher eingegriffen. Ich möchte gar nicht wieder auf diese Frage der Stellung der Universitätsdirektoren zu sprechen kommen; die hätten Langzeitwirkung, Frau Bundesminister, wenn Ihre Regierung noch länger im Amte wäre, was wir nicht hoffen wollen. Die Erlässe und die Papierflut – ich habe darauf im Budgetausschuß aufmerksam gemacht und werde zwar nicht täglich, aber wöchentlich mit solchen Fragen in meiner Berufsstellung betroffen –, die Durchführungsnormen, erlassen und wieder aufgehoben, vom UOG ersetzt, dann wiederum neue Durchführungsverordnungen auf Grund der UOG-Novelle. Die ungeheure Gremialisierung des Betriebes, die Beeinflussung durch Aufsichtsbeschwerden, die Ihnen im wesentlichen genehm sind. Ich spreche nicht vom Fall Kaminsky, auf dessen Seite ich aus Gründen der Gerechtigkeit gestanden bin. Aber es gibt Aufsichtsbeschwerden, die Sie gerne aufgreifen, weil Sie Ihnen genehm sind. Ein typisches Beispiel für mich ist die Frage der Wiederholung der Rektorswahl gewesen.

Frau Bundesminister! Hier darf ich die ganze Widersprüchlichkeit Ihrer Praxis noch einmal scharf vor Augen führen. Ein Assistent von mir hatte hier im Datenschutzausschuß als vom Parlament eingeladener Experte seine Tätigkeit ausgeübt, hat sich bei der Rektorswahl entschuldigt, und diese Entschuldigung wurde von Ihnen nicht anerkannt. Wissen Sie, was Sie in Ihren Durchführungsvorschriften geschrieben haben? Es geht die vom Staate berufene Tätigkeit – und die war eine solche bei meinem Assistenten – vor.

Ja warum lassen Sie das nicht als Entschuldigung gelten? Warum heben Sie auf und berücksichtigen dieses Faktum nicht? Vielleicht hätte die Berücksichtigung dieses Faktums, die Sie, Frau Bundesminister, in einem Durchführungserlaß ausgesprochen haben, vielleicht plötzlich zu einer Veränderung Ihrer Haltung führen müssen. Vielleicht beurteilt der Verwaltungsgerichtshof diese Frage etwas anders. Da möchte ich Sie im nächsten Frühjahr aber nicht sehen, wie Sie hier in diesem Hause über diese Aufhebung der Rektorswahl Rechenschaft ablegen müßten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! In diesen Jahren der Personalpolitik, in heiklen gesellschaftspolitischen Sachgebieten, dort, wo im Angebot ein Fraktionsfreund aufscheint oder einer, der nicht notwendigerweise irgendwie als ein Freund der Opposition angesehen werden kann, für diese entscheiden Sie sich lieber; gleichgültig, auf welchem Rang des Vorschlages der Betreffende

zu stehen kommt. Ich erinnere an die Nachfolge Pädagogik Innsbruck.

Ich möchte zweitens hervorheben: Wo bestimmte Persönlichkeiten nicht aufscheinen, scheuen Sie sich nicht, formale Gründe zu suchen, um Vorschläge zurückzuweisen. Wir könnten hier einzelne Fälle genau durchgehen, aber ich weiß, daß meine 20 Minuten dazu nicht ausreichen und die Informationsdichte von Ihrer Seite vielleicht größer ist, um öffentlich so zu tun, als würden Sie recht haben. Aber immer überzeugen Sie mich nicht, Frau Minister, auch wenn ich in manchen Fragen mit Ihnen übereinstimme. Aber in solchen Fragen stimme ich absolut nicht überein.

Frau Bundesminister! Vielleicht sind Sie sich mancher Dinge, die hier vor sich gehen, gar nicht bewußt. Sie haben aber einen Mitarbeiterstab, der auf Sie geeicht ist. Manchmal habe ich bei Ihrem Mitarbeiterstab – mit dem ich mich gerne unterhalte; die Herren sind freundliche Herren, sie sind sehr zuvorkommend, ich habe immer offene Türen gefunden – den Eindruck, es handle sich um einen Mitarbeiterstab wie in einem afrikanischen Staatswesen. Das heißt, Sie haben Mitarbeiter, die zu Ihrer Solidaritätsgruppe gehören und die versuchen, hier recht dichtzuhalten in diesen Fragen. Aber diese Mitarbeiter wissen sicherlich, worum es bei Personalentscheidungen geht, wenn Sie es nicht wissen sollten.

Frau Bundesminister! Ihre Universitätsstrukturpolitik ist so zu beurteilen, daß Sie – und dafür haben Sie die Bestätigung des Verfassungsgerichtshofes erhalten – die Autonomie – um es milde auszudrücken – ungemein beweglich gestaltet haben. An der Autonomie, Frau Bundesminister, hängt man heute kein verfassungsrechtlich gewährleistetes Recht auf, auf diese kann man sich nicht stützen, die ist nicht mehr Halt für die Lehrer und für die Assistenten – und auch nicht für die Studenten; sondern diese Autonomie haben Sie ausgetrieben, Frau Bundesminister. Das wurde Ihnen vom Verfassungsgerichtshof bestätigt.

Zentralistisch ist das Element. Im Forschungsorganisationsgesetz-Entwurf, der umgeht, finden Sie im § 26 die beabsichtigte Unterstellung eines Universitätsinstituts unter das Ministerium, nämlich das österreichische archäologische Institut, und im § 27 das Institut für österreichische Geschichtsforschung.

Ja, meine Damen und Herren, wenn das kein Zentralismus ist, wo man Universitäten aus der Universitätsstruktur herausnimmt und dem Ministerium unterstellen will, dann weiß ich nicht, was eine zentralistische Institutionenpolitik ist. Hier können Sie sie nachlesen.

11276

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Ermacora

Wenn Sie, Frau Bundesminister, diese Kritik als zu hart empfinden, dann kann ich Ihnen den § 26 und § 27 Ihres Referentenentwurfes empfehlen. Das steht dort drinnen.

Frau Bundesminister! Wenn ich Sie mit dem Herrn Minister Broda vergleiche – ich hatte dem Herrn Minister Broda vorgeworfen, daß er sich nicht um das Detail kümmere. Vielleicht brauchte er das dort nicht, weil er dort die Gesetze hat, die zu vollziehen sind.

Frau Bundesminister! Die Universität und die Forschung sind ein riesiger Freiraum, und es wundert mich daher nicht, wenn Sie vom Standort der Politik, die insbesondere der Herr Abgeordnete Wille geschildert hat – eine verhängnisvolle Nahverwandtschaft von Ideologie und Wissenschaft –, versuchen, in diese Freiräume einzudringen.

Wenn Sie mir sagen wollten, das alles seien Unterstellungen, Frau Bundesminister, dann muß ich Ihnen sagen, Sie wären dann keine prominente Sozialistin, wären keine prominente Politikerin, wenn Sie in Ihren acht Jahren die Chance einer sozialistischen Wissenschaftspolitik nicht so genützt haben, wie ich das auch geschildert habe. *(Beifall bei der ÖVP.)* Womit Sie, Frau Bundesminister, aber trotz allem nicht fertig geworden sind. Das sind sehr wichtige Fragen.

Die Hörerzahlfrage hat uns vor zwei Tagen beschäftigt. Das Verhältnis Lehrer – Hörer richtig auszugleichen, ist Ihnen nicht gelungen. Die Institutskapazität konnten Sie nicht verbessern, Sie konnten auch nicht tatsächliche Raumkapazitäten verbessern. Tatsache ist, daß alle die neuen Gremien ihre Räume bekommen haben, aber wir haben kein Mehr an Hörsälen, wir haben kein Mehr an Seminarräumen, wir haben kein Mehr an Prüfungsräumen, Frau Bundesminister!

Hier fasse ich Sie nun, Frau Bundesminister, wenn ich das symbolisch von diesem Pult her sagen darf: Sie haben noch vor einer Viertelstunde davon gesprochen, daß Sie nicht gegen den *numerus clausus* sind, und die Vertreter Ihrer Partei haben gesagt, das sei das große Glück der Wissenschaftspolitik des Ministeriums Firnberg gewesen, keinen *numerus clausus* zu haben.

Aber Sie haben uns vor zwei Tagen hier an dieser Stelle, Frau Bundesminister, zugeben müssen, daß Sie sozusagen diese paar Jahrgänge, die jetzt eine Überkapazität hervorrufen werden, räumlich aushungern wollen. Von einem Warnschuß haben Sie gesprochen.

Frau Bundesminister! Aber hier muß ich Ihnen ganz scharf erklären, das ist ein Kapazität-Nu-

merus clausus, das ist eine Gefährdung der Bildungsfreiheit für einige Studentengenerationen, und das ist die Heranbildung eines Elitismus; nämlich eines Elitismus jener, die den Mut haben, mit diesen Raumkapazitäten sich eben zufriedenzugeben, eine Stunde früher zu kommen, sich vielleicht auf den Boden und in die Fensternischen zu setzen.

Frau Bundesminister! Das ist auch ein *numerus clausus*. Wie werden Sie nun diesem Argument, das Sie vor zwei Tagen hier ausgesprochen haben, begegnen, ohne sich zu widersprechen? – Aber da Sie mir wahrscheinlich nicht antworten werden, wird diese Frage im Raume stehenbleiben.

Aber, Frau Bundesminister, meine Damen und Herren, es ist ein Faktum – Sie werden mit Ihrer Politik, von Ihrem Ministerium aus, mit dem Sie heute den Antrag an die Hochschulen bewältigt haben, auch behaftet werden mit einem Kapazitäts-*numerus clausus*.

Frau Bundesminister! Um Einzelheiten kümmert man sich nicht. An Instituten gibt es oft nicht eine Schreibmaschine mit einem rotierenden Schreibkopf. Schreibpersonal, Berufungszusagen werden nach wie vor nicht erfüllt.

Ich mußte kameradschaftlicherweise eine meiner Schreibkräfte an andere abgeben, weil Sie seit vier Jahren ihre Berufungszusagen nicht erfüllt haben.

Es gibt keine Prüfungsräumlichkeiten, die gehörig wären. Es gibt Seminarräumlichkeiten nicht zu einer Zeit, in der man sie brauchen würde. Es gibt keine Archivare, die die Probleme der modernen Literatur und der Zeitungen erfassen würden. Das Telefonnetz liegt im argen. Es ist eine Dekonzentration der Räumlichkeiten gegeben. Wenn Sie in Innsbruck und in Wien die juristischen Fakultäten ansehen – ich weiß nicht, wie viele, vielleicht 20, Räumlichkeiten werden außerhalb des Hauptgebäudes benötigt, um die Aufgaben zu bewältigen.

Frau Bundesminister! Ich möchte sagen, daß Sie soviel Geld gebracht haben, um das klassische System zu erhalten, daß Sie Geld gebracht haben, um die Lehrkapazität zu fördern, daß aber auch sehr viel von diesem Nachholbedarf Ihrem politischen System gegolten hat. Frau Bundesminister! Sie können sich damit rühmen, aber Staatspolitik ist dieses Element der Wissenschaftspolitik nicht. Das ist ein Element der Parteipolitik.

Frau Bundesminister! Wo denn sonst als hier kann man das kritisch aussprechen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Haas.

Abgeordneter **Haas** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Schulentwicklungsprogramm der sozialistischen Bundesregierung aus 1970 hat sich drei Schwerpunkte zum Ziele gesetzt:

Erstens: Den Abbau des Stadt-Land-Gefälles im Bildungswesen in Angriff zu nehmen.

Zweitens: Entsprechende Ausbildungsplätze für ein Drittel der 15- bis 19jährigen an weiterführenden Schulen zu schaffen und

Drittens: den Ausbau des berufsbildenden Schulwesens zu forcieren.

Lassen Sie mich dazu einiges bemerken: Jahrzehntelang war allen mit der Bildungspolitik Beschäftigten klar, daß die Bildungspolitik in Österreich einige ihrer wichtigsten Aufgaben erst dann bewältigen kann, wenn es gelingt, das Bildungsgefälle Stadt-Land abzubauen.

Leider haben die Maßnahmen zur Erreichung dieses maßgeblichen bildungspolitischen Zieles erst ziemlich spät eingesetzt, ziemlich zögernd nach 1962. Sie begannen mit dem Abbau der Volksschuloberstufe, der Strukturreform im Pflichtschulbereich, wobei man bemerken muß, daß diese nicht immer gleich auf das Verständnis bei der betroffenen Bevölkerung gestoßen ist, und in der Inangriffnahme des Planes, jeden Bezirk mindestens mit einer höheren Schule zu versorgen.

Wir Sozialisten waren stets dafür, gerade diese zuletzt genannte Maßnahme so rasch als möglich zu realisieren. Daher setzten dann auch 1970 verstärkte Anstrengungen im Bau von neuen Schulen ein. Der Grund dafür war ein ganz einfacher. Für uns Sozialisten ist nämlich die Chancengleichheit unteilbar. Sie muß für das Landkind ebenso gegeben sein wie für das Kind in der Stadt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle haben heute den Debattenbeitrag des Kollegen Hanreich gehört. Kollege Hanreich hat in seinem Debattenbeitrag einen Standpunkt eingenommen, der zeigt, daß die Freiheitliche Partei in der Bildungspolitik Anschauungen vertritt und an Anschauungen festhält, die längst nicht mehr zeitgemäß sind und die in einem modernen Staat – das wollen wir ja sein – auch jeder Berechtigung entbehren. Was Kollege Hanreich da so alles kritisiert hat, zu dem bekennen wir Sozialisten uns voll Stolz. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sind immer dafür gewesen, daß der bessere Bildungsweg Vorrang haben muß vor dem kürzeren Schulweg. Diesen Grundsatz

einer modernen Bildungspolitik haben wir in den letzten 15 Jahren gemeinsam mit der ÖVP durchgezogen. Der Erfolg dieser Politik hat uns recht gegeben, und wir trauern daher nicht jenen Zeiten nach, wo Kinder oft eine Stunde lang bis zur nächsten Schule gehen mußten, sondern wir sind froh darüber, daß die Kinder heute ohne Beschwerne bei kostenloser Benützung von öffentlichen oder privaten Verkehrsmitteln und meist auch in kürzerer Zeit in eine höhere Schule gehen können und dort das Rüstzeug fürs Leben bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was für den Bereich des Pflichtschulwesens seine Richtigkeit hat, galt es dann auch im Bereich des mittleren und höheren Schulwesens durchzuziehen. Darum wurde seit 1970 Schwergewicht darauf gelegt, neue höhere Schulen nicht nur in Ballungsgebieten zu bauen, sondern dabei eine breite Streuung zu erreichen, sodaß allen begabten Kindern unseres Landes der Besuch einer höheren Schule ermöglicht wird.

Und dies, meine Damen und Herren, hat schon bedeutet, daß man damit von einem sehr lange Zeit bestehenden Grundsatz abgerückt ist, der, wenn man es einfach ausdrücken will, besagte, dort, wo die Arbeitsplätze für die Absolventen dieser höheren Schulen da sind, muß ich auch die entsprechenden Schulen hinbauen. Wir Sozialisten haben diese Einstellung überwunden. Wir haben damit erreicht, daß die Chancengleichheit zum Durchbruch gekommen ist.

Durch sozioökonomische Maßnahmen wie die Schülerfreifahrten, meine Damen und Herren, die kostenlosen Schulbücher, die Schul- und die Heimbeihilfen, haben wir die echte Chancengleichheit hergestellt und damit den längst fälligen und höchst notwendigen Abbau des Bildungsgefälles Stadt-Land vollzogen.

Ich darf da vielleicht dazu noch bemerken, daß bei der Verwirklichung dieses Schulentwicklungsprogramms auch immer folgende Faktoren streng beachtet wurden: Das war zunächst einmal der Umstand und die Tatsache, daß der regionale Bedarf ganz genau mit den Ländern abgesprochen wurde. Es wurde weiters auf die demographische Entwicklung im Gebiet des Schulstandortes Rücksicht genommen, und in die Überlegungen für die Wahl des Schultypus wurde stets auch die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Region einbezogen.

Zuletzt wurde auch immer darauf Bedacht genommen, daß bei allen Projekten das Prinzip der ökonomischen Nutzung der Schule im Vordergrund stand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich jetzt die Bilanz der Schulbauten

11278

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Haas

in diesem hinter uns liegenden Jahrzehnt anschaut, so ist diese wirklich sehr beeindruckend. Denn insgesamt wurden in diesen letzten zehn Jahren 142 Schulen mit 78 592 Ausbildungsplätzen neu gebaut. Dazu kamen noch 104 berufsbildende mittlere und höhere Schulen, sodaß die Zahl der Schüler in diesem Bereich um fast 50 000 zunehmen konnte. Wir haben damit auch erreicht, daß heute um 85 000 mehr junge Menschen eine mittlere und höhere Schule besuchen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In Bau befinden sich derzeit noch 79 Projekte mit 38 000 Ausbildungsplätzen, im Stadium der Planung stehen 39 Projekte. Hohes Haus! Das heißt, daß das Schulbauprogramm der Bundesregierung konsequent durchgezogen wird, um eben das gesetzte Ziel, entsprechende und genügende Ausbildungsplätze für ein Drittel der 15- bis 19jährigen an höheren Schulen zu haben, sehr bald voll und ganz zu erreichen.

Wie sehr die Forcierung des Baues von neuen Schulen dazu beigetragen hat, überall im Land den Kindern den Zugang zu mittleren oder höheren Schulen zu ermöglichen, beweisen folgende Zahlen:

Die Schülerzahl an AHS-Oberstufen nahm seit 1970 in den Ballungszentren um 40 Prozent zu, im ländlichen Bereich beim gleichen Schultyp aber um 80 Prozent. Bei den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen stieg im gleichen Zeitraum die Schülerzahl im ländlichen Raum sogar um 240 Prozent, in den Ballungszentren hingegen nur um 100 Prozent.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen besseren, einen eindeutigeren Beweis dafür, daß die Bildungspolitik der sozialistischen Bundesregierung erfolgreich war und daß es ihr mit dieser Politik gelungen ist, das Bildungsgefälle abzubauen, gibt es wohl nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Das berufsbildende mittlere und höhere Schulwesen hat lange Zeit nicht die im zukommende notwendige Beachtung gefunden. Erst durch die Regierung Kreisky wurde ihm der entsprechende Stellenwert in der Bildungspolitik eingeräumt und damit einem wichtigen Erfordernis der gesamten österreichischen Wirtschaft Rechnung getragen.

Es wurde der Bau solcher Schulen stark forciert und die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen nahmen eine noch nie dagewesene Entwicklung.

Sie drückt sich in den schon erwähnten 104 neuen berufsbildenden Schulen aus und eben auch in der Zunahme der Schüler an den Anstalten um fast 50 000.

Es konnte also die Ausbildungskapazität an

diesen Schulen seit 1970 um 127 Prozent gesteigert werden. Es ist damit sicherlich ein Maximum getan worden, um den Erfordernissen unserer Wirtschaft gerecht zu werden.

Es ist damit auch gelungen, meine Damen und Herren, die Relation zwischen Schülern an den allgemeinbildenden höheren Schulen und an den berufsbildenden Schulen entscheidend zu verbessern.

Lassen Sie mich dazu ein paar Zahlen sagen: 1970 gab es an den allgemeinbildenden höheren Schulen 141 260 Schüler, im Schuljahr 1977/78 waren es 176 951. An den berufsbildenden Schulen zählte man 1970 70 000 Schüler, aber im Schuljahr 1977/78 waren es bereits 118 182 Schüler.

Im Zusammenhang mit der Errichtung von höheren Schulen wurde auch der Internatsbau stark forciert, eine Maßnahme, die sehr begrüßenswert ist, weil ja auf diesem Gebiet immer ein echter Fehlbestand an Heimplätzen in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht bestand und leider da und dort noch immer besteht.

Hohes Haus! Mit diesen beachtlichen Leistungen im Bundesschulbau ist nicht nur den Erfordernissen der Bildungspolitik Rechnung getragen worden, sondern man darf dabei nicht vergessen und nicht außer acht lassen, daß mit der Errichtung dieser Schulen auch eine enorme Verbesserung der kulturellen Infrastruktur in weiten Teilen unseres Landes erreicht wurde. Denn diese neuen Schulen mit ihren modern gestalteten Räumlichkeiten, den Turnhallen, Hallenbädern, Sporthallen und Sportanlagen stehen ja auch der Bevölkerung zur Verfügung. Wir alle wissen sicherlich aus der Erfahrung, und diese hat sehr deutlich gezeigt, daß diese Einrichtungen durch die Bevölkerung für kulturelle und sportliche Veranstaltungen gut genutzt werden.

Diese zahlreichen Schulbauten waren also im Interesse aller gelegen: im Interesse der Jugend, die an diesen Schulen ihre Ausbildung bekommt, im Interesse der Wirtschaft, welcher die Absolventen dann als hochqualifizierte Kräfte zur Verfügung stehen, und nicht zuletzt im Interesse der ganzen Bevölkerung im Hinblick auf ihre kulturelle und sportliche Betätigung.

Die stolze Leistungsbilanz im Schulbau, meine Damen und Herren, ist aber auch das Ergebnis einer vorbildlichen Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

Es hat sich in all diesen Jahren immer wieder gezeigt, daß der Bund, also der Unterrichtsmini-

Haas

ster und mit ihm die Beamten seines Hauses, aufgeschlossen waren gegenüber den Wünschen der Länder und Gemeinden bezüglich der Errichtung einer höheren Schule, andererseits aber auch die Länder und Gemeinden aufgeschlossen und verständnisvoll mitgeholfen haben, um Schwierigkeiten bei der Grundbeschaffung oder Finanzierung aus dem Wege zu räumen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, diese Tatsache verdient es, einmal allen Beteiligten an der Verwirklichung dieses großartigen Schulbauprogramms herzlich zu danken und ihnen die Anerkennung für diese großen Leistungen auszusprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Lassen Sie mich ein paar Worte auch zur Erwachsenenbildung sagen. Die Erwachsenenbildung, also der zweite Bildungsweg, erlangt in einer Zeit, in der der Wissensstand sehr rasch über das angeeignete Wissen der Schule hinauswächst, eine immer größere Bedeutung. Darum hat schon 1970 die Regierung Kreisky versprochen, diesem Sektor der Bildungspolitik besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Wir haben seit 1973 ein Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens. Seit dieser Zeit erfolgt jährlich auch eine stets bessere Dotierung dieses Ansatzes im Budget. Sie ist freilich vielen von denen, die in der Erwachsenenbildung tätig sind, zu gering. Aber wir müssen feststellen und können mit Recht feststellen: Es ist mit diesen Ansätzen, die von Jahr zu Jahr größer werden, möglich, die Volkshochschulen, die Bildungsheime, die Volksbüchereien, das Institut für politische Bildung in Mattersburg und ähnliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu fördern.

Es ist, meine Damen und Herren, auch sehr erfreulich, daß trotz der generellen Einsparungen bei der Vergabe von Förderungsmitteln diesmal im Bereich der außerschulischen Jugenderziehung eine beachtliche Steigerung der Förderungsmittel festzustellen ist. Es wird dabei der Bundesjugendring besser dotiert, und es erfolgt auch eine beachtliche Projektförderung. Damit kann der österreichische Bundesjugendplan in seiner Realisierung entsprechend weitergeführt werden.

Natürlich kann man sich auch auf den Standpunkt stellen, die Erwachsenenbildung und die Jugendförderung würden viel mehr Geld brauchen, um ihre Aufgaben noch besser erfüllen zu können. Da man aber die Dinge in der Realität sehen muß, so kann man sagen, mit den bereitgestellten Förderungsmitteln ist es möglich, eine gute Arbeit mit Erfolg auch im kommenden Jahr weiterzuführen.

Hohes Haus! Wir Sozialisten sind überzeugt,

daß das Budget für Unterricht für das nächste Jahr, von welchem Bereich immer her betrachtet, ein gutes Budget ist und daß damit die gesamte Bildungspolitik auch im nächsten Jahr so erfolgreich wie bisher fortgesetzt werden kann.

Weil Bildungs- und Kulturpolitik, so wie wir sie verstehen, im wesentlichen auch Strukturpolitik ist und wir überzeugt sind, daß mit den von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen eine großartige Verbesserung dieser Struktur erreicht wurde und mit dem Budget 1979 dieser Weg konsequent fortgesetzt wird, geben wir diesem Budgetkapitel gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Ottilie Rochus.

Abgeordnete Ottilie **Rochus** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Für die meisten Berufe gibt es in Österreich eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule. Die Vielzahl dieser Schulen ist so groß, daß man kaum einen Überblick über Lehrgänge und etwaige Ausbildungsmöglichkeiten hat.

Bereits in der 7. Schulstufe stellt sich für viele junge Menschen die Frage, welche Berufsausbildung sie anstreben werden. Deshalb ist es sehr notwendig, daß bereits in der 7. Schulstufe eine Bildungs- und Berufsberatung einsetzt, dazu auch die Beratung von pädagogischen und psychologischen Beratungskräften sowie geschulten Leuten aus der Wirtschaft, damit der junge Mensch nicht nur nach Neigung, sondern auch nach Eignung einen Beruf ergreifen kann.

Wir haben eigentlich alle voraussehen können, daß bedingt durch die starken Geburtsjahrgänge der Ansturm auf die berufsbildenden Schulen sehr groß sein wird. Es konnten daher wegen Platzmangel sehr viele, ich möchte sagen, Tausende Bildungswillige nicht aufgenommen werden, obwohl sie die Aufnahmsprüfungen bestanden haben.

Die Bundesregierung hat 1972 versprochen, genügend Schulraum zu schaffen, im Hinblick auf die höheren und mittleren berufsbildenden Schulen ist dieses Versprechen nicht eingehalten worden. Bis 1980 wird es ungefähr 20 000 Bildungswilligen nicht möglich sein, den gewünschten Bildungsweg einzuschlagen.

Man hätte, und das war der Vorschlag auch der ÖVP, mit dislozierten Klassen, das heißt durch Schaffung zusätzlichen Schulraumes, durch Ausnützung freiwerdender Raumkapazitäten in anderen Schulbereichen, diesen geburtenstarken Jahrgängen ohne viel Aufwand

11280

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Ottillie Rochus

begegnen können. Aber das hat man nicht gemacht.

Herr Minister, ich möchte auch festhalten, daß das Aufnahmeverfahren für das berufsbildende mittlere und höhere Schulwesen neu geregelt und überdacht werden muß. Wir wissen ganz genau, daß die Testinhalte bereits bekannt sind, mehr oder minder gut bekannt sind, und daher neue Formulierungen notwendig sind. Es gibt natürlich Schwierigkeiten bei dieser Neuformulierung, aber diesen Schwierigkeiten muß man doch begegnen, und es wird sicherlich, bei gutem Willen möglich sein, diese Testinhalte zu ändern, denn sonst, kann man von einer Chancengleichheit nicht mehr sprechen.

Bei den mittleren und höheren berufsbildenden Schulen wäre es auch sicherlich von Vorteil, wenn die Lehrpläne der ersten Jahrgänge abgestimmt werden könnten. Das geschieht schon bei der HAK und bei den Handelsschulen. Bei den anderen berufsbildenden Schulen müßte das auch geschehen, damit die Übertrittsmöglichkeiten ohne Schwierigkeiten gegeben wären. Oft ist es doch so, daß es sich ein jugendlicher nach dem ersten Jahrgang überlegt, in eine andere Fachrichtung überzuwechseln.

Immer wieder hören wir von den Lehrkräften, daß sie sich mit administrativen Arbeiten beschäftigen müssen und für ihre ursprünglichen pädagogischen Aufgaben kaum oder sehr wenig Zeit finden. Daher wäre meine Frage, ob es nicht doch möglich wäre, mehr Planstellen für Verwaltungspersonal zu schaffen.

Etwas, was mir bei diesen berufsbildenden höheren und mittleren Schulen noch fehlt, ist die fachliche Betreuung jener Lehrkräfte, die keine berufsorientierten Fächer unterrichten. Da meine ich zum Beispiel in den technischen Mittelschulen den literarischen Lehrer, der Mathematik oder Deutsch, Englisch oder ähnliches unterrichtet. Hier fehlt eine echte fachliche Betreuung dieser Lehrkräfte.

Es wäre für sie sehr von Vorteil, ähnlich wie bei den Lehrkräften der landwirtschaftlichen höheren Schulen, die Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen gemeinsam mit Wirtschaftspraktikern durchzuführen, dann wäre ein echter Wissensaustausch gegeben, der dem praktischen und theoretischen Unterricht zugute kommt.

Nun, etwas, was mir besonders am Herzen liegt. Es ist die Praxis der Schüler, die zwischen dem dritten und vierten Jahrgang einer höheren berufsbildenden Schule stattfinden soll. Es ist eine bindende Vorschrift für den Abschluß einer höheren berufsbildenden Schule. Man fordert also von den Schülern, daß sie praktizieren, die

Schüler müssen sich die Betriebe zur Praxis selbst suchen.

Es ist notwendig, gerade diese Praxisbetriebe zu fördern, denn es ist für diese Betriebe eine zusätzliche Aufgabe, einen Praktikanten aufzunehmen, ihn zu unterweisen, sich mit ihm persönlich zu befassen. Die Betriebe müssen diese Praktikanten auch entsprechend entlohnen.

Diese Schüler, obwohl sie mit ihren Eltern mitversichert sind, müssen während der Praxiszeit sozialversichert sein, und diese Sozialversicherung muß der Praxisherr, also der, der den Praxisplatz zur Verfügung stellt, bezahlen. Es ist daher sehr notwendig, daß man diese Betriebe unterstützt, denn es ist – ich muß fast sagen – ein Opfer für einen Familienbetrieb, einen Praktikanten aufzunehmen und ihn entsprechend in diese Berufspraxis einzuführen und Wissen zu vermitteln.

Hier darf ich vorbringen, daß in der Landwirtschaft die Praxisplätze sehr schwierig zu finden sind und daß vor allem vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst die Praxis in Spezialbetrieben nicht anerkannt wird. Man ist im Bundesministerium für Unterricht und Kunst der Meinung, wenn zum Beispiel eine Schülerin einer höheren Lehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in einem Weinbaubetrieb oder in einem Feldgemüsebaubetrieb praktizieren will, das nicht anerkennen kann, weil das kein bäuerlicher Betrieb sei. Das finde ich als eine echte Diskriminierung dieser Betriebssparten. Wir leben in einer Zeit, wo man spezialisiert und rationalisiert und wo die gemischten Länderbetriebe nicht mehr so leicht zu finden sind. Ich halte es nicht für richtig, wenn man sagt: Nein, dort kannst du aus den eben erwähnten Gründen Landwirtschaft nicht praktizieren. Ich möchte hier also doch bitten, daß man die Spezialbetriebe als Praxisbetriebe anerkennt. Ich habe dies schon öfters urgiert, und noch nichts erreicht, deshalb möchte ich diese berechtigte Forderung von dieser Stelle aus wieder vorbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun doch noch einige Worte zur Schulbuchaktion, weil mir vorkommt, darüber wurde heute noch viel zu wenig gesprochen, Herr Minister. Im November 1978 haben zwei Meinungsforschungsinstitute repräsentative Umfragen gemacht, und die Bilanz war – neben verschiedenen anderen, auch positiven Aussagen –, daß zwei Drittel der Befragten festgestellt haben, die Aktion ist im Aufwand und im Umfang zu groß und die Kinder werden zum sorglosen Umgang mit Büchern verleitet.

Es steht fest, daß das kostspielige System der Schulbücher die Familien 900 Millionen bis

Ottillie Rochus

1 Milliarde Schilling kostet, obwohl es im Motivenbericht des sozialistischen Gesetzesantrages wörtlich heißt – und ich zitiere –:

„Die Kosten hiefür betragen im Jahre 1971 300 Millionen Schilling für die Pflichtschulen und 120 Millionen Schilling für die übrigen Schulen. Ab 1972 ist mit einem jährlichen Ersatzbedarf von 20 Prozent dieser Summen zu rechnen.“

Gemäß dieser Begründung dürften die Schulbücher eigentlich jährlich nicht mehr als 84 Millionen Schilling kosten, das ist nur ein Zehntel des tatsächlichen Aufwandes.

Ich glaube, in der Annahme nicht fehlzugehen, daß die Schulbuchaktion neu überdacht werden und hiefür ein besseres System gefunden werden muß. Wir haben immer wieder Vorschläge gemacht, die auch im Budgetausschuß vom Herrn Minister entschieden abgelehnt wurden, wenn ich zum Beispiel an die Schülerlade denke. Aber, Herr Minister, Sie sind bereits mit uns einer Meinung, weil Sie zugeben: Es muß gespart werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Darf ich von dieser Stelle auch noch einige Probleme aus den Bundesländern bringen und, wenn ich als Burgenländerin hier spreche, natürlich auch einige Dinge aus dem Burgenland.

Ich habe schon im Budgetausschuß darüber Anfragen gestellt, aber, Herr Minister, Sie haben sie bei der Beantwortung übergangen. Ich möchte Sie deshalb noch einmal hier fragen und vielleicht einige Worte dazu sagen.

Sie sind die oberste Behörde der Landesschulräte, und es steht gesetzlich geschrieben, daß die Landesschulräte mindestens vier Sitzungen im Jahr abhalten müssen. Im Burgenland wurde heuer zum Beispiel nur eine Sitzung abgehalten, und im vorigen Jahr, glaube ich, waren es nur zwei. Sehr viele Personalakte haben die Kollegien passiert, und trotzdem wurden im Burgenland seit Jahren keine schulfesten Lehrstellen besetzt. Es liegen auch schon Säumnisbeschwerden vor.

Herr Minister! Sie äußern sich nicht dazu, Sie nehmen nicht Stellung dazu. Ich kann verstehen: Man spricht ja von einem burgenländischen Grenzlandduo Sinowatz – Kery, und da kann ich verstehen, daß Sie vielleicht nicht energisch einschreiten. Aber Sie haben ja gesagt, daß Sie immer wieder Absprachen mit den Bundesländern haben. Da müßten Sie ja auch wissen, daß hier Dinge vorkommen, die nicht in Ordnung sind und die auch dem Gesetz widersprechen. Deshalb möchte ich Sie bitten, daß Sie doch auch einmal dazu Stellung nehmen.

Genauso hat der Präsident des Burgenländischen Landesschulrates Junglehrer erst am 1. November eingestellt. Das ist unüblich. Diese Lehrer haben so lange sie leben Nachteile, weil sie den Vorrückungstermin verpassen, der immer der 15. Oktober ist. Auch bei den Versuchsschulbetreuern wurden im Burgenland Taten gesetzt, die nicht zu verantworten sind, weil jene Betreuer ohne pädagogische Voraussetzung ganz einfach willkürlich eingesetzt wurden, ohne daß man sie auf ihre Aufgaben vorbereitet hat, daß sie Erfahrungen haben und daß sie auch keine starken pädagogischen Persönlichkeiten sind. Auch das ist etwas, was nicht richtig ist. Und deshalb, glaube ich, ist Ihre Politik, Ihre Schul- und Bildungspolitik bereits unglaublich, weil hier ganz einfach Vorgänge geduldet werden, die ein Parteifreund von Ihnen eingeleitet hat und Sie deshalb nicht einschreiten wollen.

Ich möchte nicht noch einmal auf den Skandal der Schülerzeitung in Kärnten verweisen und auf den Lesestoff unter dem Motto „Souffleurkasten“. Aber etwas will ich doch noch aufzeigen. In den letzten Tagen war in der Presse eine Aussendung über die Gehörlosenschule in Wien, und die dort aufgezeigten katastrophalen Zustände der Schulgebäude, und, daß man weder moderne Lehr- noch Lernhilfen einsetzen kann, da die versprochenen neuen Schulgebäude nicht gebaut werden und die taubstummen Kinder in einer Schule unterrichtet werden müssen, die den modernen Anforderungen nicht entspricht. Sie werden mir jetzt sagen, das ist die Sache des Finanzministers. Herr Minister, Sie sind verantwortlich für den Unterricht in dieser Schule, und der kann nicht nach den neuesten Stand erfolgen.

Sie haben bei Ihren Ausführungen gesagt, Herr Minister, wenn es zu einer Konsenspolitik kommen muß, dann verlangen Sie klare Stellungnahmen – ich habe hier das wörtlich festgelegt –, daß man eigene Meinungen sagen und Meinungen austauschen muß. Wenn ich hier Dinge festhalte, aufzeige und klar dazu Stellung nehme, müssen Sie, Ihren eigenen Ausführungen zufolge auch Ihre Erklärungen abgeben.

Ich möchte sagen, daß nach acht Jahren sozialistischer Bildungspolitik ein Kurswechsel notwendig ist. Die Bildungspolitik trägt Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und insbesondere gegenüber der Jugend, dies ist ein echtes Anliegen von der ÖVP. Wir stellen fest und wir sagen es immer wieder, daß an Stelle der öffentlichen Verschwendung die Sparsamkeit treten muß. Der Staatsbürger muß wissen, daß seine Steuerleistungen richtig und sparsam verwaltet werden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

11282

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Ottillie Rochus

Die ÖVP hat in verschiedenen Bereichen Alternativprogramme erstellt, natürlich auch für die Schulpolitik. Es muß eine Umkehr geben in der Erziehungspolitik. Die Einheit von Bildungs- und Familienpolitik und eine Aufwertung der Familie, Herr Minister, müssen unbedingt ins Auge gefaßt werden. Die Wirkungsmöglichkeiten der Institutionen Schule, Vorklasse, Kindergarten dürfen nicht weiterhin überschätzt werden. Es sind nur Hilfestellungen, aber sie können doch die Familie nie ersetzen. Die ÖVP hat im Salzburger Programm die Grundsätze ihrer Familienpolitik und ihrer Bildungspolitik festgelegt. Der Staat hat zu helfen und nicht zu beherrschen, und dies gilt ganz besonders in der Bildungspolitik.

Herr Minister! Wenn auf der einen Seite die Eltern unserer Schüler fünf Tage arbeiten und den Lohn für drei Tage an Steuern zahlen müssen und sie auf der anderen Seite zusehen müssen, wie dieses schwer verdiente Geld verschwendet wird, dann muß man doch feststellen, daß die sozialistische Regierung schön langsam unglaublich geworden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin schon am Ende mit meinen Ausführungen und stelle fest, daß es wirklich notwendig ist, daß gerade bei der Bildungspolitik ein politischer Kurswechsel stattfindet, der wieder die Familie und den einzelnen Menschen in den Vordergrund stellt. Aus diesen und verschiedenen anderen Erwägungen können wir auch zu diesem Budgetkapitel nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Tonn.

Abgeordneter **Tonn** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehört zum parlamentarischen Ablauf, daß der Sport als Anhängsel von Unterricht, Bildung, Kultur und Wissenschaft zur Sprache kommt. Es ist fast Schicksal, aber wir, die zum Sport sprechen, ergeben uns diesem Schicksal nicht *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber)*, deswegen nicht, Herr Dr. Gruber, weil wir wissen, daß der Sport viel mehr an Stellenwert hat, als durch die Reden im Hohen Haus dazu zum Ausdruck kommt. *(Abg. Steinbauer: Wichtig ist nicht zu gewinnen, sondern dabeigewesen zu sein!)*

Wir wissen heute, daß der Sport mit der Lebensqualität zusammenhängt, daß er eine soziale Funktion ausübt, daß er einen Bildungswert hat. Wir können heute den Sport als Phänomen unserer Zeit bezeichnen, und er ist dadurch auch ein Teil der Politik geworden.

Die Bedeutung der Sportfragen geht natürlich

über das Budget hinaus, und nicht nur die Zahlen entscheiden, was im Sport getan wird. Doch leider ist viel zu wenig Gelegenheit, um zu Fragen des Sports Stellung zu nehmen. Es ist daher erfreulich, daß der Herr Bundesminister am 8. November in der Fragestunde angekündigt hat, daß es einen eigenen Sportbericht geben wird, der dem Nationalrat zugeleitet wird. Ich glaube, daß dieser Sportbericht nicht nur Anlaß zu Diskussionen sein wird, sondern auch gewisse Anregungen für den Sport bringen wird und auch Impulse setzt.

Leider ist – und das muß man auch feststellen – der Sport Raum für parteipolitische Auseinandersetzungen geworden. Das hat sich in diesem Hause bei den Budgetdebatten der letzten Jahre gezeigt, und es ist dies eigentlich ein Zustand, der nicht ganz dem Sport dienlich ist.

Ich weiß schon, daß auch in der Sportpolitik die Auseinandersetzung dazugehört. Leider sind jedoch manchmal Dinge zur Sprache gekommen und kommen zur Sprache, die mir persönlich bedenklich erscheinen.

Ich habe hier vor mir eine Einladung liegen, eine Einladung der Österreichischen Turn- und Sportunion, in der es als Überschrift heißt, daß der Sport die Brücke von Mensch zu Mensch und von Land zu Land wäre. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden.

Als ich diese Einladung erhalten habe, habe ich mich an einen Artikel erinnert, der dieses Jahr in der „Unionpost“ erschienen ist, der sich mit Sportfragen beschäftigt hat und der mich sehr bedenklich gestimmt hat. Denn in diesem Artikel wird genau das Gegenteil von dem, was auf dieser Einladung steht, behauptet, nämlich daß man vorsichtig sein sollte bei der Sportausübung, wenn man in Kontakt zu andersdenkenden Menschen tritt. Man meint hier, daß man in der Freizeit, also auch im Bereich des Sports, die Isolation suchen sollte. Wir glauben, daß gerade das Gegenteil das Entscheidende sein sollte, nämlich daß der Sport die Menschen zusammenführt.

Es heißt hier in diesem Artikel, und ich darf das zitieren: „Deshalb sehen wir in einem ständigen Zusammentreffen von Sportlern, die verschiedene politische oder weltanschauliche Richtungen vertreten, nicht nur Schwierigkeiten für die Gemeinschaftsbildung, sondern auch ein Hindernis für die geistige Orientierung unserer Sportjugend gemäß den Zielen der UNION. Denn diese wollen neben körperlicher Erziehung das Erlebnis aufrichtiger Kameradschaft vermitteln, die vom Christentum und österreichischer Kultur geprägt sein soll; dies ist aber in einem Verein ‚der offenen Tür‘ nicht möglich.“

Ich finde solche Ansichten, die sicherlich

Tonn

nicht das Allgemeinziel der Union sind, das möchte ich gleich feststellen, doch bedenklich, und man muß sich ganz einfach damit beschäftigen, weil auch das Bundesministerium für Unterricht, dem ressortmäßig der Sport zusteht, immer in den letzten Jahren gezeigt hat, wie man im Geiste des Sports völkerverbindend, aber auch verbindend innerhalb des eigenen Landes wirken kann.

Der Sport ist ein Bestandteil unserer Gesellschaft über die Vereine hinaus. Betroffen davon sind Schule, Freizeit, Urlaub, auch die Gesundheitsvorsorge, und gerade hier hat Bundesminister Dr. Sinowatz in den letzten Jahren nach neuen Formen gesucht, diese gefunden und, ich glaube, auch positiv zur Anwendung gebracht. Es ist das ein Verdienst dieses Bundesministeriums und seines Ministers.

Wenn man heute allgemein in Österreich mit einer gewissen Achtung von den Sportschulen spricht, dann dürfen wir dabei nicht vergessen, daß sich diese Sportschulen geradezu explosiv in den letzten Jahren verbreitet und ausgeweitet haben. Wir können heute in sehr vielen Gemeinden unseres Landes feststellen, daß diese Sportschulen befruchtend auf den Sport wirken. Wir dürfen nicht vergessen, daß mit der Gründung der Schülerfußballiga, mit dem Volleyballbewerb für Mädchen, Aktionen gesetzt wurden, die weit über das hinausgehen, was man sich zu Beginn gedacht hat.

Wenn nunmehr eine neue Aktion vom Bundesministerium gestartet wird, nämlich die Aktion Schilanglauf für 12- bis 16jährige, dann ist das die systematische Fortsetzung einer begonnenen fruchtbaren Arbeit. Es zeigt, daß wir von der Jugend an die Menschen in das Sportgeschehen einbauen sollen und daß der Sport von uns als ein Teil des Lebensinhaltes betrachtet wird, trägt er doch zur entscheidenden Persönlichkeitsbildung bei.

Wenn wir die Wandlung des Schulsports im allgemeinen betrachten, dann kann man auch hier feststellen, daß gerade in den letzten Jahren eine entscheidende Wendung von der Leibeserziehung zum Spielsport im Unterricht vollzogen wurde und daß wir unseren Kindern an den Schulen immer mehr begreiflich machen konnten, daß Sport nicht allein nur Selbstzweck ist.

Das Bundesministerium hat nicht nur durch Verordnungen und Gesetze, durch gewisse Aktivitäten dazu beigetragen, sondern vor allem durch den Bau von Schulsportstätten, und es gibt eine lange Liste von Aktivitäten auf diesem Gebiet, wo das Bundesministerium mitgewirkt hat.

Wenn ich nur ganz kurz in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Zeit Ihnen sagen darf, daß

seit dem Jahre 1970 45 Hallenbäder fertiggestellt wurden, bei deren Bau das Bundesministerium für Unterricht und Kunst finanziell entscheidend mitgewirkt hat; wenn ich Ihnen sagen darf, daß auch im Bereich der Sporthallen turnsäle und der Sportfreianlagen sehr viel getan wurde, dann läßt sich das ebenfalls an Hand ganz weniger Zahlen dokumentieren.

Das Bundesministerium hat in den letzten acht Jahren 21 solcher Projekte mit genau 112 160 000 S subventioniert. Hier ist ebenfalls eine ständige Ausweitung der finanziellen Unterstützung durch das Ministerium erfolgt, und alle die, die davon betroffen waren, ob nun Länder, Gemeinden oder auch Vereine, können dies schätzen. Ohne Zweifel wurde mit diesen Aktionen auch ein positives Element der Entwicklung gesetzt.

Wenn wir heute den österreichischen Sportstättenleitplan betrachten, so können wir daraus ersehen, daß ein Netz von Sportstätten über Österreich gezogen wird und dieses Netz das Bild einer zielorientierten Aufbauarbeit widerspiegelt, ein Spiegelbild, das auch durch die nunmehr neun Jahre dauernde Bundessportförderung dokumentiert wird. Ich glaube, daß es das besondere Verdienst des Herrn Bundesminister Dr. Sinowatz war, daß er dieses Bundessportförderungsgesetz, das am 12. Dezember 1969 per 1. Jänner 1970 beschlossen wurde, mit dem Inhalt versehen hat, den die Sportvereine und Sportverbände in unserem Land brauchen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Tätigkeit, die hier vollzogen wurde und wird, geht weit über den Gesetzesauftrag hinaus, und wenn im § 3 dieses Bundessportförderungsgesetzes steht, daß das Bundesministerium das Einvernehmen mit den Verbänden herzustellen hat, dann können wir aus der Tätigkeit des Bundesministeriums der letzten Jahre ersehen, daß dieses Einvernehmen nicht nur angestrebt wurde, sondern auch in jedem einzelnen Fall gefunden worden ist, und ich glaube, das ist von entscheidender Bedeutung.

Wenn wir die Budgetansätze für den Teilabschnitt Sport betrachten, dann ist vor allem erfreulich festzustellen, daß die Mittel, die für die Olympiade in Innsbruck vorgesehen waren, dem Budget erhalten geblieben sind, und daß es damit möglich ist, die Servicefunktion des Ministeriums und der Sportabteilung dieses Ministeriums auszuweiten.

Wir können feststellen, daß seit dem Jahre 1970 eine geradezu überproportionale Entwicklung in diesem Bereich stattgefunden hat. Wenn es die Sportfunktionäre unseres Landes zu schätzen wissen, zu dieser Sportabteilung des Ministeriums zu gehen, dann soll auch einmal

11284

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Tonn

hier gesagt sein, daß gerade diese Abteilung unbürokratisch und unkompliziert arbeitet und man auch den Beamten dieser Abteilung den Dank aussprechen sollte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Durch die vielen Funktionäre und Aktiven, die im österreichischen Sport tätig sind, hat Österreich innerhalb Europas, innerhalb der ganzen Welt in sportlicher Hinsicht sicherlich eine Stellung, die weit über der allgemeinen Bedeutung unserer kleinen Republik liegt.

Dazu haben sehr viele beigetragen, neben den Vereinen, Funktionären und Aktiven natürlich auch die Verbände und das Bundesministerium. Es kommt erst so richtig zum Ausdruck, wenn man Unterlagen bekommt aus Reden, die bei der Europäischen Sportministerkonferenz gehalten wurden, wo Österreich internationales Lob ausgesprochen wurde.

Es gibt viele Beispiele dafür, daß Österreich anerkannt ist in dieser Welt. Ich erinnere hier an das Österreichische Institut für Sportmedizin. Hier werden seit einiger Zeit die Spitzensportler unseres Landes untersucht, man gewinnt Erkenntnisse, die für viele Sportarten von Bedeutung sind. Es werden EDV-Programme erstellt, um die Sportler so zu betreuen, damit sie keine gesundheitlichen Schäden erleiden. Wenn man aus den Erkenntnissen, die gewonnen wurden, auch gewisse Schlüsse gezogen hat, dann ist das für unsere Sportjugend von Bedeutung. So war das ÖISM dafür maßgebend, daß zum Beispiel der zuständige Fachverband das Riemenrudern für Jugendliche unter 14 Jahren eingestellt hat, weil damit körperliche Schäden verbunden waren. Das allgemeine Krafttraining für Jugendliche unter 12 Jahren wurde auf Grund medizinischer Erkenntnisse eingestellt, weil es ebenfalls körperschädigend war.

Ich glaube, das alles sollte man bei Sportfragen mit in Betracht ziehen, und zwar vor allem, weil eine gewisse Wechselwirkung zwischen Breiten- und Spitzensport zu beachten ist. In einer Zeit, in der wir gerne vom Sport in allen Lebenslagen – kurz ausgedrückt mit dem englischen Wort *life-time-sport* – sprechen, muß man gerade einer solchen Entwicklung die nötige Beachtung schenken. Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst war gemeinsam mit anderen Ministerien in dieser Frage führend, weil wir auch im Sport unsere Aufgabe vor allem darin sehen, für das Humane zu wirken.

Wenn wir diese Entwicklung beachten, dann vor allem deshalb, weil wir nicht, so wie dies in anderen Ländern der Fall ist, aus sportpolitischen, aber auch anderen politischen Überlegungen „biologische Züchtungen“ durchführen wollen, wie es so schön im Fachjargon heißt.

Unser Ziel soll es auch im Sport sein, die freie Persönlichkeitsentfaltung zu fördern. Wenn ein Österreicher Weltmeister oder Europameister wird, dann freuen wir uns natürlich darüber. Aber wir glauben, daß das nicht um jeden Preis geschehen muß.

Wenn man von all diesen sportlichen Aktivitäten spricht und von den Aktionen, die gesetzt wurden, dann sollte man auch nicht vergessen, der Wirtschaft den Dank auszusprechen, denn es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß Wirtschaft und Sport eng verbunden sind und daß die Probleme, die entstanden sind, immer so mit der Wirtschaft besprochen wurden, daß es letzten Endes zu einem Ergebnis gekommen ist, das für alle tragbar war.

Wenn ich hier auf die verschiedenen Sportpools verweise, die es heute für die Skiläufer, für die Tennisspieler und für die Fußballer gibt, dann sind das sicherlich nur einige Schlagworte, denn man kann in 20 Minuten im Detail darauf nicht eingehen.

Wenn ich die Sporthilfe im allgemeinen erwähne und damit verbinde, daß es auf diesem Gebiet noch gewisser Verbesserungen bedarf, vor allem in jener Hinsicht, daß man die Spitzensportler auch wieder Berufen zuführen soll, also daß sie eine berufliche Absicherung bekommen sollen, so möchte ich darauf hinweisen, daß das eine Zukunftsaufgabe ist.

Wenn sich der Bund verpflichtet hat, für die Skiweltmeisterschaft 1982 in Schladming 40 Prozent des Defizits bis zu maximal 30 Millionen Schilling zu tragen, dann ist daraus zu erkennen, daß auch hier von der Bundespolitik her Aktivitäten gesetzt werden.

Ich möchte das Skigymnasium Stams erwähnen; eine Schule, die europaweit Bedeutung hat und als Muster gilt. Auch hier ist es so, daß der Bund mit vielen Millionen Schilling für Umbauarbeiten einspringt. Bisher wurden 16,3 Millionen Schilling verbaut. 70 Prozent der Herstellungskosten – so hat sich der Bund verpflichtet – bis zu maximal 60 Millionen Schilling werden vom Bund getragen.

Wenn im Budgetausschuß bei der Beratung des Kapitels Unterricht auch das Olympische Komitee zur Sprache gekommen ist, dann ist zu sagen, daß gerade in den letzten Tagen eine Aussprache des Herrn Bundesministers mit dem Präsidenten und dem Generalsekretär des Olympischen Komitees stattgefunden hat. Bei diesem Gespräch wurden auch die künftigen Schwerpunkte erörtert. Was wir als Österreicher und als Sportpolitiker wollen und was im besonderen der Herr Bundesminister will – so hat er es mir versichert –, ist, daß wir bei der Olympiade 1980 in Moskau gegenüber den

Tonn

Staatsportländern eine gewisse Chancengleichheit erlangen, weil wir das ganz einfach unserem Ruf schuldig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie ersehen aus dieser kurzen Übersicht, wie viele Aufgaben das Bundesministerium auch in Fragen des Sports, obwohl dies der Kompetenz nach Ländersache ist, zu bewältigen hat. Wir wissen, daß die beiden Oppositionsparteien das Budgetkapitel Unterricht leider ablehnen. Sie wenden sich damit auch gegen eine zielorientierte Entwicklung des Sports, da sie gegen die Sportansätze dieses Budgets sind, was mir persönlich sehr leid tut. (*Abg. Dr. Gruber: Wir würden sie noch viel zielorientierter machen!*) Wenn Sie, Herr Dr. Gruber, meinen, Sie würden das noch zielorientierter durchführen, dann muß ich Ihnen sagen: Sie hätten lange genug Gelegenheit gehabt, dies zu tun, nur haben Sie es verabsäumt. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Haben wir viel besser getan!*)

Wir werden jedenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, im Interesse des österreichischen Sports diesem Kapitel gerne unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster zu Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Frühwirth.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Frühwirth** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mich mit dem Kapitel Wissenschaft und Forschung und mit der Tätigkeit der Frau Bundesminister Dr. Firnberg näher befasse, möchte ich nur einen Satz zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Dobesberger zum Kapitel Unterricht und Kunst sagen. Sie hat in ihren Ausführungen die verschiedenen Berichte, etwa den Kunstbericht und den Bericht über die Bundestheater, sehr lobend hervorgehoben und diese Minister Sinowatz zugeschrieben.

Ich darf Ihnen sagen, Frau Abgeordnete, daß es diese Berichte auch schon während der Ministerschaft eines Dr. Drimmel und eines Dr. Piffil-Perčević gab. (*Rufe bei der SPÖ: Nein!*) Ich gebe gerne zu, daß diese Berichte damals nicht in dieser teuren und kostspieligen Ausführung aufgelegt wurden, aber dafür gab es damals ja auch kein Milliardendefizit. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Rufe bei der SPÖ: Unglaublich! – Abg. Dr. Gruber: Bessere Bundestheaterberichte und bessere Bundestheater hat es gegeben!*)

Diese Berichte hat es gegeben, das ist keine Erfindung Ihrer Ministerschaft, Herr Minister. (*Abg. Dr. Gruber: Der Kunstbericht ist eh nicht so berühmt!*) Es hat sie auf billigerem Papier

gegeben, aber dafür war auch kein solches Defizit bei den Bundestheatern! Das kann ich Ihnen nachweisen. (*Abg. Thalhammer: Vollkommen desorientiert!*) Ich möchte das nur feststellen, um die Urheberschaft ins richtige Lot zu bringen.

Es wird hier ja überhaupt sehr eigenartig argumentiert. Ich möchte auch noch gleich einleitend auf die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Radinger kurz eingehen. Er hat hier mit Prozentzahlen manipuliert. (*Ruf bei der SPÖ: Nichts wurde manipuliert!*) Herr Abgeordneter Dr. Radinger, Sie haben von 70 Prozent gesprochen, die das UOG befürworten, aber nicht dazugesagt, wovon diese 70 Prozent sind. Es sind nämlich 70 Prozent des Mittelbaues, und der gesamte Mittelbau sind 30 Prozent von der Gesamtheit. Das heißt, in Wirklichkeit sind es nach Adam Riese nur 21 Prozent, die das UOG – nach Ihren eigenen Angaben; ich will Ihnen nicht unterstellen, daß diese falsch sind, ich gehe davon aus, daß Ihre Erhebungen richtig sind – befürworten. Es sind also nur 21 Prozent und nicht 70 Prozent! Das möchte ich auch richtiggestellt haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Nun wird mich wahrscheinlich die Frau Minister Firnberg in die „eigenartige Institution“ eines Dr. Blenk einordnen, wie sie sich ausgedrückt hat, weil auch ich mir erlauben werde, ihre Tätigkeit zu kritisieren. Was sie mit dieser „eigenartigen Institution eines Dr. Blenk“ gemeint hat, weiß ich nicht, aber vielleicht kann sie das anschließend noch erklären. Sie reagiert ja sehr nervös. Ich möchte Ihnen schon sagen, Frau Minister: Lautstärke ist noch immer kein Argument! (*Beifall bei der ÖVP. – Rufe bei der SPÖ: Grobheit auch keines!*)

Meine Damen und Herren! Im Kapitel Wissenschaft und Forschung kommt einmal mehr zum Ausdruck, daß diese Regierung insgesamt und die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung im besonderen unglaublich geworden sind und bereits resignieren. (*Abg. Thalhammer: Kein humoristischer Beitrag!*) Ich werde dies gleich an Hand konkreter Fakten beweisen. Ich mußte Ihnen, Frau Minister, erst vor wenigen Tagen im Zusammenhang mit der Verabschiedung einer Novelle zur Kunsthochschulordnung vorhalten, daß Sie mit Halbwahrheiten, ja geradezu Unwahrheiten operieren und das Parlament falsch informieren. (*Rufe bei der SPÖ: Unerhört so etwas! Das ist doch unerhört!*) Ja, das ist unerhört. Ich habe auch damals diesen Ausdruck gebraucht und kann ihn heute nur wiederholen.

Sie haben also vor wenigen Tagen dann von der Sache abgelenkt und sehr erregt erwidert – offensichtlich, weil Sie ein schlechtes Gewissen

11286

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

hatten –, ohne auf den von mir aufgezeigten Sachverhalt näher einzugehen oder diesen sogar zu widerlegen. Ich kann mir schon vorstellen, daß es Sie nervös macht, wenn Sie sich sagen lassen müssen, daß Sie den zuständigen Ausschuß des Parlaments bewußt falsch informiert haben.

Ich habe für meine Feststellungen, Frau Minister, konkrete schriftliche Beweise, ich habe genügend Zeugen und bleibe daher trotz Ihrer künstlichen Aufregung bei meinem sicher nicht leichtfertigen Vorwurf. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir eine solche Vorgangsweise nicht unwidersprochen hinnehmen und uns eine derartige Mißachtung des Parlaments einfach nicht bieten lassen. Aber das scheint ja überhaupt Ihre Taktik zu sein. *(Ruf bei der SPÖ: Ununterbrochen stehen Sie bei der Frau Minister und wollen etwas, und da beschimpfen Sie sie!)* Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, aber wenn ich von ihr etwas will, so will ich es nicht persönlich, sondern bestenfalls für meine Kollegen, die ich zu vertreten habe. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dann verschenkt sie auch keine Privatalmosen, sondern handelt im Auftrag des Staates, und Wissenschaft und Forschung sind noch immer ein wesentlicher Faktor dieses Staates. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. – Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Es scheint Ihre Taktik zu sein, auf unangenehme Fragen entweder überhaupt nicht einzugehen oder diese falsch zu beantworten. Eine ganze Reihe von Beispielen dafür kann ich Ihnen aufzählen, und zwar sowohl aus der Fragestunde als auch aus den Ausschußberatungen im Finanz- und Budgetausschuß.

So habe ich zum Beispiel bei den Ausschußberatungen gefragt, wie viele Dienstposten des Stellenplanes 1978 für Universitätsprofessoren, sowohl ordentliche als auch außerordentliche, zum Stichtag 1. Oktober dieses Jahres, also mit Beginn des Studienjahres 1978/79, unbesetzt waren. Ihre Antwort lautete: lediglich 82 für ordentliche Universitätsprofessoren, hingegen keine für außerordentliche Professoren und keine Assistentenposten. Dabei verschweigt sie bewußt, daß sie auch eine gewisse Anzahl von Dienstposten für außerordentliche Universitätsprofessoren und für Universitätsassistenten zur persönlichen Verfügung freihielt, sodaß ständig eine Diskrepanz zwischen dem Ist- und dem Soll-Zustand besteht. Was sie mit diesen Posten macht, weiß ich nicht. Sie hält sie jedenfalls in Reserve; anscheinend um sie quasi unter der Budel zu besetzen.

Ein weiteres Beispiel, wie sie mit nichtssagenden Äußerungen versucht, über die Runden zu kommen: In dem von Ihnen nach § 44 des

AHStG, des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes, dem Parlament vorgelegten Hochschulbericht 1975 steht auf Seite 82 unter anderem wörtlich zu lesen: „Bis 1978 ist insgesamt noch eine Steigerung von rund 800 Assistentendienstposten und 550 Dienstposten für das nichtwissenschaftliche Personal zusätzlich zum Bestand nach dem Dienstpostenplan 1974 vorzusehen, um den Bedarf an Personal decken zu können.“

Was ist daraus geworden? Was sagen Sie nun dazu, Frau Minister? Wie schauen die konkreten Zahlen in den jeweiligen Dienstpostenplänen aus? – Im Jahre 1974 hatten wir an den Universitäten 4 224 Dienstposten für Universitätsassistenten, im Jahre 1978 aber nur mehr 4 140, also um 84 Posten weniger. 1979 werden wir nach dem vorliegenden Dienstpostenplan wiederum 44 Posten weniger haben, sodaß insgesamt seit 1974 nicht nur keine 800 Posten mehr, sondern sogar um rund 130 Dienstposten weniger bestehen werden. Ihr ganzer Kommentar zu dieser Fehlentwicklung und der damit eingetretenen Verschlechterung der Relation zwischen dem Lehrpersonal und den Studenten ist, daß es ohnehin mehr Professoren gebe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Regierung scheint sehr stark der Pythagoreischen Philosophie von der Bedeutung der Zahl zu huldigen. Offensichtlich ist man bei den Sozialisten der Meinung, daß man die Wissenschaftler und Forscher im Hinblick auf die kleine Zahl der Betroffenen irgendwo – Sie können sagen, links oder rechts – liegen lassen könne. *(Abg. Dr. Schnell: Das ist ein großes Kompliment, wenn Sie uns als Pythagoreer einschätzen!)*

Ein weiterer Beweis für meine These ist auch, daß das seit Jahren vielfach angekündigte Dienstrecht der Hochschullehrer noch immer ausständig ist. Kollege Ermacora hat bereits kurz darauf hingewiesen. Schon in der seinerzeitigen, von Ihnen, Frau Minister, dann aufgelösten parlamentarischen Hochschulreformkommission gab es konkrete Vorschläge hiezu. In den verschiedenen Entwürfen für das UOG wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß das UOG, wie immer es letzten Endes ausschauen mag, nur dann funktionieren könne, wenn gleichzeitig als flankierende Maßnahme auch ein modernes Dienstrecht der Hochschullehrer geschaffen werde. Nun ist dieses problematische UOG bereits seit mehr als drei Jahren in Kraft, und das längst notwendige Dienstrecht der Hochschullehrer fehlt immer noch. Sie versprechen also immer nur, aber konkret geschieht nichts. Offenbar haben Sie sich den Slogan „Versprochen – gebrochen“ geradezu zu Ihrem Motto gemacht.

Erst jüngst wurde wieder im Rahmen des

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

letzten Gehaltsabkommens zwischen der Bundesregierung einerseits und der Gewerkschaft öffentlich Bediensteter andererseits für das Jahr 1979 zugesagt, daß die anhängigen Spartenprobleme der Richter und Hochschullehrer raschest einer positiven Lösung zugeführt werden sollen. Es ist dies ein Bestandteil dieses Abkommens. Darunter ist primär zumindest für den Bereich der Hochschullehrer das seit langem erwartete und versprochene Dienstrecht zu verstehen. Seither sind immerhin schon wieder einige Monate verstrichen und geschehen ist nichts; nicht einmal ein Verhandlungstermin wurde bisher festgelegt.

Sie haben acht Jahre Zeit gehabt und zumindest diesbezüglich nichts zustande gebracht. Wie wollen Sie denn dieses Problem in den wenigen Monaten lösen, die Ihnen noch als Galgenfrist zur Verfügung stehen? Wenn nicht umgehend eine Ministerialvorlage in Begutachtung gebracht wird, so ist es schon zufolge der schwerfälligen und komplizierten Gesetzesmaschinerie des Parlaments unmöglich, ein derartiges Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Da nützen den Hochschullehrern Ihre schönsten Versprechungen und Beteuerungen nichts. Sie haben zwar, Frau Minister, in den Ausschlußberatungen auf meine diesbezügliche Anfrage wieder erklärt, daß Sie sich für eine rasche Fortsetzung der stagnierenden Verhandlungen einsetzen werden, aber Reaktion können wir leider bis heute keine feststellen. Entweder haben Sie nichts getan oder sich gegenüber dem Bundeskanzleramt nicht durchsetzen können, was ich eher vermute. In beiden Fällen bedeutet dies jedenfalls kein Renommee für Sie!

Die Richter wollen, wie wir durch die Tageszeitungen beziehungsweise Massenmedien wissen, demnächst streiken. Es würde mich, meine Damen und Herren, nicht wundern, wenn sich auch die Hochschullehrer diesem Streik anschließen würden. Daß sie dazu in der Lage sind, haben sie schon mehr als einmal bewiesen.

Ich bescheinige Ihnen gerne, Frau Minister, daß Sie in den ersten Jahren nach der Gründung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung mit großem Elan an die Lösung Ihrer Aufgaben herangegangen sind. Gewiß haben Sie auch einige Anfangserfolge aufzuweisen. Aber in den letzten Jahren gewannen nicht nur die Hochschullehrer, die unmittelbar Betroffenen, sondern auch die breitere Öffentlichkeit den Eindruck, daß Sie die Zügel schleifen lassen und bereits resignieren. Es gelingt Ihnen einfach nichts mehr.

Mit einer Reihe von Beispielen kann diese Feststellung belegt werden. So geht es seit Jahren bergab mit dem Dienstpostenplan,

worauf ich bereits hingewiesen habe. Das Sanierungsproblem an den Kunsthochschulen wurde nicht gelöst. Auf dem legistischen Gebiet sind Sie außer dem schon erwähnten Dienstrechtsgesetz der Hochschullehrer auch das großangekündigte Forschungsorganisationsgesetz schuldig geblieben. Sie sind auch hier über einen bescheidenen Vorentwurf nicht hinausgekommen, sodaß auch daraus, zumindest in dieser Legislaturperiode, während Ihrer Herrschaft nichts mehr werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese sozialistische Regierung ist seinerzeit angetreten mit dem Versprechen von mehr Mitbestimmung und Schaffung von Transparenz auf allen Gebieten. Was aus der Mitbestimmung geworden ist, weiß das österreichische Volk spätestens seit der Zeit, seit es einen generalbevollmächtigten Reichsverweser in diesem Lande gibt. Seither haben weder die Minister noch die SPÖ etwas zu bestimmen. Sie haben ihre Rechte, sofern sie jemals in der Praxis überhaupt welche hatten, freiwillig an ihren Parteidiktator abgetreten.

Seit dem Zwentendorf-Debakel, an dem die Frau Wissenschaftsminister anscheinend nicht ganz unbeteiligt gewesen sein soll, gibt es zwar keinen Sonnengott mehr in Österreich, dafür aber einen bereits im Schatten stehenden Alleinverantwortlichen, man könnte auch sagen Alleinschuldigen. (*Abg. Wille: Kollege Frühwirth!*) Bitte? (*Abg. Wille: Wer hat denn das aufgeschrieben?*) Wer das aufgeschrieben hat? (*Abg. Wille: Ja!*) Das habe ich aufgeschrieben, wenn Sie es genau wissen wollen. (*Abg. Wille: Können Sie es nicht auswendig?*) O ja, ich kann es auch auswendig. Aber ich möchte mir keinen Vorwurf einhandeln, daß ich etwas gesagt hätte, was ich nachher nicht schwarz auf weiß beweisen kann. Ich bin sehr vorsichtig geworden (*Abg. Dr. Schnell: Sehr gut!*), weil mir die Frau Minister sicherlich wieder etwas unterschieben wird, etwas unterstellen wird (*Abg. Dr. Schnell: Sie unterstellen etwas!*), worauf ich ihr dann schwarz auf weiß den Gegenbeweis liefern möchte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun läßt dieser alleinverantwortliche Allmächtige offenbar nicht nur seinen Vizkanzler allein im Regen stehen, sondern auch seine langjährige Weggefährtin und Parteivorsitzende-Stellvertreterin, die Frau Minister Firnberg.

Wie anders wäre es denn sonst zu erklären, daß sich die bislang politisch sehr Starke – immerhin ist sie stellvertretende Vorsitzende ihrer Partei – gegenüber dem Bundeskanzleramt nicht durchsetzen kann. Sie hat sich ja immer sehr stark gefühlt. Momentan scheint sie aber allein auf weiter Flur zu stehen, verlassen von allen Mächtigen.

11288

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

Wie steht es mit der vielgepriesenen Transparenz, zumindest soweit es das Budgetkapitel Wissenschaft und Forschung anlangt? – Einen größeren Mangel an Transparenz hat es im Budget noch nie gegeben, kann man sich kaum vorstellen. Offensichtlich wurde eine Reihe von Budgetposten bewußt verschleiert und zu undurchsichtigen Sammelposten zusammengefaßt.

Der Begriff „sonstige“ – unter Anführungszeichen – scheint eine der Hauptposten in diesem Budgetkapitel zu sein. Nur wenige Beispiele. Es wimmelt nur so von „sonstigen“ auf jeder Seite dieses Kapitels. Hier gibt es „sonstige“ Leistungen an Firmen und juristische Personen, Zuschüsse an „sonstige“ Unternehmungen, „sonstige“ gemeinnützige Einrichtungen, „sonstige“ private Haushalte, „sonstige“ Transporte, „sonstige“ Druckwerke, „sonstige“ Nebengebühren und so weiter und so weiter. Alles „sonstige“. Normalerweise ist das ein kleiner Restposten von wenigen Prozenten. Hier scheint es aber einer der Hauptposten zu sein: „Sonstige“. Warum? – Weil hier alles undurchsichtig, also genau das Gegenteil von transparent, werden soll.

Oder etwa die Budgetpost „Wissenschaftliche Anstalten“. Der uneingeweihte Leser muß annehmen, daß es sich dabei um eine Vielzahl von solchen Anstalten handelt und daher quasi eine Berechtigung zur Zusammenfassung besteht. In Wirklichkeit geht es dabei um ganze zwei Anstalten, nämlich um die Geologische Bundesanstalt und um die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik. Warum kann man diese beiden Anstalten nicht gesondert – zumindest in dem Teilheft Wissenschaft – budgetieren? Offenbar will man auf diese Weise wieder hin- und herjonglieren. Man will sich die Möglichkeit offenhalten, sowohl Dienstposten als auch Sachmittel von einer zur anderen Anstalt zu verschieben. Das nennen Sie Transparenz, meine Damen und Herren?!

Ihr Einwand, Frau Minister, daß das immer schon so war, zeigt ja nur, daß Ihr Reformwille, mit dem Sie vor acht Jahren angetreten sind, bereits total erloschen ist und daß es dieser Regierung an neuen Ideen und neuen Taten mangelt. Sie wollen offenbar nur noch in Ruhe die letzten Monate Ihres politischen Daseins verbringen und genießen.

Je weniger der Stern der Frau Minister leuchtet und je weniger sie nach außen wirksam werden kann, umso mehr setzt sie ihre letzte Energie im innerbetrieblichen Bereich der Universitäten ein. Sie hat zwar den § 4 des UOG nicht realisiert, sie hat den Universitäten die versprochene Finanzautonomie nicht gegeben, dafür aber umso mehr auf die Besetzung der

Dienstposten Einfluß genommen. Und in welche Richtung dies geschah, meine Damen und Herren, muß ich hier wohl nicht extra betonen.

Bei einer stagnierenden Grundausrüstung der Universitäten wird der forschungswirksame Anteil des Wissenschaftsbudgets in Relation zur Verwaltung immer geringer. Am liebsten würde ja die Frau Minister das gesamte Budget als forschungswirksam verkaufen. Dabei ist eine erschreckende Verlagerung der Forschungsmittel von der universitären Grundlagenforschung in Richtung Auftragsforschung und Expertengutachten festzustellen. Auch dieses Budget bestätigt wieder meine These, die ich schon in den Vorjahren hier vorgetragen habe, daß es die Sozialisten darauf angelegt haben, die Universitäten finanziell forschungsmäßig auszuhungern, auszutrocknen, die Forschung in außeruniversitäre Bereiche zu verlagern und aus den Universitäten allmählich reine Lehranstalten zu machen.

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß sich nicht nur die Hochschullehrer gegen eine solche Entwicklung wehren, sondern daß sich auch die Österreichische Volkspartei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen eine derartige Entwicklung zur Wehr setzen wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Sozialisten haben ja noch nie ein sehr enges Verhältnis zu den Universitäten gehabt, weil diese bis zum UOG kein Tummelplatz für politische Agitation waren. Zuzug der autonomen Selbstverwaltung der Hohen Schulen und der vorwiegend freiheitsliebenden Gesinnung und Grundeinstellung der dort Tätigen hatten die Marxisten aller Schattierungen kaum Einfluß auf das Geschehen in diesen Forschungsstätten. Nun glauben sie anscheinend – da Sie die Macht dazu haben –, das Versäumte in wenigen Jahren nachholen zu müssen *(Abg. Dr. Schnell: Das Versäumte! Ja!)*, und etablieren linke Genossen überall dort, wo es nur geht. *(Abg. Hatzl: Also das mit dem Versäumten nachholen stimmt schon!)* Mit „versäumt“ meine ich, linke Genossen dort in entsprechende Stellen zu bringen! *(Abg. Hatzl: Nein: Das, was den Hochschulen gefehlt hat!)*

Jedenfalls gewinnt man den Eindruck, wenn man die Auseinanderentwicklung der Budgetansätze ansieht beziehungsweise die verschiedenen Steigerungsraten etwa zwischen den Universitäten und dem Bundesdenkmalamt vergleicht, daß Sie offensichtlich die Universitäten in ihrer Gesamtheit auch zu einem Denkmal machen wollen.

Dabei bedenken Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei anscheinend

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

nicht, wie wichtig Wissenschaft und Forschung gerade für einen neutralen Kleinstaat wie Österreich ist. Da unser Land nicht mit Rohstoffen gesegnet ist, können wir primär nur geistiges Kapital in die internationale Waagschale werfen und vorwiegend das Know-how exportieren.

Aber auch für die Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen ist die Forschung eine unabdingbare Voraussetzung. Bedenken Sie doch, daß es einen Großteil der Produkte, die heute in unseren gewerblichen und industriellen Betrieben erzeugt werden, vor 30 Jahren noch gar nicht gab, sondern sie erst in den letzten Jahrzehnten vom schöpferischen Menscheng Geist erfunden und entwickelt wurden. Und die langfristige Entwicklung zielt weiterhin in Richtung der Produktion von hochwertigen und komplizierten Geräten, die ein hohes Maß an Forschungs- und Entwicklungsarbeit voraussetzen.

Unsere Volkswirtschaft wird daher auf Dauer nur dann international konkurrenzfähig bleiben und sein, wenn auch unsere Wissenschaft und Forschung den internationalen Standard zumindest halten können und eine entsprechende Forschungsgesinnung in unserer Bevölkerung vorhanden ist.

Und damit komme ich zum letzten Punkt, Herr Kollege Wille, nämlich dem Ansehen der Wissenschaft und Forschung in diesem Lande. Das Ansehen der Wissenschaft und Forschung war in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre ein sehr hohes, und es war relativ leicht, die Steuerzahler von der Notwendigkeit zu überzeugen, dafür auch etwas beizutragen. Es blieb der Frau Minister Firnberg vorbehalten, in den letzten Jahren dieses Ansehen wieder so weit herabzusetzen, besonders seit den unerfreulichen Debatten über das UOG, daß es nun so weit gekommen ist, daß die Wissenschaft bereits in Mißkredit gekommen ist. Die Frau Minister wurde ursprünglich mit großen Vorschußlorbeeren geschmückt, hat es dann zustande gebracht, innerhalb weniger Jahre unglaublich zu werden und den Kredit zu verlieren. Sie hat heute sämtliche Hochschulgruppen, sowohl Studenten wie auch Assistenten und Professoren, gegen sich. Die Studenten beklagen sich über den Platzmangel und über zu wenig Studentenheimplätze; die Assistenten über zu wenig Aufstiegschancen, und die Professoren sehen sich letztlich um die Frucht ihrer schweren und harten Arbeit gebracht.

Es herrscht also überall ein Klima der Resignation, und ein altes Sprichwort lautet: „Der Fisch stinkt vom Kopf.“ Und der Kopf sind noch immer – in diesem Fall – das Wissenschaftsministerium und die Frau Minister.

(Zwischenrufe bei der SPÖ.) Diese Regierung ist in ihrer Gesamtheit ins Schleudern geraten. Sie hat kläglich versagt, und daher ist es, meine Damen und Herren, nicht nur hoch an der Zeit, sondern höchste Zeit für einen Kurswechsel auch auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Thallhammer: Was haben Sie für einen Beruf? Das müssen Sie auch hier sagen! Das ist ja lächerlich, was Sie hier sagen! Unglaublich ist das!)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Hilde **Hawlicek** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß hier wohl dem Abgeordneten Frühwirth sagen: Wenn hier jemand unglaublich ist, dann ist er es, und ich kann es gleich an zwei Beispielen, die er heute hier genannt hat, beweisen.

Wenn Kollege Frühwirth hier behauptet, daß es Kunstberichte schon zur Zeit der ÖVP-Regierung gab, dann kann ich nur darauf hinweisen, daß der erste Kunstbericht der Bericht über das Jahr 1971 war, und da hatten wir bekanntlich schon eine sozialistische Regierung, Kollege Frühwirth. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weiters sagten Sie, daß die Frau Minister Ihnen im Wissenschaftsausschuß vom 10. Oktober falsche Auskunft gegeben hat. Kollege Frühwirth, ich habe hier das Protokoll und die Anwesenheitsliste. Sie haben gesagt, die Frau Minister Firnberg hat kühn behauptet, daß die Stellenpläne schon zugegangen sind. Das konnte die Frau Minister gar nicht kühn behaupten, sie war nämlich bei der Ministerratsitzung und ist erst beim zweiten Tagesordnungspunkt erschienen und nicht beim ersten, wo diese Frage diskutiert wurde, Kollege Frühwirth, und das war Ihre zweite falsche Behauptung. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth: Woher haben Sie ein Protokoll über den Ausschuß hier?)*

Ich habe das Protokoll der Nationalratssitzung, in der Sie dazu gesprochen haben. Auf Ihre allgemeinen Kommentare zur politischen Lage möchte ich hier gar nicht eingehen, denn zu solchen geschmacklosen Kommentaren äußere ich mich hier im Hohen Hause nicht, Kollege Frühwirth. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie hätten sich mit Ihrem Kollegen Ermacora ein bißchen absprechen sollen. Sie meinen, die Frau Minister lasse die Zügel schleifen. Kollege Ermacora sprach aber von Eingriffen, und besonders befremdend habe ich es empfunden, daß er von Eingriffen im Zusammenhang mit der demokratisch durchgeführten Rektorswahl und

11290

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Hilde Hawlicek

mit gesetzmäßig durchgeführten Bestellungen gesprochen hat. Und noch befremdender war es für mich, daß Kollege Ermacora hier wortwörtlich die Argumentation von politischen Kräften außerhalb des Hauses hier gebraucht hat, die von autonomiefeindlicher Handlungsweise und von Desavouierung der nichtsozialistischen Mehrheit der österreichischen Hochschullehrer sprechen. Das hat nämlich der Generalsekretär des Akademikerbundes Dr. Melis getan, als die Frau Minister sich angemacht hat, aus dem ihr zugegangenen Dreier-Vorschlag nicht den Erstgereihten zu berufen, sondern den Kandidaten, der ihr am besten erschienen ist. Und im Falle des Professors Scarbath aus Hamburg, um ihn handelt es sich nämlich, er ist außerdem beileibe kein Sozialist, sprechen Sie von Parteipolitik. Jener Professor arbeitet nämlich auf dem Gebiete der Sexualerziehung. Und das – pfui! –, das ist natürlich „links“. Es ist hier überhaupt interessant, welche Bereicherung die Definition von „links“ hier an diesen zwei Fällen, Rektorswahl und Bestellung Universität Innsbruck, erfahren hat. „Links“ ist nämlich in Ihren Augen, wer nicht vom CV unterstützt wird, das ist nämlich der Professor Platzgummer gewesen, und Herr Professor Troger, der sich selbst als „rechts von der Mitte“ fühlt, ist also schon Ergebnis von Eingriffen von unserer Seite her. Und „links“ ist, wie im Falle Innsbruck, der, der auf dem Gebiet der Sexualerziehung arbeitet. Daran hätte Freud seine Freude.

Aber Freud und Spaß beiseite, es ist ganz einfach ungeheuerlich, daß bei demokratischen Wahlentscheidungen und bei rechtmäßigen Berufungen Kampagnen dieser Art einsetzen. Das ist der Arbeit an den Hochschulen abträglich und dem Klima an den Hochschulen, und dagegen wehren wir uns, weil wir die Aufgabe der Hochschulen für viel zu wichtig ansehen, als sie durch solch unqualifizierte Quengeleien stören zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist ganz einfach lächerlich, von sozialistischer Parteipolitik an den Hochschulen zu sprechen, wie es der neue und sichtlich profilierungssüchtige Generalsekretär des Akademikerbundes getan hat, wenn – Kollege Frühwirth, das müßten Sie ja wissen – bei den letzten Personalvertretungswahlen die von Ihnen angeführte ÖVP-Liste immerhin 85 Prozent bekommen hat. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth: Es gab keine ÖVP-Liste!)* Aber es haben sogar 473 Hochschulprofessoren und Assistenten, das sind 12 Prozent, gewagt, für die Liste der sozialistischen Hochschullehrer zu stimmen. *(Abg. Dr. Wiesinger: Es gewagt? Wir haben ja eine geheime Wahl!)* Und darin sehen Sie bereits Zeichen sozialistischer Perso-

nalpolitik? Damit machen Sie sich ja lächerlich! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Frühwirth, ich kann Ihnen nur das eine sagen: daß wir nämlich im Gegensatz zu den CV-Packeleien zu Zeiten der ÖVP-Minister in der Zeit der sozialistischen Regierung eine offene Personalpolitik betreiben mit dem Prinzip der sachlichen Qualifikation. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und daher, sehr geehrte Damen und Herren, freuen wir Sozialisten uns, wenn wir heute hier feststellen können, daß das Budgetkapitel Wissenschaft und Forschung erstmals die 8-Milliarden-Grenze überschritten hat. Für uns sind diese Steigerungen nicht Augenauswischereien, wie sie es für Ihren Kollegen Blenk sind, für mich und für meine Fraktion sind sie Ausdruck einer erfolgreichen Wissenschaftspolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn heute über die Prozentzahl des Anteils am Gesamtbudget von 2,8 Prozent so viel gesprochen wurde, dann sehen wir es als einen Erfolg an, daß wir in der Zeit einer sparsamen Budgetpolitik diesen Platz behaupten konnten. Allerdings konnten wir diesen Platz steigern und verbessern, wenn wir mit den Leistungen in der ÖVP-Politik vergleichen. Denn da haben Sie es verstanden, konstant in all den drei Jahren auf 2,17 Prozent Anteil des Wissenschaftsbudgets am Gesamtbudgets zu bleiben.

In den Jahren der ÖVP-Regierung, das muß man wohl auch einmal heute sagen, ist nämlich das Wissenschaftsbudget von 1,7 auf 2 Milliarden Schilling, also insgesamt um 300 Millionen Schilling, in drei Jahren gestiegen, das ist die Hälfte des Steigerungsbetrages, den wir allein vom Jahr 1978 auf das Jahr 1979 haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das war nämlich die Hochschulpolitik der ÖVP-Regierung! Diese Bedeutung messen Sie der Hochschulpolitik bei, wenn Sie Verantwortung in unserem Land tragen können.

Dieselbe ÖVP, die Fragen der Hochschulpolitik letztendlich und Fragen der Forschungspolitik überhaupt nicht behandelt hat *(Abg. Dr. Gruber: Wer hat denn ein Forschungsförderungsgesetz gemacht?)*, geniert sich hier nicht, die erfolgreiche Bildungspolitik der sozialistischen Regierung anzugreifen. Aber das ist eben Ihr Rezept von der Volkspartei: Selbst nichts leisten, aber Erfolge der sozialistischen Regierung kritisieren, und das, indem Sie uns auf der einen Seite Verschwendung vorwerfen und auf der anderen Seite noch mehr Ausgaben verlangen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber ich ärgere mich hier gar nicht über Sie, Kollege Frühwirth, ich halte es nämlich hier mit

Dr. Hilde Hawlicek

dem chinesischen Weisen Konfuzius, der meinte: „Fordere viel von dir selbst und erwarte wenig von anderen, so wird dir Ärger erspart bleiben.“

Ich erwarte nämlich nichts von der ÖVP und ich versichere Ihnen, daß auch die österreichische Bevölkerung wenig bis nichts von Ihrer Politik erwartet, damit sie sich nämlich Ärger erspart. Das haben wir bei den letzten drei Nationalratswahlen gesehen, und das werden Sie bei den nächsten wieder erleben. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Frühwirth, alle Jahre wieder urgieren Sie hier die Unübersichtlichkeit bei den Dienstposten. *(Abg. Dr. Gruber: Als Wiener Abgeordnete würde ich etwas zurückhaltender sein!)*

Das war das zweitbeste Landtagsergebnis in der Geschichte seit 1945, Kollege Gruber. Ich brauche mich wegen dieses Ergebnisses nicht zu schämen. Sie wären froh, wenn Sie einmal ein ähnliches Ergebnis im Bundesland Wien erzielen würden. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Mit 41 Prozent der Wiener Wahlberechtigten!)*

Sie gestatten mir jetzt, daß ich Kollegen Frühwirth über den Dienstpostenplan aufkläre *(Abg. Dr. Frühwirth: Sehr gut!)*, weil er nämlich ... *(Abg. Dr. Gruber: Reden wir von etwas anderem!)* Ich spreche zum Thema, Kollege Gruber. Ich könnte auch gerne über Landtagswahlen sprechen. Ich bin hier gemeldet zum Kapitel Wissenschaft und Forschung, und dazu habe ich jetzt zu sprechen. *(Abg. Dr. Gruber: Es hat Sie ja niemand bewogen, über die Wahlergebnisse zu reden! Sie haben sich ja selbst aufs Glatteis begeben!)*

Kollege Frühwirth, Sie kennen sich jetzt schon jahrelang nicht aus, was den Dienstpostenplan betrifft. Darf ich Sie hier informieren - die Frau Minister hat es zwar bereits in ihrer Wortmeldung getan -, daß von 1970 bis 1979 die Zahl der Dienstposten insgesamt um 3 658 gewachsen ist, daß die Zahl der Professoren um 846, die Zahl der Assistenten und des wissenschaftlichen Personals um 1 600 und die des nichtwissenschaftlichen Personals um 1 213 gewachsen ist.

Kollege Frühwirth, ich verstehe nur nicht, warum Sie hier ausdrücklich Personalzahlen urgieren, denn ich stelle mir vor, Sie wissen nicht, was im budgetpolitischen Konzept der ÖVP über Dienstposten des Bundes steht. Denn gleich der erste Schwerpunkt der Budgetsanierung ist die Verminderung des Personalstandes des Bundes bis 1984 um durchschnittlich ein Prozent jährlich. Dabei steht: Ausnahmen gibt es nur im Bereich der Sicherheit und der Kontrolle.

Und damit ja kein Irrtum entsteht, daß

vielleicht der Bildungsbereich auch gemeint sein könnte, steht gleich im zweiten Schwerpunkt: Im Bereich der Bildung müssen alle kostspieligen Experimente zurückgestellt werden. - Das heißt natürlich, auch eine Kürzung der Dienstposten im Bildungsbereich.

Die Volkspartei kritisiert die Steigerung der Zahl der Bundesbediensteten. *(Abg. Dr. Frühwirth: Verwaltungsbeamte in Zentralstellen!)* Aber Sie müßten ja wissen, Kollege Frühwirth, daß allein 96 Prozent der Dienstposten, die in der Zeit der sozialistischen Regierung gestiegen sind, aus dem Bildungsbereich stammen.

Sie wollen noch mehr, Kollege Frühwirth, und das ist löblich, aber Ihr Parteiboss und Ihre Partei möchten kürzen. Sie wollen nämlich in Ihrem budgetpolitischen Konzept - das steht hier wortwörtlich auf Seite 2 - den Personalstand des Bundes auf das Jahr 1970 zurückführen.

Das heißt, Sie wollen nahtlos an das Jahr 1970, an die ÖVP-Regierung anschließen, was auf dem Sektor der Bildungspolitik Herbeiführung des damaligen Bildungsnotstandes bedeuten würde.

Aber in der Geschichte kann man das Rad nicht zurückdrehen. Sie möchten am liebsten die sozialistischen Regierungsjahre ungeschehen machen, weil nicht sein soll, was nicht sein darf. Aber die Leistungen der Sozialisten, die unsere Gesellschaft und die das Leben aller Österreicher in den letzten neun Jahren geprägt haben, sind Gott sei Dank irreversibel. Das gilt auf dem Gebiet der Bildungs- und der Rechtspolitik, das gilt für alle Bereiche.

Fragen Sie die Österreicher, ob sie jetzt die Pensionen, die Löhne, Gehälter, die Familienbeihilfen, die Sozialleistungen des Jahres 1970 wollen. Die Bevölkerung ist froh über die Veränderungen und Verbesserungen, die die sozialistische Regierung gebracht hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Fragen Sie Ihre Kollegen an den Hochschulen. Von dort haben Sie nämlich heuer keine Schützenhilfe erhalten. Die Frau Minister hat schon erwähnt, daß sie mit Dankesbriefen überschüttet wurde. *(Abg. Dr. Gruber: Überhäuft!)* Richtig! Es wurde das heurige Budget mit „Dank und Befriedigung“ akzeptiert.

Ich möchte hier nicht anstehen zu bemerken: Ich habe im letzten Jahr die Rektorenkonferenz, vor allem Rektor Komarek, sehr kritisiert. Ich möchte heuer meiner Freude Ausdruck verleihen, daß diesmal die Rektorenkonferenz in der Sitzung vom 24. Oktober sogar der Frau Bundesminister die Unterstützung bei den alljährlichen Budgetverhandlungen zugesichert hat. Ich

Dr. Hilde Hawlicek

möchte den Rektoren hier herzlich dafür danken. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Sie möchten sich bei den Rektoren dafür bedanken, daß sie sich bedankt haben!)* Und daß sie sie weiterhin unterstützen wollen; für beides, Kollege Gruber.

Sehr positiv empfinde ich es auch, daß die Rektorenkonferenz von ihrem Recht Gebrauch macht, Vorschläge zur Studienreform zu unterbreiten. Es gibt hier nämlich nicht ein kleines rotes Buch, Kollege Gruber, sondern zwei große rote Bücher ... *(Abg. Graf: Das ist ein Erfolg, ein großes rotes Buch wäre wenig, aber zwei, das ist ein Erfolg!)* ... der österreichischen Rektorenkonferenz. Und hier wird einleitend von Rektor Seitelberger festgestellt: „Lamentationen und Raunereien, Feststellungen und Analysen sind in ausreichender Zahl vorhanden und allzu bekannt. Wir wollen an die Arbeit gehen.“ – So die Rektoren. Und das sollten Sie sich im Parlament auch zu Herzen nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

An den Hochschulen erkennt man nämlich bereits, was Sie hier noch nicht erkannt haben: daß man weg vom elfenbeinernen Turm und hin zur sozialen Verantwortung kommen muß. Dieser Bewußtseinsbildungsprozeß, der sich in den letzten Jahren, eben in den Jahren der sozialistischen Regierung, vollzogen hat, ist ebenfalls irreversibel.

So wird in all diesen Arbeiten der Rektorenkonferenz darauf hingewiesen, daß die erste Phase der Hochschulreform abgeschlossen ist und daß es jetzt um die zweite Phase, um die Realisierung und praktische Verarbeitung der ersten geht. Jetzt liegt es vor allem bei den Universitätsangehörigen selbst – Kollege Frühwirth und Kollege Ermacora sind in der glücklichen Lage, daß sie auch dazugehören –, sich auf die neue Situation einzustellen und sich zum Gegenstand der Reform zu machen.

Professor Heintel – ich zitiere wörtlich – meint: „Die Universität ist kein geschützter Bereich, kein gesellschaftsfreier Raum mehr. Sie kann nur überleben, wenn sie sich selbst als politische Institution versteht.“

Und Universitätsassistent Lenz formuliert die Verantwortung der Universität für die Studienanfänger folgendermaßen: „nämlich wissenschaftliche Erkenntnis und den Weg dorthin letztlich so aufzubereiten, daß der Prozeß Wissenschaft in Kontrolle und Verfügungsgewalt aller kommt und nicht Entscheidungsreich einer Minorität bleibt oder wird.“

Dazu können wir uns vollinhaltlich bekennen, denn der Karl Renner-Satz „Die Wissenschaft muß Sache des ganzen Volkes sein“ hat auch

Eingang in unser neues Parteiprogramm gefunden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte vielleicht noch erwähnen, daß Rektor Komarek aus Vorschlägen dieser Arbeiten erst Anfang dieser Woche eine Studieneingangsphase angeregt hat. Wir begrüßen es, daß diese Fragen diskutiert und Überlegungen dazu angestellt werden. Ich möchte nur schon jetzt klarstellen, daß wir ja sagen zu der Studieneingangsphase, wenn es sich um eine begleitende Bildungsberatung, um eine bessere Beziehung zur Arbeitswelt, um Verhinderung der Drop-out-Raten handelt, daß wir aber ein entschiedenes Nein sagen müssen, wenn es eine versteckte Aufnahmeprüfung – sprich ein Numerus clausus – sein sollte. Denn darauf sind wir Sozialisten stolz, daß es uns gelungen ist, die Universitäten für alle Bildungswilligen und Begabten zu öffnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf zusammenfassend sagen, daß der weitere planmäßige Ausbau der Universitäten und Hochschulen gesichert ist, und das betrifft alle Bereiche des Hochschulwesens, von der Ausstattung mit Sach- und Personalmitteln über Einrichtung und Ausstattung mit wissenschaftlichen Geräten bis zu der bibliothekarischen Ausstattung, die heute noch nicht hervorgehoben wurde, darum darf ich es jetzt noch tun. Wir hatten noch nie so viel Bibliotheksbauten wie jetzt. Seit 1976 sind zum Beispiel neu 1,4 Millionen Bücher auf 11 000 Quadratmetern Fläche untergebracht worden, und zurzeit werden weitere 2 Millionen auf 19 000 Quadratmetern untergebracht.

Wir haben ebenfalls, was heute schon erwähnt wurde, große Bauvorhaben von 5 Milliarden auf dem Universitätssektor, wie es noch nie der Fall war. Und das alles in einer Zeit, in der das Hochschulbudget in anderen Ländern rückläufig ist!

Sehr geehrte Damen und Herren! In die Geschichte der österreichischen Hochschulpolitik wird das vergangene Jahrzehnt als das Jahrzehnt des Hochschulausbaus und vor allem als das Jahrzehnt der Hochschulreform, der Demokratisierung von Wissenschaft und Forschung eingehen. Und das war die Leistung sozialistischer Wissenschaftspolitik, das war die Leistung der sozialistischen Regierung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Fortschritte und Erfolge lassen wir uns hier nicht wegdiskutieren. Wir werden sie im kommenden Jahrzehnt fortsetzen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Amtmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Amtmann** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soeben, beim zum Teil verzweifelten, zum Teil heiteren Anhören der Ausführungen der Frau Kollegin Hawlicek, habe ich mir gedacht, wie in etwa zwei Kritiker sich über sie, falls sie eine Kollegin wäre, äußern würden. Das müßte, glaube ich, dann ungefähr so klingen: A unhamlich guate Kritik für a unhamlich schlechtes Stück! So ähnlich, glaube ich, und nicht anders müßte man das sagen.

Ich will mich ja zu den übrigen Damen und Herren, die sich hier als Beschöniger, Beschwichtiger und Claqueure der Regierung erwiesen haben, nicht weiter äußern, gestatte mir aber, zwei Bemerkungen, vielleicht einmal zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten Schnell und einmal zu den Ausführungen des Herrn Ministers, zu tun.

Der Herr Präsident Schnell hat gemeint und ausgeführt, die letzten zehn Jahre wären im Bildungsbereich so etwas, was noch nie dagewesen wäre. Herr Präsident! Sie haben recht, es ist tatsächlich sehr lange und niemals Ähnliches dagewesen, nämlich erstens: Es war wirklich nie der Fall, daß die Jugend zum Wegwerfen erzogen wurde. Zweitens: Es war wirklich nie der Fall, daß hohe Schulbeamte als Redakteure bei einer gegen die Schule aufwiegelnden Zeitung ungestraft tätig waren. Und drittens: Es war wirklich nie der Fall, daß Kanzler und Abgeordnete, allerdings nur Ihrer, der Sozialistischen Partei angehörende, die österreichischen Lehrer mit Äußerungen, die gehört zu haben ich mich schäme und die ich niemals wiederholen möchte, diffamiert haben. Das war wirklich niemals der Fall. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Weihrauch, Herr Präsident, den Sie hier gestreut haben, war, glauben Sie mir, nicht von gutem Geruch. Genauso, wie Sie blind für gewisse Verfallserscheinungen im Bildungsbereich sind, müssen Sie blind gewesen sein, als Sie den Weihrauchkessel für dieses Weihrauch-austeilen gefüllt haben, denn es war nicht der Rauch der Bescheidenheit, Herr Präsident, der dem Kessel entströmte, sondern es war der Rauch der Aufschneiderei.

Herr Minister! Sie haben gesprochen von der Bereitschaft und von der Bereitwilligkeit der Sozialistischen Partei zur Zusammenarbeit mit der Österreichischen Volkspartei. Wir haben gestern so in etwa den Abschluß eines Paradebeispiels in dieser Richtung gehabt. Begonnen hat es damit, daß der Bundesparteiohmann Dr. Taus vorgeschlagen hat, gemeinsam mit den Teilhabenden am Parlament, also auch mit der Sozialistischen Partei, eine Garantie für die Pensionen zu geben. Die Sozialistische Partei hat die Garantie abgelehnt.

Es ist weitergegangen: Die Österreichische Volkspartei hat einen Antrag im Parlament auf Pensionsgarantie eingebracht. Die SPÖ hat ihn abgelehnt und dann in der Folge selbst einen eingebracht, aber nichts anderes als einen verwässerten Abklatsch.

Wenn das die Form der Zusammenarbeit ist, von der Sie gemeint haben, daß die SPÖ bereit wäre, sie zu vollziehen, dann muß ich sagen: Sie ist nur eine scheinbare.

Sie haben, Herr Minister, eine Aussage gemacht: Wir sammeln zunächst Erfahrungen, bevor wir dann die Taten setzen. – Es mag sein, Herr Minister, daß Sie Erfahrungen gesammelt haben, aber gestatten Sie mir die Bemerkung: Gelernt scheinen Sie daraus nichts zu haben.

Sie haben gemeint, Herr Minister, man könnte in Österreich mit einem Motorfahrzeug binnen 30 Minuten jede höhere Schule erreichen. Das ist vielleicht für die Kinder von Niki Lauda möglich, falls er seinen Boliden zum Schulfahren der Kinder zur Verfügung hat, oder Sie sind der Auffassung, daß man unter „Motorfahrzeug“ auch ein Motorflugzeug beziehungsweise einen Hubschrauber versteht.

Ich habe früher, Herr Minister, in dieser Antwort auf Ihre Ausführungen gesagt, daß Sie nichts gelernt haben aus den Erfahrungen, die Sie gesammelt haben. Nun, in dem Vorangesagten liegt der Beweis: Solange Sie, Herr Minister, die Entwicklung, das Entstehen und Geschehen im Unterrichtsbereich nach Autominuten messen, ist Ihnen, so kann ich Ihnen versichern, der wahre Gehalt dessen, was wir vom Unterricht erwarten, sicherlich noch nicht klar geworden.

Ich darf nun in der Folge zu meinen vorbereiteten Ausführungen übergehen und mich mit Rücksicht darauf, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Zeit drängt und man von jedem Abgeordneten Zeitdisziplin erwartet, sehr streng an das Konzept halten.

Als buntes Buch in der Aufmachung einer Anleitung für die Vorführung von Kartenkunststücken präsentiert sich der Bundesvoranschlag 1979. Übergetitelt wird das Ganze als „Doppelstrategie“, erweisen, meine sehr geehrten Damen und Herren, tut er sich jedoch bei genauer Sichtung als doppelter Boden.

Ein Beispiel: bei einer Gegenüberstellung der steigenden Arbeitslosigkeit im OECD-Bereich sind in der Arbeitslosenzahl Österreichs die sich auf Umschulung befindlichen Arbeitslosen schamhaft nicht genannt. Der Titel „Doppelstrategie“ soll also dann wahrscheinlich nichts anderes heißen als: Was guttut, sagen, was nicht guttut, verschweigen!

Die Gegenüberstellung, die da zu sehen ist,

11294

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Ing. Amtmann

erfolgt so, daß der tatsächlichen Zahlengröße nach die Zahlen der Vergleichsländer, nach oben zunehmend, übereinandergeschrieben werden. Daß bei so einer Darstellung Österreich, mit weit größeren Ländern verglichen, gut aussieht, ist völlig klar. Wieder Doppelstrategie, meine sehr geehrten Damen und Herren: Verglichen wird eine geschönte Zahl mit den Zahlen von Ländern, die bis zu siebenmal größer sind als Österreich.

Dieser Stil einer Berichterstattung über die Regierungstätigkeit ist vergleichbar mit einem Kartenspieler, der mangelndes Können durch Tricks oder Schmähs ausgleicht. Wenn er dann dabei erwischt wird – und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein weiteres Merkmal dieser Regierung –, ist er zutiefst über den empört, der es gewagt hat, dies zu tun. Im allgemeinen unterstellen Sie uns dann alles Schlimme, nur das nicht, was es ist, nämlich eine tatsächliche Tatsachendarstellung. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ-Seite, sollten lieber schweigen. Wissen Sie, warum? – Sie sind die Kiebitze, die bei diesem Schwindelkartenspiel schweigend und duldend dabei zusehen, wie man den Bürgern das Fell über die Ohren zieht. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Es mag ja ganz lustig sein und auch programmkonform, so locker aus der Hand oder aus dem Ärmel zu regieren. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird dabei alles andere auch locker oder, besser umschrieben, morbid. Oder glauben Sie, daß die Zulassung von Aufführungen aus dem „Souffleurkasten“, dessen Inhalt eine Bereicherung nahezu der schärfsten Pornoliteratur darstellen könnte, in Schulen anders bezeichnet werden kann als „morbid“?

Dieser Stil beziehungsweise diese Mentalität hat bereits in allen Bereichen Platz gegriffen. Leider, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch – und da ist es besonders schädlich – im Bildungs- beziehungsweise im Ausbildungsbereich, der unserer Jugend gewidmet ist. Es wurde dies bereits zitiert.

Wenn, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allen Dingen Herr Minister, zugelassen wird, daß Beamte des Schulbereiches, die sicherlich in einer Kategorie sind, die man als hoch bezeichnen kann, mitwirken bei einer Zeitung, die gegen die Schule aufwiegen soll, dann, muß ich sagen, ist das nicht der Weg, den man sich erwarten kann von einer positiven Bildung, von einer positiven Gestaltung des Geschehens für unsere Jugend.

Was tun Sie dagegen? – Nichts! Und man

beginnt sich allmählich zu fragen: Ist dieses Nichtstun gewollt oder ungewollt oder übersieht man da absichtlich gewisse Dinge?

Verfolgt man zum Beispiel oder liest man zum Beispiel die Ausführungen des Kanzlers, des Finanzministers, des Bundesministers für Unterricht und Kunst, findet man sie gespickt mit „mehr Millionen“, „mehr Milliarden“, „mehr Schüler“, „mehr Lehrer“, „mehr Schulen“. Alles nur Quantität, meine Damen und Herren! Nichts, rein gar nichts wird ausgesagt über Qualität, worauf es letzten Endes ankommt.

Mich erinnert dieses Millionen- und Milliardenpiel, dieses Aufzählen immer wieder an einen Neureichen – neuerdings haben Sie ja einen in Ihren Gruppierungen als Zinshausherrn –, der mit Geld und protzigem Gehabe den Mangel an Stil und gutem Geschmack zu ersetzen versucht.

Es geht, Herr Minister, nicht um mehr Milliarden, mehr Millionen oder mehr Schulen, die man aufzählen kann, sondern es geht um das Mehr an immateriellen Werten, die wir unserer Jugend mitgeben sollen, um diese mehr und mehr aus den Fugen geratende Welt meistern zu können. Und zu diesem Aus-den-Fugen-Geraten, meine sehr geehrten Damen und Herren, tragen Sie für den Österreichbereich einiges bei. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Werte, die ich gemeint habe, werden durch linkssozialistische bildungspolitische Ansichten nicht nur nicht gefördert, sondern im Gegenteil noch eher abgebaut. Betrachten wir doch als Beispiel die Tendenzen Ihrer Linksgruppierungen, unter anderem das Abschaffen der Noten. Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wohin das führt? – Das führt dahin, daß der Anreiz zur Leistung verlorengeht, daß die Freude, Wissen zu haben, verlorengeht, daß die Freude, etwas erreicht zu haben, verlorengeht und daß der Mensch in ein stumpfes apathisches Dasein schlittert und zur willenlosen Marionette wird.

Warum sage ich das, Herr Minister? – Weil eine so gehandhabte Unterrichtspolitik in den Abgrund führt, Sie sich dieser Entwicklung nicht entgegenstellen und mit einer Art lockerer Laissez-faire-Haltung die Dinge einfach laufen lassen.

Es vollzieht sich, immer mehr sichtbar werdend, ein steter Verschlampungsprozeß. Oberflächlichkeit wird immer mehr Trumpf, der Schulerfolg wird geringer, und das wird von Ihnen wohlweislich verschwiegen.

Die ganze sozialistische Bildungspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt mir vor wie ein Luftballonaufbläser, der mit

Ing. Amtmann

hochrotem Kopf und kugeligen Backen in einen bereits vollen Ballon immer weiter hineinbläst, bis er sich selbst oder den Ballon zum Platzen bringt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Hoffentlich, meine Damen und Herren, platzt nicht der Ballon, um den wäre es nämlich schade, denn er enthält neben dem Odem desjenigen mit dem roten Kopf auch die Bildungskapazität unserer Jugend und damit unserer Zukunft. *(Zwischenrufe und Heiterkeit bei der SPÖ.)* Sollte Ihre Bildungspolitik platzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das weiter nicht so tragisch, denn was verlorengelht, ist nicht von besonderem Wert. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Je lauter Ihre Zwischenrufe und Ihre Beteiligung an meinen Ausführungen werden, umso mehr bin ich überzeugt, daß ich anscheinend doch Ihr Gewissen zum Nachdenken erweckt habe. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Gestatten Sie mir, Herr Minister, auf drei von Ihnen unterspielte und ungelöste Probleme hinzuweisen und auch mögliche Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

Da ist einmal die Frage der Bildungsökonomik. Sie haben, Herr Minister, vor einiger Zeit gemeinsam mit Ihrer Kollegin, der Frau Minister für Wissenschaft und Forschung, recht schnoddrig erklärt, daß sich von Bildung nicht das Recht ableitet, einen ihr entsprechenden Arbeitsplatz zu bekommen. Nun aber, Herr Minister, geschätzte Frau Minister - verzeihen Sie, daß ich Sie nicht vorher genannt habe, Sie sitzen in der Reihenfolge anders, aus meiner Sicht gesehen -, da die Zahl jener, die nach abgeschlossener Ausbildung keinen entsprechenden Arbeitsplatz mehr finden, immer größer wird, kann man, glaube ich, diese Einstellung nicht mehr als schnoddrig, sondern nur mehr als unverantwortlich bezeichnen.

Die Bildungsaufwendungen kommen ja nicht von irgendwo, sondern sie sind Ergebnis der Arbeit der Bürger des Staates, die Sie genauso vertreten, wie wir sie hier vertreten, meine sehr geehrten Damen und Herren, und sollen eine Investition für eine gesicherte Zukunft darstellen.

Ein arbeitsloser Höchstgebildeter kann leider weder seine eigene noch die Zukunft anderer sichern, und so manche der davon Betroffenen wählen ein Studium oder Weiterstudium in Ermangelung eines Arbeitsplatzes. Die Aufwendungen für ein solches Studium, Herr Minister, könnten, sinnvoll eingesetzt, den Arbeitsplatz dessen sichern, der, weil er keinen findet, das Studium wählt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Richtige Bildungsberatung, eine weder teure

noch schwierige Einrichtung, ist über eine Alibipräsenz noch nicht hinausgekommen, aus meiner Sicht gesehen, obwohl sie einen großen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten könnte. Ohne Zweifel bemühen sich die Bildungsberater an den Schulen sehr, aber das System, das Sie eingeführt haben, ist nicht das richtige und läßt die Bildungsberatung nicht so wirksam werden, wie es sein sollte.

Es könnte zum Beispiel, Herr Minister, eine gute und wirksame Bildungsberatung ohne weiteres Amt und ohne zusätzliche Kosten für Personal erreicht werden, wenn Sie die Lehrer vermehrt hiezu einsetzen würden. Es wäre nicht viel mehr erforderlich, als den Lehrern Arbeitsmarktpagnosen und Berufswahlempfehlungen auszufolgen und die erforderliche Zeit in den Lehrplänen vorzusehen beziehungsweise aufzunehmen. Gerade der Lehrer, der die Kapazität des Schülers und der die Begabungen des Schülers kennt, wäre der Richtige, die Bildungsberatung zielvoll und sinnvoll vorzunehmen.

Ein weiteres Problem, das durch Unterspielen und Beschwichtigen, was heute auch schon angeklungen ist, nicht beseitigt werden kann, ist die nicht mehr zu übersehende Lehrerarbeitslosigkeit. Es steht fest und ist bekannt, daß in Wien, Burgenland, Kärnten und in Teilen Salzburgs keine Lehrer mehr aufgenommen werden. In der Steiermark und in Niederösterreich ist es im nächsten Jahr soweit. Die Situation wird sich in den Folgejahren noch weiter verschärfen, da es einerseits mehr Absolventen der Pädagogischen Akademien als andererseits Abgänger aus Pensionsgründen geben wird.

Der Abbau der restlichen Überstunden der Lehrer, wie zum Beispiel als Möglichkeit der Besserung angedeutet wird, hat ohne Zweifel nicht viel mehr Wirkung als der berühmte Tropfen Wasser auf den heißen Stein.

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen, die als Hoffnungsschimmer im Raum stehengeblieben ist, wird auch nicht als Allheilmittel zu verwenden sein, denn man kann sie ja nicht übertreiben, und die Situation der Länder ist sehr unterschiedlich.

Es müssen daher auch andere Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Eine davon, Herr Minister, wäre die Einführung einer Teilzeitarbeit für Lehrer. Dies könnte so erfolgen, daß die Stundenverpflichtung auf Ansuchen gesenkt wird und der Bezug der Senkung entsprechend angepaßt wird. Eine große Zahl von Lehrerinnen, die auch Hausfrauen sind, würden ohne Zweifel von einem solchen Angebot im Interesse ihrer Familie Gebrauch machen, wodurch ein nicht unerheblicher Lehrerbefarf eintreten würde.

11296

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Ing. Amtmann

Und letztens: Ein drittes Problem, das gelöst werden muß, verursacht das Gratisschulbuch.

Trotz wiederholter Ankündigungen, die Kosten zu senken, ist eine Senkung tatsächlich nicht eingetreten. Darüber hinaus wird immer mehr ein negativer Nebeneffekt der fast schon auswuchernden Zunahme der Schulbücher sichtbar. Nach und nach nimmt das Schulbuch eine Art Rahmenlehrplanfunktion ein und ist Ursprung einer unnötigen und die Schüler überfordernden Stoffausweitung. Bei der Approbation der Schulbücher müßte auf diesen Umstand mehr geachtet und ein Schulbuch, wenn es notwendig ist, auch in seinem Umfang reduziert werden: nicht nur, daß die genannte Nebenwirkung ausbleiben würde, das Buch und damit die gesamte Maßnahme als solche würde auch erheblich billiger werden.

Eine Möglichkeit, Herr Minister, von der ich annehme, daß sie zu einer starken Kostensenkung führen würde, sollte auch geprüft werden. In bestimmten Schulen ist vor dem Schulbuch sehr viel mit Skripten gearbeitet worden, die die Lehrer gemacht haben. Ein solches Skriptum kann ein Schulbuch durchaus ersetzen und ist weitaus billiger. Ich halte es sogar pädagogisch – wohlgeordnet: nur in bestimmten Schulen und nur für bestimmte Gegenstände – für besser, da es lehrplanidenter und klassenspezifischer ist.

Ohne Zweifel würde damit auch unserer Lehrerschaft die Möglichkeit gegeben, ihre ohnehin äußerst kargen Bezüge durch eine Maßnahme, die dem Staat weniger Auslagen auf einer Ebene verursacht, zu verbessern. *(Unruhe.)*

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren... *(Rufe bei der SPÖ: Endlich! Höchste Zeit!)* Ich freue mich, daß Sie darauf warten, daß ich fertig bin, denn dadurch bekunden Sie mir, daß ich anscheinend doch eine Ihnen nicht sehr angenehme Wahrheit hier auf den Tisch gelegt habe. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die drei erläuterten Probleme, Herr Minister, konnten Sie wie so manche andere leider – leider, möchte ich betonen – nicht lösen, denn sie sind nach wie vor existent. Herr Minister! Sie beginnen, fürchte ich, Ihren erfolglosen Kollegen immer ähnlicher zu werden, und es bedarf hier nun wohl genauso dringend wie in anderen Bereichen der Konzepte der Österreichischen Volkspartei. Diese Konzepte, Herr Minister, kann ich Ihnen versichern, sind Erfolgskonzepte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Höchtl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mag. **Höchtl** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine

sehr verehrten Damen und Herren! Am Schluß der Debatte zu den Kapiteln Unterricht und Wissenschaft ist es notwendig, auf einige Bereiche einzugehen, die zwar im Lauf der Debatte angeschnitten worden sind, aber doch nicht eine entsprechende Aufklärung seitens des Ministers erhalten haben.

Ich möchte zunächst einmal auf den Problem-bereich des Schülervertretungsgesetzes hinweisen.

Herr Minister! Tatsache in diesem Bereich ist, daß es bisher zwar Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Schüler in den Schulen gibt, aber keinerlei Mitgestaltung auf jenen Ebenen, die über die schulische Ebene hinausgehen. Und dafür wollten wir von der Österreichischen Volkspartei eine Regelung finden, die den Schülern auch auf Landes- und auf Bundesebene die Möglichkeit gibt, ihre berechtigten Anliegen vertreten zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wenn Sie in Ihrer Antwort auf eine entsprechende Behandlung dieses Schülervertretungsgesetzes durch unseren ersten Redner, Herrn Dr. Gruber, gesagt haben, Sie betrieben eine bildungspolitische Linie mit Konsequenz, dann muß ich Sie fragen, worin denn Ihre Konsequenz in diesem Bereich tatsächlich besteht.

Sie wissen, daß seit dem Jahre 1973 andauernd Ankündigungen Ihrerseits gemacht worden sind, daß andauernd den Schülern diesbezüglich Hoffnungen gemacht worden sind, und weil Sie bis zum Jahre 1976 keinerlei derartige Initiative in Form eines Antrages unternommen haben, waren es wir von der Österreichischen Volkspartei, die am 30. November 1976 einen diesbezüglichen Initiativantrag hier im Haus eingebracht haben, weil wir glauben, daß es nicht angeht, die Schüler andauernd mit Hoffnungen auszustatten, ohne darauf dann die entsprechenden Taten folgen zu lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie war dann die Behandlung weiter? – Als wir nach einigem Drängen endlich einmal einen Termin in einem Unterausschuß des Unterrichtsausschusses bekommen haben, war Ihre gesamte Antwort nicht eine intensive Diskussion, sondern ein einfaches Njet.

Ich glaube, Herr Minister, das ist alles andere als eine konsequente Bildungspolitik. Diese Bildungspolitik ist vielmehr durch das Wort „Inkonsequenz“ ausgezeichnet. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben ganz einfach in diesem Bereich des Schülervertretungsgesetzes einen Zickzackkurs verfolgt, Sie haben eine andauernde Wechsellpolitik von Ankündigungen und Rückziehen betrieben, Sie haben Versuche gestartet, die

Mag. Höchtl

einzelnen Gruppen gegenseitig auszuspielen, aber, Herr Bundesminister – auch das sei Ihnen hier gesagt –, Sie haben in der Vergangenheit dieses gegenseitige Ausspielen nicht erfolgreich betreiben können und Sie werden auch in der Zukunft mit dieser Taktik keinen Erfolg haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir von der Österreichischen Volkspartei werden jedenfalls alles daransetzen, daß die Schülervertreter eine echte, eine schlagkräftige Mitgestaltungsmöglichkeit auf dieser Landes- und Bundesebene erhalten und daß das Schülervertretungsgesetz nicht zu einem Alibigesetz Ihres Ministeriums werden wird.

Einen zweiten Bereich, Herr Minister, haben Sie wahrscheinlich bewußt in Ihrer Beantwortung übergangen; wahrscheinlich deshalb, weil er Ihnen sehr unangenehm ist.

Herr Minister! Wir haben vor wenigen Tagen in einer parlamentarischen Anfrage aufgezeigt, was im Lande Kärnten mit der Publikation eines Schülerkalenders passiert ist. Dort hat es den einmaligen Fall gegeben, daß ganz einfach ein Landesarbeitsamt, also eine öffentlich-rechtliche Behörde, die dem Sozialministerium untersteht, gemeinsam mit einer parteipolitischen Organisation, nämlich der Sozialistischen Jugend Kärntens, einen gemeinsamen Schülerkalender veröffentlicht hat, in dem beispielsweise auf Seite 5 folgende Vorschläge zur Bekämpfung von Gesetzesverstößen aufscheinen – beispielsweise –: Es kann ein Streik angedroht werden. Es können die Schüler einen Bummelstreik durchführen. Es sollten die Schüler durchaus nicht vor einem Streik zur Durchsetzung berechtigter Interessen zurückschrecken.

Herr Minister! Kein Wort ist in diesem Schülerkalender darüber gestanden, welche legalen Maßnahmen eigentlich den Schülern zustünden, wie Befassung des Schulgemeinschaftsausschusses, der Schülervertretung, die Aufsichtsbeschwerde und so weiter.

Herr Minister! Ich glaube, dieser Vorfall ist nicht nur skandalös und einmalig, sondern es ist auch ein Vorfall, um den Sie sich intensiver kümmern müßten, denn derartige Vorfälle zu akzeptieren sind wir nicht bereit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn einige Abgeordnete der sozialistischen Fraktion sich andauernd bemüßt gesehen haben, Zahlen und Ziffern aus den Jahren 1969 und 1970 zu zitieren, um sie mit den heutigen Ziffern zu vergleichen, dann erlaube auch ich mir, einige derartige Ziffern aus dem Bereich des Bundestheaterdefizits anzuführen, die Ihnen sicherlich nicht jene Freude bereiten werden,

die Sie sich vielleicht in anderen Bereichen immer erhoffen.

Herr Minister! Sie wissen ganz genau, daß Ihre Partei, daß der Bundeskanzler und jetzige Generalbevollmächtigte es war, der ganz einfach dieses Thema des Bundestheaterdefizits als einen Schwerpunkt der Wahlkampfauseinandersetzungen im Wahlkampf 1970 gewählt hat. Und wie war denn damals die Situation?

Im Jahre 1969 waren es insgesamt 352 Millionen, die dieses Bundestheaterdefizit ausgemacht hat. Damals haben Sie das als enormes Defizit, ganz einfach als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet.

Herr Minister! Wie war denn die Entwicklung seither unter Ihrer Führung? – 1971 428 Millionen, 1972 491 Millionen, 1973 630 Millionen, 1974 694 Millionen, 1975 779 Millionen, 1976 851 Millionen, 1977 945 Millionen; im Jahre 1978 haben Sie erstmals die Milliardengrenze überschritten, und im Jahre 1979 haben Sie jetzt schon 1,062 Milliarden an Bundestheaterdefizit entsprechend vorgesehen.

Das ist, glaube ich, eine Entwicklung, die Ihre totale Unglaubwürdigkeit in diesem Bereich dokumentiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da es auch einem der Abgeordneten der sozialistischen Fraktion bereits möglich war, einige Sportbereiche in dieser Diskussion anzuschneiden, erlaube ich mir, in diesem Bereich ebenfalls zu einigen derartigen Dingen einige Feststellungen zu treffen.

Wenn beispielsweise der Abgeordnete Tonn sich sehr erfreut gezeigt hat, daß Sie, Herr Minister, am 8. November 1976, das Versprechen in diesem Hohen Haus abgegeben hat, einen Sportbericht im Frühjahr des Jahres 1979 vorlegen werden, dann, glaube ich, war das eine Freude, die er nur deshalb zum Ausdruck gebracht hat, weil er dafür eine Entwicklung, die seit dem Jahre 1977 hier im Hause behandelt wird, vertuschen wollte.

Herr Minister! Wie war es denn? – Es waren Sie, der in der Debatte um das Budget 1977, nämlich im November 1976, das Versprechen in diesem Hohen Haus abgegeben hat, einen Sportbericht im Jahre 1977 vorzulegen.

Wir haben heute den 7. Dezember 1978. Bis jetzt ist keine Zeile dieses Sportberichtes diesem Hohen Haus vorgelegt worden.

Das ist auch wieder eine Politik, wo Sie Ankündigungen machen, ohne daß konkrete Taten diesen Ankündigungen folgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder einen zweiten Bereich, den der Abgeordnete Tonn natürlich bewußt verschwiegen

11298

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Mag. Höchl

oder übergangen hat; den ganzen Bereich der Sportförderung.

Herr Bundesminister! Sie lassen sich immer wieder von Ihren Mitarbeitern, von Ihren Pressereferenten als besonders sportfreundlicher Minister feiern und hochjubeln.

Nun, zumindest seit dem Jahre 1977 können wir auch bei noch so nachsichtiger Beurteilung der gesamten Entwicklung in dem Sportbereich innerhalb Ihres Budgets keineswegs mehr eine derartige Steigerung, eine positive Entwicklung feststellen. Seit dem Jahre 1977 weist die Sportförderung eine sinkende Tendenz auf, obwohl die Unterrichtsbudgets seither Steigerungen erhalten haben.

Waren es im Jahre 1977 noch 71,2 Millionen, so sank diese Summe im Jahre 1978 auf 68 Millionen, und sie weist im jetzt vorliegenden Budgetvoranschlag für das Jahr 1979 gar nur mehr 63 Millionen auf.

Herr Minister! Das bedeutet, daß Sie innerhalb von zwei Jahren die Sportförderung um nominell 8 Millionen Schilling gekürzt haben. Das sehe ich wahrlich nicht als einen entsprechenden Beweis einer Sportfreundlichkeit an! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder, Herr Bundesminister, wie steht es denn mit der Einhaltung gewisser gesetzlicher Verpflichtungen, wonach beispielsweise im Bundessportförderungsgesetz eindeutig festgelegt ist, daß das Bundesministerium für Unterricht und Kunst die Förderung des Sportstättenbaus nach einem sogenannten österreichischen Sportstättenplan zu geben hat.

Nun gibt es meines Wissens in acht Bundesländern derartige spezielle Sportstättenpläne, nach denen Sie tatsächlich die Möglichkeit haben, die Förderungen der Sportstättenbauten durchzuführen, aber es gibt ein einziges Bundesland, wo dies nicht der Fall ist, nämlich Wien. In Wien fördern Sie zwar andauernd die verschiedenen Sportprojekte, aber nennen Sie mir, Herr Minister, jene Richtlinien, nach denen Sie in Wien vorgehen, obwohl keinerlei Sportstättenplan in Wien vorliegt.

Ergreifen Sie einmal die Initiative, wie ich Sie bereits vergangenes Jahr aufgefordert habe, bei Ihren Parteifreunden in Wien, endlich einmal einen derartigen Sportstättenplan auch in Wien vorzulegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich habe es auch in den vergangenen zwei Jahren nicht verabsäumt, auf die große Bedeutung des Turnunterrichts, der sportlichen Betätigung für Kinder, für Schüler hinzuweisen, insbesondere in einem Alter, in dem sie in der Unterstufe sind.

Wenn wir jetzt die neuesten Ziffern über die ausgefallenen Stunden beziehungsweise über die Stundenkürzungen hernehmen, müssen wir wiederum feststellen, daß mehr als 50 Prozent aller Stundenkürzungen in den allgemeinbildenden höheren Schulen auf die Turnstunden entfallen.

Herr Minister! Ich glaube, das ist eine Tatsache, die ganz einfach sämtlichen Empfehlungen der Mediziner, der Schulpsychologen und der Pädagogen widerspricht. Das ist ganz einfach eine Tatsache, die es nicht länger gilt entsprechend zu akzeptieren, wenn Sie sich nicht mehr länger für die Zukunft dieses Mankos schuldig machen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Da Sie auch den Bereich der gesamten Jugendförderung als ein spezielles Thema und als einen speziellen Bereich zu betreuen haben, sei auch hier eines zum Abschluß gesagt:

Immer stärker müssen wir feststellen, daß die in Österreich lange im Budget gleichlaufende Entwicklung in der Förderung zwischen dem Jugendbereich und der Erwachsenenbildung leider in den letzten Jahren immer stärker auseinanderklafft.

Im Jahre 1979 werden es bereits mehr als 10 Millionen Schilling sein, die in diesem Loch vorhanden sind, wo die Jugendförderung weniger als jene Förderung erhält, die in den Jahren der ÖVP stets eine gleiche Förderung erhalten hat, nämlich die Erwachsenenbildung.

Ich glaube, diese Entwicklung zeigt auch, daß das Mäntelchen der Jugendfreundlichkeit, mit dem Sie sich sehr häufig umgeben wollen, Ihnen realistischerweise wirklich nicht mehr umgehängt werden kann.

Ich glaube, auch diese Feststellung gilt es, anläßlich dieser Budgetdebatte heute zu treffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich in diesem ganzen Bereich der Jugendförderung nur den Bundesjugendplan als einzigen Bereich herausnehme, dann sei auch Ihnen gesagt, daß wir im Budget 1979 gerade nominell jene Höhe wiederum erreichen, die wir bereits im Jahre 1974 gehabt haben.

Ich glaube, in dieser Entwicklung kann man auch nicht feststellen, daß Sie der Jugendförderung, wie Sie es des öfteren in der Öffentlichkeit gesagt haben, einen Schwerpunkt zugewiesen haben. Das ist, meine ich, sicherlich durch die Zahlen, die uns vorliegen, auf keinen Fall gedeckt.

Meine sehr verehrten Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Minister! Ich bin der Überzeugung, die aufgezeigten Daten, die heute im

Mag. Höchtl

Bereich der Bildungspolitik, im Bereich des Sportes, im Bereich der Jugendpolitik hier vorgebracht worden sind, zeigen, daß wir in Österreich derzeit Entwicklungen beobachten müssen, die uns keineswegs mit Befriedigung erfüllen können.

Ich glaube daher, daß wir auch in diesem Kapitel zur Auffassung gekommen sind und zur Auffassung kommen müssen, daß endlich ein Kurswechsel auch in diesem Bereich der Politik in Österreich geboten erscheint. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Spezialberichterstatte verziehen auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe VI abstimmen.

Diese umfaßt die Kapitel 12 und 13 samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlags sowie das Kapitel 71 in 1020 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIV des Bundesvoranschlags 1979.

Diese umfaßt das Kapitel 14 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in 1020 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Beratungsgruppe X

Kapitel 65: Verkehr (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident **Minkowitsch**: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe X, Verkehr.

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte Dr. **Lenzi**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe X. Diese umfaßt Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung und Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Mühlbacher die in der Beratungsgruppe X zusammengefaßten Kapitel 65 „Verkehr“, 78 „Post- und Telegraphenverwaltung“ und 79 „Österreichische Bundesbahnen“ des Bundesvoranschlags für das Jahr 1979 in seiner Sitzung am 22. November 1978 in Verhandlung gezogen.

Umfangmäßig erreicht die Beratungsgruppe X – insbesondere auf Grund der Tatsache, daß sie die beiden größten Bundesbetriebe, nämlich die Österreichischen Bundesbahnen und die Post- und Telegraphenverwaltung in sich schließt – Gesamtausgaben in der Höhe von 51,422 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen in der Größenordnung von 41,221 Milliarden Schilling. In der Beratungsgruppe X wird daher über etwa ein Sechstel der gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes für das Jahr 1979 entschieden.

Kapitel 65: Verkehr. Im Kapitel 65 sind die Ausgaben und Einnahmen der Zentralleitung des Bundesministeriums für Verkehr veranschlagt. Sein Aufgabenbereich umfaßt die Angelegenheiten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung, der See- und Binnenschifffahrt, des zivilen Luftverkehrs, die Angelegenheiten der Verkehrsförderung, Angelegenheiten des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitungen, Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrnehmung des gesetzlichen Dienstnehmerschutzes für die Bediensteten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung, der Schifffahrt und der Luftfahrt.

Die Regierungsvorlage enthält im Kapitel 65 „Verkehr“ Ausgaben in der Größenordnung von 3 936,776 Millionen Schilling, denen Einnahmen in Höhe von 151,321 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung. Bei Kapitel 78 „Post- und Telegraphenverwaltung“ sind für das Jahr 1979 im Grundbudget Gesamtausgaben in der Höhe von 22 243,041 Millionen Schilling und Einnahmen

11300

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Lenzi

in der Höhe von 23 303,821 Millionen Schilling veranschlagt. Die Gegenüberstellung der Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen ergibt einen Überschuß von 1 060,78 Millionen Schilling.

Gegenüber dem Grundbudget des Bundesvoranschlages 1978 sind Ausgabenerhöhungen von insgesamt 335,915 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag ergibt sich als Saldo der Ausgabenerhöhung im Personalaufwand um 620,082 Millionen Schilling und der Ausgabenverringerung im Sachaufwand um 284,167 Millionen Schilling.

Von den Mehrausgaben im Personalaufwand entfallen auf den Titel 1/781 „Personalaufwand – Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung“ 110,2 Millionen Schilling und auf den Titel 1/782 „Personalaufwand – Post- und Telegraphenanstalt“ 509,882 Millionen Schilling.

Von den Minderausgaben im Sachaufwand gegenüber dem Bundesvoranschlag 1978 entfallen auf den Ansatz „Fernmeldeanlagen“ 12,37 Millionen Schilling und „Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren“ 441 Millionen Schilling.

Diesen Minderausgaben von insgesamt 453,37 Millionen Schilling stehen Mehrausgaben bei folgenden Ansätzen gegenüber: „Sonstige Anlagen“ 37,132 Millionen Schilling, „Förderungsausgaben“ (D) 23,714 Millionen Schilling, „Förderungsausgaben“ 0,08 Millionen Schilling, „Aufwendungen, gesetzliche Verpflichtungen“ 47,078 Millionen Schilling, „Aufwendungen“ 57,599 Millionen Schilling, „Überweisung von Zuschlagserlösen nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen“ 1,7 Millionen Schilling, „Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten, zweckgebundene Gebarung“ 1,9 Millionen Schilling, zusammen 169,203 Millionen Schilling.

Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Der Bundesvoranschlag 1979 sieht bei Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ Ausgaben in Höhe von 23 736 Millionen Schilling und Einnahmen von 17 766 Millionen Schilling vor.

Der Betriebsabgang wurde mit 5 970 Millionen Schilling präliminiert.

Im Rahmen der „Sonstigen Gebarung“ sind bei den Ansätzen „Güterbahnhof Wolfurt“ und „Nahverkehr“ insgesamt 1 506 Millionen Schilling veranschlagt.

Für die Erneuerung bestehender Anlagen beziehungsweise für Investitionen enthält das Grundbudget eine Vorsorge in Höhe von 3 805 Millionen Schilling, wobei erstmals die

gesamten Mittel einheitlich beim Ansatz „Anlagen“ aufscheinen.

Zur Abgeltung der betriebsfremden Lasten werden Pensionszahlungen in Höhe von 7 109 Millionen Schilling im Budgetkapitel „Pensionen“ der Hoheitsverwaltung verrechnet. Als Entgelt für Einnahmenausfälle aus der Gewährung von Sozial- und Subventionstarifen enthält der Voranschlag eine Abgeltung in Höhe von 2 841 Millionen Schilling, die ausgabensteigernd beim Kapitel 65 „Verkehr“ aufscheint.

Für alle drei Budgetkapitel der Beratungsgruppe X sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag Ausgabenbeträge wie folgt eingesetzt:

Beim Kapitel 65 handelt es sich um 24,5 Millionen Schilling, die insbesondere für Investitionen im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Zivilluftfahrt sowie für Investitionszuschüsse an die Halter von Zivilflugplätzen und an nicht bundeseigene Haupt- und Nebenbahnen vorgesehen sind;

beim Kapitel 78 „Post- und Telegraphenverwaltung“ insgesamt um 100 Millionen Schilling für diverse Investitionen, davon in der Stabilisierungsquote 75 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote 25 Millionen Schilling;

beim Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ um Mittel in der Größenordnung von 1 524 Millionen Schilling, die bei den finanzgesetzlichen Ansätzen „Anlagen“ und „Güterbahnhof Wolfurt“ Verwendung finden.

In der Debatte über die Beratungsgruppe X ergriffen die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dr. Schmidt, Prechtel, Ing. Gradinger, Kunstätter, Kammerhofer, Ing. Nedwed, Frodl, Dr. Blenk, Dr. Gradenegger, Hietl, Treichl, Suppan und Neumann das Wort. Bundesminister für Verkehr Lausecker nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung am 23. November 1978 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe X unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 65: Verkehr,

dem Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung, und

dem Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen,

samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvor-

Dr. Lenzi

anschlages für das Jahr 1979 (1020 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem der Taktfahrplan dieser Budgetdebatte einigermassen in Unordnung geraten ist und wir uns über die Langsamfahrstellen einiger Debattenbeiträge hinweggezuckelt haben, obliegt es mir jetzt, mit der für die Bundesbahn eher üblichen Verspätung das Versäumte nachzuholen. Wir haben für die Hauptredner eine Redezeit von 30 Minuten vereinbart. Ich hoffe, daß es mir gelingt, diesen Zeitplan einzuhalten. (Abg. Dr. Gruber: *Accelerato!*)

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich bei so einem Riesenskapitel wie der Verkehrspolitik verlockend, mit grundsätzlichen Ausführungen dazu Stellung zu nehmen, ja, ich glaube, man sieht sich als Hauptredner direkt veranlaßt dazu. Ich werde versuchen, nur einige wenige Sätze grundsätzlicher Natur dazu zu sagen.

Es ist für einen oppositionellen Abgeordneten, möchte ich sagen, geradezu peinlich, festzustellen, daß es nach acht Jahren sozialistischer Alleinregierung und nach 29 Jahren Ministertätigkeit sozialistischer Verkehrsminister noch immer kein praktikables Konzept für eine koordinierende Verkehrspolitik gibt.

Meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion! Sie werden mir hoffentlich in der Debatte nicht einreden wollen, daß die paar Sätze, die der Herr Bundeskanzler in seinen Regierungserklärungen der Jahre 1971 und 1975 über geplante Maßnahmen auf dem Verkehrssektor gesagt hat, ein Konzept für eine Verkehrspolitik darstellen sollen, einer Verkehrspolitik, die sich zum Ziel gesetzt hat, alle Verkehrsträger gleichermaßen in diese Politik einzubeziehen.

Das glaubt ja nicht einmal der Verkehrssprecher Ihrer Partei, Kollege Prechtel. Denn er hat sich laut „Sozialistischer Korrespondenz“ vom 22. März 1978 beklagt, daß die Verkehrspolitik seiner Regierung in letzter Zeit nicht viel mehr als eine Straßenbaupolitik gewesen sei. Wie man sieht, hält auch er nicht viel von der Verkehrspolitik dieser Bundesregierung.

Es gibt natürlich aber auch andere Stimmen, die meinen, daß in Österreich statt einer

koordinierten Verkehrspolitik eher eine Eisenbahnpolitik gemacht werde, wenn man daran denkt, daß die Bundesbahnen den österreichischen Steuerzahler immerhin, wenn man das jetzt vorliegende Budget nimmt, 17 Milliarden Schilling im kommenden Jahr kosten werden.

Ich weiß schon, daß das nicht das offizielle Defizit ist, daß das offizielle Defizit „nur“ – unter Anführungszeichen – 5,9 Milliarden beträgt und die anderen gewaltigen Summen gesetzlich fundierte Abgeltungen sind. Aber es ändert nichts an der Tatsache, daß im kommenden Jahr jeder Österreicher pro Kopf und Nase mit 2 330 S für die Österreichischen Bundesbahnen belastet ist. Diese Tatsache, meine Damen und Herren, der gewaltigen Zuschüsse aus öffentlichen Steuermitteln für die Österreichischen Bundesbahnen scheint auch die inhaltliche Formulierung des sozialistischen Parteiprogramms vom heurigen Frühjahr, vom Mai dieses Jahres maßgeblich beeinflußt zu haben.

Im Programmentwurf ist noch drin gestanden – ich darf mir erlauben, es zu zitieren –, daß die Eisenbahnen umweltfreundlich, sparsam im Energieverbrauch sind und nur geringe volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Es ist diese Sache mit den Kosten aus dem endgültigen Parteiprogramm entfernt worden. Offensichtlich war das den Verantwortlichen und Kennern der Materie doch ein etwas zu starker Tobak angesichts der Tatsache, daß der Österreicher für seine Bundesbahn Jahr für Jahr tiefer in die Tasche greifen muß.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß man es bei der Regierungspartei und auch bei den Österreichischen Bundesbahnen nicht gerne hört, wenn man von dem großen Defizit spricht. Man spricht dort gerne von der sozialen, energiesparenden und umweltfreundlichen Funktion der Bundesbahn und möchte gerne jede Kritik in das Feld der Diffamierung verweisen. Aber ich glaube, wer die Schwierigkeiten, in denen die Bahn steckt, mit einer abwertenden Handbewegung oder mit Hinweisen auf das Ausland – es ist überhaupt ein beliebtes Argument, zu sagen, im Ausland ist es genauso schlecht oder womöglich noch schlechter – abtun möchte, der gleicht dem Vogel Strauß, der seinen Kopf in den Sand steckt und nichts von dem wissen will, was um ihn vor sich geht.

Meine Damen und Herren! Rund um die Eisenbahn ist in den letzten zwei Jahrzehnten manches vor sich gegangen. Die Wirtschaft hat einen Strukturwandel mitgemacht, der noch nicht abgeschlossen ist und den wir zur Kenntnis nehmen müssen, so auch bei der Eisenbahn zur Kenntnis nehmen müssen.

11302

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Schmidt

Aber wenn man im sozialistischen Parteiprogramm die Richtlinien für künftige Verkehrsentwicklungen liest, so bin ich nicht so ganz davon überzeugt, daß man aus dem Strukturwandel der Wirtschaft seine Lehren gezogen hat. Im Gegenteil. Wenn man das Parteiprogramm liest, hat man den Eindruck, als sei die Eisenbahn nach wie vor der Nabel der Welt, nach dem sich alles richten beziehungsweise nach dem alles gerichtet werden müsse, manchmal auch mit sanfter Gewalt gerichtet werden müsse, und die Straße samt dem Auto sei nur so ein lästiger Konkurrent, dem man am ehesten noch als Freizeitfaktor eine Rolle einräumt, niemals aber als gleichrangigem Verkehrsmittel.

Nur die Bahn löst die Verkehrsprobleme, sagt der Herr Kollege Prechtel in etwas leicht überheblicher Form in einer Aussendung. Sehen Sie, ich glaube, das ist die alte sozialistische Geringschätzung der Funktion des Marktes, in dem der Bahn natürlich eine sehr wichtige Rolle zukommt – das wollen wir gar nicht verkennen –, wo sie aber keine Monopolstellung mehr hat, wo sie nicht unter einem Glassturz steht, sondern wo sie sich auch bewähren muß.

Ein Staat aber, der seine Eisenbahn daran hindert, sich auf diesem Markt flexibel zu verhalten, der sie in seine jährlichen Haushaltspläne einzwängt, der ihr verbietet, auf den Kapitalmarkt zu gehen, der sie praktisch zur Behörde statt zu einem Wirtschaftsunternehmen macht, der sie zwingt, Beförderungsleistungen anzubieten, wo längst keine Nachfrage mehr ist, ein solcher Staat kann machen, was er will. Er kommt letzten Endes daran nicht vorbei, die Kosten für den Mißerfolg der so behinderten Eisenbahn zahlen zu müssen, natürlich mit Steuergeldern aller seiner Bürger zahlen zu müssen.

Einmal hat ein hoher Gewerkschaftsfunktionär der Eisenbahner bei irgendeinem Eröffnungsanlaß gesagt: Dieses ÖBB-Defizit ist kein echtes Defizit, sondern ein gesellschaftliches Defizit. Meine Damen und Herren! Es fragt sich nur, ob diese Gesellschaft ein solches Defizit zahlen will.

Man hört so gerne aus sozialistischem Mund – auch im Programm 1978 steht es verklausuliert –, der Markt könne eine ausgewogene Verkehrswirtschaft nicht gewährleisten, der Verkehr sei eben für die Marktwirtschaft nicht geeignet. Ich möchte dieser These nicht beitreten, im Gegenteil, ich möchte diese These heftigst bestreiten. Je weniger man die Verkehrsträger mit Reglementierung behindert, meine Damen und Herren, umso besser ist das Verkehrsangebot.

Wir haben ein sehr gutes Beispiel in unserer Zweiten Republik, das ist die AUA. So lange die

AUA unter der staatlichen Fuchtel gewesen ist, war sie krank, war sie defizitär. Seit sie nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird, ist sie gesund und stabil. Das ist ein schlagender Gegenbeweis gegen die sozialistische Dogmatik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte nun fragen, meine Damen und Herren, wann wird man erkennen, daß es der falsche Weg ist, zu glauben, man könne die Bundesbahn gesund machen, wenn man die anderen Konkurrenten behindert, wenn man die Konkurrenten bestraft, wenn man sie verfolgt, wenn man sie verbietet. Denn darauf läuft die Politik der sozialistischen Regierung hinaus. Manche Äußerungen aus den Gewerkschaftskreisen drängen einem sogar den Verdacht auf, daß man das will.

Von der berüchtigten Lkw-Steuer kann man doch heute schon sagen, daß sie ein Schlag ins Wasser ist. Sie wird dem Finanzminister mit Ach und Krach 1,4 Milliarden bringen, dem österreichischen Transportgewerbe aber Retorsionsmaßnahmen in einer Reihe von Ländern, die letztlich dann wieder unser Staat zahlen muß, wo man sich fragt: Wozu haben wir „die Krot gefressen“? Der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft haben diese Vorgänge rund um die Lkw-Steuer keine gute Nachrede verschafft.

Meine Damen und Herren! Dem Frachtverkehr auf der Bahn aber wird das alles nicht entscheidend helfen. Da nützt auch der Niki Lauda nichts, Herr Minister, meine Herren von der Bundesbahn, mit seiner sicher nicht sehr billigen Meinung, daß mehr Platz für uns Pkw-Fahrer auf der Straße wäre, wenn mehr Ferntransporte mit der Bahn durchgeführt würden.

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob gerade Niki Lauda ein so guter Propagandist für die Bahn ist, noch dazu, wenn ich dann sehe, daß er genauso „billig“ – unter Anführungszeichen – Propaganda für die Konkurrenz macht.

In einem Inserat im „Playboy“ heißt es – auch eine Niki Lauda-Aussage –: „Ich liebe Lastautos. Wenn ich viel Geld hätte, würde ich mir einen ganzen Lastzug kaufen, da unten hinstellen und damit fahren. Ich liebe Lastwagen schon rein optisch. Es geht mir nicht um die Schnelligkeit, es geht nur um die Größe und das Gewicht. Einen 30 Tonnen Lastwagen mit 120 Stundenkilometern zu fahren, das müßte schön sein!“

Was gilt jetzt? – Ich meine, da wird sich derjenige, der diese Inserate liest, sagen: Das ist sehr doppelgesichtig. Jedenfalls wie immer, das mag Niki Lauda mit sich abmachen, aber ich weiß nicht, ob die Bundesbahn gut beraten ist, solche Werbeleute zu verwenden.

Dr. Schmidt

Wir alle, auch ich, sind eher für die Fernfracht auf den Schienen. Aber leider, meine Damen und Herren, nützt unsere Wohlmeinung gar nichts, wenn die Transporteure, wenn die Leute, die transportieren lassen wollen, sagen, die Bahn ist zu umständlich, die Bahn ist zu langsam, die Bahn ist zu teuer, wenn es heißt, dreifach längere Transportzeiten der Bahn gegenüber dem Lkw, Verteuerung des Transportes um 60 S bis 80 S pro Tonne durch Umladungen, Kostenschub für den Konsumenten durch verteuerte Transporte.

Es dauert viel zu lange, meine Damen und Herren, bis das Bahngut am Ziel ist und dann wieder verladen wird, denn diese Neuattraktion der ÖBB, der Transport von Haus zu Haus, steckt ja leider erst in den Kinderschuhen.

Hohes Haus! Irgendetwas muß dran sein, daß die Attraktivität der ÖBB auf diesem Gebiet im Sinken begriffen ist. 1974 beförderte sie noch 54,1 Millionen Tonnen, 1976 49,9, 1977 46,5 und in der ersten Hälfte 1978 hat es einen weiteren Rückgang gegeben. Nur im August, glaube ich, gab es eine Steigerung, offensichtlich infolge der Turbulenz mit der Lkw-Blockade.

Der Straßengüterverkehr hingegen hat sich in dieser Zeit ausgeweitet, sicherlich zu unser aller Mißvergnügen. Meine Damen und Herren! Man greift sich direkt an den Kopf, wenn man hört, der Generaldirektor der VÖEST-Alpine gibt zu, daß er derzeit keine Möglichkeit sieht, Gütertransporte von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Er meint, die Gründe dafür liegen einerseits darin, daß viele Betriebe nur auf der Straße erreichbar sind, anderseits in der mangelnden Attraktivität der Bahn.

Also selbst dort, wo der Staat große Einflußmöglichkeiten hat, Herr Minister, den Bundesbahnen zu helfen, werden diese Möglichkeiten nicht genutzt. Ich glaube, hier hat man jegliches moralisches Recht verloren, mit Steuerdruckmaßnahmen gegen einen ganzen Gewerbezweig vorzugehen, wenn man selbst im eigenen Bereich nicht in der Lage ist, Umverladungen auf die Bahn durchzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, so einfach kann man sich das nicht machen. In Wahrheit liegt der Grund für die sinkende Güterbeförderungsquote der ÖBB in den langen Versäumnissen auf dem Investitionssektor, im riesigen Nachholbedarf. Wenn ein Güterwaggon von Vorarlberg nach Wien eineinhalb Tage braucht, aber in Wien dann drei Tage lang herumsteht oder herumrangiert wird, dann kann man verstehen, warum Gütertransporte nicht mit der Bahn durchgeführt werden. Wir haben selber im Ausschuß gehört, daß die Umschlagshäufigkeit unserer Güterwaggons doppelt so hoch ist wie die in der Schweiz.

Acht Jahre lang hat man gebraucht, bis man den Bau des Zentralverschiebebahnhofes in Wien in Angriff genommen hat. 1986 soll er nun fertig sein, 200 bis 300 Millionen pro Jahr können nur verbaut werden, sind – wie es so schön heißt – machbar. Die Bundesbahnen werden nachher eine lange Durststrecke zu überwinden haben.

Welche Garantien, Herr Bundesminister, haben Sie eigentlich, daß in all den folgenden Budgetjahren die Mittel überhaupt vorhanden sein werden, denn nach der derzeitigen Rechtslage ist ja keinerlei Gewähr dafür gegeben? Die Bundesbahnen haben nicht nur Kledering zu bauen, die Bundesbahnen haben infolge der jahrzehntelangen Versäumnisse auf vielen Gebieten einen ungeheuren Nachholbedarf.

Die kommenden Budgets mit ihren Investitionsquoten täuschen ebenso wie das vorliegende Budget. Diese Beträge, die hier eingesetzt sind, sind zum großen Teil nicht mehr verfügbar, weil sie aus den Vorjahren bereits vorbelastet sind. So haben die Bundesbahnen bekanntlich in den letzten Jahren besonders das Waggon- und Lokomotivebeschaffungsprogramm forciert. Dadurch sind Teile des Budgets für die kommenden Jahre gebunden.

Die von den Bundesbahnen angestrebte gesetzliche Regelung einer Investitionsfinanzierung gibt es bisher nicht. Das haben ja Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, verhindert, als wir vor Jahren diesen Antrag gestellt haben.

Ein Gewerkschaftsboß der Eisenbahnergewerkschaft, Herr Schmölz, sagt ganz richtig: Ohne langfristig garantierte Investitionen kann die Bahn nicht schneller und kostensparender arbeiten. Gäbe es diese langfristigen, gesetzlich garantierten Investitionen, dann wären die Bundesbahnen in die Lage versetzt, mit einem langfristigen Mitteleinsatz rechnen zu können, kalkulieren zu können, eine Sicherstellung der für die geplanten Investitionen erforderlichen Mittel erreichen zu können, ließe man sie auf dem Kapitalmarkt, so könnten sie das alles tun. Und so leben sie davon, was ihnen der Finanzminister jährlich bewilligt. Ich weiß schon, Herr Kollege Prectl, daß es quasi außerbudgetär gewisse Finanzierungsmaßnahmen gibt, die sind aber gesetzlich nicht geregelt und sind sozusagen praeter legem.

In der Regierungserklärung des Jahres 1975 hat der Herr Bundeskanzler ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Da hat er von den von der Bahn und Post zu bewältigenden Problemen gesprochen und hat gesagt, deren Lösung steht und fällt mit umfangreichen Investitionen; eine Regelung, die die Finanzierung der rentierli-

11304

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Schmidt

chen Investitionen der Bahn auf dem Kapitalmarkt ermöglicht, ist daher unerlässlich. So sprach der Herr Bundeskanzler. Aber es blieb, wie so vieles andere, lediglich eine Ankündigung und wurde nicht realisiert. So werden also die Österreichischen Bundesbahnen weiterwursteln.

Dabei, meine Damen und Herren, soll gar nicht verkannt werden, daß diese Österreichischen Bundesbahnen versuchen, große Anstrengungen zu unternehmen, vor allem auf dem Sektor der Personenbeförderung, vor allem was die Hebung des Fahrkomforts betrifft. Sicherlich kann man die Einführung der Taktfahrpläne nicht übersehen, das Angebot der schnellen Verbindungen zwischen der Bundeshauptstadt und den Landeshauptstädten wird dankbar von den Konsumenten angenommen, sicherlich wird jede Hebung der Bequemlichkeit von den Reisenden gerne akzeptiert. Wie ich höre, bestellt die Bahn nun auch das Taxi für den Reisenden. Manche unerfreulichen Zustände treten halt da und dort im Service auf, und ich habe in der Fragestunde unlängst die Sache mit den Speisewaggons angeschnitten.

Ich glaube, das ließe sich abstellen, wenn genügend starke Kontrollen seitens der Bundesbahn durchgeführt werden. Was die Hebung des Komforts betrifft, Herr Bundesminister, wird auch aus den Kreisen ständiger Schlafwagenbenützer die Frage laut, warum es bei den Österreichischen Bundesbahnen nicht wie in England möglich ist, den Schlafwagen, der vielleicht um Mitternacht abfährt, schon einige Stunden vorher besteigen zu können, um wirklich eine volle Nacht durchschlafen zu können. Vielleicht kann man das überprüfen.

Meine Damen und Herren! Was aber besonders notwendig erscheint, um die Attraktivität der Eisenbahn zu heben – und nur diese vermehrte Attraktivität scheint uns auf lange Sicht der richtige Weg zu sein –, um der Bahn aus der hoffnungslosen Situation wieder herauszuhelfen, um den Anreiz zu bieten, vom Auto auf die Bahn umzusteigen, ist die Tatsache, daß die Schnelligkeit des Verkehrsmittels Eisenbahn forciert wird.

Was nützen uns neue und komfortable Waggons mit allen Finessen, was nützen uns moderne E-Loks, wenn darüber die Sanierung der Schienenwege ins Hintertreffen gerät? Auch hier liegt vieles im argen, meine Damen und Herren. Man hört und liest, daß rund 400 Gleiskilometer nicht ausgewechselt werden, 1976 hat es 2 330 Schienenbrüche gegeben. Man liest, daß Schienenschwellen, welche alle 25 Jahre ausgewechselt werden sollen, nicht ausgewechselt werden können, weil die Beträge mangels teilweiser Freigabe der Konjunkturausgleichs-

quote nicht zur Verfügung stehen und auch im kommenden Jahr die dringend notwendige Verbesserung und Erneuerung der Schienenwege zum Teil davon abhängt, ob die Stabilisierungsquote und die Konjunkturbelebungsquote freigegeben werden.

Meine Damen und Herren! Man kann sich vorstellen, warum die Zahl der Langsamfahrstellen nicht verringert werden kann. Das alles geht auf Kosten der Geschwindigkeit und damit zu Lasten der Attraktivität. Das sind die wahren Gründe, wie wir sie sehen, warum die Bahn gegenüber den anderen Verkehrsmitteln ins Hintertreffen gekommen ist.

Das Problem der Nebenbahnen ist zu alt, als daß ich es hier noch einmal in aller Breite aufwerfen will. Ich möchte nur sagen: In der Regierungserklärung vom Jahre 1971 hat der Herr Bundeskanzler auf dieses Problem hingewiesen, eine rasche Lösung versprochen. Seither wird es Jahr für Jahr vor einem hergeschoben. Es ist ein Ping-Pong-Spiel: die ÖROK-Konferenz zum Bundesminister, der Bundesminister zur ÖROK-Konferenz, ein neues Gutachten, ein Supergutachten, und Jahr für Jahr wird eine Milliarde hineingebuttert für nichts.

Der Kostendeckungsgrad beträgt 4,5 Prozent, die Anlagen verfallen, und dem Gedanken, dort wenigstens auf den Kraftwagendienst umzusatteln, scheint niemand so recht nahetreten zu wollen. Jedenfalls, das Problem der Nebenbahnen wird sicherlich auch von der Regierung Kreisky III nicht mehr gelöst werden. (*Ruf bei der SPÖ: Von Kreisky IV!*) Kreisky IV? – Sie sind Ihrer Zeit voraus, aber ich fürchte, die Rechnung wird nicht aufgehen.

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung, wie sie die Österreichischen Bundesbahnen nehmen, müßte uns alle, auch Sie, Herr Verkehrsminister, mit Sorge erfüllen. Ich glaube, sich zu freuen, daß die jährlichen Defizite nun endlich stabilisiert werden konnten, ist zu wenig. Ich glaube, einen Erfolg in der Verkehrspolitik wird man erst dann zu verzeichnen haben, wenn es gelingt, die Österreichischen Bundesbahnen an den Strukturwandel der Wirtschaft anzupassen.

Es ist richtig, daß man in anderen Ländern ähnliche Probleme hat. Aber ich weiß nicht, ob man dort auch die Probleme vor sich herschiebt, ob man es versäumt, vernachlässigt, wie diese Regierung es tut.

Wenn ich zum Beispiel die Situation in der Bundesrepublik Deutschland betrachte, so scheint man dort, wenn die Nachrichten stimmen, nun doch entschlossen zu sein, die Deutsche Bundesbahn, die man als kaum noch

Dr. Schmidt

tragbare Last für den bundesdeutschen Haushalt bezeichnet, zu sanieren.

Auch in Deutschland hat man ebenso wie bei uns seit Jahren mit halben und halbherzigen Sanierungsprogrammen herumgedoktert. Jetzt hat die sozial-liberale Koalition für ein umfassendes Sanierungskonzept grünes Licht gegeben, ein Sanierungskonzept, das seinerzeit der sozialdemokratische Minister Leber vorbereitet und der jetzige sozialdemokratische Minister Gscheidle fertiggestellt hat.

Wenn der Herr Kollege Schnell heute in der Kultur- und Unterrichtsdebatte meinen Kollegen Hanreich in einem Zwischenruf aufgefordert hat, wir mögen uns an der Schul- und Bildungspolitik der FDP eine Anleihe nehmen, wir mögen uns diesbezüglich erkundigen, dann darf ich vielleicht vorschlagen, Herr Verkehrsminister und Herr Gewerkschaftsobmann, vielleicht orientieren Sie sich an den Plänen der SDP für die Eisenbahnsanierung, vielleicht profitieren Sie dann etwas davon.

Sicherlich ist es ein einschneidendes Konzept, dessen Realisierung man in der Bundesrepublik vorhat, das vor allem darin besteht, sich zur Auffassung durchzuringen, daß eine Eisenbahn, die sich nach wirtschaftlichen Grundsätzen im Wettbewerb mit anderen Verkehrsträgern erfolgreich messen soll, dies nur dann tun können wird, meine Damen und Herren, wenn die Führung dieser Eisenbahn mehr unternehmerische Freiheit erhält.

Das moderne Management, Herr Bundesminister, beginnt nicht damit, daß man an die Spitze eines Unternehmens statt eines Beamten einen Vertragsbediensteten hinstellt, sondern es beginnt damit, daß man organisatorische Voraussetzungen schafft.

In der Bundesrepublik Deutschland sollen nun diese organisatorischen Voraussetzungen für die Bundesbahnsanierung geschaffen werden. Erstens: Die Aufrechterhaltung der Schienenwege wird dem Staat übertragen, so wie er dies auch jetzt schon dort tut mit den Straßenwegen und den Schifffahrtswegen.

Die Bahn selbst wird im Personen- und Güterverkehr nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten in Form von Betriebsgesellschaften geführt. Diese haben für Investitionsabsatz und Preispolitik freie Hand. Die Bediensteten der Deutschen Bundesbahn werden künftig keine pragmatisierten und privilegierten Beamten sein können, denn es liegt in der Logik der Umstrukturierung, daß die künftigen Beschäftigten der Bahn den Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft gleichgestellt werden.

Sicherlich, meine Damen und Herren, klingt

das alles sehr radikal und vor allem für österreichische Ohren sehr extrem und sehr konsequent. Es laufen auch in Deutschland die Gewerkschaften Sturm gegen die Veränderungen des Rechtsstatus der Eisenbahner, ebenso wie sie hier wahrscheinlich Sturm laufen würden, um eine privatwirtschaftlich organisierte Bundesbahn zu verhindern und die Eisenbahn weiterhin als öffentliche Versorgungseinrichtung zu erhalten.

Aber immerhin, glaube ich, muß man den Mut und die Initiative bewundern, mit der die sozial-liberale Regierung an dieses Problem der Bundesbahnsanierung herangeht. Bei uns wurstelt man weiter. Und die leisen Ansätze, die ganz leisen Ansätze, die der Finanzminister vor einiger Zeit versucht hat, schmackhaft zu machen, wenigstens die Budgetabhängigkeit der Bundesbetriebe Post und Bahn durch Ausgliederung aus dem Budget, durch Befreiung von den engen Fesseln der Hoheitsbudgets zu beseitigen, um eine bessere Grundlage für die Betriebsführung zu schaffen, selbst diese bescheidenen Bestrebungen haben sofort die Gewerkschaftsbosse Prechtl und Schmölz auf den Plan gerufen.

Es ist ja bei uns leider so: Wann immer ein Versuch gestartet wird, diesem gefesselten Wirtschaftsunternehmen Bundesbahn eine kleine Erleichterung zu verschaffen, um flexibler auf dem Markt reagieren zu können, um aus dem Gängelband der Politik und der Politiker entlassen zu werden, verhindert die mächtige Eisenbahnergewerkschaft nach dem Standpunkt des Fafner im „Ring der Nibelungen“: „Ich lieg' und besitz'“, jede Reform.

Ob das allerdings ein richtiger Standpunkt ist, meine Damen und Herren, ein Standpunkt, der geeignet ist, Möglichkeiten für die moderne Unternehmensführung zu eröffnen, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ob dieser Standpunkt auch von der Öffentlichkeit geteilt wird, ist ebenfalls sehr fraglich.

Ich weiß schon, daß die Eisenbahnergewerkschaft infolge ihrer sozialistischen Parteitreu von der Bundesregierung gehätschelt und verwöhnt wird, daß die Eisenbahner zu den Bevorzugten unter den öffentlich Bediensteten gehören und daß sie sich diese Parteitreu auch entsprechend honorieren lassen; das ist ja bekannt. Seit dem Gehaltsabkommen 1977 erreichen die Eisenbahner ja nun bereits nach 22 Dienstjahren die höchste Gehaltsstufe, auf die die anderen öffentlich Bediensteten 33 Jahre warten müssen. Mit 53 Jahren kann der Eisenbahner die Frühpension beantragen, wogegen die anderen bis 60 dienen müssen. Ein Privileg aus der Zeit der Dampflokomotiven und der 84 Stunden-Woche.

11306

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Schmidt

Ich kann natürlich verstehen, voll verstehen, daß diese und andere Rechte, wie zum Beispiel die Pragmatisierung, bis zum letzten Weichensteller mit Klauen und Zähnen verteidigt werden, wenn an eine Änderung gedacht werden sollte. Aber niemand denkt im Ernst daran, den derzeitigen Zustand zu beseitigen, den derzeitigen Bediensteten die Rechte zu nehmen.

Aber ich glaube, im Interesse des Unternehmens Österreichische Bundesbahnen wird man sich Gedanken machen müssen, ob ein solches kostspieliges Dienst- und Besoldungsrecht auch für die kommenden – auch für die kommenden, ich sage es genau, nicht für die jetzigen – Eisenbahngenerationen Geltung haben soll. Denn dann wird man eines Tages nicht verhindern können, meine Damen und Herren, daß auch die anderen öffentlich Bediensteten mit Recht gleichgezogen werden wollen. Ob das der Staat aushält, ist wohl sehr die Frage.

In einem Zeitungsartikel, in einer Zeitungsannonce mit einem bezahlten Inserat, in der „Wochenpresse“, glaube ich, hat die Bundesbahn selbst die Frage aufgeworfen: „Verpaßt die Bahn den Anschluß?“ (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Wir hoffen, daß wir nicht die Antwort darauf geben müssen.

Wir stellen fest, meine Damen und Herren, daß die Österreichischen Bundesbahnen mit einem Budgetanteil von 8,7 Prozent einer der Riesen in diesem Gesamtbudget ist, leider aber auch einer der Defizitriesen in dem ohnehin schwer verschuldeten Haushalt.

Die Verkehrspolitik, meine Damen und Herren, ist geprägt durch die mit Fehlschlägen, Versäumnissen und enttäuschten Hoffnungen gepflasterte Eisenbahnpolitik dieser Regierung, und einer solchen Politik können wir unsere Zustimmung nicht geben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Prechtl.

Abgeordneter **Prechtl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es wäre sehr verlockend, auf alle Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt einzugehen. Ich möchte mich nur mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen meiner Vorredner beschäftigen.

Als Präsident der Internationale kenne ich die internationale Situation im Eisenbahnwesen, und ich kann Ihnen sagen, es gibt derzeit zwei Eisenbahnen auf der gesamten Welt, die aktiv sind – leider nur zwei, wir bedauern es sehr –: in Indien und in Taiwan. Es ist aber auch begründet, warum diese beiden Eisenbahnen

aktiv sind: In Indien werden keine Straßen gebaut und keine Autos importiert, und in Taiwan ist eine ähnliche Situation.

Daß die Eisenbahnen in eine schwierige Situation geraten sind, ist keine spezifisch österreichische Erscheinung, sondern leider – das müssen wir sagen – eine internationale Erscheinung.

Wir Sozialisten haben, als wir im Jahre 1970 die relative und dann die absolute Mehrheit erhalten haben, begonnen, langsam die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen. (*Abg. Dr. Mussil: Das Defizit haben Sie aufgeholt!*) Wir kommen noch auf die Nebenbahnen im Waldviertel zu sprechen, Herr Abgeordneter Mussil, da werden Sie sich noch äußern können!

Ich möchte also sagen, daß wir damals begonnen haben, in diesem Zusammenhang das Verkehrswesen langsam, aber sicher umzustrukturieren. Erst seit der Energiekrise 1973 hat sich eine Gott sei Dank sehr große Bereitschaft gezeigt, das muß man sagen, fast in allen Parteien wurde die Notwendigkeit erkannt, den Eisenbahnen nun den Vorrang zu geben, weil wir ja wissen, daß sich nicht nur die Rohölreserven, sondern auch die gesamten Rohstoffreserven zu erschöpfen beginnen.

Wenn Sie davon gesprochen haben, daß die Österreichischen Bundesbahnen einen Abgang haben, werde ich noch im Laufe meiner Ausführungen darauf im einzelnen eingehen. Doch die große Diskussion, die in diesem Zusammenhang immer wieder geführt wird, ist an und für sich mit einem Satz zu beantworten:

Wir Sozialisten sind der Auffassung, daß die Österreichischen Bundesbahnen gemeinwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben. Und wenn man gemeinwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, kann man natürlich die Bahn nicht nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen führen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das schließen Sie aus?*)

Herr Abgeordneter Kohlmaier! Allein an Subventionstarifen werden an die Wirtschaft jährlich rund 700 Millionen Schilling vergeben, von denen die Wirtschaft sehr profitiert. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Aber ohne Ausschreibung, Herr Prechtl, freihändig!*) Wir wissen aber, daß das sehr wesentlich ist, daß damit auch eine Reihe von Arbeitsplätzen erhalten bleibt. Es bleiben aber natürlich nicht nur die Arbeitsplätze erhalten, sondern es tritt für die Österreichischen Bundesbahnen dadurch eine außerordentlich starke Belastung ein.

Wenn Sie also, Herr Abgeordneter Dr. Schmidt, die Austrian Airlines mit den Österreichischen Bundesbahnen vergleichen, so sind das

Prechtl

zwei grundsätzlich verschiedene Unternehmen. Das eine kann man nach betriebswirtschaftlichen, kaufmännischen Grundsätzen führen; bei den Österreichischen Bundesbahnen ist das auf Grund ihrer gemeinwirtschaftlichen Leistungen nicht möglich. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Ah, die AUA erbringt keine gemeinwirtschaftlichen Leistungen?)*

Ich werde auf die AUA noch zu sprechen kommen, Herr Abgeordneter Kohlmaier. Sie und Ihre Partei haben im Jahre 1968 bezüglich der AUA die Frage gestellt, ob wir überhaupt noch eine Austrian Airlines brauchen. Wir haben im sozialistischen Programm im Jahre 1970 die Notwendigkeit der AUA erkannt und haben auch die positive Entwicklung bei den Austrian Airlines eingeleitet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun möchte ich noch zu einigen Dingen kommen, die der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt gesagt hat.

Er hat also von der Pragmatisierung der Eisenbahner gesprochen. Man soll niemanden irgendwie persönlich angreifen. Aber wenn man glaubt, daß für die Eisenbahner die Pragmatisierung aufgehoben wird und man selbst Finanzbeamter ist und für sich die eigene Existenz sichert, da muß ich sagen: Das ist an und für sich eine Haltung, die ich persönlich nicht verstehe. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Und nun möchte ich noch zwei Dinge sagen zu den Nebenbahnen, bevor ich zu meinen Ausführungen komme.

Das Nebenbahnenproblem ist mehr als 20 Jahre alt. Wir stehen jetzt kurz vor Landtags- und Gemeinderatswahlen. Der ehemalige Verkehrsminister Dr. Weiß hat einmal in einer Aussprache, auch kurz vor Landtagswahlen, folgendes zu uns gesagt: Aber, Herr Prechtl, glauben Sie, daß wir jetzt irgend etwas bei den Nebenbahnen unternehmen werden? Ich komme doch in meiner eigenen Partei gar nicht durch, denn jeder Abgeordnete hat seine eigene Nebenbahn und protestiert dagegen.

Auch Sie, Herr Abgeordneter Mussil, wollen doch im Waldviertel, daß die Nebenbahn von der Schmalspur auf die Breitspur umgenagelt wird.

Seien wir doch in diesem Fragenkomplex ehrlich: Wir glauben, daß die Nebenbahnen sinnvoll ausgebaut werden können, wenn auch nicht alle, und koordiniert in das gesamte Netz inkludiert werden sollen. *(Abg. Dr. Mussil: Herr Prechtl, darf ich etwas sagen? Ein Zwischenruf!)* Bitte schön, Herr Abgeordneter Mussil! *(Abg. Dr. Mussil: Ein Kilometer Nebenbahn hat wesentlich weniger Defizit als ein Kilometer Autobahn!)*

Es freut mich sehr, das von Ihnen zu hören und es dann im Protokoll lesen zu können. Aber insgesamt, Herr Abgeordneter Mussil, wird den Österreichischen Bundesbahnen das Defizit von einer Milliarde vorgehalten. Dann können Sie auch nicht den Österreichischen Bundesbahnen das große Defizit vorhalten!

Wir Sozialisten haben also begonnen, die Umstrukturierung des Verkehrswesens einzuleiten. Wir haben auch seit dem Jahre 1970 die höchsten Investitionen zu verzeichnen. Gerade dieses Budget mit einem Ausgabenrahmen von 25,2 Milliarden Schilling und einem Konjunkturausgleichsbudget von etwa 1,5 Milliarden Schilling zeigt doch, glaube ich, daß man den Österreichischen Bundesbahnen den Vorrang gibt.

Auch der Aktivitätsaufwand macht den sicherlich erheblichen Betrag von 12,3 Milliarden Schilling aus. Ich möchte Ihnen hier sagen, Herr Abgeordneter Schmidt, welche große Bereitschaft die Gewerkschaft der Eisenbahner und die Personalvertretung auch den Rationalisierungsmaßnahmen entgegenbringt. Seit dem Jahre 1970 wurde der Personalstand bei den Österreichischen Bundesbahnen um 7 000 Bedienstete gesenkt. Im letzten Budget wurde der Personalstand um weitere 670 Planposten gesenkt, sodaß sich die Gehaltsregelung, die jetzt mit 1. 1. 1979 wirksam wird, insgesamt im Budget mit nur 308 Millionen Schilling zu Buche schlägt, und hier sind auch noch die Erhöhung der Lehrlingsentschädigung und die erhöhten Aufwände, die sich aus der Sozialversicherung ergeben, dabei.

Natürlich haben wir noch die große Last des Pensionsbudgets zu tragen. Sie haben ja das mit eingeleitet, das sei unbestritten, daß nun eine Abgeltung auf Grund des Bundesbahngesetzes erfolgt. Wir freuen uns darüber.

Im nächsten Jahr wird sich die Pensionsziffer um weitere 1 000 Pensionisten senken. Aber das ist ein politisches Erbe, das wir angetreten haben, weil durch die Sanierungsmaßnahmen in den Jahren 1932 bis 1934 eine erhebliche Anzahl von Menschen in die Frühpension geschickt wurden, die bis zum heutigen Tag noch leben, Gott sei Dank leben sie, und das belastet natürlich das Budget der Österreichischen Bundesbahnen außerordentlich. Diese Leistungen muß auf dem Sozialsektor kein anderer Unternehmer erbringen. *(Abg. Dr. Gruber: Sehr viele können das nicht mehr sein, Herr Prechtl! Die müssen jetzt 100 Jahre sein!)*

Nein, die sind nicht 100 Jahre alt, die sind mit 30 und 35 Jahren in den Ruhestand versetzt worden. Das ist die Problematik. *(Abg. Dr.*

11308

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Prechtl

Gruber: Dann sind sie halt 80 Jahre alt! Gott sei Dank! Auf Grund unserer Gesundheitspolitik werden sie jetzt so alt, Herr Abgeordneter Dr. Gruber! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Gruber: Aber das sind nicht mehr sehr viele! Schieben Sie das nicht auf die paar Leute ab, die 80 Jahre alt sind!)

Nun möchte ich sagen, nachdem ich vom Ausgabenrahmen gesprochen habe: Die Österreichischen Bundesbahnen haben auch erhebliche Einnahmen zu verzeichnen, und von denen spricht kaum jemand. Im Jahre 1979 sind etwa 17,8 Milliarden Schilling an Einnahmen veranschlagt, das sind um 860 Millionen Schilling mehr als im abgelaufenen Jahr.

Wir wissen natürlich, daß die Tarife bei den Österreichischen Bundesbahnen nicht kostendeckend gestaltet werden können, weil natürlich Subventionen an die österreichische Wirtschaft und an den Personenverkehr geleistet werden müssen, denn höhere Tarife würden unter Umständen noch mehr dazu verleiten, auf den Individualverkehr umzusteigen. Im Hinblick auf die Energieknappheit wäre das keine zielführende Maßnahme.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß die Österreichischen Bundesbahnen gewaltige Investitionen tätigen. Wenn Sie erwähnt haben, daß nun der Zentralverschiebebahnhof Kledering begonnen wird, müssen wir sagen, Gott sei Dank wird er begonnen. Das sage ich Ihnen jetzt auch als Gewerkschafter, und Sie brauchen nicht zu schreien wie bei der Anfrage, wenn man als Gewerkschafter spricht, daß man sich dann vorkommt wie ein Schwarzer in Südafrika, daß man nicht reingehen darf ... *(Abg. Dr. Gruber: Aber hier sprechen Sie als Abgeordneter!)* Ja und als Gewerkschafter. Ich bin sehr stolz, Gewerkschafter zu sein.

Ich möchte Ihnen nur bei der Gelegenheit sagen: Wenn die Verschiebebahnhöfe nun gebaut werden, dann leidet das unter einem sehr, sehr großen und schwerwiegenden Problem. Bisher konnte man sich auf internationaler Ebene nicht einigen, die automatische Kupplung einzuführen. Die automatische Kupplung hätte den größten Rationalisierungseffekt. Aber den Vorwurf kann man weder dem Verkehrsminister noch den Österreichischen Bundesbahnen machen, da andere europäische Staaten eben andere Interessen haben, seien es die Franzosen oder seien es die Engländer, die jetzt einen Kanaltunnel bauen wollen, währenddem die Franzosen dem Schnellverkehr Vorrang geben wollen. *(Abg. Dr. Mussil: Da hätten Sie sich durchsetzen müssen als Präsident der internationalen Vereinigung! Gegen die Franzosen, die Engländer, die Italiener!)*

Herr Abgeordneter Mussil! Sie wissen ganz genau, woran es also gelegen ist. Ich bin nur der letzte Werktätige, nur ganz bescheiden möchte ich Ihnen sagen, es haben sich sogar die Vereinten Nationen damit beschäftigt und konnten sich in dieser Frage nicht durchsetzen.

Sie wissen genau, wo die Problematik gelegen ist. Es war sogar die politische Anerkennung der DDR notwendig, um den automatischen Kupplungskopf zu schaffen, trotzdem konnte er nicht verwirklicht werden. Es ist nicht so einfach wie in der Schulpolitik, Herr Abgeordneter Gruber, die Problematik bei den Österreichischen Bundesbahnen ist halt ein bisschen schwieriger. *(Abg. Dr. Gruber: Glauben Sie ja nicht, daß es in der Schulpolitik leichter ist!)*

Die Österreichischen Bundesbahnen leisten aber, glaube ich, auch einen erheblichen Teil dafür, junge Menschen in diesem Lande auszubilden. Es werden bei den Österreichischen Bundesbahnen zwei neue Lehrwerkstätten errichtet, für rund 200 junge Menschen wird hier eine neue und moderne Ausbildungsstätte geschaffen. Aber darüber hinaus investieren die Österreichischen Bundesbahnen auch im Wiener Raum, im Einzugsgebiet; speziell für Sie als Niederösterreicher, Herr Abgeordneter Mussil; die ÖBB bauen ein sehr großes Lehrlingsheim für 120 Lehrlinge, die nicht die Möglichkeit haben, nach Hause zu fahren. Das belebt, Herr Abgeordneter Mussil, sogar die Wirtschaft, die Bauindustrie und sichert auf der anderen Seite den Lehrlingen eine gesicherte Unterkunft. Das ist sozialistische Politik, die Zusammenhänge herzustellen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, da sich die Verkehrssprecher ja Disziplin auferlegt und die Hauptsprecher auf zehn Minuten verzichtet haben, und der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt genau 30 Minuten eingehalten hat, auf die Sekunde, das ebenfalls tun.

Ich möchte einen Verkehrsträger noch erwähnen, der bisher nicht zu Wort gekommen oder kaum erwähnt worden ist. Es war dank der sozialistischen Politik möglich, daß die Post erstmalig seit dem Jahre 1965 einen Überschuß von 1,1 Milliarden Schilling haben wird. Das ist an und für sich erfreulich, und es ist auch der Post- und Telegraphenverwaltung zu gratulieren, und das ist der Ausfluß der großen Investitionen, die letzten Endes für die Post in die Wege geleitet worden sind seit dem Jahre 1970, was im Budget 1979 mit einem Überschuß von 1,1 Milliarden Schilling zu verzeichnen sein wird. *(Abg. Dr. Gruber: Seit dem Fernmeldeinvestitionsgesetz der ÖVP!)* Ja, auf das komme ich noch zu sprechen.

Prechtl

Ich möchte Ihnen sagen, daß die Post- und Telegraphenverwaltung insgesamt 5,6 Milliarden Schilling aufwendet, von denen die Wirtschaft lebt, Herr Abgeordneter Mussil, wir sitzen doch in einem Boot. – Herr Abgeordneter Kohlmaier hat sich einmal die Hemdärmel aufgerollt in einem Boot, man hat gesehen, wie es gegen den Wind rudert. – 5,6 Milliarden Schilling! Ich möchte Ihnen sagen, 1,1 Milliarden Schilling für den Fernmeldebau und die Kabelverlegungen, 784 Millionen für die Elektroindustrie, 2,6 Milliarden für die Fahrzeugindustrie und 310 Millionen für die Maschinenindustrie, 21 Millionen für die Textilindustrie und 39 Millionen für den Fahrzeughandel. Aus dem ersieht man, daß diese Investitionen letzten Endes belebend für die österreichische Wirtschaft sein sollen.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, was die Post auf der anderen Seite ebenfalls leistet. *(Abg. Dr. Mussil: Der Finanzminister hat heuer ganz schön gekürzt!)*

In Österreich sind, und das belastet auch das Budget der Post- und Telegraphenverwaltung, nicht sehr stark, aber doch, 240 000 Familien von der Fernseh- und Rundfunkgebühr befreit, 218 000 sind von der Fernspreckgebühr befreit. Das macht etwa, Rundfunk- und Fernsehgebühren zusammen, einen Betrag von rund 129 Millionen Schilling aus. Das ist auch die soziale Leistung, die die Post auf der anderen Seite nun erbringt *(Abg. Dr. Mussil: Eine Selbstverständlichkeit!)*, und ich möchte sagen, auch das haben wir als Sozialisten erkannt und auf der anderen Seite auch durchgesetzt.

Da sich der Abgeordnete Dr. Schmidt nur sehr kurz mit der Straßensteuer beschäftigt hat, möchte ich Ihnen sagen, daß folgende Staaten keine Retorsionsmaßnahmen ergriffen haben. *(Abg. Dr. Gruber: Fangen Sie mit Costa Rica an!)* Nein, mit Albanien, Sie werden lachen, nach dem Alphabet mit „a“, damit Sie es sich leichter merken: Albanien, Belgien, Bulgarien, die Bundesrepublik *(Abg. Dr. Mussil: Shetland-Inseln!)*, Herr Abgeordneter Mussil, die Deutsche Demokratische Republik, die Republik Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, die Niederlande, Polen, Schweden und die Schweiz. Ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, als Lehrer werden Sie es geographisch erfassen, daß das die größten Staaten Europas sind, die keine Retorsionsmaßnahmen ergriffen haben, Ausnahme Türkei. Wir haben nur zwei Nachbarstaaten, die hatten es in ihren Gesetzen, Ungarn, Jugoslawien und auch Rumänien. *(Abg. Dr. Mussil: Alle Nachbarstaaten außer der Bundesrepublik!)*

Ich möchte Ihnen jetzt eines sagen, Herr Abgeordneter Mussil, das sage ich als Eisenbah-

ner Ihnen sehr offen: Ich habe diese Blockade sehr verurteilt, weil sie verantwortungslos gewesen ist, weil darüber hinaus der gesamte Fremdenverkehr und die Wirtschaft getroffen worden sind *(Beifall bei der SPÖ)*, und ich glaube, solche Zustände sollen wir uns in Österreich nicht herbeiwünschen. *(Abg. Dr. Mussil: Ihr habt die Blockade provoziert! – Abg. Kern: Streiken dürft nur Ihr!)* Wann haben wir das letzte Mal gestreikt? Können Sie mir das sagen? Wann haben wir das letzte Mal gestreikt? *(Abg. Kern: Das war gang und gäbe!)* Als wir Gehaltsverhandlungen hatten, ist Bundeskanzler Klaus in den Zug gestiegen und fortgefahren. Damals haben wir 24 Stunden gestreikt. Das war der einzige Streik, den wir in der Republik durchgeführt haben. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas als Gewerkschafter ... *(Abg. Dr. Gruber: Ist er nach Mallorca gefahren?)* Wer? Der Klaus? Der Klaus, der ist nach Italien gefahren, der hat da unten irgendwo ein Haus an der Küste stehen, glaube ich. *(Abg. Dr. Mussil: Dabei ist er mit dem Zug gefahren und nicht mit dem Auto!)* Mit dem Zug ist er gefahren, selbstverständlich. *(Abg. Dr. Mussil: Und ihr habt trotzdem gestreikt!)* Wir waren so anständig und haben ihn noch mit dem letzten Zug außer Landes gelassen in der Hoffnung, er kommt nicht mehr zurück. Aber er ist zurückgekommen.

Nun, glaube ich, müssen wir einen Teilzweig des Verkehrs, der im Verborgenen immer wieder seine Tätigkeit verrichtet, erwähnen. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt – das ist sehr wesentlich, wird aber sehr wenig, glaube ich, beachtet – hat allein im Jahr rund 230 000 Flugbewegungen über Österreich geleitet, Gott sei Dank hatten wir nicht wie in Zagreb so schwere Unfälle. Die österreichische Wirtschaft floriert, und das ist so irgendwie ein Sinnbild, Herr Abgeordneter Mussil, weil Sie sagen, Arbeitslosigkeit und alles mögliche. Ich möchte Ihnen sagen, wie viele Flugschülerausweise ausgestellt worden sind. Für das Jahr 1978 sind allein 1 400 Flugschülerausweise ausgestellt worden. Diese Zahl wurde bereits im Oktober überschritten. Man sieht also, daß viele Menschen in Österreich – und Sie sagen, wir nagen am Hungertuch! – zwecks sinnvoller Freizeitgestaltung letzten Endes auch darüber nachdenken. *(Abg. Dr. Mussil: Meine Nachrichten sagen 1 800!)* Aber ich glaube, im Hinblick auf die Sicherheit der Zivilluftfahrt – das kann nicht oft genug ausgesprochen werden – muß man bedenken, daß gerade diese Menschen sorgfältig geschult werden müssen. Sie verrichten ihre Arbeit im Verborgenen, und man soll diesen Menschen auch hier Dank und Anerkennung aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist auch in den Bundesländern eine Reihe von neuen Einrichtungen im Hinblick auf die

11310

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Prechtl

Flugsicherheit geschaffen worden. Ich denke nur daran, daß in Salzburg ein neues Pistensichtgerät und in Schwechat ein neues Wetterradar geschaffen worden ist. Die zweite Piste wurde auch in Betrieb genommen. Natürlich gibt es eine Reihe von automatischen Anlagen, die nun errichtet worden sind, wobei ich über das Problem Goldhaube in diesem Zusammenhang gar nicht sprechen will.

Nun komme ich zu einer sehr erfreulichen Entwicklung. Gerade Sie sind es im Jahre 1968 gewesen, die hier im Hohen Haus gerufen haben: Wozu brauchen wir noch eine Austrian Airlines? Wenn man alle Protokolle nachliest, kann man feststellen, daß Sie dagegen waren. Wir Sozialisten haben sie in unser verkehrspolitisches Programm aufgenommen. *(Abg. Dr. Mussil: Erzählen Sie doch keine Märchen! Wir waren Förderer der Austrian Airlines!)* Nein, das ist kein Märchen. Ich möchte Ihnen sagen, daß Sie, Herr Abgeordneter Mussil, sich in bezug auf die Austrian Airlines vom Saulus zum Paulus entwickelt haben und daß ab 1969 ein Management geschaffen worden ist, das eine sehr positive Leistung erbracht hat. *(Abg. Dr. Gruber: Also doch 1969!)* Ja, aber erst die sozialistische Regierung hat die neuen Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen, die Sie in der Vergangenheit nicht akzeptiert haben.

Die Erhöhung des Grundkapitals um 1 Milliarde Schilling wurde im Jahre 1972 durchgeführt. Damals wurden auch die neuen Maschinen angeschafft, die letzten Endes sehr wirksam und rationell eingesetzt worden sind. Die Verluste der AUA betrugen vom Jahre 1957 bis zum Jahre 1969 871 Millionen Schilling. Meine Herren Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei! Sie haben damals einen sehr wesentlichen Anteil daran gehabt. *(Abg. Dr. Gruber: Das war unter „Minister Probst“! – Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen jetzt die positive Entwicklung der Austrian Airlines aufzeigen. Es wurden allein in den letzten Jahren mehr als 3 Milliarden Schilling durch das Unternehmen selbst aus Eigenmitteln investiert. Das heißt, sie mußten sie erst verdienen. Das ist ein sehr, sehr wesentlicher Fortschritt. Seit dem Jahre 1971 sind erfreulicherweise immer wieder Jahresgewinne zu verzeichnen gewesen.

Ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, wir haben dort einen sogenannten Proporzvorstand. Man möge sich doch über diese Dinge nicht hinwegsetzen und auch dem Personal und dem Vorstand der Austrian Airlines für diese positive Entwicklung Dank und Anerkennung aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Wir haben ja das Management eingesetzt!)* Nein, das war eine politische Entscheidung. Sie

hätten es sicherlich nicht eingesetzt. *(Heiterkeit bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: War es nun im Jahre 1969 oder nicht?)* Im Jahre 1970 haben wir die Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen. *(Ruf bei der ÖVP: Vom Management!)*

Nun haben wir sicherlich noch ein sehr großes und schwieriges Problem aller Verkehrsträger vor uns. Wir haben hier im Hohen Haus schon mehrmals erwähnt, daß sich mit der Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals international eine Problematik ergeben wird, die für die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft als einzige staatliche Gesellschaft sicherlich nicht erfreulich sein wird, weil sie auf die Staatshandelsgesellschaften trifft, die ihre Tarife nicht in diesem Ausmaß erhöhen oder unter Umständen sogar kostendeckend sein werden.

Aber auch die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft hat im heurigen Jahr schon eine sehr positive Entwicklung genommen. Es ist so, daß bereits bis Oktober 1978 um 13 Prozent mehr Last transportiert worden ist als im Jahre 1977. Wir Sozialisten sind es auch gewesen, die die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft modernisiert haben, die auf Schubschiffe umgestiegen sind und so einen großen Rationalisierungseffekt erreicht haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich werde noch im Laufe meiner Ausführungen in besonderem Ausmaß auf diese Probleme zu sprechen kommen.

Ich glaube, wir sind sehr froh, daß damit letzten Endes auch die Beschäftigung in der Korneuburger Schiffswerft mit ungefähr 1 033 Beschäftigten gesichert erscheint. Sie haben nicht nur einen sehr starken Export in den Osten, sondern auch die österreichische Flußschiffahrt wird modernisiert, um bei der Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals konkurrenzfähig zu sein.

Meine Damen und Herren! Ich will mich, nachdem morgen Maria Empfängnis ist und heute sinnigerweise als letztes Kapitel Verkehr zur Diskussion steht, genau an die 30 Minuten halten. Ich glaube, daß wir Sozialisten ganz genau wissen, daß die Forderung nach einem modernen Verkehrswesen, das wir im Jahre 1970 nicht nur propagiert, sondern auch zu verwirklichen versucht haben, auch dazu beiträgt, unser Leben in Österreich schöner und angenehmer zu gestalten. Deshalb geben wir diesem Budget gerne unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu Worte kommt der Herr Abgeordnete DDr. König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind jetzt acht Jahre, daß

Dkfm. DDr. König

diese Regierung im Amt ist, und es ist daher nur natürlich, wenn man sich anlässlich der zu Ende gehenden Legislaturperiode die Frage stellt: Was ist eigentlich auf dem Verkehrssektor erreicht worden?

Herr Bundesminister! Es ist heute schon vom Erstredner, dem Kollegen Schmidt, darauf hingewiesen worden, daß entgegen ihrer Vorgängerin die sozialistische Regierung – sie hat mehrmals die Verkehrsminister gewechselt – bis heute kein Gesamtverkehrskonzept erstellt hat. Sie arbeitet also pragmatisch, und zwar ohne eine gesamthafte Schau der einzelnen Verkehrsträger.

Zum zweiten: Die Bundesbahnen sind heute der größte Defizitposten im gesamten Bundesbudget. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Die Zahlen sagen das sehr deutlich aus. Ein Drittel des gesamten Bundesdefizits machen allein die Mittel aus, die wir insgesamt aus den verschiedenen Titeln für die Bahn aufbringen müssen.

Auch die vom Herrn Bundeskanzler groß angekündigte Aktion „Kampf dem Sterben vor der Zeit“ hat auf den Straßen leider keinen Erfolg gehabt. Das ist kein Vorwurf an Sie, Herr Bundesminister, denn da können Sie nichts dafür. Wenn man heute in der „Arbeiter-Zeitung“ über die Statistik der Unfälle liest, dann muß man sagen, daß diese Ankündigung zumindest vorschnell war; eine der vielen unerfüllten Ankündigungen des Herrn Bundeskanzlers.

Wissen Sie, daß Ihr Vorgänger, Minister Frühbauer, als er selbst noch Oppositionsabgeordneter war, in diesem Haus anlässlich der Vorlage des Gesamtverkehrskonzepts dem damaligen ÖVP-Minister Weiß bescheinigt hat, daß er mit diesem Gesamtverkehrskonzept das Tor zu einer europäischen Verkehrspolitik aufgestoßen habe? Ihnen, Herr Bundesminister, ist es vorbehalten geblieben, zusammen mit dem Finanzminister durch die Lkw-Steuer die Schlagbäume in Europa wieder herunterzulassen. Das ist der Unterschied zwischen der sozialistischen Politik und der Politik der Volkspartei, wie sie sich gerade im Verkehrsressort sehr deutlich manifestiert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der einzige Lichtblick, Herr Bundesminister, ist die Post, die nur dank des Telephons – das muß man dazusagen – aktiv ist. Sie soll jetzt nach dem Vorbild der Bundesbahnen einen Politgeneral bekommen. Ob das wirklich der Weisheit letzter Schluß ist, darüber werden wir ja noch sehr deutlich sprechen. *(Abg. Teschl: Wirtschaftsgeneral!)* Nein, nein, er hat wesentliche hoheitliche Aufgaben. Das ist ein Politgeneral, der mit einem eigenen Gesetz eingesetzt

werden soll. Darüber werden wir ja noch länger reden können.

Im Verkehrsbereich, Herr Bundesminister – das kann man wirklich sagen –, haben wir nicht den Prototyp einer sozialen Marktwirtschaft, die Sie so bekämpfen, sondern dort haben Sie eine sozialistische Wirtschaft verwirklicht. Wie schaut diese nun aus? – Sie ist gekennzeichnet durch laufende gewaltige Tarifierhöhungen. Die Belastungen, die Sie der österreichischen Bevölkerung auferlegen, sind beachtlich, und dennoch haben Sie die größten Defizite. Sie schaffen neue Steuern, und, was das Allerschlimmste ist, es bietet sich keine Hoffnung, kein Ansatz zur Besserung an. Das ist ein praktisches Ergebnis einer sozialistischen Politik, das alle Leute in der Wirtschaft sehen können, wie es sich hier uns entgegenstellt. Wir müssen ehrlich sagen, Herr Bundesminister: Diese kurzen Feststellungen – ich werde mich bemühen, mich an die Zeit zu halten – sind eigentlich sehr enttäuschend, enttäuschend für acht Jahre Regierungspolitik, enttäuschend auch für den hohen Anspruch, den diese Regierung der Bevölkerung gegenüber gestellt hat, die Versprechungen, die Sie gemacht haben, und das, was wir nun hier sehen.

Herr Bundesminister! Heute hat der Abgeordnete Prechtl eine Laudatio auf die Bahn gehalten. Ich muß mit ihm heute besonders milde sein, denn ich muß ja annehmen – wenn es nach dem Kollegen Hatzl geht –, daß das die letzte Rede war, die er hier zur Bahn gehalten hat. Wenn ich die „Arbeiter-Zeitung“ lese, dann sagt Kollege Hatzl – wenn ich das jetzt übertragen nehme –: Sie sind bezahlter Angestellter dieses Unternehmens, Sie verstehen etwas davon, Sie nehmen hier an den Beratungen über dieses Unternehmen teil. – Und das bezeichnet er als eine unzulässige Lobbyistentätigkeit. Sehen Sie: Das sind Ihre Jusos; die stört es, daß jemand etwas versteht und auch zu dem redet, wovon er beruflich etwas versteht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Uns stört etwas anderes. Uns stört, daß wir durch Zufall darauf stoßen, Herr Bundesminister – durch eine Frage im Budgetausschuß, die Sie dann schriftlich beantwortet haben; und deshalb war es uns möglich, das überhaupt festzustellen –, daß in Ihrem Ressort der Geschäftsführer der Consultatio als Konsulent für steuerrechtliche Fragen fungiert.

Ich frage mich, Herr Bundesminister: Seit wann haben Sie ihn? Seit wann benötigen Sie einen steuerrechtlichen Berater? Haben Sie das immer schon gehabt oder ist das eine Neueinführung? Wer war das früher? Gab es hier eine Ausschreibung oder ist es nur so zufällig erfolgt?

11312

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dkfm. DDr. König

Sehen Sie: Das sind diese Vermischungen, die uns stören. Das sind die Dinge, von denen wir meinen, daß sie durch ein Treuhandverhältnis nicht beseitigt werden, sondern das sind die Dinge einer unzulässigen Vermischung, die durch eine entsprechende Einstellung des Betreffenden eigentlich gar nicht passieren dürften.

Herr Bundesminister! Ich bin sehr gespannt, welche Antwort Sie uns geben. Aber glauben Sie nicht auch, daß diese Vermischung nicht dazu angetan ist ... *(Abg. Wille: Die Vermischung, die Sie mit dem Lebensmittelgesetz haben, stört uns!)* Herr Abgeordneter Wille! Ich habe es Ihnen schon gesagt – das ist wie beim Kollegen Prechtl –: Wenn einer beruflich etwas versteht und dazu in dem Haus etwas sagt, dann kann das dem Haus nur nützen. Sie haben sich doch überzeugen lassen. Wir haben das Lebensmittelgesetz ja einstimmig beschlossen. Oder haben Sie es vielleicht gegen Ihren Willen beschlossen? – Wir haben es hier einstimmig beschlossen, weil Sachverstand gewaltet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber sagen Sie mir, was das damit zu tun hat? – Ist denn der Geschäftsführer der Consultatio so schlecht bezahlt, daß er hier gleichzeitig als steuerrechtlicher Berater des Verkehrsressorts wirken muß? *(Zwischenruf des Abg. Prechtl.)* Das sind schon Dinge, die einem die Frage aufdrängen, wie weit hier unzulässig ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gradenegger.)* Aber bitte: Der Herr Finanzminister wird ja wohl zu seinem Geschäftsführer ein besonderes Naheverhältnis haben, sonst hätte er sich ihn ja nicht geholt. *(Abg. Dr. Gradenegger: Ist ein Geschäftsführer ein Politiker?)* Nein. *(Abg. Dr. Gradenegger: Eben!)* Aber der Herr Finanzminister wird zu ihm wohl ein besonderes Naheverhältnis haben. Uns interessiert eben, ob ausgeschrieben wurde, ob andere dieselben Chancen bekommen haben *(Zwischenrufe bei der SPÖ)*, ob andere dieselben Chancen bekommen haben, weil es wohl nicht alltäglich ist, Herr Abgeordneter Gradenegger – nicht alltäglich! –, daß sich ein Ministerium einen Berater für steuerliche Fragen nimmt und just den Berater einer Steuerkanzlei, die einem Ministerkollegen gehört. Das wollen wir aufgeklärt wissen. Nicht mehr und nicht weniger habe ich hier angefragt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese Antwort, Herr Bundesminister, glaube ich, müssen und sollten Sie uns geben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte in aller gebotenen Kürze die wesentlichen Bereiche des Verkehrsressorts behandeln.

Der Herr Abgeordnete Prechtl hat die Bahn erwähnt. Ich muß sagen: Wenn Sie meinten, die Bahn habe gemeinwirtschaftliche Aufgaben,

haben Sie sicher recht. Aber schauen Sie: Von den 14 Milliarden Schilling – 14 Milliarden Schilling; das ist bitte nicht kameralistisch gerechnet –, die die Pensionsabgeltungen, die Abgeltung der Sozialtarife und der Reinverlust ausmachen, sind nur 2,8 Milliarden Schilling Abgeltung für Sozialtarife. Nur das ist die Abgeltung für die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben der Bahn.

Die 3,8 Milliarden Schilling Reinverlust, Herr Abgeordneter Prechtl, sind erwirtschafteter Reinverlust, für den natürlich die Bahn verantwortlich ist. Dafür kann ich nicht allein den Bundesbahnvorstand verantwortlich machen, denn der hat ein Bundesbahnunternehmenskonzept erstellt. Der Herr Minister, die Regierung haben es nicht erfüllt. Sie, Herr Minister, haben sich nicht durchsetzen können. 1977 sind nicht einmal zwei Drittel des Mindestinvestitionsbedarfes erfüllt worden. 1978 detto nicht. Auch 1979 haben Sie von 6,8 Milliarden Schilling Unternehmenskonzept nur 3,8 Milliarden Schilling im Budget, mit der EUROFINA sind es 4,3 Milliarden Schilling. Sagen Sie bitte nicht, die außerbudgetäre Finanzierung mache das aus, denn der stehen die Vorbelastungen gegenüber, die Bestellungen, die schon hinausgegeben wurden.

Das heißt: Es wurde drei Jahre lang ein Potemkinsches Dorf aufgezogen. Man hat ein Unternehmenskonzept aufgestellt, das man nicht eingehalten hat. Der Vorstand hat richtigerweise Rationalisierungen angestrebt, aber man hat sie von der Regierung her verhindert und damit die Chance verhindert, daß die Bahn aktiv wird.

Verwechseln Sie bitte nicht die Kritik an dieser Art von Behandlung der Bundesbahnen durch die Bundesregierung mit einer Kritik an den Bediensteten dieser Bahn. Die können nämlich nichts dafür, daß sie in so einem Defizitunternehmen arbeiten müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Die können nichts dafür, daß diese Regierung konzeptlos ist, daß sie auf der einen Seite ein Vorstandskonzept vorliegen hat, das vernünftig und gut ist, und auf der anderen Seite aber nicht bereit ist, es zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Nicht umsonst hat der Herr Finanzminister wiederholt in der Öffentlichkeit davon gesprochen, daß er die Bahn ausgliedern muß. Herr Bundesminister Lausecker hat gesagt: Das ist nicht zielführend. – Bitte: Einigen Sie sich, was Sie von der Regierung der Öffentlichkeit sagen. Wir müssen so wie die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, daß Sie handlungsunfähig sind. Denn es geschieht seit Jahren nichts auf diesem Sektor, und das Defizit von 3,8 Milliarden Schilling ist eines, das bei Gott hoch genug ist, daß der

Dkfm. DDr. König

Steuerzahler einen Anspruch darauf hätte, daß ernsthaft etwas unternommen wird, um zu sparen, daß auch einmal von der Regierung her ein Zeichen gesetzt wird, daß man bereit ist, Maßnahmen zu setzen, um mit dem Geld der Steuerzahler sorgsamer umzugehen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich kann Ihnen wegen der Kürze der Zeit nicht alles vorhalten, was Ihnen der Rechnungshof an Kritik jedes Jahr präsentiert. Fast nichts von dem ist bitte verwirklicht worden. Von der Planlosigkeit möchte ich gar nicht reden: eine Flughafenbahn zu bauen, wo man einen Geisterbahnhof hat und keine Bahn; aber daneben baut man für die gleiche Strecke eine Schnellstraße. – Weiß in der Regierung wirklich die Linke nicht, was die Rechte tut?

Das Nebenbahnenproblem haben Sie angeschnitten, Herr Abgeordneter Prechtl. Auch ich bin der Meinung, daß wir eine Reihe von Nebenbahnen, auch wenn sie nicht kostendeckend sind, brauchen, daß wir sie erhalten müssen. Nach acht Jahren sozialistischer Regierung werden Sie doch bitte schön in der Lage sein, endlich Klarheit zu schaffen, der Bevölkerung und den Betrieben die Sicherheit zu geben: Bleibt jetzt die Nebenbahn oder wird sie aufgelassen? Welcher Betrieb soll sich denn ansiedeln in den Grenzgebieten, wenn er nicht weiß: Bleibt diese Nebenbahn oder bleibt sie nicht?

Wir wollen von Ihnen, von dieser Regierung endlich Sicherheit haben, was eigentlich geschieht. Man muß ja nicht jede Bahn gleich einstellen, man kann sie auch umstellen. Zwei Drittel der Kosten gehen bitte zu Lasten des Personenverkehrs – die Leute fahren heute überwiegend mit dem Autobus –, nur ein Drittel macht der Güterverkehr aus. Warum kann man nicht den Personenverkehr auf den Bus umstellen und den Güterverkehr auf der Bahn belassen?

Aber nichts ist bis jetzt geschehen. Sie wollen auf der einen Seite Grenzlandpolitik betreiben und verunsichern auf der anderen Seite die Grenzlandbetriebe. Werfen Sie dem Kollegen Mussil nicht vor, daß er dafür eintritt, daß im Waldviertel endlich Klarheit geschaffen wird, ob die Betriebe dort auch mit einem Bahnanschluß weiter rechnen können oder nicht. Seit Jahren werden sie in dieser Frage nur verunsichert! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Prechtl! Sie reißen das Pensionsproblem der Bundesbahnen an. Auch die Post hat bitte Pensionisten aus früherer Zeit. Wissen Sie, wie das aussieht? – 9,8 Milliarden Schilling gibt die Post für die Aktiven und 3,75 Milliarden Schilling für die Pensionisten aus.

Das ist ein Drittel der Aufwendungen für Aktive. 12,3 Milliarden Schilling gibt die Bahn für Aktive, 9,5 Milliarden Schilling für die Pensionisten aus. Das sind drei Viertel. Irgendetwas kann da nicht stimmen.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Was tun Sie, um diese ungünstige Situation, die seit Jahren anhält, zu verbessern? Ist es wirklich der Weisheit letzter Schrei, wenn arme Teufel umherrennen, uns in den Sprechstunden, wenn wir Parlamentssitzung haben, besuchen und sich darüber beklagen, daß sie, wie sie sagen, willkürlich in die Pension geschickt wurden, daß offenbar nach Gutdünken vorgegangen wird, daß das Ermessen offensichtlich nicht nach einheitlichen Regeln gebraucht wird, sondern denjenigen, den man politisch nicht will, den schickt man in Pension unter Ausnützung der gegebenen Rechtslage, und bei demjenigen, bei dem das nicht der Fall ist, handelt man anders. Von der politischen Zwangspensionierung und dem Schaden, den die Zwangspensionierung des wirklich verdienten Generaldirektors Kalz der Bahn gebracht hat, will ich heute gar nicht mehr reden.

Das werden wir sicher nicht vergessen, denn das war ein Mutwillensakt, ein politischer Mutwillensakt, der der Bahn sehr, sehr geschadet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Verhältnis Schiene – Straße. Herr Bundesminister! Schauen Sie sich doch die Werbung an! Sie haben jetzt 55 Millionen Schilling an Werbekosten im Budget, das ist viel Geld. Wir bekennen uns zur Sicherheitswerbung, wir bekennen uns auch dazu, daß für die Bahn Kunden geworben werden durch eine moderne Werbung. Glauben Sie, daß Sie einen Kunden werben durch diese sogenannte Laudatio, die Sie hier in allen Zeitungen haben: „Würden mehr Ferntransporte mit der Bahn durchgeführt werden, wäre für uns Pkw-Fahrer mehr Platz auf der Straße, deshalb bin ich für Fernfracht auf den Schienen, Sie nicht auch?“

Ich erinnere mich noch an eine Werbung, die geheißen hat: „Nimm Abschied vom Auto – fahr' mit der Bahn!“, weil es sicherer, und auch energiesparend ist. Das vergessen Sie jetzt, jetzt sind Sie dafür, daß jeder wieder lustig mit dem Pkw fährt. Glauben Sie, daß Sie einen Verlader mit dem Inserat gewinnen? Das ist doch nichts anderes als eine Politwerbung, die da gemacht wird, das hat überhaupt nichts mit einer seriösen Kundenwerbung zu tun. Eine seriöse Kundenwerbung, Herr Minister, könnten Sie nur dann durchführen, wenn Sie endlich einmal dort ansetzen würden, wo heute die Bahn hoffnungslos konkurrenzunfähig ist. Lesen Sie – der Herr Bundeskanzler ist Präsident von dem Verein –, was die Energieverwertungsgesellschaft sagt. Sie

11314

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dkfm. DDr. König

spricht von doppelt so langen Waggonumlaufzeiten bei uns als im Ausland. Es dauert zu lange, bis die Bahn zustellt.

Sie haben uns im Ausschuß andere Zahlen gesagt, Sie haben gesagt: in der Schweiz 4,8 Tage, in Österreich 5,1. Alles in bester Ordnung. Ist es nicht, Herr Bundesminister! Die Wahrheit schaut ganz anders aus. Ich sage Ihnen zwei praktische Fälle: Ein Lkw kann von Wien nach Salzburg 7mal in der Woche unter Einhaltung aller gesetzlichen Auflagen, aller Arbeitszeitaufgaben fahren, die Bahn schafft das dreimal in der Woche, weil sie mit dem Umladen nicht zusammenkommt, weil die Einteilung nicht entsprechend ist. Wissen Sie, daß aber die Waggonmiete genauso viel kostet wie der Lkw? Da liegt es.

Oder nehmen Sie das Beispiel Salzburg nach Hall in Tirol. Nur dreimal in der Woche können Sie mit der Bahn diese Strecke fahren, aber zweimal am Tag mit dem Lkw. Sagen Sie, wie wollen Sie mit so einem Inserat einen Verlader dazu bringen, daß er umsteigt? Sie müssen die Bahn attraktiver machen – das haben sich die Bediensteten nämlich auch verdient –, ansonsten wird diese Bundesbahn hoffnungslos untergehen, wenn Sie weiter so wirtschaften, wie das bisher bei Ihnen geschehen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wenn wir heute die Straße betrachten, dann müssen wir sagen, auch hier haben wir eine Reihe von Maßnahmen gemeinsam gesetzt, die sich zweifellos bewährt haben, ob es die Straßenverkehrsordnung ist, ob es das Kraftfahrzeuggesetz ist. Wir werden auch beim Gesetz über den Transport gefährlicher Güter hier sicher ein gemeinsames Gesetz zusammenbringen. Dort, wo Sie aber einen parteipolitischen Alleingang gemacht oder unterstützt haben, wie im Falle des Bonus-Malus, sind wir heute in der Situation, daß die Fahrerfluchtfälle in einem Maße ansteigen, wie wir Ihnen das vorhergesagt haben.

Dort, wo Sie einen Gewaltakt gesetzt haben wie bei der Lkw-Steuer, müssen Sie heute im Amtsbehelf zugeben, daß diese Maßnahme verkehrspolitisch völlig daneben gegangen ist. Im Amtsbehelf heißt es auf Seite 269: „Die Situation auf dem Verkehrsmarkt ist durch sinkende Transportleistungen der Bahn gekennzeichnet“ – sinkende, bitte, und Sie wollten mehr Transportsubstrat nach Einführung der Lkw-Steuer haben –, „als deren Folge bereits im Jahr 1978 gegenüber dem Voranschlag mit Mindereinnahmen zu rechnen ist.“ Also eine verkehrspolitisch völlig verfehlte Maßnahme.

Nichts hat es genützt, nichts ist auf die Bahn gekommen. Fragen Sie in der verstaatlichten

Industrie, was die auf die Bahn bringen, fragen Sie sie doch einmal. 20 000 Tonnen hat Ranshofen für Fenster abgeschlossen mit Bulgarien; das heißt, es ist das passiert, was wir immer gesagt haben: Statt den österreichischen Frächtern haben Sie die Transporte den Oststaaten zugeschanzt, weil die natürlich zu Dumpingpreisen fahren, um Devisen zu bekommen. Das ist der Effekt Ihrer Lkw-Steuer.

Der Straßenbau bekommt nichts. Wir haben mit Mühe erreicht, daß Sie den österreichischen Frächtern im grenzüberschreitenden Verkehr Abgeltungen geben, weil sie Devisen verdienen. Das haben wir vorgeschlagen, Sie haben es immer abgelehnt. Jetzt haben Sie es gemacht, aber der Effekt ist, daß praktisch die Lkw-Steuer zu 80 Prozent die Inländer bezahlen. Wo erfassen wir denn die Ausländer? Wir müssen einen Großteil wieder zurückzahlen. Das ist eine Maßnahme, die in ihrer Einseitigkeit, in ihrer wirtschaftspolitischen Unüberlegtheit und in der Überheblichkeit, mit der sie vom Finanzminister hier vertreten wurde, die Menschen auf die Straße getrieben hat: anständige Leute, Leute, die Steuern bezahlen, Leute, die Arbeitsplätze sichern, Leute, die keinen 8 Stunden-Tag haben. Die haben sich gezwungen gesehen, auf die Straße zu gehen, weil es um ihre Existenz gegangen ist.

Sie haben sie zwar mit der Abgeltung der Retorsionssteuern davor bewahrt, daß sie zugrunde gegangen sind. Aber Sie haben damit erreicht, daß es eine Inländersteuer zum überwiegenden Teil und keine Ausländersteuer geworden ist.

Herr Bundesminister! Wir haben Ihnen vernünftige Vorschläge gemacht, wir haben eine Mautbindung vorgeschlagen, also Straßenbindung mit Maut, wir haben die internationale Finanzierung der Pyhrn-Autobahn vorgeschlagen, alles Dinge, die heute in den Sternen stehen, weil die EWG das nicht macht, wenn wir die Lkw-Steuer beibehalten.

Wir haben erklärt – ich wiederhole das –, daß wir, wenn wir dazu das politische Mandat bekommen, diese unsinnigste aller Steuern wieder abschaffen. Der Herr Handelsminister hat uns bekümmert, trotz vieler Bedenken, die es gibt, beim Europäischen Patentübereinkommen mitzugehen, weil wir europäische Lösungen wollen. Dr. Heindl hat das in diesem Hause erklärt und uns beschworen, wir sollen mittun. Aber dort, wo es darauf ankommt, eine europäische Verkehrspolitik zu machen, dort machen Sie sie kaputt und lassen die Grenzbäume wieder herunter. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist mir aus Zeitgründen nicht möglich, all die Vorschläge zu unterbreiten, die wir im

Dkfm. DDR. König

Bereich der Verkehrssicherheit haben. Es würde zu weit führen. Ich möchte mich noch kurz der Post zuwenden.

Ich habe schon gesagt, es ist erfreulich, daß die Post heute aktiv gebart, das basiert auf den steigenden Einnahmen aus dem Telephon. Aber ist es wirklich notwendig, daß Sie gleich um 100 Prozent die Repräsentationskosten bei der Post erhöhen? Sie haben uns zwar gesagt, da stecken auch Positionen drin, die früher anderswo waren, nur fehlt jede Fußnote, jeder Nachweis dafür. Wir stellen nur auf Seite 18 fest: 100 Prozent Erhöhung der Repräsentationskosten.

2 Milliarden Schilling von den bisher zweckgebundenen Mitteln zweigt der Finanzminister für den Telefonausbau ab und verwendet sie zum Budgetlöcherstopfen. 160 000 Leute warten noch auf einen Anschluß.

Herr Bundesminister! Auch wenn Sie sagen, wir machen ohnehin soviel: Unter Einschaltung privater Firmen, denn die haben noch Kapazität, wäre es möglich, hier viel mehr zu tun. All die Leute, die warten und keinen Anschluß haben, sind auch verlorene Kunden. Das ist verlorenes Geld für die Post. Kein anderer Unternehmer würde, wenn er ein solches Kundenreservoir hätte, sagen, ich gebe das Geld dem Finanzminister und verzichte auf die Erschließung dieses Kundenkreises.

Zwischen dem Kraftwagendienst der Post, der Bahn und dem Autobusdienst der Post gibt es nur auf einzelnen Linien eine Kooperation. Warum gibt es immer noch keinen gemeinsamen Betrieb? Herr Bundesminister, wir haben Sie im Ausschuß gebeten, Sie sollen uns doch einmal eine Aufstellung der Gehaltsentwicklung mit den Zulagen für Postautobuschauffeure und Bahnchauffeure geben. Ich darf diese Bitte erneuern, weil es einfach nicht einsichtig ist, daß die Bediensteten desselben Dienstgebers ungleich behandelt werden, vielleicht nur deshalb, weil bei den Personalvertretungswahlen die einen braver wählen als die anderen, von Ihrer Warte her gesehen.

Herr Bundesminister! Ich möchte sehr deutlich deponieren, daß die Schaffung eines politischen Beamten in der Post, solange Sie die betrieblichen Angelegenheiten nicht ausgliedern, sondern sie verbinden mit der Hoheitsverwaltung, von maßgeblichen Stellen wie Rechnungshof, Verwaltungsgerichtshof, im Begutachtungsverfahren, Gewerkschaftsbund und Kammern und Landesregierungen, im Begutachtungsverfahren als verfassungswidrig bezeichnet wurde.

Bitte, dann soll sich der Herr Bundeskanzler nicht wieder beleidigt fühlen, wenn man ihm vorhält, die Regierung gehe mit der Verfassung

leichtfertig um. Hier wird von Verfassungswidrigkeit gesprochen. Dieser Vorwurf ist nicht entkräftet. Ja warum gehen Sie diesen Weg? Wenn Sie einen Dr. Lukner oder einen Dr. Übleis dort haben wollen, dann brauchen Sie das nicht. Aber wenn Sie einen Oberhammer wirklich dort haben wollen, ist das natürlich der einzige politische Weg, den Sie gehen können, ein parteipolitischer Weg, den wir ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Überall dort, wo zusammengearbeitet wird, wo wirtschaftlich vernünftig gehandelt wird, sieht man die Erfolge. Der Abgeordnete Prechtel hat die AUA erwähnt. Jawohl, Herr Abgeordneter Prechtel, aber die AUA-Sanierung geht zurück – das ist historische Wahrheit – auf den ÖVP-Finanzminister Professor Koren. Damals ist das Sanierungsgesetz beschlossen worden. Koren hat es eingeleitet, und ich gebe zu, Androsch und die Regierung Kreisky haben es fortgesetzt. Einverstanden. Die politische Entscheidung ist unter der ÖVP-Regierung gefallen. Weil dort wirtschaftlich gearbeitet wird, ist das heute ein blühendes Unternehmen.

Das, bitte, ist aber in anderen Bereichen nicht zu sehen. Dort, wo parteipolitisch entschieden wird, wie etwa im Verkehrsbüro, haben Sie aus einem guten Unternehmen ein Defizitunternehmen gemacht. Das, bitte, haben nur Sie zu verantworten, diese Regierung, das ist in Ihrer Zeit geschehen.

Nehmen Sie die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, ein Unternehmen, das unter schwerem Druck durch das Dumping der Oststaaten steht. Auch in diesem Unternehmen wird vernünftig zusammengearbeitet, und es funktioniert, nicht so wie bei der Bundesbahn, wo man meint, daß allein die Sozialisten zu dirigieren haben und man das Unternehmen fast wie einen Parteibetrieb betrachtet, wo man nur gelegentlich Brosamen vom Tisch der Herrschenden fallen läßt und sich gegen alles sperrt, was an vernünftigen Maßnahmen vorgeschlagen wird, was einem aber parteipolitisch nicht so paßt.

Denn die DDSG hat sehr wohl eine Reihe vernünftiger Rationalisierungsmaßnahmen durchgesetzt, auf die die ÖBB-Bediensteten noch lange warten müssen.

Herr Bundesminister! Wir wissen, daß es gerade im Luftverkehr sehr darauf ankommt, wie die nationale Luftfahrtlinie mit dem Verkehrsressort zusammenarbeitet, und wir können feststellen, daß die Zusammenarbeit – das möchte ich hier anerkennen – sehr gut funktioniert. Ich möchte aber auch sagen, deutlich deponieren, daß gerade in der Zukunft wesentliche Fragen gemeinsam gelöst werden müssen. Die Frage des internationalen Tarifge-

11316

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dkfm. DDr. König

füges ist heute eine, die auch uns Sorgen machen muß, die Entlohnung der Fluglotsen, vor allem im Hinblick auf die Pensionierung – nicht des ganzen Personals im Amt für Zivilluftfahrt; wir verstehen das auch so bei den Eisenbahnen: ein Lokführer ist anders zu behandeln als das ganze Heer der Beamten, die am Schreibtisch sitzen. So ist es auch hier. Die Fluglotsen muß man anders behandeln als alle anderen, hier muß man Lösungen finden, die auch den besonderen Gesundheitsanforderungen gerecht werden. Wir erwarten diese Lösungen von Ihnen, Herr Bundesminister. Wir erwarten auch, daß Österreich in bezug auf die Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals eine Linie einnimmt, die es den Oststaaten nicht möglich macht, diesen Kanal zu einem internationalen Gewässer zu erklären, da wir dann das Dumping hinauf bis an den Rhein hätten, sondern daß wir auch von Österreich her – wir sind hier nicht entscheidungsbefugt – zeitgerecht bilaterale Verhandlungen aufnehmen.

Herr Bundesminister! Ich komme zum Schluß – ich möchte meine Zeit auch nicht überziehen – und möchte feststellen: Das Ergebnis der Politik dieser Regierung im Bereich des Verkehrs ist leider Gottes alles andere denn ermutigend. Wir haben leider festzustellen, daß der Verkehrsbereich einen sehr wesentlichen Beitrag zur Zerrüttung des Staatsbudgets im negativen Sinne leistet, daß die wesentlichen Probleme im Verkehrsbereich heute ungelöst bleiben, Ihren Nachfolgern überlassen bleiben, daß zahlreiche Unternehmen im Verkehrsbereich unter der Steuerlast stöhnen und es erstmals in der Geschichte war, daß Sie diese Menschen auf die Straße getrieben haben, Sozialisten, die andere Arbeiter, Arbeitnehmer und Selbständige auf die Straße getrieben haben, weil sie nicht mehr anders konnten.

Ich billige Ihnen persönlich durchaus die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Konsens zu, aber Sie sind offenbar Gefangener einer Verschwendungspolitik, die ihren Ausweg immer nur in neuen Belastungen der Bevölkerung sieht. Selbst wenn Sie wollten, können Sie sich offenbar gegen die Politricks in Ihrer Partei nicht durchsetzen.

Es ist doch eigentlich erschütternd, wenn ein Finanzminister davon spricht, resignierend davon spricht – nachdem er mit seinen Vorstellungen nicht durchgekommen ist –, nicht er, aber in seinem Namen hat einer seiner Beamten im „Stern“ gesagt –, „Aushungern ist auch eine Methode“. Ich muß sagen, eine sehr schlechte Methode, Herr Bundesminister, eine genauso schlechte wie Fortwursteln. Denn mit dem Fortwursteln werden wir die Probleme nicht lösen, wir werden vor allem die Chance

nicht nützen, die Bahn und die anderen zu ihrem Bereich gehörenden Verkehrsmittel zu einem modernen integrierten Verkehrssystem zu verbinden.

Sichere Arbeitsplätze, Herr Bundesminister, sind auch für jene Bereiche, wo sie pragmatisiert erscheinen, nur jene, die sich auf gesunde Betriebe stützen können. Alles andere sind à la longue unsichere Arbeitsplätze.

Deshalb hoffen wir, meine Damen und Herren hier in diesem Hause, daß mit diesem Budget, das wir ablehnen, die Weichen zum letzten Mal in die roten Zahlen gestellt werden. Wir hoffen und glauben, daß wir aus diesen roten Zahlen wieder herauskommen können, allerdings nur dann, wenn wir einen Kurswechsel vornehmen, einen Kurswechsel zu mehr Sparsamkeit, einen Kurswechsel zu mehr Wirtschaftsgesinnung, einen Kurswechsel zu mehr Leistungsbewußtsein. Wir, die Österreichische Volkspartei, werden diesen Kurswechsel garantieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Alberer.

Abgeordneter **Alberer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Eine moderne, wachstumsorientierte Volkswirtschaft braucht leistungsfähige Verkehrsnetze in Schiene, Straße, Wasser und Luftverkehr. Der Ausbau dieser vier Verkehrsträger soll koordiniert und unter Bedachtnahme auf Umweltfreundlichkeit und volkswirtschaftlichen Nutzen erfolgen.

Das Budget 1979 enthält im Kapitel Verkehr Einnahmen von 17,1 Milliarden Schilling und Ausgaben von 25,2 Milliarden Schilling und dazu die Investitionssumme von 5,3 Milliarden. Diese den Bundesbahnen zur Verfügung gestellten Mittel werden es ermöglichen, daß weiterhin Erneuerungen im Wagenpark und im Maschinenpark durchgeführt werden, dies sogar unter teilweiser Vorfinanzierung. Damit wird selbstverständlich auch weiterhin die Vollbeschäftigung in gewissen fahrzeugerzeugenden Betrieben gegeben sein, wie bei der Simmering-Graz-Pauker, wie auch bei den Jenbacher Werken und bei den Zulieferfirmen.

Die Neuanschaffung von Lokomotiven, die Neuanschaffung von Waggons ist selbstverständlich auch ein großer Vorteil für den österreichischen Reisenden. Mehr Loks, mehr Waggons und so weiter haben die Möglichkeit ergeben, daß neben der Westbahn auch auf der Südbahn der Zweistundentaktverkehr eingerichtet werden konnte. Und wenn man mit den Reisenden im Zug spricht, stellt man fest, daß sie mit dieser Einführung sehr zufrieden sind *(Beifall bei der SPÖ)* und daß auch sehr viele

Alberer

Private, Geschäftsleute, Unternehmer, jetzt die Österreichische Bundesbahn benützen.

Mehr Reisezüge über das Deutsche Eck bringen auch eine wesentlich bessere Verbindung in die westlichen Bundesländer. Diese uns zugeteilten Mittel erlauben uns auch, unsere Großbauvorhaben fortzuführen. Ich möchte hier auf den Bahnhof Kledering verweisen, der nach dem Preisvoranschlag 1976 2,2 Milliarden Schilling kosten wird. Es ist eines der größten Bauvorhaben der Österreichischen Bundesbahnen seit dem Semmeringbau.

Im südlichsten Bundesland wird in Villach der Verschiebebahnhof Villach-Süd gebaut werden. Das bedeutet, daß wir täglich ungefähr 4 800 Güterwagen mehr zur Verfügung haben werden.

Für den Ausbau des Bahnhofes Wolfurt sind 120 Millionen Schilling in diesem Jahr vorgesehen. Der Ausbau des Bahnhofes Kufstein, die Fertigstellung des Bahnhofes Wien, Franz Josefs-Bahnhof, werden ebenfalls den Wagenumlauf wesentlich beschleunigen.

Es sind die Mittel vorhanden, die Tauernbahn weiter auszubauen, es sind die notwendigen Mittel vorhanden, um die Langsamfahrstellen, von denen heute gesprochen wurde, doch nach und nach zu beseitigen.

Durch diese Wirtschaftspolitik wird es selbstverständlich möglich sein, daß die Bauwirtschaft auch weiterhin beschäftigt wird, daß die Bauwirtschaft durch die Österreichischen Bundesbahnen im ganzen Bundesgebiet beschäftigt wird und daß hier die Arbeiten auch vielfach in der Winterszeit durchgeführt werden.

Ich habe darauf hingewiesen, daß zu den Reserven von 25 Prozent dann täglich noch ungefähr 4 800 Waggons dazukommen werden.

Aber wenn wir darauf hinweisen, daß wir während der Lkw-Blockade vom 3. bis 17. Juli um 43 300 Tonnen mehr transportiert haben, daß wir in dieser Zeit um 840 000 S mehr eingenommen haben, ist das ein Beweis für die Leistungskraft der Österreichischen Bundesbahnen und ein Beweis für den Leistungswillen der österreichischen Eisenbahner. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dies, meine Damen und Herren, zu einem Zeitpunkt, zu dem seit 1970 7 284 Bedienstete eingespарт wurden, wo vorgesehen ist, 1979 weitere 670 Stellenplanposten einzusparen. Zu einem Zeitpunkt, zu dem hier die einzelnen Debattenredner mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr Finanzbeamte verlangen, in dieser Zeit, meine Damen und Herren, spart die Eisenbahn über 7 000 Köpfe ein.

Das ist hauptsächlich und selbstverständlich nur dadurch möglich, daß Mittel zur Verfügung gestellt werden, um schienengleiche Wegübergänge aufzulassen, um Schranken zu automatisieren. Seit 1961 sind 2 172 solche Auflösungen vorgenommen worden.

Wir haben im Budget die notwendigen Mittel für den Weiterbau von Fulpmes. Dieses Kraftwerk wird 6 Prozent des Strombedarfes der Österreichischen Bundesbahnen oder 13 Prozent der Eigenleistung erzeugen. Es wird vollautomatisch von Innsbruck aus gesteuert werden.

Dadurch ist selbstverständlich vielfach auch die kontinuierliche Beschäftigung von Arbeitern in Elektrofirmen gegeben.

Besserer Ausbau des Nahverkehrs, meine Damen und Herren: 1975 eine halbe Milliarde Schilling, 1979 1,4 Milliarden Schilling.

Neben Wien und der Umgebung von Wien ist diesmal auch der Raum Vorarlberg dabei, und, Herr Minister, vielleicht ist es möglich, im Rahmen des Nahverkehrs auch die Strecke zwischen St. Veit an der Glan und Klagenfurt zweigleisig auszubauen.

Wir haben für den Nahverkehr 24 neue Garnituren bestellt und glauben, daß wir damit der Bevölkerung weitestgehend entgegenkommen und ihre Wünsche nach Möglichkeit erfüllen.

Im letzten Jahr wurde auch die Strecke Wien, Franz Josefs-Bahnhof-Tulln elektrifiziert. Dies kostete 300 Millionen Schilling. Ein Kilometer kam auf 8,1 Millionen Schilling. Wir haben nun ungefähr 50 Prozent unseres Eisenbahnnetzes elektrifiziert, 199 km sind noch ausständig, an denen wird in Zukunft gearbeitet werden, und wir sind mit der Elektrifizierung nach der Schweiz, Italien und den Niederlanden an vierter Stelle.

Der Transport gefährlicher Güter und großer Lasten im Fernverkehr muß verstärkt auf die Schiene verlagert werden. Güterbeförderung auf der Straße hat vor allem Verteilerfunktionen im Nahbereichsverkehr zu erfüllen.

Die Bahn ist spezialisiert auf Fern- und Schwertransporte. Sie hat spezielle Waggons für landwirtschaftliche Produkte, sie hat die notwendigen Wagen für Treibstoffe. Diese Güter – dieser Meinung sind wir Sozialisten – sollten von der Straße weg.

Wir haben in der letzten Zeit die 14 Nachtsprungzüge auf 20 erhöhen können, sodaß die Güter zum Beispiel aus den westlichen Bundesländern wesentlich schneller in Linz, Wien und so weiter sind.

Schienen lenken den Gütertransport in wirt-

11318

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Alberer

schaftliche Bahnen. Sie helfen, unsere Straßen zu entlasten. Der Ruf Österreichs als ruhiges Urlaubsland ist schon lange in Gefahr, meine Damen und Herren. Wir haben in Österreich ungefähr 40 000 Fremdenverkehrsbetriebe, in diesen arbeiten 155 000 Beschäftigte.

Vor zwei Tagen hat der Abgeordnete Suppan darauf hingewiesen, wie wichtig die Seenreinhaltung in Österreich ist. Wir können dem nur hundertprozentig zustimmen, unterstützen das und haben schon viel Geld für die Seenreinhaltung ausgegeben. Aber, meine Damen und Herren, im Fremdenverkehr ist die Seenreinhaltung alleine zu wenig. Die schweren Lastfahrzeuge fahren nachts durch die Dörfer, durch die Märkte und Städte, und die Fremden, die herkommen, wollen nachts Ruhe haben. Sie wissen, daß die Bevölkerung von Graz, von Peggau, von Bodensdorf Sitzstreiks veranlaßt hat. Aber, meine Damen und Herren, was hilft denn das, wenn man Nachtfahrverbote fordert, wenn dann morgens um 6 oder um 7 Uhr die Brummer alle zugleich durch die Ortschaften fahren würden?

Es werden ja auch hier im Hohen Hause immer wieder neue Forderungen an die Österreichischen Bundesbahnen beziehungsweise an die Verwaltung gestellt: Ausbau von weiteren Bahnhöfen, Sanierung von sanitären Anlagen, Verbesserung der Verkehrsleistung, Aufenthalte in mehreren Ortschaften, dafür aber kürzere Fahrzeit, Reiseerleichterung für Körperbehinderte, Alte und Mütter. Das alles, meine Damen und Herren, wird nach Möglichkeit bei den Österreichischen Bundesbahnen wirklich berücksichtigt, und auf die Wünsche der Bevölkerung wird vielfach eingegangen.

Gleichzeitig – das glaube ich hier sagen zu müssen – wird vielfach die Tätigkeit der Eisenbahnbediensteten herabgewürdigt. Vor kurzem hat der Abgeordnete Hietl darauf hingewiesen, daß der Staat für jeden Eisenbahner jährlich 243 000 S dazuzahlen muß. Der Abgeordnete Neumann hat darauf hingewiesen, daß das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen 17 Milliarden Schilling ausmacht; soviel, wie alle Bauvorhaben kosten, die in Österreich ausgeführt werden. Dr. König hat vor kurzem einen Leserbrief an die „Krone“ geschrieben, in dem er zum Problem Anflug der AUA von Klagenfurt Stellung genommen hat. Darin konnte er es aber nicht verabsäumen, darauf hinzuweisen: Wenn das eintreten würde, dann würde die AUA genauso wirtschaften wie die Österreichischen Bundesbahnen.

Der Abgeordnete Lanner hat in seinem ÖVP-Budgetkonzept darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, den Privilegienabbau durchzuführen, und so weiter.

Meine Damen und Herren! Wenn wir hier über das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen reden, könnten wir wahrscheinlich eine Stunde darüber reden: Der Betriebsabgang wird für das Jahr 1979 mit 5,9 Milliarden Schilling allerdings um 2 Milliarden Schilling höher sein als 1978. Diese recht erhebliche Steigerung geht auf die bereits mehrfach erwähnte Auflassung der Ansätze der außerordentlichen Gebarung und der damit verbundenen Zusammenfassung der Investitionsmittel aus den Ansatzanlagen zurück. Verschärft wird das Ganze noch dadurch, daß die Bruttoinvestitionen im Grundbudget 1979 gegenüber heuer erheblich aufgestockt werden.

All das zeigt, wie unsinnig es ist, den Betriebsabgang in den früheren Jahren, den Gesamtabgang bei den ÖBB für die Beurteilung des Unternehmens heranzuziehen, denn niemand wird doch allen Ernstes behaupten wollen, daß die von den ÖBB geplanten Investitionen nicht sinnvoll sind, sondern als Defizit zu bezeichnen sind.

Genau das aber geschieht, wenn der Betriebsabgang als Maßstab für die Bewertung des Unternehmungserfolges herangezogen wird. In der gesamten Wirtschaft ist es üblich, für derartige Untersuchungen und Überlegungen Gewinn- und Verlustrechnungen heranzuziehen, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und nicht nach den Regeln der Kameralistik bestellt werden. Genauso muß auch im Falle der ÖBB vorgegangen werden. Geschieht dies nicht, dann zeigt es sich, daß der immer wieder kolportierte Vorwurf einer gigantischen Defizitwirtschaft der ÖBB völlig haltlos ist und nur politische Motive zur Grundlage hat. *(Abg. Dr. König: Aber das geschieht, und trotzdem sind es 3,8 Milliarden Schilling Defizit! 3,8 Milliarden! Stimmt es, oder stimmt es nicht?)*

Schauen Sie, Herr Doktor, wir weisen darauf hin: Privilegienabbau. *(Abg. Dr. König: Stimmt es: 3,8 Milliarden?)* Das Defizit ist hier nicht abzustreiten. *(Abg. Hietl: Das ist doch unwirtschaftlich!)*

Schauen Sie, Privilegienabbau bei den Österreichischen Bundesbahnen. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Eisenbahner so privilegierte Beamte sein sollten. Ja ist das ein Privileg, wenn er an Sonn- und Feiertagen Dienst machen darf? Ist das ein Privileg, wenn er zu Weihnachten seine Familie zu Hause lassen und in den Dienst gehen muß? Wenn er zu Silvester unterwegs ist? *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Wenn er bei Kälte und Schnee Dienst machen muß? Wenn der Verschieber und der Zugbegleiter auf die vereisten Stufen hinaufspringen müssen beim fahrenden Zug? Ja sollen das Privilegien sein? Oder wenn

Alberer

der Lokomotivführer, meine Damen und Herren, der bei Nacht und Nebel schwerster Belastung ausgesetzt ist, mit 53 oder mit 55 Jahren in Pension gehen kann, vielleicht in Pension gehen muß, weil er diesen Dienst einfach nicht mehr versehen kann? *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. König: Aber das bestreitet niemand!)*

Ist es ein Privileg, meine Damen und Herren, wenn der Eisenbahner für die Nachtarbeit eine Zulage bekommt? In jedem Betrieb wird für Nachtarbeit Zulage gezahlt. Ist das ein Privileg, wenn er auf der Lehne herumsteigen muß und hiefür etliche Schilling pro Stunde als Zuschlag bekommt? Oder wenn der Bauzugarbeiter, der am Montag morgen fortfahren muß und am Samstag nach Hause kommt, wenn der eine kleine finanzielle Entschädigung bekommt?

Oder wenn ein Oberbauarbeiter, der schwer arbeiten muß, dessen Arbeitsplatz unter Umständen eine Länge von 50 km aufweist, dafür ungefähr 700 oder 800 S Zulage bekommt, daß er nie zu Hause mittags essen kann? Ist das ein Privileg, meine Damen und Herren, wenn die Eisenbahn ihren Bediensteten eine Wohnung zur Verfügung stellt und sie dafür den normalen Zins zahlen müssen?

Sollten Sie die Fahrbegünstigung meinen, dann kann man sagen: Es gibt eine ganze Menge Menschen in Österreich, die begünstigt fahren können. Warum soll der Eisenbahner und warum soll seine Familie es nicht auch tun?

Aber Sie können mir glauben: Viele Eisenbahner fahren wirklich nicht. Denn wer die ganze Woche mit der Eisenbahn beschäftigt ist, ist dann froh, wenn er sonntags die Eisenbahn nicht sieht, wenn er einmal nicht in die Eisenbahn einzusteigen braucht. So schaut es doch tatsächlich aus.

Oder sind das Privilegien, meine Damen und Herren, wenn die Eisenbahn ihren Bediensteten Brennstoff zur Verfügung stellt? Aber auch die Eisenbahner heizen vielfach mit Strom – da gibt es keinen Nachlaß –, sie heizen mit Öl – dafür gibt es keine Ermäßigung –, und auch den Kohlenheizern verrechnet die Eisenbahn den Selbstkostenpreis plus Verwaltungskostenzuschlag. Oder sollen das Privilegien sein, wenn ein Eisenbahner eine Uniform anziehen muß und er für diese Uniform einen Kostenzuschuß von 50 Prozent bezahlen muß, obwohl ihn der Betrieb verpflichtet, die Uniform anzuziehen?

Man sollte bedenken, meine Damen und Herren, wie viele tödliche Unfälle es bei der Bahn gibt, wie gefährlich dieser Beruf ist. Die Privilegien wiegen das bestimmt nicht auf.

Das, meine Damen und Herren, mußte einmal ins rechte Licht gerückt werden. Man sollte nicht

immer von den sogenannten Privilegien reden, man sollte vielmehr betrachten, was dafür geleistet werden muß.

Diesem Budget, das für die Belange der österreichischen Eisenbahn und für die Eisenbahner die notwendigen Mittel bereitstellt, werden wir unsere Zustimmung gerne geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte an die Abgeordneten der Sozialistischen Partei eine Frage richten: Was würden Sie als Sozialisten sagen, wenn ein großes Privatunternehmen in der Wirtschaft nicht nur 4 Milliarden Schilling Jahresgewinn erzielt, sondern außerdem noch trotz sehr hoher richtiger Investitionen einen Kassaüberschuß von über einer Milliarde Schilling erzielt und dieses gut florierende, in Profiten schwimmende Unternehmen für Teile seiner Dienstleistungen die Preise um 15 Prozent erhöht? Ich frage Sie als sozialistische Abgeordnete: Was würden Sie über ein solches privatwirtschaftliches Unternehmen sagen?

Was würden Sie aber sagen, wenn dieses Unternehmen außerdem noch gehalten wäre, volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, so etwas ähnliches wie Gemeinnützigkeit, gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte zu beachten und dann trotz hoher Gewinne, trotz Liquiditätsüberschuß, was ja eine absolute Seltenheit auch in florierenden Betrieben ist, die Preise um 15 Prozent erhöht?

Diese Antwort hätte ich gerne von sozialistischen Abgeordneten gehört.

Ich spreche aber nicht über irgendein fiktives Unternehmen, ich spreche über die österreichische Post. Denn die Post ist erfreulicherweise ein lukratives Unternehmen, sie ist hoch aktiv. Wenn ich mir das Teilheft vornehme und den Wirtschaftsvoranschlag betrachte, dann weist dieser in allen Jahren Reingewinne aus und das in wachsendem Maß. Wirtschaftserfolg 1977 1,9 Milliarden Schilling Reingewinn, Wirtschaftsvoranschlag 1978 2,2 Milliarden Schilling Reingewinn, Wirtschaftsvoranschlag 1979 4,2 Milliarden Schilling Reingewinn.

Und trotzdem eine Preiserhöhung! Das ist schlimmstes kapitalistisches Verhalten, um in Ihrer sozialistischen Diktion zu bleiben.

Wir können angesichts dieser erfreulich positiven Gebarung der Post wirklich nicht einsehen, mit welcher Berechtigung die letzte Gebührenerhöhung, die ab 1. Jänner im schon erwähnten Ausmaß von ungefähr 15 Prozent

11320

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Dr. Stix

wirksam wird, nur einigermaßen moralisch begründet werden kann. Es handelt sich hier ganz offenkundig um eine fiskalische Maßnahme.

Und wenn die Begründung versucht wird, wir erhöhen ja jenen Teil unserer Preise, wo die Dienstleistungen im Sinne einer Kostenträgerrechnung nicht kostendeckend sind, dann muß sich diese Argumentation aber folgende Entgegnung gefallen lassen: Dann, wenn man nicht bereit ist, aus sehr hochrentierlichen Dienstzweigen ein und desselben Unternehmens, in dem Fall handelt es sich um den Fernspreverkehr, eine interne Deckung vorzunehmen, dann müßte man bitte aber ganz erheblich die Telefongebühren senken. Aber die Telefongebühren hoch zu lassen und für den Postdienst die Gebühren zu erhöhen mit der Begründung, diese Sparte ist nicht kostendeckend, das ist eine unredliche Argumentation. Sie steht in keiner Weise einem Unternehmen an, von dem man mit Fug und Recht erwarten kann und muß, daß es gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt.

Ich halte also fest: Es handelt sich um einen weder volkswirtschaftlich noch betriebswirtschaftlich gerechtfertigten Vorgang, sondern hier handelt es sich bei der Erhöhung der Postgebühren um eine reine fiskalische Maßnahme zur Geldbeschaffung für den allgemeinen Staatshaushalt.

Ich möchte aber diese Probleme nicht weiter verfolgen, sondern mich im Zusammenhang mit der Post einer Spezialfrage zuwenden, und zwar handelt es sich um jene Regierungsvorlage, mit der das Bundesministeriengesetz 1973 geändert werden soll. Es geht um den § 9, dem folgender Satz angefügt werden soll: „Ferner kann mit der Leitung der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung für einen fünf Jahre nicht übersteigenden Zeitraum auch eine geeignete Person durch Dienstvertrag betraut werden; deren neuerliche Betrauung ist zulässig.“

Wir Freiheitlichen möchten diese Absicht der Bundesregierung aus zwei ganz verschiedenen Blickwinkeln beleuchten. Es wird sich dabei herausstellen, daß dem sowohl positive wie negative Seiten abzugewinnen sind.

Wenn es sich bei dieser Vorgangsweise, bei dieser Absicht der Bundesregierung darum handelt, einen weiteren Schritt zu setzen in Richtung Ausgliederung von Bundesbetrieben aus dem Budget, in Richtung Einführung oder Ermöglichung des Managementprinzips bei der Führung von Wirtschaftsbetrieben des Bundes, dann kann man nach unserer Auffassung darüber reden. Wenn sich dahinter allerdings nur die Absicht verbergen sollte, für

irgendeinen Mann aus irgendeinem Bereich, der dort, wo er bisher tätig war, keine überzeugende Leistung erbracht hat, im Wege dieser besonderen Lex ein Ausgedinge zu schaffen, dann scheint uns dieser Weg äußerst verderblich und eigentlich nur dazu angetan, eine an sich richtige, prinzipiell richtige Linie – eben diese Ausgliederung von Bundesbetrieben aus dem Budget – zu diskriminieren und in ein schiefes Licht zu bringen, womit der Sache, wenn man langfristig denkt, sicherlich am wenigsten gedient wäre.

Ich möchte mich daher mit diesem zweiten Fall nicht weiter beschäftigen, denn wenn sich herausstellen sollte, daß es nur eine Lex specialis für einen ganz bestimmten Mann ist, dann ist das Ganze selbstverständlich zu verurteilen, auch aus freiheitlicher Sicht.

Ich möchte aber trotzdem von jener anderen Annahme ausgehen, daß es sich hier unter anderem um einen jener Schritte handelt, die zur systematischen Ausgliederung von Bundesbetrieben aus dem Budget führen. Daran sind einige Überlegungen zu knüpfen.

Wenn ich mir so die Stellungnahmen anschau – es sind etwa negative Stellungnahmen vom Rechnungshof, eine Halb-Halb-Stellungnahme vom Verwaltungsgerichtshof, ablehnende Stellungnahme von den verschiedenen Gewerkschaften, von der Arbeiterkammer –, dann taucht zunächst einmal die Frage auf, ob es nicht ein Aufzäumen des Pferdes beim Schwanz ist, ob es nicht richtig wäre, wenn man schon die Ausgliederung will, auch mit der Ausgliederung zu beginnen und dann erst die Möglichkeit der Einführung des Management-Prinzips zu schaffen.

Ich finde es recht beachtlich, was in der Stellungnahme des Verwaltungsgerichtshofes nachzulesen steht. Wörtlich lautet das:

„Wenn übrigens die Betriebsähnlichkeit, wie behauptet wird, hinsichtlich der Generaldirektion gegeben ist, so wäre nach hiesiger Ansicht die sachgerechte Lösung darin gelegen, diese Generaldirektion aus dem Bundesministerium für Verkehr auszugliedern und die Post- und Telegraphenverwaltung des Bundes als Betrieb zu führen, wobei die Rechtsform eines Sondervermögens des Bundes unter eigener Rechtspersönlichkeit oder auch eine Form des Gesellschaftsrechtes gewählt werden könnte.“ Ende des Zitates.

Es liegt das auf jener Linie, die der Herr Vizekanzler und Bundesfinanzminister Dr. Androsch wiederholt anklingen hat lassen, zuletzt tat er dies in seiner Budgetrede, und zwar sowohl in jenem Teil der Budgetrede, den er gehalten hat, wie auch in der sehr dickleibigen

Dr. Stix

Beilage zur Budgetrede mit dem Titel: „Der Bundesvoranschlag 1979.“ Es findet sich dort auf Seite 245 das Kapitel, in dem die Ausgliederung als ein wichtiger Beitrag zur Strukturverbesserung bezeichnet wird. „Die Bundesregierung“ – so kann man dort nachlesen – „ist daher bestrebt, Bundesbetriebe aus der Haushaltsverrechnung des Bundes auszugliedern und sie rechtlich zu verselbständigen.“

Ein erster Schritt wurde etwa mit den Salinen gesetzt. Aber auch andere Beispiele, teils in Durchführung, teils in Vorbereitung: Österreichischer Bundesverlag, Dorotheum, Österreichische Staatsdruckerei, Österreichische Postsparkasse.

Was ist nun unter finanzpolitischen, unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten dazu zu sagen? Es gibt ja auch kritische Stimmen, auch von seiten der Wissenschaft, wenn ich etwa an die Publikationen von Professor Smekal denke, der diese Bestrebungen der Bundesregierung als eine „Flucht aus dem Budget“ bezeichnet.

Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß diese Bestrebungen im Prinzip richtig sind. Wir glauben, daß es eine gute Basis für eine flexiblere, für eine marktgerechtere, aber auch für eine von der finanztechnischen Seite her besser zu bewältigende Betriebsführung wäre, wenn man jene Teile der Staatstätigkeit, die wirtschaftliche Tätigkeit darstellen, möglichst verselbständigt, natürlich die Kontrollmöglichkeiten alle aufrecht erhält – aber die haben wir ja – und es auf diese Weise den Betrieben erlaubt, sowohl hinsichtlich der langfristigen Unternehmensplanung wie hinsichtlich der Finanzierungsseite, was die Investitionen betrifft, aber auch in bezug auf ihr Verhalten am Markt möglichst optimal, möglichst marktdäquat betriebswirtschaftlich richtig zu handeln. Selbstverständlich schließt das politische Auflagen nicht aus, schließt nicht soziale Auflagen aus, die aber dann – und dafür gibt es ja Ansätze sowohl bei der Post wie bei der Bundesbahn – eben budgetmäßig abzugelten sind.

Wir begrüßen also im Prinzip diese Tendenz, weil wir uns davon langfristig eine bessere Wirtschaftlichkeit der Bundesbetriebe und daraus resultierend eine Entlastung für den Steuerzahler versprechen.

Ich kann nur an die Worte meines Fraktionskollegen Dr. Schmidt anknüpfen, der bedauert hat, daß wir bei der Bahn auf halbem Wege stehengeblieben sind, daß sie zwar ein Wirtschaftskörper besonderer Art ist, aber in keiner Weise abgenabelt wurde vom Budget, von der administrativen Finanzgebarung, und daß es eben für die Bahn und damit auch für den Steuerzahler ein Unglück ist, daß man auf diesem halben Wege stehengeblieben ist.

Es ist auf der anderen Seite ebenso nicht erfreulich, daß die betriebswirtschaftlich weitgehend richtig arbeitende Post, eben auch, weil sie nicht ausgegliedert ist, nunmehr als zusätzlicher Steuereintreiber für die allgemeinen Aufgaben des Budgets mißbraucht wird.

Ich komme zurück zu der Regierungsvorlage betreffend Änderung des Bundesministeriengesetzes.

Wenn wir im Zuge der Ausschußbehandlungen, wenn wir im Zuge der weiteren Aufklärungen, die wir uns dazu von seiten der Regierung erbitten, den Eindruck gewinnen, daß es ein Beitrag, ein Schritt auf jenem Weg ist zu einer langfristigen Ausgliederung und Verselbständigung der Bundesbetriebe aus dem Budget, dann werden wir Freiheitlichen das begrüßen. Wir werden uns aber dagegen wehren, daß man einen sachlich richtigen und guten Gedanken belastet mit einer äußerst fragwürdigen, rein personalpolitischen Angelegenheit. Diesbezüglich erbitten wir die entsprechende Aufklärung.

Der Post kann man nur gratulieren zu den erbrachten Leistungen, zu dem erbrachten wirtschaftlichen Erfolg, aber dem Finanzminister müssen wir Freiheitlichen sagen, daß er gegen seine eigenen Prinzipien, gegen lauthals verkündete Grundsätze seiner eigenen Partei verstößt, indem er diesen aktiven Betrieb dazu benützt, um durch ungerechtfertigte Preisbildung Einnahmen zu erzielen, die er auf andere Weise, nämlich als Fiskaleinnahmen, deklarieren müßte, und auch das ist ein Grund, warum wir Freiheitlichen dieses Kapitel ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Probst: Zu Worte kommt der Herr Abgeordnete Steinhuber.

Abgeordneter Steinhuber (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich heute als Nichteisenbahner zum Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen, spreche, möchte ich es vor allem aus der Sicht der österreichischen Waggonbauindustrie tun oder noch genauer und besser gesagt: für alle Auftragnehmer der Österreichischen Bundesbahnen; denn dir Österreichischen Bundesbahnen leisten gerade jetzt, wo es schon seit vier Jahren eine weltweite Wirtschaftskrise gibt, einen sehr wesentlichen Anteil für die Beschäftigungspolitik in Österreich.

Diese Bundesregierung hat, um die Wirtschaftskrise einigermaßen wirksam in den Griff zu bekommen, ein Zehnjahresinvestitionsprogramm für die Österreichischen Bundesbahnen erarbeitet, damit erstens, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vollbeschäftigung in Österreich erhalten bleibt, und zweitens, damit

11322

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Steinhuber

die Österreichischen Bundesbahnen rationeller wirtschaften können. *(Ruf bei der ÖVP: Ist auch Zeit!)*

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß im Jahre 1953 unter Minister Waldbrunner erstmals ein Zehnjahresinvestitionsprogramm beschlossen wurde. Damals ist es auch rapid mit der österreichischen Wirtschaft aufwärts gegangen.

Vom Anfang bis zum Ende der sechziger Jahre gab es dann immer wieder Auftrags- und Beschäftigungsschwierigkeiten für die österreichische Waggonbauindustrie.

Seit dem Jahre 1970, also seit es in Österreich eine sozialdemokratische Regierung gibt, ist auch die Waggonbauindustrie kontinuierlich ausgelastet. Und mit diesem Zehnjahresinvestitionsprogramm wird die Beschäftigung nicht nur für die Waggonbauindustrie, sondern auch für die Bauwirtschaft, für die Maschinenindustrie, für die Elektroindustrie, für die Stahlindustrie und für sonstige Wirtschaftszweige im erheblichen Maße gesichert sein.

Der konjunkturwirksame Anteil des Zehnjahresinvestitionsprogramms beträgt, meine sehr verehrten Damen und Herren, 69,5 Milliarden Schilling. Dieser Betrag wird auf die einzelnen Wirtschaftszweige aufgeteilt, und zwar auf die Bauwirtschaft mit 22,9 Milliarden Schilling, auf die Fahrzeugindustrie mit 12,3 Milliarden Schilling, auf die Metall- und Maschinenindustrie mit 11,4 Milliarden Schilling, auf die Elektroindustrie mit 10,4 Milliarden Schilling, auf die Stahlindustrie mit 9,1 Milliarden Schilling und auf sonstige Wirtschaftszweige mit 3,4 Milliarden Schilling.

Durch dieses Investitionsprogramm der Österreichischen Bundesbahnen werden – insgesamt – 28 000 Arbeitsplätze in Österreich gesichert. Für diese Industriezweige sind daher Aufträge der Österreichischen Bundesbahnen wegen Arbeitsplatzsicherung von besonderer Bedeutung. Und so möchte ich für das Zustandekommen dieses Zehnjahresinvestitionsprogramms die uneingeschränkte Anerkennung und den Dank an die Bundesregierung, den Finanzminister, den Verkehrsminister und vor allem auch an den Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen im Namen der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich die Aufteilung der Arbeitsplätze auf die einzelnen Industriezweige ventiliere, dann schaut das so aus: Die Stahlindustrie wird auf Grund dieses Investitionsprogramms im Jahresdurchschnitt 3 445 Arbeiter und Angestellte beschäftigen können, die Metall- und Maschinenindustrie 4 830 Arbeiter und Angestellte, die Fahrparkindustrie 4 930, die Bauindustrie 9 260,

die Elektroindustrie 4 200, und in vielen anderen Industriezweigen können mit diesen Aufträgen der Österreichischen Bundesbahnen 1 375 Menschen beschäftigt werden.

Allein auf dem Fahrparksektor sind im Voranschlag 1979 folgende Neubestellungen vorgesehen: 24 Elektrolokomotiven, 20 Triebwagenzüge für den Nahverkehr, 100 Reisezugwagen, 200 Güterwagen und 75 Omnibusse.

Dazu kommt noch, daß im nächsten Jahr die Streckenelektrifizierung in den Abschnitten Tulln–St. Pölten, Tulln–Absdorf, Hipfersdorf–Stockerau, Leopoldau–Mistelbach und Stockerau–Hollabrunn weitergeführt wird.

Für die Schwachstromindustrie sind die Vorhaben der Österreichischen Bundesbahnen auf dem Sektor des Stellwerkbaues von besonderer Bedeutung. Als wichtigste Vorhaben dieser Art sind die Zentralstellwerke Stadlau, Matzleinsdorf – Meidling und die Mittelstellwerke Loifarn, Sankt Andrä-Wördern, Golling, Hallwang – Elixhausen, Gummern und Krieglach zu nennen.

Ja, und über das gesamte Bundesgebiet gestreut sind die Arbeiten an der Automatisierung von Block- und Streckenanlagen, und das ist besonders hervorzuheben.

Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich ganz besonders unterstreichen, daß durch diese Arbeiten ein enormer Rationalisierungseffekt erzielt werden kann, und zweitens wird damit auch eine Erhöhung der Sicherheit erreicht werden, und die Unfälle werden zurückgehen.

Die Bauindustrie wird im nächsten Jahr von den Österreichischen Bundesbahnen Aufträge im Wert von mehr als 2 Milliarden Schilling bekommen. Schwerpunkte auf diesem Sektor sind die Erneuerung der Anlagen und hier insbesondere der Fahrwege. Außerdem sollen acht Brückenbauwerke begonnen beziehungsweise fortgesetzt werden.

Und nun noch einige Worte zum Nahverkehr. Den Ausbau des Nahverkehrs möchte ich ganz besonders hervorheben, weil dadurch nicht nur eine Arbeitsplatzsicherung erreicht wird, sondern für Zehntausende Arbeiter und Angestellte auch eine Arbeitszeitverkürzung, denn es gibt heute ja schon viele Betriebe, wo 50 Prozent der Belegschaft pendeln müssen, weil diese Menschen bis zu 50 und mehr Kilometer von der Betriebsstätte entfernt ihren Wohnsitz haben.

Die Bundesregierung und der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen haben mit Weitblick ein vorausschauendes Verkehrskonzept für den Nahverkehr entwickelt, das in weiten Bevölkerungskreisen Anerkennung fin-

Steinhuber

det. Mit den 1,5 Milliarden Schilling, die durchschnittlich jährlich zur Verfügung stehen, werden vor allem die Elektrifizierung, Gleiszu- legungen, die Modernisierung der Sicherungs- anlagen sowie die Einrichtungen und Verdich- tung des Taktverkehrs in Angriff genommen. Durch den Ausbau des Nahverkehrs soll vor allem ein optimales Angebot, das auch von der Bevölkerung angenommen wird, durch höhere Verkehrsabwicklung und bessere Ausnützung der Triebfahrzeuge erzielt werden können.

So möchte ich zusammenfassend feststellen, daß für 1979 die Bruttoinvestitionen der Öster- reichischen Bundesbahnen allein im Grundbud- get 3 925 Millionen Schilling ausmachen. Die Mittel des Nahverkehrs sind darin noch gar nicht enthalten, es sind 1 386 Millionen Schil- ling, die gesondert veranschlagt sind.

Konkret sind für den Ausbau und die Modernisierung des Nahverkehrs folgende Strecken vorgesehen: Innsbruck-Telfs, Stocke- rau-Hollabrunn, Meidling-Liesing, Leopoldau- Wolkersdorf-Mistelbach, Wien Südbahnhof- Neusiedl am See, Bregenz-Feldkirch, Wien Franz Josefs-Bahnhof-Tulln-Absdorf-Stok- kerau, Graz-Bruck an der Mur-Leoben und Wien Mitte-Flughafen Wien-Schwechat.

Des weiteren sind Nahverkehrsprojekte im Verbundraum Wien, in den Ballungsräumen Linz, Salzburg und Klagenfurt geplant.

Und wenn man berücksichtigt, daß die Österreichischen Bundesbahnen außerdem noch in der Lage sind, EUROFIMA-Mittel einzusetzen und Ratenfinanzierung vorzunehmen, dann erhöht sich das materielle Volumen auf die Größenordnung von 7 Milliarden Schilling. Dabei ist aber der Konjunkturausgleich-Voran- schlag, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch nicht berücksichtigt.

Ich habe es schon gesagt und unterstreiche es nochmals: Diese Mittel werden nahezu aus- schließlich der heimischen Wirtschaft zufließen.

Hiezu kommen noch weitere auftragswirk- same 3,6 Milliarden Schilling an Sachausgaben, welche bei anderen Ansätzen der Österrei- chischen Bundesbahnen für 1979 veranschlagt sind.

Insgesamt stehen somit für Aufträge an die Wirtschaft im nächsten Jahr bei den Österrei- chischen Bundesbahnen rund 10,6 Milliarden Schilling zur Verfügung.

Nicht unbeachtet soll aber bleiben, daß auch ein Großteil des mit 14,7 Milliarden Schilling veranschlagten Personalaufwands der Österrei- chischen Bundesbahnen über den Konsum der österreichischen Wirtschaft und dem Staat zugute kommen.

Außerdem – und das muß doppelt unterstri- chen werden – ist die Bahn das umweltfreund- lichste und damit wirtschaftlichste Verkehrsmit- tel, das wir haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Seine Leistungsfähigkeit ist für viele Bereiche der Wirtschaft eine Existenznotwendigkeit.

Nochmals an alle verantwortlichen Herren der Österreichischen Bundesbahnen für die Erstel- lung dieses Budgets, für die Erstellung des Zehnjahresinvestitionsprogramms herzlichen Dank!

Deshalb geben wir Sozialisten auch gerne dem Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Gradinger.

Abgeordneter Ing. **Gradinger** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte noch kürzer sein als die freiwillige Selbstbeschränkung an Redezeit, aber ich komme auf Grund der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Alberer und des Fraktionsführers der SPÖ im Verkehrsausschuß, des Herrn Abgeordneten Prechtel, nicht umhin, eine kurze Replik anzubringen; denn so heil ist die Welt des verkehrspolitischen Geschehens in Öster- reich nicht, wie das hier dargelegt worden ist.

Ehe ich zu dem komme, möchte ich doch aus einem aktuellen Anlaß einige Bemerkungen zur Post- und Telegraphenverwaltung machen. Ich meine nicht die jüngste Gebührenerhöhung. Zu der haben wir sehr ausführlich Stellung genommen. Ich meine vielmehr – wie bereits vom Kollegen Dr. König hier erwähnt – die durchaus erfreuliche positive Entwicklung die- ses Dienstleistungsunternehmens, was Einnah- men und was Ausgaben betrifft. Wird doch für das Jahr 1979 ein beachtlicher Budgetüberschuß veranschlagt.

Ich stehe nicht an, auch als Abgeordneter der Opposition diesen Umstand zu würdigen, an dem, so meine ich, sowohl die Unternehmenslei- tung als jeder einzelne Post- und Fernmeldebe- dienstete beteiligt war. Ich will ebenfalls die Gelegenheit wahrnehmen, allen diesen Bedien- steten Dank und Anerkennung gerade aus diesem Umstand von diesem Pult hier zum Ausdruck zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sicher hat einen bestimmenden Anteil an dieser Entwicklung der Verantwortliche dieses Unternehmens, Sektionschef Generaldirektor Dr. Schlegel. Ich glaube, ich liege nicht fehl mit meiner Bemerkung, daß es vielleicht für ihn der schönste Dank ist, wenn dieser gute, sichtbare Erfolg zusammenfällt mit seinem Ausscheiden wegen Erreichung der Altersgrenze.

11324

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Ing. Gradinger

Herr Sektionschef Dr. Schlegel nimmt diesen Anlaß in der letzten Ausgabe der „Postrundschau“ mit einem Aufsatz wahr, in dem er aus seinem Leben erzählt, wie er über bestimmte Dinge denkt, und er meint dann am Ende dieses Aufsatzes – ich darf ihn hier wörtlich zitieren –:

„Weil ich in ureigenster Angelegenheit zu Worte kam, habe ich, soweit das eben ging, alle Anknüpfungen an meine Amtsstellung und insbesondere jede Erörterung über erreichte Ziele oder ausgebliebene Erfolge meiner Amtsführung vermieden. Darüber sollen andere urteilen.“

Ich darf dem Herrn Sektionschef von dieser Stelle aus sagen, daß er damit sehr nobel eine Aufgabe, einen Erfolg hinterläßt, der sicher weit über das Normale, über das Schema hinaus Beachtung gefunden hat und auch in Zukunft Beachtung finden wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade in Anbetracht einer derart erfreulichen Entwicklung ist es befremdend, daß man Bewährtes verläßt, daß man die Kontinuität nicht weiter pflegt. Ich meine damit eben, daß man nicht wie bisher eine bewährte Spitzenkraft aus diesem Unternehmen wiederum zum Generaldirektor beruft, sondern – wie bekannt – der Ministerrat im vorigen Monat eine Regierungsvorlage verabschiedet hat, mit der das Ministerengesetz geändert wird, wo eine spezielle Regelung für die Bestellung eines Leiters der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung geschaffen werden soll. Begründung: Mehr Betriebselastizität, damit immer den jeweiligen Erfordernissen einer besten Unternehmensleitung Rechnung getragen ist.

Ich muß dazu sagen, bei aller Bereitschaft zum Umdenken, zum Bessermachen finde ich diese Art von Begründung nicht einleuchtend und schon gar nicht überzeugend. Hier stecken sicherlich andere Überlegungen dahinter, die die Regierungspartei pflegt, andere taktische Überlegungen, und sie sind nicht so sehr von der Sorge getragen um bestmögliche Unternehmensführung bei der Post- und Telegraphenverwaltung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man stößt damit außerordentlich verdiente, durchaus geeignete Spitzenkräfte in diesem Unternehmen vor den Kopf. Man riskiert ein Gesetz, wo bereits verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet sind. Es ist ja nicht nur dieses Unternehmen ein Dienstleistungsunternehmen, sondern es sind diesem Betrieb eine Reihe von Agenden zugeordnet, wo sie Post- und Fernmeldebehörde erster oder zweiter Instanz sind mit allen Folgerungen daraus.

Dann muß man in diesem Zusammenhang noch eines feststellen. Wenn wir etwas von dieser Bundesregierung von Verträgen hören,

sind wir aus gutem Grund skeptisch und mißtrauisch.

Wenn ich an den Vertrag denke, den man seinerzeit mit dem Generalsekretär des Bundes-theaterverbandes abgeschlossen hat, ausgestattet mit besten Benefizien über 15 Jahre hinweg, wo der Rechnungshof gemeint hat: Ist mit herrschender Gesetzeslage nicht vereinbar, ist viel zu hoch, wesentlich höher, als es der vorangegangene Leiter bei der Bundestheaterverwaltung gehabt hat.

Oder 1974 – vom Kollegen König bereits erwähnt –, als man den verdienten Generaldirektor Dr. Kalz in die Wüste geschickt hat, wo die Ersetzung einer nichtsozialistischen Führungskraft durch einen anderen Herrn den Steuerzahler durch zusätzliche Pension, durch zusätzliche Verträge einiges gekostet hat.

Der damalige und auch heute noch im Amt befindliche Generalsekretär bei den Österreichischen Bundesbahnen, Hofrat Dr. Hans Pregant, hat – ich habe das schon einmal verlesen, aber ich glaube, es ist ganz gut, wenn man das bei dieser Gelegenheit in Erinnerung ruft – sehr treffend und mit Mut dem seinerzeitigen Zentralsekretär der Eisenbahnergewerkschaft folgendes geschrieben:

„Dr. Kalz ist der persönlich angesehenste Generaldirektor seit dem Jahre 1945. Einen Mann in die Wüste zu schicken, der seine Aufgabe mit soviel souveränem Können, mit Ernst und Erfahrung erfüllt, wird beim Personal, das ein feines Empfinden für menschliche und politische Fairneß hat, mit gemischten Gefühlen aufgenommen werden.“

Und er schreibt weiter: „Generaldirektor Dr. Kalz ist im Dezember in Paris einstimmig zum Präsidenten der UIC für die Jahre 1975 und 1976 gewählt worden. Wenngleich formell nicht die Person, sondern die Verwaltung bestimmt worden ist, die den Vorsitz in Internationalen Eisenbahnverband übernehmen soll, so geht es in der Praxis naturgemäß doch um die Persönlichkeit. Eine Weltorganisation wie die UIC wählt keinen Unbekannten zu ihrem Präsidenten.“

Man kann sich über alles hinwegsetzen – selbstverständlich auch darüber – schreibt der Generalsekretär bei den Österreichischen Bundesbahnen –, „daß es international (um das Wort Blamage zu vermeiden) einiges Kopfschütteln geben wird.“

Darf ich die Worte zitieren, mit denen vor einiger Zeit, am 16. März, der frühere Linzer Bürgermeister Dr. Koref in der Zeitung „Die Presse“ seine Ablehnung der SPÖ-Regierungsvorlage zum UOG eingeleitet hat:

Ing. Gradinger

„Ich will nicht zur schweigenden Mehrheit gehören, die auf so vielen Sektoren des öffentlichen Lebens heute eine beklagenswerte Erscheinung ist.“

Das sind nur zwei Fälle aus einer Reihe von einigen, wo diese sozialistische Bundesregierung mit Verträgen gearbeitet hat, wo nichts besser geworden ist, auch nicht bei den Österreichischen Bundesbahnen, und die den Steuerzahler unnötig viele Gelder gekostet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Deswegen unsere skeptische Haltung dazu.

Nun zum Herrn Abgeordneten Alberer – ich wollte mir das ersparen –, der sich so eingehend mit den Privilegien beschäftigt hat und wo doch diese böse ÖVP so auf die Eisenbahner losgeht. Sie geht nicht gegen die Bediensteten der Bahn in Angriffstellung. Wir wissen, daß es sehr verantwortungsvolle und mit Gefahren verbundene Dienste sind, die diese Leute dort ausüben.

Aber wir haben selbstverständlich in einem Papier unsere Vorstellungen auch in Sachen Österreichische Bundesbahnen niedergelegt.

Da diese Bundesregierung nicht in der Lage ist, mit dem Defizit, mit der Staatsverschuldung zu Rande zu kommen, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, hat unser Bundesparteiohmann Dr. Taus in der Öffentlichkeit mit Mut und Verantwortungsbewußtsein in aller Öffentlichkeit ein Konzept vertreten, das zum Abbau des Defizits und der horrenden Staatsverschuldung führen soll und wo natürlich unter Punkt 7 auf die Österreichischen Bundesbahnen nicht vergessen werden konnte. Und da steht: Wir verlangen die Erstellung eines bedarfsgerechten Angebots, eine Rationalisierung des Unternehmens, den Privilegienabbau bei den Bediensteten – ich komme darauf zurück – und die enge Kooperation mit anderen Verkehrsträgern. Und wenn wir durch den Wähler in die Verantwortung gerufen werden, sind wir gewillt, das durchzuziehen.

Herr Abgeordneter Alberer! Ich habe mich vor einem Jahr sehr eingehend mit den Privilegien bei den Österreichischen Bundesbahnen beschäftigt. Ich darf Sie daran erinnern, ich habe etwa angeführt, daß es bei den Österreichischen Bundesbahnen 162 Spitzenbeamte gibt, die Bezüge, höchste Bezüge eines Sektionschefs beziehen.

Der Herr Abgeordnete Prechtel hat dann in seiner Erwiderung gesagt: Das stimmt nicht. Es gibt wohl 182 Bedienstete bei den Österreichischen Bundesbahnen, die in der Gehaltsgruppe X eingestuft sind; das könne man nicht vergleichen mit dem Bezug eines Sektionschefs, das könne man bestenfalls vergleichen mit Beamten in der Hoheitsverwaltung in der

Dienstklasse VIII. Die lägen um 12 000 S darunter und ähnliches mehr. Es gäbe nur vier Vorstände bei den Österreichischen Bundesbahnen, die annähernd die Bezüge eines Sektionschefs hätten.

Es stimmt, daß in der letzten Gehaltsstufe bei der Bahn die Gehaltsgruppe X der Dienstklasse VIII im übrigen öffentlichen Dienst, Herr Abgeordneter Alberer, entspricht. Aber unter den Tisch fallen lassen Sie die glänzende Vorrückungsregelung, daß im Durchschnitt in der Hoheitsverwaltung ein Beamter die letzte Gehaltsstufe in dieser Verwendung mit 59 Jahren erreicht und bei der Bahn bereits mit 48 Jahren. Das ist ein Vorsprung von elf Jahren. Und maßgebend bei der Beurteilung dieser Dinge ist die gesamte Lebensverdienstsumme.

Und zweitens hat man in der seinerzeitigen Replik unter den Tisch fallen lassen, daß ja der Direktionsrat bei den Österreichischen Bundesbahnen mit 48 Jahren seine Laufbahn beendet hat, dann kommt die Dienstalterszulage – die macht ja in dieser Verwendung 4 800 S zirka aus –, daß er also eine echte Vorrückung erlebt, und mit 54 Jahren ist er dann praktisch am Ende angelangt mit einem Bezug von zirka 46 000 S. Das war meine Behauptung, und die stimmt, ich habe mich in der Zwischenzeit überzeugen lassen. Und dieser Betrag liegt sogar um etwa 1 500 S höher als der Bezug eines Sektionschefs – bei 162 Bediensteten!

Und die übrige Hoheitsverwaltung, 14 Ministerien, müssen mit weniger solchen Spitzenkräften auskommen. Das ist Privilegium.

Oder die Groteske bei den Pensionen, wie das bereits hier angeschnitten worden ist. Ja, die Pensionsregelung ist heute ein gutes, zugestandenes Recht für die Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen. Aber die Folge davon ist, daß die Leute mit 55, 56 Jahren davonlaufen. Sie können in Pension gehen, das wissen wir schon. Und daher werden die Pensionslasten immer höher werden – auch in der Zukunft – gegenüber dem übrigen öffentlichen Dienst.

Herr Abgeordneter Alberer! Das ist ja kein Zufall, daß auf 100 Bedienstete, Aktive, in der Hoheitsverwaltung 62 Pensionisten kommen. Es ist kein Zufall, daß auf 100 aktive Postler 67 Pensionisten kommen, und bei den Österreichischen Bundesbahnen kommen auf 100 Aktive 149 Pensionisten.

Das ist es, wo wir gemeint haben, daß man sich dazu etwas einfallen lassen müßte. Und es wird mit Recht von uns als ein Privilegium bezeichnet, wenn sich der Herr Bundeskanzler hinstellt und es als eine Ehrenpflicht der SPÖ deklariert, daß an den Rechten der Eisenbahner nichts angetastet werden darf. Und er macht

11326

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Ing. Gradinger

dadurch dieses Recht zu einem Vorrecht, wenn er sich im gleichen Atemzug, wie jetzt vor einigen Monaten, vor den öffentlichen Dienst hinstellt und mit aller Deutlichkeit dafür eintritt, daß in einer funktionierenden Demokratie auch der öffentliche Dienst in eine Leitlinie passen muß und aus dem Verteilungskampf nicht ausscheren darf.

Das ist unserer Meinung nach zweierlei Recht, das ist Unrecht, oder man kann es als Privilegium bezeichnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte schon zum letzten Teil meiner Ausführungen kommen. Wir sind selbstverständlich gegen dieses Kapitel, das in Beratung steht. Ich verstehe nicht alles um die Zusammenhänge mit diesem Kapitel, mit diesem Bundesvoranschlag. Das ist ja für einen einfachen Abgeordneten keine leichte Aufgabe, ein Budget fürs laufende Jahr oder mittelfristig zu beurteilen. Ich möchte aber damit nicht gesagt haben, daß ich nichts vom Budget verstehe, aber auch damit wäre ich wie bekannt in bester Gesellschaft.

Aber so viel ist ja heute schon für einen Blinden zu greifen, daß diese Entwicklung ihre Fortsetzung findet, daß die Schere immer größer wird zwischen den bewußt unterschätzten Ausgaben zu den bewußt überschätzten Steuereinnahmen. 10 Milliarden Schilling Abweichung – das gehört zur Tagesordnung. Wenn wir sagen: Hausnummernbudget, so ist das sicher kein böses Wort der Opposition mehr, sondern findet immer seine Richtigkeit, wenn man den Rechnungsabschluß mit dem jeweiligen Bundesvoranschlag vergleicht.

Schwerpunkt bei diesem Budget sind keineswegs die Investitionen, sondern das ist der Schuldendienst. 36 Milliarden müssen dafür zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet einen Budgetanteil von über 12 Prozent; unter unserer Zeit, 1969, bei 8 Prozent. Die Post muß bei den Investitionen aus diesem Grund sogar einen beträchtlichen Rückgang an Investitionsmitteln für 1979 in Kauf nehmen. Der Anteil ist auch auf diesem Gebiet von 9,1 Prozent von 1970 auf 8,2 Prozent zurückgegangen.

Der dritte Schwerpunkt ist das überdurchschnittliche Wachsen des Defizits; es ist genügend davon gesprochen worden. Wesentlichen Anteil an diesen 50 Milliarden Abgang hat die Österreichische Bundesbahn mit einem guten Drittel. Und wenn man also jetzt sagt: Jawohl, da stecken die Abgeltungen drinnen, die Pensionslasten, die Sozialtarife – aber, Herrschaften, das muß ja auch von jemandem bezahlt werden! Und daher hat man Einnahmen und Ausgaben bei der Bahn und zusätzliche notwendige Aufwendungen von 17,4 Milliarden, achtmal

soviel, als das gesamte Gesundheitsbudget für 1979 ausmacht, zehnmal soviel, als dem Handelsminister für 1979 zur Verfügung steht.

Und noch ein letztes, ein viertes zum Budget im generellen: Wir stellen ein Überhandnehmen der Bürokratie fest. Die Unterlassung der Verwaltungsreform, das Vorgehen so huschfusch bei dem Zustandekommen von Gesetzen – letzter Fall: Einführung des Straßenschillings – hat dazu geführt, daß sich die Personalstände bedeutend erhöht haben, aber nicht so sehr bei den bürgernahen Diensten, bei der Polizei oder bei der Post zum Beispiel, sondern bei den zentralen Stellen sind sie doch doppelt so stark gewachsen wie bei den übrigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und in diesen Gegebenheiten ist natürlich die Verkehrspolitik eingebettet und hat das Auslangen zu finden. 1969 hat es gute Ansätze dafür gegeben. König hat von unseren Vorstellungen gesprochen, die damals der Nationalrat zur Kenntnis genommen hat. Seither gibt es budgetkosmetische Verniedlichung bei den Bundesbahnen um das riesige Defizit, seither gibt es rollend Tarifierhöhungen, einmal bei den Gütertarifen, einmal bei den Personentarifen – ein doppelter Vorteil natürlich für das Unternehmen: einmal zahlt der Fahrgast mehr, und dann wird vom allgemeinen Steuersäckel abgegolten, das kommt ja noch hinzu.

Jedes Jahr werden Milliarden in dieses Unternehmen investiert, und es schaut dabei nichts heraus. Und ich glaube, es ist wirklich einmal an der Zeit, daß man ernst die Frage richtet: Wo gibt es noch ein Unternehmen auf dieser Welt, wo zirka 5 Milliarden Schilling Jahr für Jahr investiert werden und die wirtschaftliche Gestion immer mieser wird?

Es weiß jeder, der sich mit diesen Problemen beschäftigt, woran es liegt, aber keiner greift diese heißen Eisen an. Es ist natürlich bei diesen lohnintensiven Unternehmen in erster Linie eine Personalfrage. Da hat man heute schon wieder gehört: Es sind ohnehin schon um 7 000 Bedienstete weniger als 1970 – was ja nicht stimmt, wie ich mich informieren habe lassen. Beamte gibt es vielleicht weniger, aber Vertragsbedienstete werden bei der anderen Tür wieder hereingelassen und aufgenommen.

Es ist zweitens ein Problem der Verzettlung. Die Bahn hätte sich schon längst um das ureigenste Anliegen annehmen müssen und sich auf die Erbringung gediegener, solider Verkehrsleistungen konzentrieren müssen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Und alles andere, Herr Abgeordneter Hobl, wenn Sie auch skeptisch lächeln, alles andere hätte man etwa der privaten Wirtschaft oder einschlägigen verstaatlichten Unternehmen

Ing. Gradinger

überlassen können. Die können das viel billiger und besser und rascher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe mir auch aus verlässlicher Quelle sagen lassen, zum Beispiel die Reparatur der rollenden Fahrparks: Da unterhalten wir Werkstätten, das sind stattliche Fabriken, da wird doppelt soviel Personal beschäftigt, als es in der Schweiz der Fall ist. Das sind also alles solche Fragen.

Dann kommen als drittes Problem die Nebenbahnen dazu. König hat darüber gesprochen. Das ist auch ein Betrag von 1 Milliarde Schilling. Das wird von einem Verkehrsminister zum anderen geschoben. Das ist ein heißes Eisen, niemand entscheidet. Es gibt Erneuerungsrückstände in der Größenordnung von 1,2 Milliarden Schilling.

Es sind nur drei Dinge, die ich herausnehmen wollte, die also zeigen sollen, daß es höchst an der Zeit wäre, daß man hier entscheidend handelt und daß man das Gefühl bekommt, es wird wirklich diese Rationalisierung, das Bemühen entscheidend angegangen.

Aber das Drama bei der ganzen Geschichte ist ja, daß weder die Bundesregierung noch der Verkehrsminister und schon gar nicht die Unternehmensführung, sondern die Eisenbahnergewerkschaft das große Sagen hat, und die setzt sich eben gegen gewisse notwendige Rationalisierungsbemühungen so zur Wehr und geht darüber hinweg. Der Rechnungshof hat laufend über diese Dinge berichtet.

Ich habe heute schon unseren Klubobmann gebeten: Es wäre wirklich an der Zeit, daß man zu einer günstigeren Gelegenheit breit angelegter über diese Probleme diskutiert. Das wäre sehr heilsam für die Bahn und sehr lehrreich für diese Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber allein diese Fakten, die ich hier angeschnitten habe, genügen, daß wir nein zu diesem Kapitel Verkehr sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lausecker.

Bundesminister für Verkehr Lausecker: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Diskussion um die Budgetkapitel des Verkehrsressorts hat sich bisher vorwiegend auf die Kapitel 78 und 79, also auf die Post und auf die Bahn, konzentriert und kaum auf das Kapitel 65, das Verkehrsressort selbst. Das ist begreiflich, weil ja auch in diesen beiden Kapiteln die großen Brocken drinnen sind.

Nun, was die Redner der Opposition hier vorgebracht haben, will ich, da die Redner

meiner Fraktion, der Regierungspartei, schon so ausführlich Stellung genommen haben, nur in zwei Begriffen zusammenfassen: Ihr Nein zu den beiden Budgetkapiteln heißt also, daß von Ihnen das Budget für die Post- und Telegraphenverwaltung für das Jahr 1979, das erstmals keinen Abgang, sondern einen Überschuß von 1,06 Milliarden Schilling aufweist, als ein ablehnungswürdiges Ereignis empfunden wird. 1,06 Milliarden Schilling Überschuß, erstmals im Jahre 1979, stattet diesen Betrieb aber weiterhin mit den Möglichkeiten aus, seinen Investitionen gerecht zu werden, seine Ausbauleistungen weiterhin fortzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist jetzt müßig zu sagen, das ist das eine Bein und nicht das andere Bein. Daß neben dem Fernmeldesektor der postalische Sektor unter wesentlich schwierigerer Gestion zu arbeiten hat, versteht sich von selbst.

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Budgetkapitel der Post- und Telegraphenverwaltung auch die Voraussetzungen, daß unsere Ausbauleistungen weiter fortgesetzt werden, sowohl auf dem Postsektor als auch auf dem Postautosektor und auf dem Fernmeldesektor. Immerhin haben wir mit Stand Ende Oktober 1978 in Österreich bereits 1 859 086 Fernsprechanlüsse erreicht. Wir werden nächstes Jahr, im Jahr 1979, den zweimillionsten Fernsprechteilnehmer einschalten können, das heißt, daß im Jahre 1979 jeder vierte Österreicher oder jede vierte Österreicherin über einen Telephonanschluß verfügen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben es in dieser Zwischenzeit aber nicht nur bei diesen Ausbauleistungen, bei den Anschlußwerten bewenden lassen, sondern wir haben – ich nenne nur eines für vieles andere – vor wenigen Wochen das Fernmeldezentralgebäude Wien-Arsenal seiner Bestimmung übergeben und damit infrastrukturelle Einrichtungen unserer Technik für Jahrzehnte bereitstellen können.

Wir sind weiters darangegangen – und das sei hier noch einmal unterstrichen –, für einen großen Umstieg in ein vollelektronisches digitales Wählsystem Mitte der achtziger Jahre die Weichen zu stellen. Ich bin sehr glücklich darüber, daß das in einer bewährten Zusammenarbeit des Bundes, der Post- und Telegraphenverwaltung mit den vier Schwachstromfirmen Österreichs geschehen konnte in Form einer Gesellschaft, die gegründet wurde, sodaß man behutsam und bedacht an diese Umstellung herangehen kann. Wir streben ein allen Aspekten gerecht werdendes modernes Telephonsystem in Österreich an, von dem wir hoffen, daß es über die Österreichversorgung hinaus auch noch Exportmöglichkeiten bietet. Wir knüpfen daran weiters die Hoffnung und die Erwartung,

11328

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Bundesminister Lausecker

daß wir Arbeitsplätze in unserer Schwachstrom-industrie nicht nur halten, sondern daß wir sie, mit einer intelligenten Technologie versehen, sogar noch verbessern können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Schon jetzt – und das sei auch noch einmal festgestellt – werden wir durch die Investitionstätigkeit der Post- und Telegraphenverwaltung, die in keiner Weise eingeschränkt ist, Herr Abgeordneter Gradinger, weiterhin für etwa 11 300 Arbeitsplätze in Österreich die Voraussetzungen zu haben.

Meine Damen und Herren! Von einigen Rednern wurde auf die in parlamentarischer Behandlung stehende Novelle zum Bundesministerengesetz Bezug genommen. Wir werden Gelegenheit haben, darüber noch ausführlich zu sprechen.

Ich will hier nur noch einmal wiederholen, was ich vor wenigen Tagen in der Fragestunde von dieser Stelle aus schon gesagt habe: Es ist ein Gesetz, das das österreichische Beamtenrecht in keiner Weise in Frage stellt, ein Gesetz, eine Novelle, in die man nicht mehr geheimnissen soll, als daß es möglich sein soll, die österreichischen dienst-, besoldungs- und pensionsrechtlichen Kriterien mit dem Aspekt eines modernen Managements zu versehen und diese wichtige Funktion des Chefs der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung in einer Zeitabhängigkeit zu vergeben und damit alle fünf Jahre wieder auszuschreiben. Es ist ja geradezu eine Umkehr der Absicht, wenn Sie immer wieder vor dieses Pult hintreten und einen politischen Aspekt hineingeheimnissen. Ich wiederhole, was ich hier gesagt habe: Es ist der Mut zu einer Entscheidung, daß man eine wichtige Funktion periodisch alle fünf Jahre immer wieder ausschreibt und damit zur Diskussion stellt. Es ist also das Gegenteil von dem, was Sie hier immer wieder sagen, daß man damit eine politische Absicht verknüpfen will. Es ist der Mut zur Diskussionstellung der Bewährung eines Spitzenbeamten, der ein Beamter sein kann oder auch durch einen Vertrag an diese Funktion gebunden sein kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich will es damit nicht – und das möchte ich an die Adresse des Herrn Abgeordneten Stix sagen – in die Richtung einer Ausgliederung verstanden wissen. Es ist die Möglichkeit in der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung, diese befristete Funktionsvergabe vorzunehmen, ohne daß es mir zukommt – das gesetzliche Ausschreibungsverfahren wird ja erst laufen – und ich die Absicht habe, dazu jetzt schon programmatische Erklärungen abzugeben. Ich gehe davon aus, daß natürlich die bewährten Bediensteten der Österreichischen

Post- und Telegraphenverwaltung in der günstigen Ausgangsposition für die Bewerbung um diese Funktion sind und daß man hier nicht ein Hereinholen von Persönlichkeiten hineingeheimnissen soll, denn das Reservoir in der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung wird sicherlich das gegebene sein, an dem man sich zunächst und zuvorderst orientieren soll.

Zur Österreichischen Bundesbahn: Meine Damen und Herren, Sie sagen nein zu einem Budget, in dem diese Österreichischen Bundesbahnen Investitionsmöglichkeiten zur Hand haben werden wie nie zuvor. Etwa 900 Millionen Schilling mehr werden im Jahre 1979 zur Verfügung stehen. Sie sagen dazu nein.

Sie sagen nein, daß wir im Jahre 1979 so große Vorhaben fortsetzen oder in Angriff nehmen können wie die Zuendeführung oder die Fortführung von Wolfurt, die Fortführung des Jahrhundertwerkes, möchte ich sagen, des Großverschiebebahnhofes und Zugbildebahnhofes in Kledering in Wien, das wichtigste Anliegen unserer Österreichischen Bundesbahnen in dieser Zeit. Dazu die Inangriffnahme des Güterbahnhof-Vorhabens Fürtitz, den Ausbau der Rosenheimer Kurve und vieles andere mehr. Das sind alles in allem wieder 28 000 Arbeitsplätze in Österreich, meine Damen und Herren.

Eines sei noch hinzugefügt, weil es in der ganzen Diskussion bisher untergegangen ist: Post und Bahn sind zugleich auch jene beiden Betriebe, in denen die Bundesregierung die größten Leistungen für die Beschäftigung von Jugendlichen erbringen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Bereiche des Verkehrsressorts werden in den Planstellen nicht weniger als 3 283 Stellen für Jugendliche vorgesehen sein, ein eminent wichtiger Beitrag, wie ich glaube.

Herr Abgeordneter Gradinger hat die Gehaltsvergleiche Post-Bahn wieder gebracht, und, Herr Abgeordneter König – ich nehme an, es ist ihm hier unter vielen Irrtümern, die ihm heute unterlaufen sind, auch da einer passiert –, meine Anfragebeantwortung steht Ihnen ja zur Verfügung. Der Lenkervergleich, den Sie hier reklamiert haben, ist ja in Ihren Händen, meine Herren. Sie werden also sehen, daß dieser Vergleich der Lenker bei Post und Bahn gar nicht so ungünstig, gar nicht zu so ungleichen Teilen ausgeht, wie Sie es vermutet haben; ich lade Sie ein, diese meine Anfragebeantwortung zu studieren.

Auch der Wagenumlauf, meine Damen und Herren, ist hier wieder von einem Redner der Österreichischen Volkspartei, vom Herrn Abgeordneten König, zur Sprache gebracht worden.

Bundesminister Lausecker

Herr Abgeordneter König! Die 5,3 Tage im Jahre 1976 und die 5,1 Tage im Jahre 1977 – ein günstiger Wert im österreichischen Vergleich – sind entnommen den Angaben der UIC, also das sind die Basisdaten, aus denen heraus wir diese Angaben gewöhnlich verwenden.

Es war ja selbstverständlich zu erwarten, daß Sie wieder einiges an die Adresse des Straßenverkehrsbeitrages anführen werden. Meine Damen und Herren! Der Straßenverkehrsbeitrag, den Sie wieder einmal so dargestellt haben, als ob man sozusagen mit der einen Hand eine verkehrspolitische Maßnahme gesetzt hat und mit der anderen Hand muß man wieder die Leistungen zurückerstatten, das, Herr Abgeordneter König, haben Sie heute immerhin schon so konkretisiert, daß wir unseren Frächtern ersetzen, was sie im Ausland an Abgaben zahlen müssen. – Und es hat der Abgeordnete Precht hier schon verlesen, daß die weitaus überwiegende Zahl der europäischen Staaten nichts einhebt von uns. Bei jenen wenigen also, die einheben und wo unsere Frächter zahlen müssen, da gibt es die Möglichkeit, daß wir die Leistungen ersetzen.

Das ist nicht eine Größenordnung 1 : 1, wie Sie das immer darstellen. Ich habe das schon in der parlamentarischen Anfragebeantwortung dieser Tage gesagt: Es liegen ja bis jetzt im Finanzministerium erst die Aufkommenswerte der Monate August bis Oktober vor.

Das, was man hier im Wege der Nachsicht wieder gutgeschrieben hat, sind etwas mehr als 2 Prozent gewesen – Herr Abgeordneter König, das sei noch einmal gesagt –, das sind also jene Leistungen, durch die wir unseren österreichischen Frächtern im Ausland die Konkurrenzvoraussetzungen weiterhin zu schaffen versuchen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zur Entwicklung des Güterverkehrs bei den Österreichischen Bundesbahnen, bei aller Vorsicht, weil der Zeitraum noch sehr kurz ist, kann ich heute sagen, daß noch im ersten Halbjahr des Jahres 1978 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres rückläufige Entwicklungen zu verzeichnen gewesen sind, hingegen ist aber die Summe der im Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehr beförderten Tonnen im Juli 1978 um 5 Prozent gestiegen, im August um 6,4 Prozent, im September um 6,7 Prozent und im Oktober sogar um 7 Prozent. Von Juli bis Oktober mußte damit im internationalen Güterverkehr gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ein Mehrverkehr von über 533 000 Tonnen beziehungsweise um 6,3 Prozent bewältigt werden. Also bei aller Vorsicht, ein höchst erfreuliches Ergebnis im Güterverkehr der Bahn in dieser Zeit.

Meine Herrn Abgeordneten von der Österreichischen Volkspartei! Sie haben es mir nicht erspart, auch noch mit einem Wort zum budgetpolitischen Konzept Ihrer Partei Stellung nehmen zu müssen.

Sie, die Sie hier an diesem Rednerpult immer wieder die Schirmherrschaft über alle öffentlich Bediensteten übernehmen, also für etwa 550 000 Menschen in Österreich, die beim Bund, bei den Ländern, bei den Gemeinden beschäftigt sind, mit den Pensionisten eine dreiviertel Million und mit den Angehörigen etwa eine Million Menschen, Sie, die Sie hier immer wieder die Schirmherrschaft über sie reklamieren, Sie sind es, die ein Budget-Alternativkonzept anbieten, mit dem Sie unter der Sprachregelung des „Privilegienabbaues“ – überhaupt ein Modewort bei Ihnen jetzt – einer Million Menschen in diesem Staate den Kampf ansagen. *(Beifall bei der SPÖ. – Rufe bei der ÖVP: Sie haben damit begonnen! Polemisieren Sie nicht von der Ministerbank herunter!)*

Herr Abgeordneter Gradinger! Nur eine Klarstellung noch. Sie haben bei den Stellenplan- und Dienstpostenplanreduktionen der Österreichischen Bundesbahnen gemeint, das sind halt die, die durch die andere Türe wieder hereinkommen. Das ist nicht richtig. Seit dem Jahre 1968 bis zum Jahre 1979 haben sich die Gesamtplanstellen, das sind also die Lohnbediensteten und die unter die Besoldungsordnung fallenden Bediensteten, von 79 991 auf 71 865 reduziert, also eine echte Reduktion in ganz gewaltigem Ausmaß. Ein Beweis dafür, wie hier die Rationalisierungen durchgezogen wurden. *(Abg. Dr. Mussil: Und außerplanmäßig, Herr Minister? Wie hoch sind die?)* Es scheint Ihnen, Herr Abgeordneter Mussil, der Begriff nicht ganz geläufig zu sein. Ich habe die Gesamtwerte genannt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter König hat eine Anfragebeantwortung von mir auch hier zur Sprache gebracht, und zwar aus den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses. Unter einer ganzen Serie von Fragen, die Sie gestellt haben, war auch eine darunter, in der Sie sich erkundigt haben nach den Sonderverträgen, Werbeverträgen und Konsumentenverträgen im Verkehrsressort. Es hat Sie ja nur ein einziger interessiert darin, Sie haben einen Konsumentenvertrag mit Herrn Diplomkaufmann Bauer zur Sprache gebracht, nicht mit einer Firma, Herr Abgeordneter, mit Herrn Diplomkaufmann Bauer.

Und Sie haben das so erwähnt, wenn ich mich da an Ihre Worte richtig erinnere, als ob Sie so zufällig jetzt in den letzten Stunden in den Besitz dieser Anfragebeantwortung gekommen wären. Es ist nur interessant, daß Sie diese

11330

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Bundesminister Lausecker

Anfrage in Händen gehabt haben, die Post- und ÖBB-Lenker-Anfragebeantwortung, die ich vorhin urgiert habe, haben Sie nicht in Händen gehabt, aber das mag ein ... (*Abg. Dr. König: Die habe ich von einem Kollegen gehabt, Herr Minister!*) Sie haben hier offenbar Kommunikationsschwierigkeiten gehabt.

Herr Abgeordneter Dr. König! Zu diesem Konsulentenvertrag nehme ich gerne Stellung. Er bezieht sich auf die oberste Zivilluftfahrtbehörde, also auf gar keine geheimnisvolle Angelegenheit. Es geht um die Durchführung von Betriebsvergleichen hinsichtlich der Flughafenbetriebsgesellschaft und um die Beratung der obersten Zivilluftfahrtbehörde hinsichtlich wirtschaftlicher Fragen der Flughafenbetriebsgesellschaften und der Luftbeförderungsunternehmen, insbesondere der Tarife.

Ich möchte Ihnen vielleicht auch noch sagen, wann es zum Abschluß dieses Konsulentenvertrages gekommen ist, er ist nicht brandneu, Herr Abgeordneter König, er stammt aus dem Jahre 1970, und er hat bei den alljährlichen Anfragen, die Sie ja immer wieder stellen, schon Erwähnung gefunden. Ich habe hier die Notiz, daß etwa in der Anfrage des Herrn Abgeordneten Glaser an den Bundesminister für Verkehr im Jahre 1971 bereits ausdrücklich dieser Konsulentenvertrag des Herrn Diplomkaufmann Bauer erwähnt und genannt wurde.

Vor dem Herrn Diplomkaufmann Bauer hatte diesen Konsulentenvertrag seit dem Jahre 1966 Herr Dr. Hannes Androsch innegehabt, hat ihn während der ÖVP-Regierung, als Ihr Verkehrsminister Weiß das Ressort geführt hat, gehabt. Vor dem Herrn Diplomkaufmann Dr. Hannes Androsch hatte ihn seit dem Juli 1961 Herr Hans Androsch, der Vater des Finanzministers gehabt. (*Ruf bei der ÖVP: Ein Erbhof!*) Also es geht über Jahrzehnte eine Sache zurück, die Sie hier in ein „aktuelles“ Licht, in Zusammenhänge bringen wollen, die in der Sache gar nicht gesehen werden können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme gleichfalls mit der gebotenen Eile zum Schluß.

Es stehen hier drei Budgetkapitel zur Diskussion, die den beiden großen Betrieben Österreichs die Möglichkeit geben, ihre Leistungsfähigkeit weiterhin zu steigern, der österreichischen Wirtschaft wichtige Auftragsimpulse sicherstellen, und ich möchte die Gelegenheit nicht versäumen zu sagen, daß es neben den finanziellen Voraussetzungen, die damit im Budget 1979 eröffnet werden, nur möglich sein wird, diese Leistungen fortzusetzen, wenn wir der Unterstützung unserer Bediensteten in diesem Ressort weiterhin gewiß sind, und ich

möchte es nicht verabsäumen, diesen etwa 130 000 Bediensteten dieses Ressorts aus diesem Anlaß sehr herzlich Dank zu sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Nedwed.

Abgeordneter Ing. Nedwed (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. König hat in seiner Wortmeldung auch zur Verkehrssicherheit Stellung genommen. Sicherlich eine wichtige Frage.

Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß seit dem Jahr 1972 die Verkehrsunfälle im Verhältnis zur steigenden Zahl der Kraftfahrzeuge in Österreich zurückgegangen sind, und ich darf auch daran erinnern, daß die sozialistische Bundesregierung erkannt hat, wie wichtig gerade die Verkehrssicherheit ist. Sie hat zur Werbung für die Verkehrssicherheit seit 1976 von Jahr zu Jahr steigende Beträge in die Budgets eingesetzt, und zwar im Jahre 1976 3 Millionen Schilling, im Jahr 1977 3,8 Millionen Schilling, im Jahr 1978 5 Millionen Schilling und für 1979 5,3 Millionen Schilling. Damit wurden große und bedeutende Aktionen durchgeführt, zum Beispiel die „Aktion Sicherheitsgurt“, die Aktionen „Sturzhelm“, „Sicherer Sommer“, „Winterwetterwarnung“ und die Aktion, die heuer im Sommer eine große Bedeutung hatte, die Aktion „Urlaubsreise ohne Verkehrsinfarkt“. Damit wurden nämlich die Urlauberströme aus Deutschland auf vernünftige Straßenrouten umgelenkt. Allerdings wurde diese Sicherheitsaktion durch eine andersgarte Aktion, nämlich durch den Frächterstreik, abgelöst. Es gibt jedoch trotz relativ rückgehender Unfallzahlen auf einem Gebiet ein Ansteigen der Unfälle, und zwar sind das die alkoholbedingten Unfälle. Gerade auf diesem Gebiet müßte noch viel mehr geschehen, um ein neues Bewußtsein der Kraftfahrer zu entwickeln. Ich glaube, die Aufklärungsaktion „Am Steuer – 0,0 Promille“ ist im Interesse der Sicherheit des Straßenverkehrs sehr wichtig. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf mich aber jetzt vor allem den Fragen des Nahverkehrs zuwenden, die mir als Wiener Abgeordneten natürlich sehr am Herzen liegen. Gerade auf diesem Gebiet hat die sozialistische Bundesregierung sehr viele Maßnahmen eingeleitet. Vor allem mit der 50prozentigen gebundenen Kraftfahrzeugsteuer wurde ein neues Finanzierungsinstrument geschaffen. Damit wurden im Jahr 1975 0,5 Milliarden Schilling, 1976 0,7 Milliarden Schilling, 1977 1,3 Milliarden Schilling, 1978 1,3 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt, sodaß bisher 3,8 Milliarden Schilling in den Nahverkehr geflossen

Ing. Nedwed

sind. Für 1979 werden es fast 1,4 Milliarden Schilling sein, was bedeutet, daß damit sehr viele Investitionen gerade in den Ballungsgebieten durchgeführt werden können, dort, wo es nämlich die größten Schwierigkeiten mit dem Individualverkehr gibt.

Hier muß der öffentliche Verkehr Entlastungen schaffen. Ich denke an die Ostregion, an die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Wien, wo 40 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben; hier sind diese Investitionen notwendig und zu begrüßen.

Mit den 1,4 Milliarden Schilling werden 24 Triebwagengarnituren angeschafft und die Elektrifizierung weitergeführt. Eine Reihe von Bundesbahnstrecken wird im Taktsystem und im modernen Schnellbahnsystem ausgebaut, und zwar die Strecke Stadlau-Hirschstetten, die Strecke Meidling-Liesing, wo ein 15-Minuten-Takt herbeigeführt werden soll, und die Fertigstellung des Bahnhofes Leopoldau. In den Bundesländern werden die Strecken Stockerau-Hollabrunn, Leopoldau-Mistelbach und Wien-Süd-Neusiedl schnellbahnmäßig ausgebaut, und auch Bregenz-Feldkirch steht auf dem Programm der Nahverkehrsinvestitionen.

Die ÖVP bekennt sich auch seit längerem zum öffentlichen Verkehr. Ich habe allerdings das Gefühl - eher verbal, denn wo blieben die Taten, als die Österreichische Volkspartei die Möglichkeit hatte, durch ihre Finanzminister in der Koalitionsregierung und durch ihren Verkehrsminister in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 Maßnahmen, zum Beispiel für diesen Ballungsraum Wien, zu setzen?

Ich möchte das am Beispiel der Wiener S-Bahn erläutern. Es mußte Mitte der fünfziger Jahre, als mit dem Bau und der Planung der S-Bahn begonnen wurde, der damalige Verkehrsminister Waldbrunner die Investitionen gegen die ÖVP-Finanzminister durchsetzen, die Gemeinde Wien mußte die Schnellbahngarnituren vorfinanzieren, sonst wäre es nicht zur raschen Inbetriebnahme der S-1 gekommen. Damals hatte man sehr wenig Verständnis für die Notwendigkeit dieser Schnellbahnlinie, meinte, daß sie nichts bringen wird, und auch ein Rechnungshofbericht hat dann noch einige Jahre später Kritik an der S-Bahn geübt.

Heute wissen wir, daß diese S-Bahn die lukrativste, die bestfrequentierte Linie in Österreich ist, und deshalb, glaube ich, sollte man anerkennen, daß es eine Pionierleistung des Verkehrsministers Waldbrunner gewesen ist, diese S-Bahn für Wien zu bringen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Es waren nicht die FPÖ und nicht die ÖVP die

Erfinder der S-Bahn-Konzeption, es waren die Sozialisten, die damit begonnen haben. Der nachfolgende Verkehrsminister Probst, unser jetziger Dritter Präsident, hat dann weiterkämpfen müssen um die Investitionsmittel, um zunächst einmal überhaupt zu erreichen, daß einige Schnellbahnstationen fertiggestellt werden. Auch damals mußte dann die Stadt Wien mit 160 Millionen Schilling einspringen, damit die Schnellbahn in Wien fertiggestellt werden konnte.

In der Zeit 1966 bis 1970 versiegte die Geldquelle für den S-Bahn-Ausbau, Wien wurde endgültig zum Stiefkind. Damals konnte man auch nicht mehr davon sprechen, daß ein umfassender S-Bahn-Plan, den die Stadt Wien mit der ÖBB ausgehandelt hat - und darüber gibt es auch sehr interessante Unterlagen -, noch realisierbar war. Deshalb hat sich die Stadt Wien entschlossen, die U-Bahn zu bauen. 1969 gab es doch dann nach langen Verhandlungen den Beschluß im Nationalrat über den 2,4-Millionen-Bundeszuschuß für die Wiener U-Bahn.

Aber kurz nach diesem Beschluß, und zwar einige Monate später, hat bereits die Bundesratsmehrheit der ÖVP Einspruch erhoben, weil in Wien eine Dienstgeberabgabe für die U-Bahn beschlossen worden war.

Der Einspruch und die folgende Verfassungsverfahren haben den U-Bahn-Bau zwar nicht verzögern können, aber sie haben ihn doch in den Anfängen finanziell behindert, und ich muß doch sagen, daß erst die sozialistische Mehrheit im Parlament und in der Regierung es zustande gebracht haben, daß der Wiener U-Bahn-Bau finanziert wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Heute, nach Eröffnung der ersten Teilstrecken der U-Bahn, wissen wir, daß wir eine der modernsten U-Bahnen der Welt haben, daß das Geschäftsleben während des Baues und auch nachher nicht zugrunde gegangen ist, wie das ursprünglich die ÖVP vorausgesagt hat, daß die Bundeshauptstadt lebenswerter geworden ist und daß bereits 8 Prozent der Autofahrer auf die U-Bahn umgestiegen sind, was sich nach der Inbetriebnahme neuer Strecken noch verbessern wird.

Wir sind stolz auf diese große Pionierleistung des U-Bahn-Baues in Wien, so wie die Vorarlberger und die Tiroler stolz sind auf den Arlbergtunnel, und ich glaube, alle Österreicher sind darauf stolz. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Ausbau des Nahverkehrs in Wien wird zügig fortgesetzt, das garantiert diese Mehrheit hier im Parlament *(Abg. Dr. Mussil: Nicht mehr lang!)* und im Wiener Gemeinderat. Bundesminister Lausecker hat im Finanz- und Budgetausschuß angekündigt, daß die Verhand-

11332

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Ing. Nedwed

lungen über die SU 3 vor dem Abschluß stehen. Sie beruhen auf den Grundsatzbeschlüssen über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem einer zweiten Durchmesserlinie in Wien, und zwar einer Ost-West-Verbindung, die allerdings nur sinnvoll ist in Verknüpfung mit anderen Linien. Es soll also eine Verbindung zustande kommen durch den Ausbau der Vorortelinie und der Verknüpfung mit der U 3 und der Fortsetzung in der Flughafen-Schnellbahn.

Damit wäre späterhin auch eine Anbindung des Raumes Tulln-Krems möglich. Nur echte Verknüpfungen und echte Umsteigerelationen können diese neue Linie attraktiv machen. Und was Sozialisten versprechen, das halten sie auch. *(Beifall bei der SPÖ. – Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Sie brauchen nicht zu lachen. Sie haben 1969 bezweifelt, daß in Wien der U-Bahn-Bau ordnungsgemäß und termingemäß ablaufen wird. *(Abg. Kern: Zwanzig Jahre zu spät!)* Und schauen Sie sich heute die U-Bahn an: sie ist ein großer Erfolg, nicht nur für Wien! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf aber noch einige grundsätzliche Bemerkungen zur Verkehrspolitik machen. Seit dem Jahr 1970 ist die Zahl der Pkw und anderer Kraftfahrzeuge in hohem Maße gestiegen. Mehr Österreicher als vorher können sich heute ein eigenes Kraftfahrzeug leisten. Das ist sicherlich ein Ergebnis des hohen materiellen Standards der Bevölkerung und damit auch ein Erfolg der sozialistischen Regierungspolitik.

Wir sind für einen sinnvollen Einsatz des Pkw im Interesse der Mobilität des Bürgers, aber wir wollen in den Ballungsräumen Verkehrsinfarkte verhindern. Deshalb sind wir für einen integrierten, harmonisierten und sicheren Verkehr, in dem der Mensch nach wie vor im Mittelpunkt steht. Wir betrachten die Verkehrspolitik als einen wichtigen Teil einer sozial orientierten Gesellschaftspolitik, in der die Schwächsten weder im Sinne des Wortes noch im übertragenen Sinne unter die Räder kommen dürfen.

Wir haben damit auch zu einer höheren Lebensqualität beizutragen. Deshalb werden wir Sozialisten uns nicht hindern lassen, weiter für eine menschengerechte Verkehrspolitik einzutreten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hietl.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Steinhuber hat ja sehr treffend ausgeführt: Man braucht ein höheres Budget, damit die Bundesbahnen rationeller wirtschaften können.

Herr Abgeordneter Steinhuber! Acht Jahre haben wir darauf gewartet. Wir sind überzeugt, daß es Ihnen auch im letzten Jahr nicht gelingen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Alberer so getan hat, als würden wir den Bundesbahnbediensteten nichts gönnen oder verschiedenes vorwerfen, dann muß ich hier sagen: Den einzelnen Beamten oder Angestellten der Bundesbahn kann man ja dafür nicht verantwortlich machen, sondern das, was Steinhuber gesagt hat, eine rationelle Wirtschaft, ist ja acht Jahre nicht geschehen, meine Damen und Herren. Deswegen wehren wir uns dagegen, und deswegen verurteilen wir diese Wirtschaft bei den österreichischen Bundesbahnen und im gesamten Verkehrsbereich.

Aber bitte uns nicht zu unterstellen, daß wir den einzelnen Beamten irgendwie angreifen wollen und diesem etwas nicht vergönnen wollen. Er hat genau dasselbe Recht wie jeder andere in Österreich Bedienstete. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Nedwed! Wenn Sie hier erklären, die ÖVP bekennt sich nur verbal zum öffentlichen Verkehr, und wenn Sie die besonderen Leistungen der Stadt Wien hervorheben, dann muß ich Sie an etwas erinnern. Ich gebe zu, man kann im Laufe der Zeit verschiedenes vergessen, oder man will es hier nicht erwähnen.

Darf ich Sie daran erinnern, daß im Wiener Gemeinderat die ÖVP-Fraktion bereits 1949 den Antrag gestellt hat, sich mit dem U-Bahn-Bau zu beschäftigen. Zwanzig Jahre später ist diese Rathausmehrheit erst draufgekommen. Kein Wunder, daß Sie fünf Mandate verloren haben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Nedwed, man soll halt nicht aufs Eis gehen, da kann es passieren, daß man sehr leicht ausrutscht. Sie haben ja Gelegenheit, das draußen jeden Tag jetzt vorgeführt zu bekommen in diesem Winter. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie stellen den Überschuß der Post für das Jahr 1978 in den Raum. Jawohl, wir anerkennen jede gute Wirtschaft, wir anerkennen jede gute Leistung, aber man muß in einem Atemzug dazu sagen, daß die österreichische Bevölkerung für 1979 mit 800 Millionen Schilling durch Gebührenerhöhungen belastet wird. Auch das muß man dazu sagen. Der einzelne Österreicher trägt ja letzten Endes dazu bei, daß ein aktiver Überschuß bei der Post erzielt werden kann.

Die Zahl der Fernsprechanchlüsse, Herr Bundesminister, ist stark gestiegen. Jawohl,

Hietl

auch hier anerkennen wir die Leistung. Nur muß ich als Bewohner des ländlichen Raumes doch festhalten, daß der Mensch draußen im ländlichen Raum nach wie vor benachteiligt ist, weil er wesentlich höhere Anschlußgebühren zu bezahlen hat und durch eigene Leistungen mehr dazu beizutragen hat, daß hier ein positives Ergebnis erzielt werden kann.

Eine Personalpolitik, Herr Bundesminister, nach sachlichen Grundsätzen werden wir immer anerkennen und begrüßen. Nur zweifeln wir halt daran. Ich habe vor zwei Jahren hier von diesem Pult aus einen konkreten Fall aufgezeigt, und der ist bis heute unwidersprochen geblieben. Ein Beweis, daß nicht immer sachliche, sondern sehr oft auch personal- und parteipolitische Entscheidungen getroffen werden.

Meine Damen und Herren! Im letzten Budget dieser sozialistischen Bundesregierung müssen wir neben den vielen Belastungen, die auf die österreichische Bevölkerung ständig zukommen, mit neuen Belastungen im Jahr 1979 bei den Österreichischen Bundesbahnen vorliebnehmen.

So werden die Personentarife ab 1. Jänner um 8,3 Prozent erhöht, eine neuerliche Belastung jener Menschen, die gezwungen sind, täglich die Bundesbahn benützen zu müssen, weil sie zum Arbeitsplatz beziehungsweise zur Schulausbildung kommen wollen. Vor allem die Menschen im ländlichen Raum, die ohnedies mehr Strapazen bei jeder Witterung auf sich nehmen müssen, sind davon betroffen. Fast müßte man den Eindruck haben, es handle sich um einen politischen Preis, weil die Menschen im ländlichen Raum sich ganz und gar nicht mit dieser sozialistischen Politik einverstanden erklären wollen.

Ja, wundert es Sie denn, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, wenn sich immer mehr Menschen von Ihnen abwenden, weil sie eben unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Einstellung diese unwirtschaftliche, ja völlig verfehlte Politik dieser Regierung einfach nicht mehr zur Kenntnis nehmen können?

Der einfache Wähler hat eben mehr Gespür für die richtige Verwendung seiner Steuergelder als seine Regierung, die vor acht Jahren auszog, von 1 400 Fachleuten angeblich gut oder, wie man heute feststellen muß, schlecht beraten, nachdem sie einen damals wohlgeordneten Staatshaushalt übernommen hatte, um Österreich in ein Paradies zu verwandeln. Eingetreten ist nun zum Leidwesen aller Österreicher ein total verschuldeter Staat, den man in der Privatwirtschaft nur mehr als Konkurs bezeichnen könnte.

Wenn dabei viel geschaffen worden wäre,

dann könnte man, obgleich jeder Wirtschaftsfachmann sicherlich nur mit großen Bedenken, noch einigermaßen dafür Verständnis haben. Leider ist das nicht der Fall.

Und hier einige Beispiele aus der Wirtschaft der Österreichischen Bundesbahnen, die seit 1945 mit Ausnahme der Zeit der ÖVP-Alleinregierung nur von SPÖ-Ministern verwaltet wurden: Trotz ständiger Tarifierhöhungen steigende Defizite, die bereits bedenkliche Größenordnungen erreichen. So bezahlt, meine Damen und Herren, 1978 ein beschäftigter Österreicher allein für das Defizit der Bundesbahnen 5 700 S – ein Betrag, den ein Kleinverdiener im Monat erreichen kann.

Ja, Herr Minister, kann man das noch verantworten? Dabei hat man als Steuerzahler das Gefühl, daß doch überall Mängel vorherrschen. Zum Beispiel der sehr schleppende Ausbau der Eisenbahnübergänge auf frequentierten Straßen. Ja, es klingt wie ein Hohn, daß gerade vor Weihnachten immer wieder Menschen sterben müssen, weil Bahnschranken offenbleiben.

Bei allem Verständnis, meine Damen und Herren, für menschliches Versagen ist das kein Trost für die Hinterbliebenen. Die Verantwortung dafür trägt der zuständige Ressortminister.

Wann endlich geschieht hier ein schwerpunktmäßiger Ausbau der Bahnübergänge, Herr Bundesminister? Wie viele Menschen müssen noch sterben? Alle Jahre machen wir auf dieses akute Problem aufmerksam, man will es aber einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

Wie steht es mit dem Problem der Nebenbahnen? Ich weiß, daß dies eine Frage der Wirtschaftlichkeit ist. Man wird nicht darum herumkommen, langfristig ein Konzept zu erstellen, wobei man auf die Verhältnisse des Arbeitsplatzes und der Schulausbildung Rücksicht nimmt. Angeblich besteht eine ÖROK-Nebenbahnstudie. Doch wie sieht diese aus?

Der Herr ÖBB-„General“ Pycha hat dazu laut Pressemeldungen folgendes erklärt: „Im Waldviertel fahren wir bald nur mehr zu unserer eigenen Unterhaltung!“ Ja, Herr Minister, mit solchen Aussprüchen kann man beim besten Willen keine Probleme lösen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn man durch eine schlechte Wirtschaft der Regierung mit großen Belastungen, wie Lkw-Steuer und so weiter, unsere Betriebe, und hier besonders im Grenzland, umbringt, dann muß man eben der Bevölkerung Fahrmöglichkeiten geben, damit sie zu entfernteren Arbeitsplätzen kommt. Hätte diese Regierung tatsächlich jemals ein Konzept gehabt, meine Damen

11334

Nationalrat XIV. GP - 113. Sitzung - 7. Dezember 1978

Hieß

und Herren, wären wir nicht in diese schwierige Situation gekommen.

Und ein weiteres Beispiel, das ich ebenfalls alle Jahre erwähne: die Schülerfreifahrten unserer Kinder im ländlichen Raum, meine Damen und Herren, ein großes Problem. Abgesehen davon, daß es jenen Kindern, die den schwersten Schulweg haben, nicht viel bringt, gibt es ständig überfüllte Autobusse, die Unfälle häufen sich. Doch man betreibt eine Vogel-Strauß-Politik. Verantwortlich ist ja der Lenker des Autobusses, was kümmert das schon die Regierung?

Oder ein weiterer Beweis der Untätigkeit, ja ich muß sagen, Herr Minister, einer falschen Information der Bevölkerung beziehungsweise Versprechen vor Wahlzeiten, die nachher vergessen sind. Ein konkretes Beispiel aus meinem näheren Heimatbereich. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Meine Damen und Herren, sind Sie vorsichtig, ich werde Ihnen das sofort zitieren.

Als im Vorjahr in der Stadt Krems Gemeinderatswahlen ausgeschrieben waren, gab es plötzlich große Aktivität der sonst nicht vorhandenen Sozialisten. Minister wurden zu Gesprächen eingeladen, alle Probleme werden die Sozialisten lösen, wurde gesagt. So hat auch der Verkehrsminister eine bessere Verbindung Wien-Krems versprochen, er hat die Elektrifizierung Krems-Wien zugesagt, angeblich spätester Termin 1980.

Nun, die Wahlen sind vorbei, die Sozialisten um eine Niederlage reicher. Die Bevölkerung hat eben ein Gefühl für solche Versprechen. Der Wähler fragt sich aber: Kann man, meine Damen und Herren, ein Ministerwort noch ernst nehmen? Oder ist der Zorn über geringes Vertrauen soweit gegangen, daß man sich für diese Niederlage revanchieren muß? Was richtig ist, wird wohl der Herr Minister beantworten müssen.

Ich muß heute folgenden Sachverhalt feststellen:

Am 22. Mai 1974 erklärte mir der damalige Verkehrsminister Lanc auf meine mündliche Anfrage folgendes:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe sowohl von der Stadtorganisation der SPÖ Krems als auch von den von Ihnen erwähnten Gemeinden dieses Raumes diesbezügliche Vorschläge erhalten und sie unverzüglich an den Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen zur Prüfung der Frequenzerwartungen weitergegeben, weil ich mit Ihnen zumindest so weit übereinstimme, daß man nicht auf Grund schon jahrelang zurückliegender Frequenzerwartungen und -betrachtungen eine Entscheidung für die Zukunft fällen kann.

Ich muß allerdings die konkrete Beantwortung auf diese Frage seriöserweise so lange aufschieben, bis ich die diesbezüglichen Auskünfte des zuständigen Organs habe. Ich darf Ihnen aber zusagen, daß ich mich persönlich sehr darum kümmern werde, daß hier wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig berechnete Wünsche nicht etwa schematisch zurückgeschoben beziehungsweise zurückgestellt werden.“

So am 22. Mai 1974 der damalige Verkehrsminister Lanc.

Drei Jahre später sagte, wie schon erwähnt, Minister Lausecker, zufällig vor einer Wahl, den Ausbau zu.

Nun gibt es eine Erklärung von Herrn Generaldirektor Pycha laut Presseerklärung vom heutigen Tag wie folgt, die ich Ihnen ebenfalls zitieren möchte:

„Eine kalte Dusche für die Bewohner des Raumes Krems, vor allem für die Pendler. Der oberste Chef der Österreichischen Bundesbahnen, Generaldirektor Pycha, stellte in der Vorwoche fest, daß die Elektrifizierung nach Krems verschoben wird. Dafür wird die Elektrifizierung der Strecke Tulln-St. Pölten vorgezogen. Also nicht Geldmangel ist der Grund für diese Verschiebung, sondern eine Neubewertung der Unternehmensziele.

Bei seinem letzten Kremser Besuch versprach Verkehrsminister Lausecker die Elektrifizierungsfertigstellung der Strecke Krems-Absdorf bis 1980. Der ‚Land-Zeitung‘ wurde auch die damals gültige ÖBB-Elektrifizierungsplanung gezeigt. An der jetzigen Terminverschiebung auf unbestimmte Zeit kann man den Wert von Politikerversprechen messen.“

Herr Bundesminister! Es wird nun an Ihnen liegen zu beweisen, daß man Ihre Versprechen noch ernst nehmen kann.

Nun interessiert mich, Herr Minister: Was hat Sie bewogen, diesen Plan abzuändern? Die Pendler im Kremser Raum haben ein Anrecht auf klare Aussagen.

Und ein zweiter wesentlicher Verkehrsraum, meine Damen und Herren, ist die Straße. Wir haben in mühevoller Kleinarbeit die Novellierung der StVO und des KFG vorgenommen. Es sind zweifellos verschiedene Verbesserungen auch im Hinblick auf die Sicherheit im Straßenverkehr vorgenommen worden.

Als Landwirt darf ich heute feststellen, daß es wohl gelungen ist, verschiedene in der Vorlage vorgesehene Erschwernisse auszuräumen, doch bleiben einige Punkte haften, die seitens der Landwirtschaft als nicht immer zumutbar angesehen werden. Hierbei geht es nicht sosehr um

Hietl

Sicherheitsmaßnahmen, dafür haben wir alle Verständnis, sondern um straßenpolizeiliche Maßnahmen. Bei allem Verständnis für polizeiliche Maßnahmen möchte ich auf einige Punkte der Straßensicherheit hinweisen. Wir haben uns ja im Unterausschuß bereits mit den verschiedenen Problemen befaßt, ich darf aber heute auf einige Dinge zurückkommen.

Ein harter Kern waren die Probleme im Zusammenhang mit der Lösung der Frage, wo und wie und wie schnell sollen unsere jungen Menschen auf ihren Mopeds beziehungsweise zweirädrigen Kraftmaschinen unterwegs sein. Mit der Lösung, alle Krafträder beziehungsweise Mopeds über 40 Stundenkilometer auf die Autobahn zu lassen, sind Sie in der Öffentlichkeit nicht gut weggekommen. Nun ist bereits eine Verordnung in Kraft, die dies wieder rückgängig machen soll.

Ob jetzt Autobahn oder Bundesstraße, man muß als Mandatar, und hier vor allem Sie als Minister, soviel Verantwortungsbewußtsein haben, daß man diese jungen Menschen nicht nur auf die Gefahren aufmerksam macht, sondern auch danach handelt. Wer selbst soviel wie ich hinter dem Volant die Straßen benützen muß, wird feststellen, daß eine echte Gefahr für den Straßenverkehr wohl jene Menschen sind, die auf ihren schnellen und PS-starken Maschinen rücksichtslos durch die Gegend fahren.

Es ist Ihre Aufgabe, Herr Minister, hier nach dem Rechten zu sehen, nicht unbedingt für Strafsanktionen zu sorgen, sondern durch entsprechende Aufklärung dafür einzutreten, daß die vorhandenen Geschwindigkeitsbeschränkungen auch eingehalten werden. Dies ist ebenfalls ein Problem bei den Verkehrsdichten. Auch hier, Herr Bundesminister, müßten Sie letzten Endes eingreifen.

Ich habe das Gefühl, meine Damen und Herren, daß Sie nach acht Jahren Verkehrsressort vor einer Ampel stehen, die rot zeigt. Es wird höchste Zeit, daß auf grün geschaltet wird.

Wir sind bereit, dafür zu sorgen, daß in Österreich ein guter und flüssiger Verkehr vor sich gehen kann. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Wenn Sie, meine Damen und Herren, heute vom Privilegienabbau gesprochen haben und erklärten, das wäre ein Modewort der ÖVP, dann muß ich schon sagen: Fragen Sie doch den Herrn Generalbevollmächtigten, denn wer sonst als er hat dieses Wort immer wieder in den Raum gestellt. Lösen Sie diese Sache und diese Worte auch selbst, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatte ein Schlußwort? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe X des Bundesvoranschlages 1979.

Diese umfaßt die Kapitel 65, 78 und 79 samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 1020 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 2241/J bis 2251/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung berufe ich für Mittwoch, den 13. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1979 samt Anlagen (1020 und Zu 1020 der Beilagen),

Beratungsgruppe VIII, Land- und Forstwirtschaft, und

Beratungsgruppe XIII, Bauten und Technik.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 50 Minuten